Bruno Bandulet

BEUTE LAND

Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945

KOPP

l. Auflage Juli 2016

Lektorat, Satz und Layout: Helmut Kunkel
Umschlaggestaltung: Christine Ibele

ISBN: 978-3-86445-307-6



Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis
Kopp Verlag
Bertha-Benz-Straße 10
D-72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (o 74 72) 98 06-0
Fax: (o 74 72) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:
www.kopp-verlag.de

Bruno Bandulet

BEUTE LAND

Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945

KOPP VERLAG



Inhalt

Kapitel 4: Aufstieg und Wiedergutmachung

Kapitel 5: Ein Kampf um Souveränität

Kapitel 6: Im Namen Europas

Kapitel 7: Entmachtung

Einführung

»Wir leben aus objektiven Gründen in einem Zustand der Sprachverarmung, der differenzierte Gedankengänge seltener macht und sie an den Rand des Tagesbewusstseins schiebt. Damit steigt die Neigung zu moralisierenden Argumenten, um den Verständigungsprozess abzukürzen. Diese Verarmung der Sprache erfolgt aus mehreren Gründen: Die Massenbildung bewirkt selbst schon eine Simplifizierung des Denkens, die Massenmedien arbeiten in dieselbe Richtung, und die Politik setzt oft ganze Bedeutungsfelder unter Druck... Und schließlich kommt es zu der letzten Wendung, in der die Realität selber sich der Wortwirklichkeit anpasst, die Tatsachen und Menschen sich also sozusagen in das Gerede von ihnen hineinentwickeln. Schließlich und nicht zuletzt sind da die Sieger der Geschichte, die jeweils ihren Ideenvorrat, der mitgesiegt hat, durchdrücken und deren Handlanger jeden verbellen, der unerwünschte Dinge sagt.«

— **ARNOLD GEHLEN,**

AUS: *MORAL UND HYPERMORAL - EINE PLURALISTISCHE ETHIK*

DEUTSCHLAND IST EIN GROSSARTIGES, verstörendes Land. Ein Land, in dem Idealismus und Naivität, Schuldkult und Arroganz, Stolz und Selbsthass, Stärke und Verletzlichkeit eng beieinanderliegen. Eine unsichere Nation, in der politische Korrektheit auf Kosten der Meinungsfreiheit gepredigt wird und historische Korrektheit auf Kosten geschichtlicher Wahrheit. Ein Land mit einem geduldigen Volk, das die bizarren Politmanöver seiner Kanzlerin lange Zeit gleichmütig ertragen hat. Und mit einer politischen Klasse, die der demokratischen Bühne des Bundestages den Rücken gekehrt hat und die ihr Gefühlssprech bevorzugt in substanzlosen TV-Talkrunden dem Publikum darbietet.

Wir leisten uns eine politische Klasse, die - in den Worten des Bonner Staatsrechtslehrers Josef Isensee - menschenrechtlichen Universalismus predigt und die in der Menschenwürde die Einladungs- und Kreditkarte der Willkommenskultur sieht. Die die Politik infantilisiert und sentimentalisiert hat, die mit BetrofFenheits- und Befindlichkeitsvokabeln hantiert und der Argumente und Sachverhalte als »das Obszöne« gelten, wie es Cora Stephan einmal formuliert hat. Eine Republik mit einer ehemaligen, längst nicht mehr konservativen Staatspartei CDU, deren Fraktionsarbeitsgemeinschaft »Recht« 2015 das Kunststück fertigbrachte, ein sechsseitiges Papier zur Flüchtlingskrise zu produzieren, in dem Ausführungen zum Staat, zum Volk und zur zivilisatorischen Errungenschaft von Grenzen gänzlich fehlen.

Wo Gesinnung mehr zählt als Sachkunde, konnte es nicht verwundern, was eine Sendung des TV-Magazins *Panorama* am 12. Mai 2005 ans Licht brachte. An diesem Tag durfte zwar nicht das Volk, aber der Deutsche Bundestag mit seinen 601 Abgeordneten über die EU-Verfassung abstimmen. In der Annahme, dass die Volksvertreter eigentlich wissen müssten, worüber sie entscheiden, fragte *Panorama* führende Experten aller Parteien nach dem Inhalt des EU-Verfassungsvertrages. Keiner von ihnen hatte die geringste Ahnung von den Zuständigkeiten der EU. Christian Ströbele von den Grünen wusste immerhin: »Das sind sehr viele.« Friedbert Pflüger von der CDU antwortete auf die Frage, welche Mehrheiten es in Brüssel brauche, um ein Gesetz zu verabschieden, mit entwaffnender Ehrlichkeit: »Das weiß ich nicht.«

Zugegeben, es war von den Parlamentariern vielleicht etwas zu viel verlangt, die 500 Seiten mit ihren 448 Artikeln und ihren 36 Zusatzprotokollen durchzusehen, bevor sie zum Votum schritten. Die französischen und die

niederländischen Bürger, denen ein Volksentscheid gestattet wurde, haben den Text vermutlich auch nicht studiert, bevor sie ebenso instinktiv mit Nein stimmten wie die deutschen Abgeordneten mit Ja. Und warum sollten die folgsamen Volksvertreter ein Papier aus Brüssel mühsam durcharbeiten, wo sie doch schon vorher wissen, dass sie alles, was von der EU kommt, gutheißen werden? Die Mehrheit der Gesetze wird ohnehin nicht mehr in Berlin gemacht. Die Abgeordneten nicken nur noch ab, sie spielen nur noch Gesetzgeber.

Unter der Prämisse, dass Argumente, Sachverhalte und Realitäten eben nicht »das Obszöne« sind, sondern Grundlage jeder Erkenntnis, wurde dieses Buch geschrieben. Es bietet keine Verfassungsgeschichte - die müsste im Detail darstellen, wie Geist und Buchstabe des Grundgesetzes ausgehöhlt und verfälscht wurden. Es ist ebenso wenig eine innenpolitische Darstellung - die müsste schildern, wie der politische Betrieb in Deutschland mit der Zeit verflacht wurde und wie sehr die Qualität des politischen Personals seit der Adenauer-Zeit gelitten hat. Und es ist auch keine Wirtschaftsgeschichte, obwohl sie immer wieder in die Erzählung hineinspielt und obwohl die Beobachtung richtig ist, dass Deutschland ohne seine ökonomische Potenz ein schlechtes Beuteobjekt abgegeben hätte. »Sie glauben doch nicht im Ernst«, sagte der griechische Philosoph Panajotis Kondylis, »dass sich für Deutschlands Schuld jemand interessieren würde, wenn Deutschland kein Geld hätte.« Nicht nur das, die Deutsche Mark würde heute noch existieren, hätte die Bundesbank alles getan, um sie herunterzuwirtschaften.

Zweck dieses Buches ist es, Gegenwart und Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland auf eine neue Weise zu sortieren und damit eine Realgeschichte zu präsentieren, die das deutsche Drama aus ungewohnter Perspektive beleuchtet. Dabei werden zwei Handlungsstränge verfolgt. Zum einen die Plünderung des Landes durch die Siegermächte nach 1945, dann der Komplex der finanziellen Wiedergutmachung von den fünfziger Jahren bis zur Wiedervereinigung (und auch danach) und schließlich die in der Hauptsache von Deutschland finanzierte Umverteilung in der EU, die der britische Historiker Niall Ferguson ein »einvernehmliches System von Kriegsreparationen« nannte. Und zum anderen der Handlungsstrang Souveränität, ein Leitmotiv der Regierung Adenauer. Sie konnte 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich verankert werden, wurde dann aber in der politischen Praxis ausgehöhlt, nicht zuletzt durch den Euro - ein Film,

der just in dem Augenblick zurückgespult wurde, als sich die Handlung ihrem glücklichen Ende zu nähern schien.

»In der Politik geht es nicht um Problemlösungen und Erleichterungen oder Verbesserungen im Leben der Bürger«, sagte Roland Baader, »sondern um Macht, um die Herrschaft von Menschen über Menschen. Macht ist die verführerischste aller Drogen.« Das gilt für die internationalen Beziehungen ebenso wie für die innerstaatlichen Verhältnisse. Der Besitz von Macht ermöglicht es, andere dazu zu bringen, etwas zu tun, was sie aus eigener Einsicht nicht tun würden. Der Mächtige ist Subjekt, der Ohnmächtige wird zum Objekt und zur leichten Beute und flüchtet sich zugleich in ideologische Überhöhung und Rechtfertigung, um seinen Status zu beschönigen.

So entstehen politische und historische Schutzbehauptungen und Legenden, die verbissen verteidigt werden. Stimmt es etwa nicht, dass der berüchtigte Morgenthau-Plan 1945 nur modifiziert, aber nicht beerdigt wurde, dass sich die US-Truppen unter General Eisenhower schwerer Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben,[1] dass die Siegermächte mit den Beschlüssen von Jalta und Potsdam das Völkerrecht mit Füßen getreten haben? Nein, so hören wir, Deutschland wurde befreit - und eine deutsche Fernsehsendung verstieg sich zur irren Version, die Wehrmachtssoldaten, die 1944 in der Normandie Widerstand gegen die Invasion leisteten, hätten gegen die eigene Befreiung gekämpft.

Oder was ist davon zu halten, dass die Ostdeutschen aus ihrer Heimat verjagt wurden und dass über 2 Millionen im Zuge der Vertreibung den Tod fanden? Es war nur ein Bevölkerungstransfer, so wird relativiert, oder - noch besser - sie mussten eben die vorher von Deutschland »besetzten« Gebiete verlassen. Letztere, ganz neue Lesart hat sich der Herausgeber des *Handelsblatt* einfallen lassen.*

Das historische Gedächtnis in diesem Lande ist inzwischen so kurz, dass nahezu alles unwidersprochen behauptet werden kann. Lange ist es her, dass *Der Spiegel* an den »Aberwitz« und den »Raubzug« der Nachkriegsreparationen erinnerte, dass er von »Reparationsbeute« sprach, dass er den Missbrauch von Wiedergutmachungszahlungen anprangerte oder dass er der jugoslawischen Regierung vorrechnete, sie habe in ihre Statistik von Kriegstoten gleich auch noch die massakrierten Volksdeutschen eingeschmuggelt, um mehr Entschädigung verlangen zu können.[3]

Ist es vielleicht nur eine Unterstellung, dass nie in der neueren Geschichte eine Volkswirtschaft und ein ganzes Land so gründlich ausgeplündert wur-

den wie Deutschland nach 1945? Deutschland habe überhaupt keine Reparationen bezahlt, behauptete Jahre später der amerikanische Botschafter in Bonn. Was sich in den Jahren bis 1951 in den Besatzungszonen wirklich abgespielt hat, erfahren Sie in Kapitel 3. Widerlegt wird nicht nur die Legende von der Befreiung, sondern auch das Märchen, die Sieger hätten die Demokratie nach Deutschland gebracht.

War der Euro etwa eine Frage von Krieg und Frieden, wie Helmut Kohl behauptete, und eine Großtat der europäischen Verständigung? Oder wurde er nicht gegen alle Widerstände durchgesetzt, um die erfolgreichste und angesehenste europäische Zentralbank, nämlich die Bundesbank, zu entmachten und das primäre deutsche Souveränitätsmerkmal, die D-Mark, zu beseitigen? Diese Geschichte der Selbstentäußerung finden Sie in Kapitel 7. Und in Kapitel 6 wird mit einer Fülle von Zahlen und Fakten belegt, wie das europäische Projekt eines Adenauer und eines Schuman entgleiste und in eine reguläre Transferunion umfunktioniert wurde.

Die Deutschen, ein im Grunde idealistisches und unpolitisches Volk, tun sich schwer damit, die harten Realitäten von Geld und Macht zur Kenntnis zu nehmen. Da bleibt es ausländischen Beobachtern wie dem bereits zitierten Niall Ferguson vorbehalten, die Verhältnisse auf den Punkt zu bringen, wenn er darauf hinweist, dass die Leistungen Deutschlands für die europäische Integration denen entsprechen, die dem Land nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Versailler Vertrag aufgebürdet wurden.[4] Und die französische Tageszeitung *Le Figaro* verglich den Vertrag von Maastricht mit dem von Versailles - nicht gerade ein Kompliment für die Politiker, die das Ende der D-Mark aus freiem Willen besiegelt haben, während Versailles unter Androhung von physischer Gewalt unterschrieben werden musste.

Ich gestehe gerne ein, dass solche Stimmen aus dem befreundeten Ausland die Anregung geliefert haben, der Sache auf den Grund zu gehen. Das vorliegende Dossier *Beuteland* versucht denn auch, soweit das überhaupt möglich ist, zusammenzustellen, wie viel im Verlauf von 7 Jahrzehnten aus Deutschland an Sachvermögen, geistigem Eigentum und finanziellen Leistungen herausgezogen wurde.

Eine auch nur annähernd genaue Gesamtsumme kann nicht ermittelt werden. Nur die Kosten der regulären Transferunion, in die die EU umgewandelt wurde, sind exakt belegbar. Die Rechnung für die irreguläre Transferunion, zu der die Europäische Währungsunion verkommen ist,

bleibt nach oben offen, solange das Experiment Euro nicht abgeschlossen ist. Ausreichend gut ist unser Informationsstand über die jahrzehntelange Wiedergutmachung, die bedauerlicherweise keineswegs immer bei den Opfern von NS-Unrecht angekommen ist. Über das Volumen der Reparationen im Gefolge des Zweiten Weltkrieges können immerhin seriöse Schätzungen vorgelegt werden. Fest steht, dass sowohl die Reparationen als auch die Kosten der EU-Transferunion den Preis übertreffen, der für den verlorenen Ersten Weltkrieg gezahlt werden musste. Eine Feststellung, die nicht zum Selbstmitleid anregen soll. Die Deutschen können sogar, wenn sie wollen, stolz auf ihre Wirtschaftskraft sein, die es ermöglicht hat, einen solchen Aderlass zu verkraften.

Damit wird zumindest eine Teilantwort auf die Frage gegeben, warum die Deutschen trotz aller wirtschaftlichen Erfolge im europäischen Vergleich nicht wirklich reich sind. Um zu verstehen, dass dabei Eigenverschulden eher schwerer wiegt als Fremdverschulden, muss man sich nur die Kurve der deutschen Staatsschuldenquote ansehen. In den fünfziger und sechziger Jahren entfernte sie sich trotz der Belastungen durch Wiederaufbau, Londoner Schuldenabkommen und Wiedergutmachung nie weit von der Marke von 20 Prozent, bezogen auf das Bruttosozialprodukt. Erst in den siebziger Jahren, als die Regierung Brandt von der Marktwirtschaft Ludwig Erhards abrückte, als sich die Staatsausgaben nicht mehr nach dem Steueraufkommen richteten, sondern umgekehrt, als Geld im Kalkül der Regierenden keine Rolle mehr spielte, begannen die Schulden zu explodieren. Der Staat wurde zum Feind der privaten Vermögensbildung. In den fünfziger Jahren wurde ein Topverdiener erst dann mit dem Spitzensteuersatz belastet, wenn er das 17-Fache des damaligen Durchschnittslohnes bezog. Heute genügt das 1,3-Fache, das sind knapp 53 000 Euro. Auch dies eine Form der Enteignung und Ausplünderung.

Nachdem die Deutschen mit dem Hinweis auf Hitler ein halbes Jahrhundert lang in die Defensive gedrängt wurden, wird neuerdings ihr angeblicher Reichtum instrumentalisiert. Dies verbunden mit der moralisch unterfütterten Zumutung, ihn zu teilen und andere am eigenen Wohlstand teilhaben zu lassen. Eingefordert wird das, was die Politiker europäische und internationale Solidarität nennen.

Als die Europäische Zentralbank 2013 eine Übersicht über das Geld- und Immobilienvermögen der Euro-Länder veröffentlichte und dabei herauskam, dass das mittlere Vermögen der Deutschen (gemessen an den Medi-

anwerten) ganz unten rangiert und noch niedriger ist als das der Portugiesen, Spanier und Griechen, fiel Angela Merkel nichts Besseres ein, als zu erklären, die deutschen Vermögen sähen kleiner aus, als sie seien.[5] Es hätte ja jemand auf die Idee kommen können, dass hier nicht mehr übermäßig viel zu holen sei.

Inzwischen haben die Deutschen aufgeholt, während die Südeuropäer krisenbedingt zurückgefallen sind. Neue Zahlen für alle Euro-Länder lagen im Frühjahr 2016 noch nicht vor. In ihrem Monatsbericht vom März 2016 bezifferte die Deutsche Bundesbank das Mediannettovermögen deutscher Haushalte mit 60 400 Euro. Das italienische betrug nach Angaben der Zentralbank in Rom, die von der Bundesbank zitiert wurde, 138 000 Euro. Die Mediane sind die Werte, die die Haushalte in eine ärmere und eine reichere Hälfte teilen. Sie sind aussagekräftiger als die Durchschnittswerte, weil diese durch relativ wenige sehr große Vermögen verzerrt werden. In manchen Fällen sind Durchschnittswerte völlig bedeutungslos, zum Beispiel das durchschnittliche Alter von Eintagsfliegen und Elefanten.

Beim reinen Finanzvermögen, also ohne Berücksichtigung der Immobilien, schneiden die Deutschen besser ab, weil sie im europäischen Vergleich wenig Wohneigentum besitzen. Aber auch hier liegt das Vermögen je Einwohner in Deutschland mit 65 000 Euro nur minimal über dem Durchschnitt der Euro-Zone, immer noch unter dem italienischen, deutlich unter dem französischen, irischen und belgischen und weit unter dem niederländischen. Veröffentlicht wurde diese Übersicht im Oktober 2015 von der Europäischen Zentralbank.

Hinzuzufügen ist, dass die Mehrheit der deutschen Haushalte nichts abzugeben hat. Auf die untere Hälfte entfallen nur 2,5 Prozent der in Deutschland angesammelten Vermögen. Die wohlhabenden und die reichen Deutschen noch stärker zur Ader zu lassen ist auch keine gute Idee. Dann würden noch mehr ins Ausland abwandern. Worauf beruht eigentlich das Gerede vom reichen Deutschland? Letzten Endes auf der übermäßigen Besteuerung, die zulasten der privaten Vermögen geht, und auf den hohen Exportüberschüssen - zwei Faktoren, die die Euro-Zone stabilisieren und zusammenhalten.

Dank der Steuerkraft konnten die deutschen Staatsschulden in der Nähe von 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gehalten werden. Das begründet die ausgezeichnete Kreditwürdigkeit des deutschen Staates an den Kapitalmärkten. Ohne die AAA-Bonität und die deutsche Staatsgarantie

für die Rettungsfonds hätte die Euro-Krise einen ganz anderen Verlauf genommen. Die Akteure an den großen internationalen Finanzplätzen trauen den Franzosen und Italienern nicht, glauben aber fest daran, dass Deutschland notfalls die Zeche zahlt. Zugleich sorgen die deutschen Exporterfolge dafür, dass die Leistungsbilanz der Euro-Zone insgesamt nicht in die roten Zahlen abrutscht und der Euro an den Devisenmärkten nicht zu einer Schwachwährung verkommt, bisher jedenfalls.

Dennoch ist die Substanz weniger belastbar, als es auf den ersten Blick aussieht. Zum einen drohen auch die deutschen Staatsfinanzen langfristig aus dem Ruder zu laufen. Nach dem Tragfähigkeitsbericht, den das Bundesfinanzministerium im Februar 2016 vorlegte, könnten die Staatsschulden bis 2060 auf mehr als 200 Prozent des BIP ansteigen, wenn weiterhin nur i,4 Kinder je Frau geboren werden. Bei einer Geburtenrate von 1,6 sähe die Entwicklung erheblich besser aus. Schon jetzt hat der Bundeshaushalt wegen der auch demografisch bedingten, enorm hohen Sozialausgaben vor allem für die Renten so gut wie keinen Spielraum mehr für Investitionen und andere primäre Staatsausgaben.

Zum anderen wird sich die extreme Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft in der nächsten Weltwirtschaftskrise als Achillesferse des deutschen Modells erweisen. Abgesehen davon hat Dieter Spethmann, der ehemalige Thyssen-Chef, in seinen Schriften immer wieder darauf hingewiesen, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion Deutschland um die Früchte seiner Exporterfolge bringt. Die Summe der jährlichen deutschen Leistungsbilanzsalden seit 1999 hätte sich in einem entsprechenden Anstieg des deutschen Nettovermögens im Ausland niederschlagen müssen. Stattdessen haben sich 735 Milliarden Euro in Luft aufgelöst. Von jedem Euro, der seit Beginn der Währungsunion durch den Export erwirtschaftet wurde, gingen nach einer Berechnung von Thomas Mayer, dem Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute, gut 40 Cent verloren.[6]

Deutschland könnte reich sein, ist es aber nicht. Die Bundesrepublik hat es nicht einmal geschafft, einen Staatsfonds für schlechte Zeiten anzulegen wie andere Länder mit strukturellen Exportüberschüssen. Der größte dieser Staatsfonds, der norwegische Government Pension Fund Global, residiert am Bankplassen 2 in Oslo, wird von der norwegischen Zentralbank verwaltet und war 2015 rund 900 Milliarden Dollar schwer. Die entmachtete, in den Euro gezwungene Deutsche Bundesbank sitzt hingegen nach

dem Stand vom Frühjahr 2016 auf dubiosen Target-Forderungen in Höhe von 600 Milliarden Euro, von denen niemand weiß, was sie wert sind und wie sie eingetrieben werden können. Norwegen hat für künftige Generationen vorgesorgt. Die dem Euro verpflichtete Bundesregierung hinterlässt kommenden Generationen Zahlungsverpflichtungen für andere Länder und eine Staatsschuld, die langfristig schwer zu beherrschen sein wird. Jeder Norweger hat über den Staatsfonds 140 000 Euro global in Aktien und Anleihen investiert, zuzüglich seines Privatvermögens. Davon können die Deutschen mit ihren 65 000 Euro an Finanzvermögen je Einwohner nur träumen.

Schließlich eine Anmerkung zu Kapitel 8, das sich mit den Umständen der Flüchtlingskrise und der Ideologie des Multikulturalismus befasst. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei der hypermoralisierenden Willkommenskultur um einen weiteren, sehr späten Versuch der Vergangenheitsbewältigung gehandelt hat. Joachim Gauck lieferte dazu die interessante Interpretation, die Flüchtlinge von heute seien auch »politische Nachfahren der Verfolgten während der nationalsozialistischen Diktatur«.[7] Und der Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz erklärte die exzessive Willkommenskultur an deutschen Bahnhöfen mit dem »Gefühl der großen Schuld«, die Deutschland im vergangenen Jahrhundert auf sich geladen habe, fügt aber hinzu: »Auch unser exzessiver Lebensstil weckt Schuldgefühle.«[8]

Ähnlich sieht es der französische Philosoph Alain Finkielkraut: Die Deutschen hätten den Moment für gekommen gehalten, ihren historischen Makel zu bereinigen und sich endlich freizukaufen. Finkielkraut weiter: »Indem es den Antisemitismus von gestern sühnen wollte, hat das Deutschland der Willkommenskultur womöglich dem Antisemitismus von morgen Spalier gestanden.« Er attestierte den Deutschen »Weltfremdheit« und Angela Merkel ein »Vergessen einer verantwortungsbewussten Moral«.[9]

Wenn Finkielkrauts Diagnose zutrifft, hat das spezifisch deutsche Konstrukt von Kollektivschuld und Kollektivverantwortung, das so von keiner anderen Nation geteilt wird, im Sommer 2015 sein Endstadium der Absurdität erreicht. »In unserem Kulturkreis ist Schuld streng individuell«, so Professor Gerard Radnitzky auf einer Konferenz in München, »es ist barbarisch, jemandem aufgrund der Handlungen anderer Menschen eine Schuld zuzuschreiben. Der Versuch, Schuldlosen einzureden, sie seien wegen der Verbrechen anderer irgendwie verantwortlich, ist selbst verantwortungslos, erkenntnistheoretisch naiv und moralisch abstoßend.«[10]

So gesehen mögen die folgenden Seiten als Aufforderung verstanden werden, die Ratio dem Obskurantismus vorzuziehen - aber auch als Wunsch, den Ablasshandel mit der Geschichte zu beenden, der uns zu lange zugemutet wurde.

Kapitel 1

Niederlage



9. Mai 1945: Deutschlands größte Katastrophe seit dem Dreißigjährigen Krieg

AM 9. **MAI** 1945, als Hitler schon tot war und die in Schleswig-Holstein domizilierte Regierung des Großadmirals Dönitz von den Engländern noch geduldet wurde, erschien die letzte, die »Abschlussmeldung« des Wehrmachtberichtes, eines Kriegstagebuches des Oberkommandos der Wehrmacht, in dem Helmuth Greiner und Percy Ernst Schramm Jahr für Jahr den Ablauf der Kämpfe aufgezeichnet hatten.

»Seit Mitternacht«, so hieß es in der Abschlussmeldung, »schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast sechsjährige, heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen.«

Was sich hinter dieser eher unaufgeregten, auf politische Wertungen verzichtenden Mitteilung einer Kriegerkaste verbarg, war die nackte Tatsache einer in der deutschen Geschichte beispiellosen Katastrophe - einmal abgesehen von der andersgearteten Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges im 17. Jahrhundert, dem ein Drittel der Bevölkerung zum Opfer gefallen war. Am 9. Mai 1945 hatte Deutschland aufgehört, Subjekt der Geschichte zu sein. Finis Germaniae, das Ende Deutschlands. Die Sieger waren entschlossen, dem Volk in der Mitte Europas einen karthagischen Frieden aufzuerlegen, von dem es sich nie mehr erholen sollte.

Die Geschichte, die nun folgt, würden wir weder schreiben noch lesen wollen, hätte sie den 1945 absehbaren unglücklichen Ausgang genommen. Im Nachhinein wissen wir, dass alles ganz anders kam. Am besten passt die Metapher des Vogels Phönix, eines ursprünglich ägyptischen, dann hellenischen Mythos, den die Römer neu erfanden und der sich in seiner Neufassung über die ganze Welt verbreitete. Es ist der Mythos eines Vogels, der sich in großen Zeitabständen selbst verbrennt, um dann aus seiner Asche neu aufzusteigen.

Der deutsche Phönix hat sich aus der Asche erhoben, auch wenn der große Publizist Johannes Gross später, 1989, das Bild vom »Phönix in Asche« prägte. Zwar sei, so schrieb er, die Geschichte der Bundesrepublik die eines unerhörten Aufschwungs und nichts komme diesem Erfolg in der langen Geschichte Deutschlands gleich.

Und doch: »Nach der Empfindung seiner Bürger wird der Phönix dicker und behäbiger, aber er fliegt nicht; er breitet nicht einmal seine Flügel aus. Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheiten. Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel. Seine Zukunft hat nach dem öffentlichen Bewusstsein, dem die Politik nicht mehr dreinredet, Katastrophen als Gegenstand und Ziel.«

Gross fügte hinzu: »Durch konkludentes Handeln drückt das politische Phänomen Bundesrepublik einen Inferioritätskomplex aus, mögen seine Politiker auch gelegentlich auftrumpfende Reden halten ... Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen.«[1]

Aus Sicht der vermeintlichen Stunde Null, nicht aus der Sicht der Sieger, wohl aber aus Sicht der Deutschen, hätte Gross 1945 anders formulieren müssen. Die Besiegten hielten die Bewältigung der Zukunft für wichtiger als die der Vergangenheit.

Beispielhaft dafür stehen drei Männer, die wie alle anderen 1945 vor dem Nichts standen und zu Schlüsselfiguren des deutschen Wiederaufstiegs werden sollten. Eines Wiederaufstiegs, der einem historischen Glücksfall zu verdanken war: dem sich schon wenige Monate nach Kriegsende abzeichnenden, 1947 deutlicher werdenden und 1948 endgültig vollzogenen Bruch der Kriegsallianz zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion Stalins.

Die Umkehr der Allianzen und nichts sonst war die Voraussetzung für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 und für das Wirtschaftswunder der fünfziger und sechziger Jahre. Die drei Schlüsselfiguren - Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Franz Josef Strauß - waren zugleich Produkte dieser Umkehr der Allianzen. Sie wurden zu Gewinnern eines Prozesses, den sie nicht selbst in Gang setzen konnten.

Konrad Adenauer: Gebeugt, nicht gebrochen

Konrad Adenauer, früherer Oberbürgermeister von Köln und einer der bekannteren Politiker der Weimarer Republik, hatte sich nach KZ- und Gestapo-Haft in sein Haus in Rhöndorf zurückgezogen, um dort das Kriegsende zu erleben. Im fortgeschrittenen Alter von 70 Jahren und ohne die Perspektive einer neuen politischen Karriere legte er immer noch gro-

ßen Wert darauf, auf dem Laufenden zu bleiben. Er hörte mehrmals täglich ausländische Sender, besonders BBC, und ließ sich regelmäßig von einem Offizier im Oberkommando der Wehrmacht ins Bild setzen. So war er, schreibt er in seinen *Erinnerungen,* auch über die wachsenden Gegensätze zwischen den Alliierten »in etwa« unterrichtet. Als die Amerikaner im März anrückten, seien zwölf amerikanische Granaten in seinem Garten gelandet, die dritte »fünf Meter unterhalb von mir«. »Danach rannte ich ins Haus zurück.« Ob Adenauer die erste Granate wirklich gesehen hat, wie er behauptet, ist fraglich. Das kann er sich auch eingebildet haben.

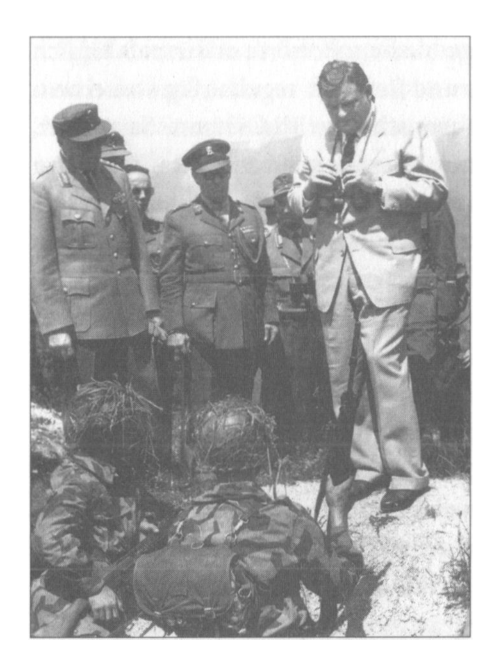
Wie auch immer, Adenauer überlebte, wurde nach Beendigung der Kampfhandlungen von den Amerikanern zum Oberbürgermeister von Köln ernannt - und von den neuen Besatzern, den Engländern, schon am 6. Oktober 1945 mit der vorgeschobenen Begründung wieder entlassen, er habe seine Pflicht gegenüber der Bevölkerung Kölns nicht erfüllt. Er musste Köln »so bald wie möglich« verlassen. Und: »Sie werden weder direkt noch indirekt irgendeiner wie auch immer gearteten politischen Tätigkeit nachgehen.«

Adenauer in seinen *Erinnerungen* über den rüden Hinauswurf: »Als ich von der englischen Besatzung abgesetzt, mir jede politische Betätigung unter Androhung eines militärgerichtlichen Verfahrens verboten und ich aus Köln ausgewiesen war, mieden mich aus Furcht vor der Besatzungsmacht meine Freunde. Als ich Köln verließ, sagte mir niemand Lebewohl. Es war eine Atmosphäre um mich, sehr ähnlich derjenigen, die mich umgab, als die Nationalsozialisten mich verjagt hatten.«

Das war das scheinbare Ende der kurzen Nachkriegskarriere eines Mannes, der vier politische Regime erlebt hatte. Er kam zurück. Auf das Kaiserreich, die Weimarer Republik, Hitlers Drittes Reich und die Militärdiktatur der Alliierten folgte die Bundesrepublik Deutschland. »Gebeugt, nicht gebrochen«, so hatte Adenauer im Angesicht der Niederlage seine Verfassung und die seines Volkes umschrieben.[2]

Franz Josef Strauß: Die erste Begegnung mit den Amerikanern

Als Bonner Verteidigungsminister und geopolitischer Vordenker wurde Franz Josef Strauß wie kein Zweiter neben Adenauer zum Protagonisten des deutschen Comeback, das auf dem Bündnis mit den USA und damit zwangsläufig auf der Wiederbewaffnung basierte. Auch Strauß reüssierte



Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister bei einer Feldübung der Bundeswehr (i960)

dank der Umkehr der Allianzen, die er frühzeitig und scharfsinnig hatte kommen sehen. Von überragender Intelligenz, mangelte es ihm nie an Selbstbewusstsein. Die Amerikaner und die von ihnen geführte NATO konnten auf ihn zählen, ohne dass er sich jemals das Büßerhemd übergezogen hätte. Das verlangten sie von ihm auch nicht.

Strauß hatte den Russland-Feldzug mitgemacht, war 1944 zum Oberleutnant befördert worden und machte sich am 27. April 1945 mit dem Fahrrad durch ein hinteres Tor aus dem Staub, als die amerikanischen Panzer gerade durch den Haupteingang der Flak-Kaserne von Altenstadt in Oberbayern rollten. Vorher hatte er sich durch einen selbst eingetragenen Vermerk in seinen Wehrpass mit Datum des 20. April aus der Wehrmacht entlassen. Nun im einzigen Zivilanzug, den er noch besaß, verbrachte er die Nacht beim Pfarrer von Schwabniederhofen, fuhr weiter nach Schongau und von dort wieder zurück nach Schwabniederhofen, wo er seine erste persönliche Begegnung mit den Amerikanern hatte.

»Zunächst verwickelte ich die Soldaten in ein Gespräch«, erzählt Strauß in seinen *Erinnerungen,* »indem ich ihnen klarzumachen versuchte, dass sie sich jetzt zwar über den Sieg über die Deutschen freuen könnten, dass sie aber mit den Russen noch erheblichen Ärger bekommen würden«. Da war der junge Strauß der weltpolitischen Entwicklung weit voraus. Die Soldaten taten seine Prognosen als »Nazi-Geschwätz« ab.

Und dann wurde er doch noch von den Amerikanern in Haft genommen und angewiesen, seine Erfahrungen mit der Taktik der russischen Luftwaffe und deren Bekämpfung mit der leichten und schweren Flak auf über zwanzig Schreibmaschinenseiten zu Papier zu bringen. Strauß folgerte daraus, dass die Amerikaner einen militärischen Konflikt mit der Sowjetunion zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr völlig ausschlossen. Nach nicht

einmal 5 Wochen Kriegsgefangenschaft kam er frei und meldete sich bei der Militärregierung, die ihm einen Pass ausstellte und ihn zum stellvertretenden Landrat ernannte. Es kam ihm zugute, dass er Englisch sprach und aus einem katholischen Elternhaus stammte, das ihn gegen die Verführungen der NS-Ideologie zuverlässig immunisiert hatte. Er war unbelastet.

An der Diffamierung der Wehrmacht hat sich Strauß nie beteiligt. In seinen *Erinnerungen* schildert er den Einmarsch in Lemberg, wo er Zeuge eines doppelten Kriegsverbrechens wurde. Als seine Einheit einrückte, lagen Brandgeruch und Leichengestank über der Stadt. Die sowjetische Geheimpolizei GPU hatte eine große Säuberung durchgeführt. »Sie hatte noch ermordet, was sie ermorden konnte.« Die Russen hätten ihre Opfer tot oder halbtot mit Benzin Übergossen und angezündet. Wenige Tage später hörte Strauß in einem Waldstück in der Nähe seiner Stellung die Schüsse eines anderen Kriegsverbrechens: eines Massakers der SS an zusammengetriebenen Juden und kommunistischen Funktionären.

Strauß war Angehöriger der Kriegsgeneration, ohne die der Aufbau der Bundeswehr und das Bündnis mit den USA so nicht realisierbar gewesen wären. Er erinnerte sich: »Zu meiner Prägung haben 6 Jahre in der Wehrmacht, davon mehrere Jahre Fronterlebnis, wesentlich beigetragen. Sie haben mein Verhältnis zu den außerbayerischen Deutschen verändert, haben bei der Formierung der Persönlichkeit und im Kameradschaftsgefühl gegenüber anderen deutschen Stämmen eine wesentliche Rolle gespielt. Das verpflichtende Bewusstsein, für das Ganze einstehen zu müssen, drang unauslöschlich in mich ein. Der Preis für diese Erfahrung ist natürlich überhaupt nicht nennbar. Wenn es denn schon unvermeidlich war, so kann ich nur sagen, dass ich dieser Zeit viel verdanke an Persönlichkeitsbildung, Führungsbefähigung und Bereitschaft zum Risiko.« Eine Einschätzung, die den späteren Politiker Strauß und seinen Charakter besser verstehen hilft.[3]

Ludwig Erhard: Nachkriegsplanungen, die Hitler verboten hatte

Ludwig Erhard, eine barocke Figur wie Strauß, aber aus sehr viel weicherem Holz geschnitzt, war die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg erspart geblieben. Nichts in seiner beruflichen Laufbahn deutete jemals auf die Rolle hin, die er 1948 und danach spielen sollte. Von 1942 bis 1945 leitete Erhard das von ihm gegründete Institut für Industrieforschung mit Sitz in Berlin und Nürnberg. Es wurde von der Reichsgruppe Industrie finanziert, arbeitete



Wirtschaftsminister Ludwig Erhard im Gespräch mit Bundeskanzler Konrad Adenauer

mit dem Wirtschaftsministerium zusammen, das allerdings nur aus Erhard und einer Sekretärin bestand, die ihm über die Jahre hinweg folgte, bis sie schließlich das Vorzimmer des Kanzleramtes bezog. Das Institut besaß nicht einmal eigene Büroräumlichkeiten.

Ab Sommer 1943 wurde Erhard in Planungen der Reichsgruppe Industrie einbezogen, die sich mit der wirtschaftlichen Situation nach dem Krieg und mit den Folgen der inflationären Kriegsfinanzierung befassten. Erhard schrieb ein 268 Seiten langes Memorandum, das im März 1944 der Spitze der Reichsgruppe vorgelegt wurde - ein erstaunliches, aber nicht gerade brillantes Papier, in dem wenig auf das Format des späteren Wirtschaftsministers hindeutete. Immerhin: Der Widerstandskämpfer Carl Goerdeler las eine Kurzfassung, die sich auf »Schuldenkonsolidierung« beschränkte, und nannte sie eine »sehr gute Arbeit«. Bereits auf der Flucht vor der Gestapo, empfahl er Erhard seinen Mitverschwörern: »Er wird euch gut beraten.«

Dass es mitten im Krieg Stellen und Personen gab, die sich mit der Nachkriegsplanung beschäftigten, ist für sich genommen schon bemerkenswert.

Es spricht für eine Kontinuität des Denkens der Eliten, ohne die sich der Phoenix schwerlich aus der Asche erhoben hätte. In der Ausgabe vom 28. Juni 2015 versuchte das *Handelsblatt,* Erhard einen Strick daraus zu drehen. Tatsächlich hatte ausgerechnet der berüchtigte SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf, Chef des SD-Inland im Reichssicherheitshauptamt, die Hand über die Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe und des Wirtschaftsministeriums gehalten. Sonst wären solche Aktivitäten, weil per Führerbefehl verboten, denn auch kaum möglich und viel zu gefährlich gewesen. Und es ist Unsinn, dass sich Erhard »auf den Fluren der NS-Machthaber« bewegt haben soll, wie das *Handelsblatt* fabuliert. Er war nicht einmal Mitglied der NSDAP, was seiner beruflichen Laufbahn sicherlich gutgetan hätte.

Laut Volker Hentschel, einem Biografen Ludwig Erhards, war Ohlendorf ein »heftiger Kritiker der Kriegswirtschaft und der Kriegsfinanzierung und ein grundsätzlicher Verfechter der Marktwirtschaft«. Er habe das Hohelied auf die Schöpferkraft des freien Unternehmertums gesungen. Eine gespaltene Persönlichkeit? Jedenfalls war es derselbe Ohlendorf, der in der Ukraine 1942 die Einsatzgruppe D befehligte, die auch die von Strauß bezeugten Verbrechen beging, und der Ende 1943 als stellvertretender Staatssekretär in das Reichswirtschaftsministerium einzog, wo er mit Rückendeckung von Himmler die Nachkriegsplanungen protegierte. Ohlendorf trat im Nürnberger Prozess als einer der Hauptzeugen der Anklage auf. Er wurde am 7. Juni 1951 aufgrund seiner Verurteilung im sogenannten Einsatzgruppen-Prozess in Landsberg von den Amerikanern durch den Strang hingerichtet, nachdem sich Mitglieder der Bundesregierung vergeblich für seine Begnadigung eingesetzt hatten.

Und Erhard? Er war nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs einfach arbeitslos. Er war nicht habilitiert, eine wissenschaftliche Laufbahn stand ihm nicht offen. Wer seine Studie aus dem Jahr 1944 gelesen hätte, urteilt sein Biograf Hentschel, hätte sich nicht im Entferntesten vorstellen können, in welche Ämter deren Verfasser avancieren würde. Übrigens ist Hentschels detailversessene Biografie ein Musterbeispiel dafür, dass das Studium der Quellen allein noch kein ausgewogenes Gesamtbild garantiert. Hentschel wird Erhard und seiner Lebensleistung bei Weitem nicht gerecht.

Den ersten Karrieresprung schaffte Erhard ganz unverhofft schon im Oktober 1945, wobei ihm zugutekam, dass die amerikanische Militärregierung in Bayern nach Gutdünken Politiker einsetzte und entließ. Ganz Deutschland war noch weit entfernt von einer parlamentarischen Demokratie.

Zuerst ernannten die Amerikaner Fritz Schäffer, einen zeitweiligen Insassen des KZ Dachau, zum bayerischen Ministerpräsidenten, einen integren und sehr fähigen Mann, der sich mit den Besatzern verkrachte, bis sie ihn wieder aus dem Amt warfen. Dann beauftragten sie Wilhelm Hoegner, einen aus dem Exil heimgekehrten Sozialdemokraten, ein Kabinett zusammenzustellen. Hoegner hatte Mühe, jemanden für das Ministerium für Handel und Gewerbe zu finden. Die amerikanischen Besatzungsoffiziere in Mittelfranken legten ein Wort für Erhard ein - und der übernahm tatsächlich das Ministerium in der Münchener Prinzregentenstraße. Ende der Stunde Null für den noch ganz unbekannten Wirtschaftspolitiker.[4]

Umkehr der Allianzen: General Gehlen und das neue Deutschland

Nun müssen wir auch noch Reinhard Gehlen vorstellen, den Idealtypus des patriotischen Kollaborateurs, die personifizierte Antithese zum Morgenthau-Plan, den Profiteur des schon bald ausbrechenden Kalten Krieges zwischen Ost und West, einen Mann, der es dank eines genialen Einfalls schaffte, unbeschädigt und nahezu übergangslos aus der totalen Niederlage in die Welt der Sieger zu spazieren und dort akzeptiert zu werden.

Es war fast so, als hätte für ihn keine Stunde Null geschlagen. Weil Geheimdienste systembedingt im Sanktum einer Weltmacht agieren, noch dazu der amerikanischen, steht die geheimnisumwitterte Figur des Generals Gehlen wie keine andere für die auch von Strauß frühzeitig antizipierte Umkehr der Allianzen und für die Rückkehr Deutschlands in die Politik - wenn auch unter den Fittichen der amerikanischen Führungsmacht. Die reale Gefahr der Auslöschung Deutschlands als Nation war gebannt. Das war alles, was zählte.

Als die Gründung der Bundesrepublik noch als illusionär erschien, zimmerte Gehlen schon an dem Rahmen, in den die Außenpolitik des neuen Deutschland passen würde. Dass sein Masterplan aufging, war fast schon ein Wunder. Dass er nicht scheiterte, hing von Zufällen und glücklichen Wendungen ab, aber auch von einer generalstabsmäßigen Planung.

Erwähnt werden muss auch, dass alles monatelang unter strengster Geheimhaltung vor sich ging. Hätte Hitler von den Vorbereitungen erfahren, wäre Gehlen aufgehängt oder erschossen worden. Hätte die amerikanische Öffentlichkeit Wind von der Kooperation zwischen der »Organisation Gehlen« und den US-Geheimdiensten bekommen, wäre ein Sturm der Ent-



Generalmajor Reinhard Gehlen, Begründer der »Organisation Gehlen«, aus der später der BND hervorging

rüstung losgebrochen. Der Deal wäre höchstwahrscheinlich geplatzt.

Als der Krieg schon verloren war und Hitler unter weit fortgeschrittenem Realitätsverlust immer noch in der Wolfsschanze ausharrte, saß Generalmajor Reinhard Gehlen nur 5 Kilometer entfernt in seinem Hauptquartier der Abteilung »Fremde Heere Ost«, die dem Generalstab des Heeres zugeordnet war. Die Abteilung, die er seit dem Mai 1942 leitete, war zuständig für die Ostspionage und damit für die Aufklärung von Stärke, Taktik und Strategie der Roten Armee. Dazu befragte sie Kriegsgefangene und unterhielt ein Agentennetz im Feindesland.

Der Generalstäbler Gehlen, ein kleiner, fast professoral wirkender Mann mit ruhiger Stimme, vermied es möglichst, an den Führerbesprechungen in der Wolfsschanze teilzunehmen. Er schickte lieber seine Leute oder übergab seine Berichte an Generaloberst Heinz Guderian, den Stabschef des Heeres. Als Guderian am Heiligen Abend 1944 Gehlens neueste Lagebeurteilung präsentierte, wurde Hitler wütend und nannte sie »wertlos«.

Als Gehlen am 9. Januar 1945 eine unmittelbar bevorstehende sowjetische Großoffensive vorhersagte, nannte der Diktator die Analyse »schwachsinnig« und befahl Guderian, Gehlen in ein Irrenhaus zu stecken. »Wenn Sie verlangen, dass der General Gehlen in ein Irrenhaus kommt«, antwortete Guderian, »dann sperren Sie mich auch gleich dazu.«

Noch vor Kriegsende, am 9. April 1945, wurde Gehlen auf Befehl Hitlers entlassen. Da hatte er sich schon monatelang - seit Oktober 1944 - »in aller Ruhe systematisch und unter größter Geheimhaltung auf diesen Augenblick vorbereitet«, schreibt die amerikanische Autorin Mary Ellen Reese.[5] Er hatte sein gesamtes Archiv auf Mikrofilm vervielfältigen, in acht wasserdichte Behälter verpacken und an verschiedenen Stellen in Erdlöchern und unter den Dielen abgelegener Forsthäuser in den Alpen vergraben lassen.

Die Fässer enthielten die Währung, mit der er sich bei den Amerikanern einkaufen wollte: geheimdienstliches Material über die Rote Armee und die Sowjetunion, das niemand sonst im Westen besaß, schon gar nicht die amerikanische Führung. Vorher hatte der General seine Frau und die vier Kinder aus Schlesien herausholen und in Bayern in Sicherheit bringen lassen.

Er selbst brach am 28. April von Bad Reichenhall auf, um in einer vorbereiteten Hütte in den Bergen, auf der Elendsalm nahe Miesbach, das Kriegsende abzuwarten. Es war eine Höllenfahrt zwischen anrückenden amerikanischen Truppen, zurückflutenden Wehrmachtsteilen und mörderischen SS-Leuten, die Jagd auf Deserteure machten. Auch auf der Alm konnten sich Gehlen und seine vier Offiziere nicht wirklich sicher fühlen. Bei Tagesanbruch verließen sie für gewöhnlich die Hütte und versteckten sich oben in den Bergen.

Als sich Gehlen am 22. Mai der US-Armee stellte und in Kriegsgefangenschaft ging, stieß er auf Desinteresse und Ablehnung. Die Amerikaner begriffen nicht, was er anzubieten hatte. Nach mehreren Ortswechseln schafften sie ihn schließlich in ein Gefängnis in Wiesbaden. Das Hin und Her, glaubt Mary Ellen Reese, hat ihm möglicherweise das Leben gerettet, weil die Russen ihn inzwischen suchten. Sie hätten versuchen können, ihn zu entführen, bevor die Amerikaner Schutzmaßnahmen für ihn anordneten. Die amerikanische Besatzungszone war durchsetzt von Sowjetagenten. Nur war der Aufenthaltsort des Generals zunächst bei den amerikanischen Stellen nirgends dokumentiert.

Dass Gehlen erreichte, was er sich seit Oktober 1944 vorgenommen hatte, hatte er zwei Offizieren des Geheimdienstes der US-Armee zu verdanken, die den Wert ihres Gefangenen erkannten: dem Hauptmann John Boker, der Gehlen als Erster verhörte und sich davon überzeugte, »dass Gehlen kein Nazi war und die Linie kannte, die zwischen Partei und Wehrmacht verlief«.[6] Und Hauptmann Eric Waldman, einem gebürtigen Österreicher, dessen Eltern dem NS-Terror zum Opfer gefallen waren. Die drei lernten sich kennen und schätzen und wurden Freunde.

Captain Boker sorgte dafür, dass Gehlens Name aus der Liste der in US-Gefangenschaft befindlichen Soldaten gestrichen wurde. Hätte eine falsche Stelle in Washington davon erfahren, wäre er möglicherweise an die Sowjets ausgeliefert worden. Wirklich sicher konnten Gehlen und seine Offiziere sich erst fühlen, als sie noch 1945 unter strengster Geheimhaltung zusammen mit ihrem Archiv nach Fort Hunt südlich von Washing-

ton ausgeflogen wurden. Im Sommer 1946 kehrten sie nach Oberursel bei Frankfurt zurück und begannen unter amerikanischer Aufsicht und mit amerikanischem Geld den Aufbau der Organisation Gehlen. Die zog am 6. Dezember 1947 nach Pullach bei München, wurde am 1. Juli 1949 offiziell vom neu gegründeten Geheimdienst CIA übernommen und firmierte ab dem 1. April 1956 - inzwischen in einer Stärke von mehreren tausend Mitarbeitern - als Bundesnachrichtendienst (BND).

Die Organisation Gehlen, aus der der BND hervorging, war eine amerikanische Gründung, die mit den Amerikanern zusammenarbeitete und an die Amerikaner lieferte. Sie konnte sich nie vollständig abnabeln - nur vor diesem Hintergrund wird die NSA-Affäre verständlich, die der Regierung Merkel so viel Ärger bereitet hat. Immerhin verweigerte sich Gehlen der amerikanischen Forderung, seine Quellen offenzulegen, und er setzte durch, dass seine Organisation deutschen Interessen folgen dürfe, sollten die einmal in Konflikt mit den amerikanischen geraten.

Dass im BND Fehler gemacht wurden, zumal in der Personalpolitik, und dass der Dienst mit der Enttarnung des sowjetischen Spions Heinz Felfe in eine schwere Krise stürzte, ist bekannt, aber nicht unser Thema. Hier interessiert die sicherheits- und außenpolitische Dimension: der Antikommunismus als deutsche Staatsräson, wodurch das Bündnis mit den USA erst ermöglicht wurde; der Kampf gegen Fremdbestimmung und für Souveränität, den ja auch Adenauer beharrlich führte; aber auch die Rolle von Gehlens Organisation als Refugium für Offiziere der Wehrmacht, die bei ihm überwintern konnten, bis sie später für den Aufbau der Bundeswehr zur Verfügung standen - darunter auch Adolf Heusinger, ein früherer Vorgesetzter Gehlens, der Generalinspekteur der Bundeswehr wurde.

Wenn man über Geschichte schreibt, besteht immer die Gefahr, den heutigen Wissensstand mit dem früheren zu verwechseln und den Ablauf der Ereignisse so zu interpretieren, als seien sie absehbar gewesen. Das waren sie mitnichten. Während das Pentagon schon 1945/46 Interesse an Gehlen zeigte, wurden die amerikanische, britische und französische Besatzungszone noch gnadenlos ausgeplündert in der Absicht, die deutsche Wirtschaft auf Dauer kleinzuhalten. Als die Central Intelligence Agency, Nachfolgerin des Office of Strategie Services, bereits die Modalitäten der Kooperation mit Gehlen aushandelte, wurden in den Westzonen immer noch Industrieanlagen demontiert, war Westdeutschland noch weit entfernt von einem souveränen Status.

Die Politik Washingtons gegenüber der Sowjetunion und damit gegenüber Deutschland änderte sich nicht über Nacht. Der Prozess, mit dem wir uns noch befassen werden, zog sich über Jahre hin. Die verschiedenen Zweige der riesigen amerikanischen Bürokratie, der politischen wie der militärischen, zogen nicht an einem Strang. Hätte Gehlen nicht frühzeitig Zugang zu den richtigen Personen und Stellen gefunden, dann wäre der Plan misslungen. Bis Anfang der fünfziger Jahre blieb die Existenz der Organisation Gehlen der westlichen Öffentlichkeit unbekannt.

Während Winston Churchill schon am 11. Mai 1945, kurz nach der deutschen Kapitulation, in einem Telegramm an den amerikanischen Präsidenten vor dem Ausbruch eines Dritten Weltkrieges warnte, diesmal mit der Sowjetunion als Gegner[7], wehte in Washington noch der Geist Franklin D. Roosevelts. Der betrieb mehr als nur eine Appeasement-Politik gegenüber Stalin. Er agierte wie ein sowjetischer Einflussagent. Er duldete das Treiben einer regelrechten Armee von sowjetischen Agenten auf amerikanischem Boden. Er ordnete an, Sendungen von und nach Russland von der Zensur zu verschonen. Er ließ zu, dass amerikanische Staatsgeheimnisse »systematisch und permanent« abgeschöpft wurden.[8] Umgekehrt dachten die Amerikaner nicht daran, ihren sowjetischen Verbündeten auszuspionieren.

Im Krieg und auch noch auf der Konferenz von Potsdam setzte Washington auf ein amerikanisch-sowjetisches Kondominium in Europa. Für deutsche Belange war da kein Platz. Als Stalin das Kondominium torpedierte, mussten die Amerikaner feststellen, dass ihr Kenntnisstand über den neuen Gegner gefährlich dünn war. Das war Gehlens Chance.

Mehr noch: Reinhard Gehlen machte deutsche Politik. Im Jahre 1950, nach Ausbruch des Korea-Krieges, leitete er eine Tagung in einer Jagdhütte nördlich von Frankfurt, auf der die Bedingungen für die deutsche Wiederbewaffnung festgelegt wurden. Es sprach Generaloberst Franz Halder, der 1942 von Hitler gefeuerte Generalstabschef des Heeres.

Die Deutschen müssten, darin war man sich einig, als gleichwertige Partner in der NATO behandelt werden und nicht einfach als Kanonenfutter im Dienst einer fremden Armee. Am 20. September 1950 traf sich Gehlen zum ersten Mal mit Konrad Adenauer und am Tag darauf mit dem SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher.

Karl Carstens, unter Kiesinger Chef des Bundeskanzleramtes, formulierte es wie folgt: »So entstand frühzeitig eine Partnerschaft mit den westlichen Nachrichtendiensten, die nicht ohne Einfluss blieb auf die spätere

politische und militärische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Alliierten.«[9]

Wie so oft, hing viel von persönlichen Beziehungen ab: Die gegenseitige Wertschätzung zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und John Foster Dulles, US-Außenminister von 1953 bis 1959, hätte größer nicht sein können; und zugleich amtierte Allen W. Dulles, der Bruder des Außenministers, als Direktor der CIA und stärkte Gehlen den Rücken, auch gegenüber der Bundesregierung in Bonn.

Mit der Gehlen-Story sind wir den Ereignissen weit vorausgeeilt und müssen zurückkehren zur desolaten, schier ausweglosen Lage Deutschlands im Jahr 1945.

Bombenterror: »Wir werden Deutschland zu einer Wüste machen«, versprach Churchill

Wenn in Deutschland wirklich eine Stunde Null schlug, dann am ehesten in der ersten Stunde des 9. Mai 1945, als die Kapitulation der Wehrmacht in Kraft trat und die Waffen an den Fronten in Europa schwiegen. Manchmal ist auch die Rede von einem »Jahr« Null, so in Roberto Rossellinis Film von 1948 *Deutschland im Jahre Null.* Bundespräsident Richard von Weizsäcker wiederum wollte 40 Jahre nach Kriegsende von der Metapher nichts wissen. In seiner Rede vom 8. Mai 1985 verkündete er, es habe keine »Stunde Null« gegeben, sondern lediglich die Chance auf einen »Neubeginn«.



Luftbild der nahezu völlig zerstörten Stadt Hamburg 1943 nach einem Bombenangriff der »Operation Gomorrha«

Das kann man so sehen, je nachdem, was mit dem Schlagwort gemeint ist. Dass Deutschland als freie, prosperierende Nation ein Comeback erleben würde, war 1945 objektiv nicht absehbar, auch wenn Männer wie Adenauer und Strauß nach vorne blickten und auf die Gunst einer neuen weltpolitischen Konstellation setzten. Noch stand die Kriegsallianz zwischen den Angelsachsen und den Sowjets. Als die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz im August 1945 bekannt wurden, verhießen sie eine düstere Zukunft für das besiegte Land, wählten Tausende von Deutschen den Selbstmord. In den Jahren 1946 und 1947 wütete der große Hunger. Und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten war 1945 alles andere als abgeschlossen.

Das Kriegsende hinterließ das Deutsche Reich im Zustand einer totalen menschlichen, materiellen, politischen und moralischen Katastrophe. 3,67 Millionen Soldaten der Wehrmacht waren gefallen, eine halbe Million wurde vermisst, 4 Millionen waren verwundet, 10 Millionen gerieten in Gefangenschaft. Den Bombardements der britischen und amerikanischen Luftwaffe auf deutsche Städte waren 500 000 Menschen zum Opfer gefallen, vielleicht auch erheblich mehr - eine zuverlässige Schätzung der Opferzahl liegt bis heute nicht vor, so Jörg Friedrich in seinem Standardwerk *Der Brand.* Zugleich gerieten die Terrorangriffe zur größten Bücherverbrennung aller Zeiten, schreibt Friedrich. Allein die Bayerische Staatsbibliothek verlor in der Nacht zum 10. März 1945, als das Bomber Command 70 000 Brandbomben auf München warf, eine halbe Million Bücher, 23 Prozent des Gesamtbestandes.

»Wir werden Deutschland zu einer Wüste machen, ja, zu einer Wüste«, hatte Winston Churchill im Juni 1940 bei Tisch versprochen.[10] 1945 lagen Deutschlands Großstädte in Trümmern. Von 177000 Häusern in Frankfurt standen noch 44 000. In Hamburg war gut die Hälfte der Häuser zerstört, in Nürnberg blieben gerade einmal 10 Prozent unbeschädigt. Der Schuttberg im Land wurde auf 500 Millionen Kubikmeter geschätzt.

Stunde Null, das bedeutete auch, dass in den zerbombten Städten nichts mehr funktionierte: die Versorgung mit Lebensmitteln ebenso wenig wie die mit Energie und fließendem Wasser. In seinen Memoiren erinnert sich Konrad Adenauer, dass in Köln nur 300 Häuser unbeschädigt geblieben waren: »Sicher ebenso groß war der Schaden, der der Stadt durch die Zerstörung der Straßen, der Straßenbahngeleise, der unter der Erde gelegenen Kanalisation, Wasserleitungen, Gasleitungen, der elektrischen Stromanlagen und anderer öffentlicher Einrichtungen zugefügt war.«

»Die Gefahren, die sich daraus für die Gesundheit der Menschen ergaben, kann man sich kaum vorstellen. Es gab kein Gas, kein Wasser, keinen elektrischen Strom. Außerdem gab es keine Verkehrsmittel. Die Brücken über den Rhein waren zerstört. Schutt lag in den Straßen meterhoch. Überall erhoben sich riesige Geröllhalden vor den zerbombten und zusammengeschossenen Gebäuden. Köln sah mit seinen zerstörten Kirchen, von denen viele fast 1000 Jahre gestanden hatten, mit seinem geschändeten Dom, mit den aus dem Rhein ragenden Trümmern der einst so schönen Brücken und dem unendlichen Meer von zerstörten Häusern gespenstisch aus.«"

Aus geopolitischer Sicht zieht der *Ploetz* die folgende Bilanz des Krieges: »Der Versuch der drei >have-nots< Deutschland, Italien und Japan, die Spannungen zwischen den etablierten Großmächten untereinander sowie zwischen ihnen und der Sowjetunion ausnutzend, die 1919/1920 errichtete Weltordnung umzustürzen und die Erde in (auf ihre Interessen ausgerichtete) autarke, strategisch gesicherte >Großräume< aufzuteilen, ist im Verlaufe des Krieges nicht nur gescheitert, sondern hat im Gegenschlag nach der Verwüstung großer Teile des europäischen Kontinents und des ostasiatisch-pazifischen Raumes in einem äußerst opferreichen Ringen zur politischen Katastrophe für die >have-nots< selbst geführt, im Falle Deutschlands infolge des rassenideologischen Vernichtungskrieges mit der Ausrottung der europäischen Juden darüber hinaus auch zu einer moralischen Katastrophe.«[12]

Auch der Historiker Hellmut Diwald spricht von der Stunde Null, meint aber eher den Zustand der Tabula rasa: »Alles war Schutt geworden, was man einmal mit dem Wort >Deutschland< umschrieben hatte. Nichts mehr existierte davon, weder völkerrechtlich noch territorial, weder materiell noch geistig-politisch. Es gab keinen Staat mehr, der sich >Deutsches Reich< nennen konnte. Herrschaft, Gesetzgebung, vollziehende Gewalt lagen in den Händen der Sieger. Ihre Militärregierungen hatten den deutschen Behörden bis zu den Bürgermeistereien der Dörfer hinab die Rechtsbasis entzogen. Es gab keine Persönlichkeitsrechte, kein Recht auf Eigentum, keinen Schutz vor Willkür. Vom Deutschen Reich war ein Leichenhaus übrig geblieben.«'[3]

Hitler, niemand sonst, hatte das Reich verspielt und damit den Status Deutschlands als europäische Großmacht, den nicht einmal das Versailler Diktat im Kern gefährdet hatte. Mit dem Deutschen Reich endete zugleich die Epoche der globalen Vormachtstellung Europas. Die Flügelmächte

USA und Sowjetunion gewannen den Krieg. Der Historiker Hans-Ulrich Thamer arbeitet in seiner bei Siedler erschienenen *Deutschen Geschichte* sehr schön heraus, wie mit Hitler auch der Nationalsozialismus fast über Nacht verschwand, wie mit dem Verfall des Hitler-Mythos die Anziehungs- und Integrationskraft der herrschenden Ideologie erlosch und wie das deutsche Volk auf die Nachricht vom Tode des Diktators nur noch mit Erleichterung und Teilnahmslosigkeit reagierte. Auch dies eine Stunde Null in dem Sinne, dass eine im historischen Vergleich sehr kurze, unheilvolle Ära abgeschlossen war.

Nicht die krude Weltanschauung des Nationalsozialismus hatte die Mehrheit der Deutschen an das System gebunden, sondern - eine Zeit lang - der Mythos des »Führers«, der schon nach Stalingrad und nach Rommels Niederlage in Nordafrika zu verblassen begann. Schließlich glaubten nur noch Fanatiker an den Endsieg, während die breite Masse zurückfand zu einem auf das Überleben ausgerichteten Pragmatismus.

Als Albert Speer, der Rüstungsminister, im Frühjahr 1945 kreuz und quer durch Deutschland eilte, um Hitlers Zerstörungsbefehl zu verhindern, beobachtete er auf einer Fahrt durch Unterfranken, wie die Einwohner der Dörfer in aller Ruhe damit beschäftigt waren, in ihren Gärten Gruben auszuheben, um das Familiensilber und andere Wertgegenstände vor dem anrückenden Feind in Sicherheit zu bringen. »Überall trafen wir auf das gleiche freundliche Entgegenkommen der Landbevölkerung.« Aber wenn Speer einmal mit seinem Wagen zwischen den Häusern wegen der Tiefflieger in Deckung ging, hörte er: »Herr Minister, könnet se net e Stückle weiterfahre, da zum Nachbar?«[14]

Wie sich die Bürger auf die kommenden Dinge einstellten, lässt sich auch aus einem Bericht des Sicherheitsdienstes (SD) vom März 1945 herauslesen: »Es ist der breiten Masse derzeit ganz einerlei, wie das künftige Europa aussieht. Aus allen Gesprächen ist zu entnehmen, dass sich die Volksgenossen aller Schattierungen sobald als möglich den Lebensstandard der Vorkriegszeit herbeiwünschen und gar keinen Wert darauf legen, in die Geschichte einzugehen.«[15]

Ende der Großmachtillusionen, Ende des Heroismus. Die bis heute in einer Endlosschleife vorgetragene Formel vom »Nie wieder« ist ebenso selbstverständlich wie überflüssig und banal. Die kollektive Intelligenz des Volkes hat aus der Katastrophe von 1945 umgehend die Konsequenzen gezogen, ohne dass es einer »Re-education« oder einer Vergangenheitsbewältigung

bedurft hätte, die an Lautstärke umso mehr gewann, je länger die Vergangenheit zurücklag.

In der Stunde Null lag der Keim für den deutschen Neuanfang, aber auch für eine neue Ordnung nach dem Ende der europäischen Bürgerkriege - zu einer Ordnung in Gestalt der europäischen Integration, deren Fehlkonstruktionen erst in den neunziger Jahren zutage traten und die ein späteres Thema dieses Buches sein werden.

Doch keine Stunde Null: Warum die Substanz der deutschen Industrie intakt blieb

In der Stunde Null, als Millionen von Flüchtlingen nach Mittel- und Westdeutschland zu strömen begannen, als in Westdeutschland ein Viertel der Wohnungen zerstört war und in der sowjetischen Besatzungszone ein Zehntel, als Millionen von Wehrmachtsangehörigen in Gefangenschaft gerieten, als die Bevölkerung fast ganz aus Frauen, Kindern und Greisen zu bestehen schien, als das wirtschaftliche Leben zum Stillstand kam, als in Deutschland ein unbeschreibliches Chaos herrschte - da musste man glauben, dass sich das Land wohl ein Jahrhundert lang nicht mehr erholen würde.

Dass der Eindruck täuschte, dass alles ganz anders kam, war sicherlich auch dem Überlebenswillen, der Moral und Tüchtigkeit der Deutschen zu verdanken. Ebenso ins Gewicht fiel, dass der Bombenkrieg weitaus weniger an wirtschaftlicher Substanz zerstört hatte, als der Anblick der Trümmer vermuten ließ.

Weil die Strategie des angelsächsischen Luftkrieges darauf abzielte, ganze Städte auszuradieren, die Bevölkerung zu dezimieren und deren Moral zu brechen (wenngleich Letzteres misslang), und weil die deutschen Behörden Industrieanlagen und ganze Parks von Werkzeugmaschinen ausgelagert und in Sicherheit gebracht hatten, blieb ein großer Teil der industriellen Kapazität intakt.

Paradoxerweise begünstigte die Art des Luftkrieges den späteren Wiederaufbau - um den Preis menschlicher Verluste und großen Leides der Bevölkerung. Von wirklich kriegswichtiger Bedeutung waren allerdings die Angriffe der amerikanischen Luftflotten auf die Treibstoffwerke im Osten und im Zentrum Deutschlands und auf die Erdölindustrie in Rumänien. Nach Auffassung von Albert Speer war der »technische Krieg« am 12. Mai

1944 mit dem Angriff der Amerikaner auf die Leuna-Werke entschieden. Der Treibstoff für Flugzeuge und Panzer begann knapp zu werden.[16]

Bereits vor Kriegsende stellte die US-Luftwaffe ein Team von Wissenschaftlern unter Leitung von John K. Galbraith zusammen, das den Auftrag erhielt, die Verluste zu bilanzieren, die die deutsche Kriegswirtschaft durch die Bombardierung erlitten hatte. Das Team sollte sich ein realistisches Bild von der verbliebenen Substanz des industriellen Kapitalstocks machen. Die Wissenschaftler, die auf die Unterlagen des Statistischen Reichsamtes zurückgreifen konnten, tagten in Bad Nauheim und legten im Oktober 1945 ihren Bericht vor. Das Ergebnis war ernüchternd: Zwar sei die Zerstörung von Berlin, Hamburg, Köln und Frankfurt »absolut grauenerregend«, aber die meisten Angriffe auf die deutsche Rüstungsindustrie hätten sich als »kostspielige Fehlschläge erwiesen«.

Demnach wurden 1944 auf dem Höhepunkt der alliierten Luftoffensive nur 6,5 Prozent aller deutschen Werkzeugmaschinen beschädigt und davon wiederum nur 10 Prozent völlig zerstört. (Albert Speer hatte 600 000 Werkzeugmaschinen in Kasernen und anderswo in Sicherheit bringen lassen.) Selbst die strategisch besonders wichtige Kugellagerindustrie verlor



Artikel in der US-Zeitschrift »Air Fronts« über die Luftangriffe auf Schweinfurt

trotz der Bombardierung Schweinfurts nur 16 Prozent ihrer Werkzeugmaschinen durch vollständige Zerstörung oder Beschädigung. In der Stahlindustrie sah das Ergebnis auch nicht viel anders aus. Der Höchststand der Panzerproduktion wurde erst im Dezember 1944 erreicht, als der Krieg schon längst verloren war.

Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser erinnert daran, wie die Experten in der britischen Besatzungszone, dem Herzland der deutschen Industrie, die Lage noch Ende 1945 beurteilten. Sie hätten geglaubt, vor einem Produktionsapparat zu stehen, »der nahezu auf die Anfangszeiten der Industrialisierung Deutschlands zurückgeworfen ist«. Es habe demzufolge nahegelegen, den beinahe völligen Stillstand der Produktion auf die Luftangriffe der beiden letzten Kriegsjahre zurückzuführen.

Ein völlig falscher Eindruck, meint Abelshauser: »In Wirklichkeit war im Mai 1945 die Substanz des industriellen Anlagevermögens keineswegs entscheidend getroffen. Bezogen auf den Vorkriegsstand 1936 war das Brutto-Anlagevermögen der Industrie sogar noch um 20 Prozent angewachsen.« Der Grund: die »beispiellose Investitionstätigkeit« in den dreißiger Jahren und bis weit in den Krieg hinein. Erst 1944 übertrafen die Bombenschäden den Wert der laufenden Investitionen, so Abelshauser. Außerdem waren die Anlagen 1945 jünger und moderner als in den dreißiger Jahren.

Fazit: »Die deutsche Wirtschaft ging also mit einem angesichts extrem niedriger Produktionszahlen bemerkenswert großem und neuem Kapitalstock in die Nachkriegszeit.«[17] Hinzu kam, dass trotz der Kriegsverluste genügend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung standen - nicht zu reden von der wissenschaftlichen und technologischen Spitzenstellung, die Deutschland noch innehatte. Vor dem Krieg lebten in den drei westlichen Besatzungszonen 38 Millionen Menschen, 1947 50 Millionen, und 1950 waren es 54 Millionen - Folge der Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat und eine von den Siegermächten unbeabsichtigte demografische Dividende.

Morgenthau auf Deutsch: Hitlers Nero-Befehl

Im Frühjahr 1945, als der Morgenthau-Plan noch keineswegs vom Tisch war, als in Washington noch über die Zerstörung der Lebensgrundlagen Deutschlands und dessen Umwandlung in ein armes Agrarland fantasiert

wurde, befahl Adolf Hitler Zerstörungsmaßnahmen, die weitgehend deckungsgleich waren mit dem, was der amerikanische Finanzminister Morgenthau beabsichtigte.



Albert Speer

In einem internen Gespräch, das in Berlin während oder nach der Lagebesprechung vom 18. März 1945 geführt wurde, äußerte der Diktator laut einer Aufzeichnung von Rüstungsminister Albert Speer: »Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach diesem Kampf übrig bleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.«[18] Ein schauerlicher Ausfluss des Vulgär-Darwinismus eines ökonomischen Ignoranten.

In seinem Führerbefehl vom 19. März ordnete Hitler an: »Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.«

Hitler machte die militärischen Kommandobehörden verantwortlich für die Zerstörung aller militärischen Objekte einschließlich der Verkehrs- und Nachrichtenanlagen - und die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare verantwortlich für die Zerstörung aller Industrie- und Versorgungsanlagen sowie sonstiger Sachwerte.[19]

Wie dieser Nero-Befehl eines Psychopathen von Albert Speer, von Offizieren und zivilen Amtsträgern missachtet, unterlaufen und konterkariert wurde, ist eine spannende Geschichte, die hier nicht erzählt werden kann. Wäre der Befehl befolgt worden, hätte sich Deutschland flächendeckend im ökonomischen Zustand des Mittelalters wiedergefunden: ohne Strom, ohne Gas, ohne Wasserversorgung, ohne moderne Verkehrsverbindungen, komplett deindustrialisiert. Ein Morgenthau-Plan aus deutscher Hand! Kein Phönix mehr, nur Asche.

So aber blieb nach Kriegsende genug Substanz übrig, an der sich die Sieger bedienen konnten. Und trotz der Demontagen erwiesen sich die Fundamente der Wirtschaft als breit und stark genug für die Erfolgsgeschichte des Wirtschaftswunders. So gesehen, lässt sich eine politische, aber keine ökonomische Stunde Null konstatieren.

Kapitel 2

Siegerrecht



Umdeutung der Vergangenheit: »Doch, sie haben uns befreit«

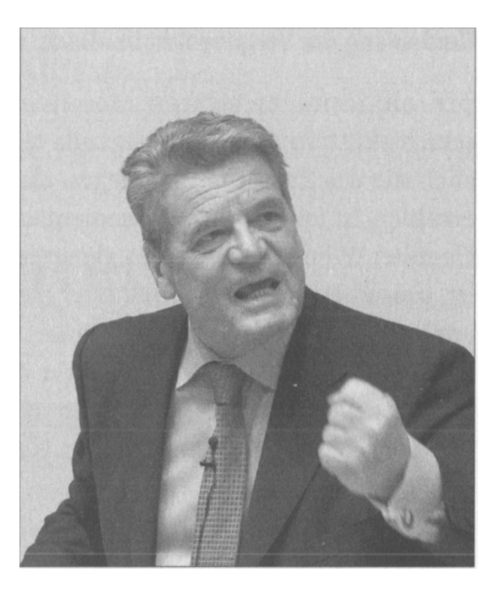
DIE GRENZEN ZWISCHEN moralisierender Geschichtsschreibung, Geschichtsklitterung und Propaganda sind immer fließend. Die Geschichte, auch die des Zweiten Weltkrieges, als Kampf zwischen Gut und Böse zu erzählen, ist unkompliziert, medientauglich und einleuchtend für schlichte Gemüter. Wenn die allgemein akzeptierte Version auch noch die der Sieger ist, umso besser. »*God cannot alter thepast, historians can*«, bemerkte der englische Schriftsteller Samuel Butler. Gott kann die Vergangenheit nicht ändern, Historiker können es. »Wer die Macht hat, kann die Geschichte verfälschen«, schrieb der große libertäre Denker Gerard Radnitzky.

Die simple Geschichtsversion im vorliegenden Fall lautet, die beiden angelsächsischen Mächte und die Sowjetunion hätten den Zweiten Weltkrieg geführt, um Deutschland und Europa von Hitler und vom Nationalsozialismus zu befreien. Weithin akzeptiert ist die 1985 vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vertretene Lesart, die Deutschen seien 1945 befreit worden, jedenfalls in den Landesteilen, die das Glück hatten, von den Amerikanern und Engländern besetzt zu werden und nicht von den Russen. Dass die Mehrheit der damaligen Generation das anders sah und sich weniger befreit als erleichtert darüber fühlte, dass Krieg und Diktatur überstanden waren, lässt sich leicht belegen. Auch Erhard Eppler, ein Urgestein der SPD, bekannte im Sommer 2015 in einer Fernsehsendung, er habe sich 1945 nicht als »befreit« empfunden.

Im Jahre 2015, also 70 Jahre nach Kriegsende, brauchte man ein besonders dickes Fell, um die Politikerreden zum 8. Mai und die »wahnhafte Umdeutung der Vergangenheit« (so der Psychiatriearzt Meinhard Adler) zu ertragen. Also predigte Joachim Gauck: »Am 8. Mai 1945 sind wir befreit worden, nicht nur, aber auch durch die Völker der Sowjetunion. Deshalb schulden wir ihnen Dankbarkeit und Respekt.« Nachzulesen in *Zeit Online* vom 8. Mai mit der begeisterten Überschrift »Doch, sie haben uns befreit«.

Wer selbst dabei war, sah die Sache etwas anders. So auch der amerikanische Diplomat George F. Kennan, der 1945 kurz nach der Konferenz von Potsdam mit einer amerikanischen Maschine »in ganz geringer Höhe« über die gesamte Provinz Ostpreußen flog. In seinen Memoiren schrieb Kennan: »Die Katastrophe, die über dieses Gebiet mit dem Einzug der sowjetischen Truppen hereinbrach, hat in der modernen europäischen Geschichte keine Parallele. Es gab weite Landstriche, in denen, wie aus

den Unterlagen ersichtlich, nach dem Durchzug der Sowjets von der einheimischen Bevölkerung kaum noch ein Mensch - Mann, Frau oder Kind - am Leben war, und es ist einfach nicht glaubhaft, dass sie allesamt nach Westen entkommen wären ... es bot sich mir der Anblick eines vollständig in Trümmern liegenden und verlassenen Gebietes: vom einen Ende bis zum anderen kaum ein Zeichen von Leben.«[1]



Von den Sowjets befreit: Bundespräsident Joachim Gauck

In nackten Zahlen, auch die unterschlug Gauck in seiner Gedenkrede, stellte sich das Ausmaß der Tragödie so dar: Von den etwa 20 Millionen Deutschen, die in Ostdeutschland, in Ost- und Mitteleuropa einschließlich der Streusiedlungen zwischen Balkan und Wolga lebten, starben an die 3 Millionen durch Vertreibung, Verschleppung und Mord - hauptsächlich zwischen 1945 und 1947. Von den 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen kamen etwa 1,6 Millionen um, die meisten von ihnen in der Sowjetunion - die letzten kehrten erst nach 10 Jahren Zwangsarbeit in die Heimat zurück. Auch die Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen - die Schätzungen gehen bis zu 2 Millionen - waren Gauck keiner Erwähnung wert. 200 000 Opfer starben an den Verletzungen, 100 000 Frauen wurden allein in der Berliner Charité behandelt. In Freudenstadt im Schwarzwald wurde es französischen Kolonialsoldaten erlaubt, 3 Tage lang zu vergewaltigen. Und die Zahl der Vergewaltigungen durch amerikanische Soldaten wird auf 15 000 geschätzt.[2]

Nicht einmal die englischen, französischen und belgischen Kriegsgefangenen, die sich bei Kriegsende noch in Lagern der Wehrmacht in Ostpreußen, Pommern und Schlesien befanden, wollten sich von der verbündeten Roten Armee befreien lassen. Sie zogen es vor, mit deutschen Flüchtlingstrecks oder Einheiten der Wehrmacht nach Westen zu gehen. Der britische Militärhistoriker Christopher Duffy berichtet über 32 kriegsgefangene englische Offiziere aus einem Lager in Ostpreußen, die von der

abrückenden Wehrmacht zurückgelassen wurden und sich dann doch wieder einer deutschen Einheit, dem 35. Panzerregiment, anschlossen. Duffy zitiert den Panzerleutnant Schaufler: »Sie hatten uns betont höflich und korrekt gebeten, wieder zu uns kommen und bei uns bleiben zu dürfen. Notfalls, beteuerten sie unaufgefordert, wären sie sogar bereit, auf deutscher Seite zu kämpfen. Gerade dieses Angebot hatte uns damals einen gewaltigen Auftrieb in unserer Niedergeschlagenheit gegeben. Wir haben sie selbstverständlich aufgenommen, Verpflegung und Zigaretten redlich mit ihnen geteilt.«[3]

Auch nicht befreit fühlten sich amerikanische Soldaten, die von der Wehrmacht im Osten zurückgelassen wurden. Die Rotarmisten befreiten sie von ihren Uhren und sonstigen Wertgegenständen. Sie irrten durch Polen und wurden von der polnischen Dorfbevölkerung verpflegt.

Diesmal hat sich Gauck gehörig vertan. Seine Erzählung von der Befreiung durch die Rote Armee ist mehr als Geschichtsklitterung. Es ist erfundene Geschichte. Sie wäre fast schon komisch, wenn sie nicht so zynisch klänge. Übrigens hatte sich nicht einmal Konrad Adenauer, der das Kriegsende nach KZ- und Gestapo-Haft in Rhöndorf erlebte, befreit gefühlt. Das entsprechende Kapitel in seinen *Erinnerungen* ist ganz trocken überschrieben mit »Ausgang des Krieges - Besetzung durch die Amerikaner«.

Und Henning Köhler, der Verfasser der großen Adenauer-Biografie, schreibt über die damalige Stimmungslage des späteren Kanzlers: »Die Enttäuschung über die Besatzung - von >Befreiung< ist nicht die Rede - nahm einen breiten Raum ein. Da kamen die Übergriffe der Soldaten, Vergewaltigungen und Plünderungen zur Sprache. Adenauer störte bei den Amerikanern ... die Hasspropaganda gegenüber den Deutschen und ihre Zerstörungswut.«

Adenauer hat noch erlebt, wie die DDR den 8. Mai als Tag der Befreiung durch die Rote Armee feierte. Unvorstellbar, dass er die Geschichtsversion der Kommunisten übernommen hätte.

Churchills Tragik: England gewann den Krieg und verlor den Frieden

Wenn man die Kriegsziele Roosevelts, Churchills und Stalins völlig ausblendet, und noch dazu die des imperialen Japan, und sich auf eine enge germanozentrische Sicht beschränkt, kann man von »Hitlers Krieg« sprechen - als ob mit nur einer Hand geklatscht werden könnte, als ob alle außer

dem Diktator Hitler nur Nebenfiguren im Kampf um die Macht gewesen wären.

Winston Churchill, Kriegspremier von 1940 bis 1945, fällt die tragische Rolle zu. Nachdem Hitler und Stalin Polen unter sich aufgeteilt hatten, erklärte London dem Deutschen Reich den Krieg - mit dem Ergebnis, dass Polen bei Kriegsende unter eine andere, die bolschewistische Fremdherrschaft fiel. Um gegen Hitler zu gewinnen, musste er sich dem großen Verbündeten Roosevelt ausliefern - und der betrieb im Schatten des Krieges die Demontage des britischen Weltreiches. Churchill nahm den Krieg auf sich, der Großbritannien ruinierte, um die Vorherrschaft einer Macht, Deutschlands, auf dem Kontinent zu brechen - und erlebte den Aufstieg der Großmacht Sowjetunion, die 1945 bis zur Elbe vorrückte und deren Eindämmung in den Jahrzehnten des Kalten Krieges die Welt an den Rand einer atomaren Katastrophe führte. Churchill war die letzte große Figur des Empire und zugleich sein Totengräber.

Als Neville Chamberlain (Premierminister von 1937 bis 1940) 1938 von den Münchener Verhandlungen nach London zurückkehrte, attackierte ihn Churchill und sprach von einer »Zurschaustellung nackter Machtpolitik«, gemeint war: zulasten der Tschechoslowakei. Das internationale Recht müsse »die unverbrüchliche Grundlage des Handelns« sein. Als Churchill selbst an der Macht war, ließ er Recht und Moral, wo nötig, bedenkenlos beiseite. Als die Verbrechen von Katyn - die Ermordung von etwa 22 000 Angehörigen der polnischen Elite durch die Bolschewisten im April 1940 - bekannt wurden, hielt er die Enthüllungen für »wahrscheinlich wahr«, wollte aber keinen Keil zwischen England und die Sowjetunion treiben lassen. »Die Haltung der britischen Regierung war, dass das Massaker von Katyn überaus peinlich war und so gut wie möglich ignoriert werden sollte.« Ja, »die Bolschewiken können sehr grausam sein«, wie Churchill resigniert anmerkte. Seine Realpolitik konnte und durfte das nicht durchkreuzen.[4]

Churchill wollte den Krieg gewinnen und Deutschland als Großmacht ausschalten - sehr viel weiter dachte und plante er nicht. Anders als Präsident Roosevelt wurde er gegenüber den Absichten Stalins zunehmend misstrauischer, je näher das Kriegsende rückte. Er war skrupellos, aber nicht naiv. Und er fand nichts dabei, mit Stalin um ganze Völker und Einflusszonen zu schachern.

Im Oktober 1944, als der Krieg längst entschieden war, flog Churchill nach Moskau, um mit Stalin einen Interessenausgleich auszuhandeln, den

Churchill selbst sein »schamloses Papier« nannte. Dass Rumänien und Bulgarien den Sowjets zufallen würden, stand schon so gut wie fest. Jetzt hoffte der Brite auf Gegenleistungen, plädierte aber dafür, »diese Dinge in diplomatische Begriffe zu fassen und die Bezeichnung Aufteilung in Sphären< nicht zu benutzen, weil die Amerikaner darüber schockiert sein könnten«. Solange er und Marschall Stalin sich einig seien, könne er Roosevelt alles erklären.

Churchill verhandelte vom 9. bis zum 17. Oktober, mit dem Ergebnis, dass der Balkan in Interessensphären aufgeteilt wurde, wobei der Einfluss der Angelsachsen einerseits und der Sowjets andererseits in Prozenten ausgedrückt wurde. In Rumänien wurden der Sowjetunion 90 Prozent zugestanden, in Bulgarien 75 Prozent. Den Rest hätten sich England und die USA geteilt, was sich freilich als nicht durchsetzbar herausstellte. In Ungarn und Jugoslawien sollten die Westalliierten und die Sowjetunion je 50 Prozent bekommen.

Nur in Sachen Griechenland war Stalin großzügig: 90 Prozent gingen an England und damit auch an die USA und nur 10 Prozent an Moskau. Um Griechenland zu retten, musste ein jahrelanger blutiger Bürgerkrieg geführt werden, den die Kommunisten gewonnen hätten - hätte nicht zuerst London und dann Washington die bürgerliche Regierung in Athen mit Geld und militärischem Beistand gestützt.

Als Churchill im Oktober 1944 tagelang in Moskau mit Stalin verhandelte, hatte der in Polen bereits vollendete Tatsachen geschaffen und sein Marionettenregime, das Lubliner Komitee, diplomatisch anerkannt und mit der Verwaltung der von der Roten Armee eroberten Gebiete beauftragt. Die in London ansässige polnische Exilregierung, die die Regierung in einem freien Polen hätte übernehmen sollen, durfte nicht einmal eine Koalition mit dem Lubliner Komitee bilden. Churchill blieb nichts anderes übrig, als die Interessen der freien Polen widerstrebend zu opfern und Stalins Annexion Ostpolens zu akzeptieren. Dass Polen dafür später mit deutschen Provinzen entschädigt wurde, war dann keine große Überraschung.

Es war alles so gekommen, wie der damalige englische Premier Neville Chamberlain im Sommer 1939 befürchtet hatte. Kurz vor Kriegsausbruch hatte er Roosevelt beschworen, Druck auf die polnische Führung auszuüben, damit diese auf Hitlers Forderungen bezüglich Danzig einging. Roosevelt lehnte das umgehend ab. Der amerikanische Botschafter in London, Joseph

Kennedy, berichtete über ein Gespräch, das er mit Chamberlain geführt hatte, an US-Außenminister Cordeil Hull. Der britische Premier habe jetzt jede Hoffnung verloren. »Er sagt, die Sinnlosigkeit von all dem ist erschreckend; schließlich können sie [die Briten] die Polen nicht retten; sie können nur einen Rachekrieg führen, der die Zerstörung ganz Europas bedeutet.«[5]

Die Tragik Churchills lag darin, dass die Amerikaner und Russen den Krieg militärisch gewannen, während er ihn politisch verlor. Als er die Gefahr einer deutschen Niederlage für das Machtgleichgewicht in Europa erkannte, war es zu spät. Er war intelligent genug, das Dilemma, in dem er steckte, frühzeitig zu ahnen. Ende 1943 fragte er Harold Macmillan, den späteren Premierminister, wie aus heiterem Himmel: »Cromwell war ein großer Mann, nicht wahr?« Macmillan antwortete: »Ja, Sir, ein großer Mann.« - »Ah«, sagte Churchill daraufhin, »aber er hat einen furchtbaren Fehler begangen. Er war seit seiner Jugend von der Furcht vor der. Macht Spaniens besessen und übersah dabei den Aufstieg Frankreichs. Wird man das auch von mir sagen?«[6] Eine Anspielung, die sich auf Deutschland und die Sowjetunion bezog.

Stalins Kalkül: Krieg zwischen den Kapitalisten

Die Vorstellung, dass der sowjetische Machthaber Josef Stalin irgendein Land »befreien« wollte, ist schlicht zu abwegig, um einer Erörterung wert zu sein. Ein eiskalter, listiger Stratege, war er Hitler weit überlegen, und auf den Konferenzen von Teheran und Potsdam, auf denen die Beute aufgeteilt wurde, spielte er den kranken Roosevelt und den erschöpften Churchill nahezu mühelos an die Wand. Der Zweite Weltkrieg war auch Stalins Krieg gewesen. Sein Masterplan war offenkundig: Er wollte die kapitalistischen Länder, zu denen er auch das Dritte Reich zählte, in einen militärischen Konflikt treiben, in dem sie sich gegenseitig zum Nutzen Moskaus schwächen würden.

Als Türöffner fungierte der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, genauer: das streng geheime Zusatzprotokoll. Darin wurden die »beiderseitigen Interessensphären« in Osteuropa aufgeteilt. An der nördlichen Grenze Litauens sollte die deutsche Interessensphäre enden, womit Hitler die anderen baltischen Nationen (später auch Litauen selbst) sowie Finnland den Sowjets auslieferte. Bessarabien ging ebenfalls an die

Sowjetunion, und Polen wurde an der »Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San« geteilt.

Ob ein polnischer Staat überhaupt noch wünschenswert sei, sollte endgültig erst »im Laufe der weiteren politischen Entwicklung« geklärt werden. Eine vierte polnische Teilung also und ein schändlicher Vertrag, der Hitler freie Hand gab für den Angriff auf Polen und Stalin für die Annexion des östlichen Landesteils. Verbessert hatte sich die sicherheitspolitische Lage Deutschlands damit nicht, ganz im Gegenteil. Das Reich hatte nun eine gemeinsame Militärgrenze mit der hochgerüsteten Sowjetunion.

Max Weber, der große Soziologe, hatte schon 1916 in seiner Studie »Deutschland unter den europäischen Weltmächten« gewarnt: Würde sich Deutschland England und Frankreich zum Gegner machen, »könnte uns Russland die Bedingungen jeder Verständigung einseitig vorschreiben. Es hätte uns in der Tasche, wir würden sein Werkzeug.« Nicht anders sah es Stalin nach Abschluss des Nichtangriffspaktes: »Er glaubt, er ist schlauer als ich«, äußerte er sich zu Chruschtschow über Hitler, »aber in Wirklichkeit habe ich ihn überlistet.«[7]

Nicht einmal 2 Jahre später zerriss Hitler den Vertrag. Am 22. Juni 1941 eröffnete die Wehrmacht den Russlandfeldzug (»Fall Barbarossa«). Ob es sich um einen Präventivkrieg handelte, ist bis heute umstritten. Die Indizien dafür sind erdrückend. Autoren wie Ernst Topitsch, Walter Post und Viktor Suworow verweisen darauf, dass die materiell überlegene Rote Armee starke motorisierte und gepanzerte Verbände ausgerechnet in den vorspringenden Frontbaikonen um Bialystok und Lemberg zusammengezogen hatte und dass die angreifende Wehrmacht in eine sich noch im Aufmarsch befindliche Rote Armee stieß und ihr gerade deswegen in den Kesselschlachten des Jahres 1941 schwerste Verluste zufügen konnte.

Auch Topitsch kann erstklassige sowjetische Quellen zitieren, so den Generalmajor Grigorenko, der offen zugab, dass die sowjetischen Truppen für eine »Überraschungsoffensive« bestimmt waren.[8] Andererseits liegt ein eindeutiger Angriffsbefehl Stalins nicht vor, und gegen die These von einer unmittelbar bevorstehenden Offensive in das Herz Deutschlands könnte sprechen, dass Stalin im Gegensatz zu Hitler nicht dazu neigte, va banque zu spielen. Möglicherweise wollte er nur territoriale Konzessionen herausholen. Dass sich beide Diktatoren zutiefst misstrauten und dass der Nichtangriffspakt vom August 1939 paradoxerweise einen großen europäischen Krieg wahrscheinlicher gemacht hatte, steht außer Zweifel.

Roosevelts Krieg: Alles ausmerzen, wofür das Wort »Reich« steht

Franklin D. Roosevelt, amerikanischer Präsident von 1933 bis 1945, verfolgte mehr noch als Stalin eine internationalistische Agenda, nämlich das Ziel der »einen« Welt nach liberalem Modell, womit der amerikanische Vorstoß in die europäischen und asiatischen Großräume gemeint war. Mit dem Krieg wurde Roosevelt zum eigentlichen Begründer der amerikanischen Hegemonie, zum Schöpfer der »einzigen Weltmacht«. Mit ihm endete der sogenannte Isolationismus der USA, die ja tatsächlich immer die Option hatten, sich mit ihrer insularen, unangreifbaren Position zu begnügen und sich aus fremdem Streitigkeiten herauszuhalten. Roosevelts Problem bestand darin, dass die neutralistisch gestimmte Mehrheit des amerikanischen Volkes von kriegerischen Verwicklungen nichts wissen wollte.

Um die Stimmung zu drehen, wurden Hitler frei erfundene Angriffsabsichten auf die USA unterstellt, wurden die USA frühzeitig - nicht nur mit den Leih- und Pachtgesetzen - in einen unerklärten Krieg gegen Deutschland gesteuert, wurden auf hoher See Zwischenfälle mit der deutschen Kriegsmarine provoziert. Dass mit den sogenannten »Rainbow-Weisungen« vom Mai 1939 nicht nur konkrete Kriegsszenarien entwickelt wurden, sondern fast schon eine Grundsatzentscheidung für den Kriegseintritt gefallen war, blieb der amerikanischen Öffentlichkeit verborgen.



Kaltgestellt: William Rhodes Davis

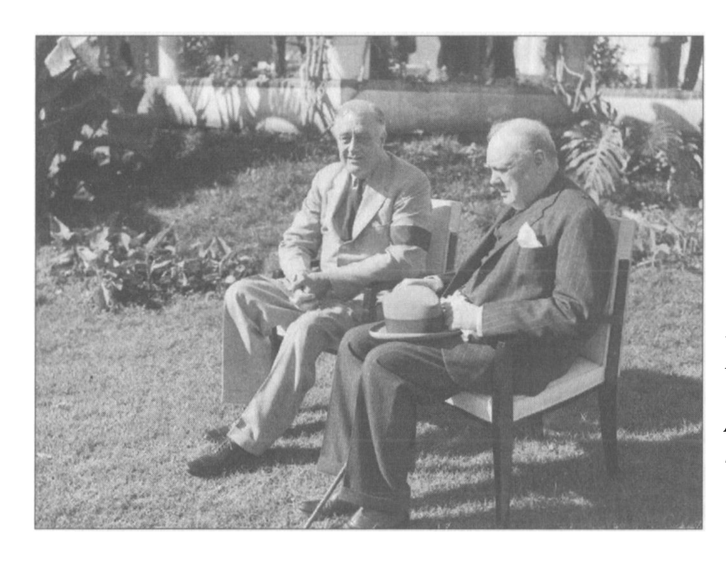
Nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor und Hitlers Kriegserklärung an Washington im Dezember 1941 musste Roosevelt - mit Blick auf seine Wähler - den Krieg in Asien und Europa mit einer erdrückenden materiellen Überlegenheit und mit möglichst geringen Opfern an gefallenen Soldaten führen. Seine Nachgiebigkeit gegenüber Stalin erklärte sich weniger aus einer Naivität des Präsidenten, sondern daraus, dass er die Rote Armee brauchte, um die Wehrmacht zu zerschlagen. Die

Sowjetunion verlor im Krieg 13,6 Millionen Soldaten, Amerika hingegen nur 260000.

An Sondierungen, die den Krieg in Europa möglicherweise frühzeitig beendet hätten, zeigte sich Roosevelt desinteressiert. Am 15. September 1939 empfing er den texanischen Ölmilliardär William R. Davis, der Roosevelts Wahlkampf mitfinanziert hatte. Davis flog nach Deutschland und traf Anfang Oktober in Berlin Hermann Göring, Hitlers korrupten »Reichsmarschall«. Wenn Roosevelt zwischen Deutschland, Frankreich und England vermitteln würde, schlug Göring vor, sei Hitler bereit, sich aus Böhmen und Mähren wieder zurückzuziehen und der Gründung eines neuen polnischen Rumpfstaates zuzustimmen. Roosevelt reagierte, indem er auf einer Pressekonferenz vom 10. Oktober 1939 die deutschen Friedensfühler als Äußerung von anonymen und subalternen Beamten herunterspielte. Dem nach Washington zurückgekehrten Davis wurde der Pass entzogen.[9]

Nach dem Krieg hat Carl Jacob Burckhardt, der frühere Hochkommissar des Völkerbundes, die Auffassung vertreten, dass vor dem deutschen Angriff auf Frankreich im Mai 1940 ein Friedensgespräch möglich gewesen wäre. Jedenfalls lassen die Quellen den Schluss zu, dass sich Roosevelt spätestens 1940, wahrscheinlich schon 1939, entschieden hatte, nicht nur die Konfrontation mit dem Nationalsozialismus zu suchen, sondern Deutschland als souveräne Großmacht auszuschalten. Dazu passte die spätere Festlegung auf eine »bedingungslose Kapitulation«, die den Krieg verlängern musste, weil sie Hitlers Machtposition zementierte und dem Widerstand in Deutschland den Teppich unter den Füßen fortzog.

Roosevelts Germanophobie ging seinem Anti-Nazismus voraus. Er habe während seines ganzen Lebens von Deutschland und den Deutschen »keine besonders gute Meinung« gehabt, schreibt der Amerika-Spezialist Detlef Junker. »Schon als Neunjähriger, als er im Jahre 1891 das erste und einzige Mal in seinem Leben in Bad Nauheim für 6 Wochen mit einer Volksschule in Berührung kam, begannen sich bei ihm die ersten antideutschen Ressentiments zu bilden, die sich später bei Fahrradtouren durch Süddeutschland vor dem Ersten Weltkrieg verstärkten. Er hielt die Deutschen schon sehr früh für anmaßend, arrogant, militaristisch und aggressiv. Schon vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges sah er Deutschland als eine Nation an, die die Sicherheit und Wohlfahrt der USA gefährden könnte. Wenn es im Ersten Weltkrieg nach ihm, dem Assistant Secretary of the Navy in der Regierung Wilson, gegangen wäre, hätten die USA Deutschland schon viel



US-Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill bei der Alliierten-konferenz in Casablanca (Januar 1943)

früher als 1917 den Krieg erklärt.« Junker weiter: »Für Roosevelt war Hitler keine Ausnahmeerscheinung, der Nationalsozialismus spiegelte für ihn einen Grundzug des aggressiven, preußisch-deutschen Nationalcharakters wider. Gleichzeitig setzte bei Roosevelt eine nachträgliche Umbewertung des Versailler Vertrages ein. Dieser Vertrag war für ihn nun zu schlecht, weil er für Deutschland zu milde ausgefallen war.«[10]

Im Januar 1943 legten sich Roosevelt und Churchill in Casablanca auf die »bedingungslose Kapitulation« (*unconditional surrender*) der Achsenmächte Deutschland und Japan fest. Damit war auch ein erträglicher Friedensschluss mit einer bürgerlichen beziehungsweise vom militärischen Widerstand gebildeten deutschen Regierung ausgeschlossen. Es gehe ihm, so beteuerte Roosevelt in Casablanca, nicht nur um die bedingungslose Kapitulation der Gegner, sondern auch um die »Zerstörung der Philosophien« in diesen Ländern. Hitler musste beseitigt, Deutschland ausgeschaltet und die preußisch-deutsche Kultur zerschlagen werden. »Meine Beschäftigung und meine persönliche Erfahrung mit Deutschland«, so führte der Präsident aus, »bringen mich zu der Überzeugung, dass die deutsche Philosophie nicht durch Dekret, Gesetz oder militärische Ordnung geändert werden kann. Eine Veränderung der deutschen Philosophie hat evolutionär zu sein und mag zwei Generationen in Anspruch nehmen.« Eine Vorwegnahme des Programms der »Re-education«.

Derselbe Roosevelt, der schon am 18. September 1938 (!) davon geträumt hatte, aus der Luft auf Deutschland »einzuhämmern« und das Land durch

einen strategischen Luftkrieg, verbunden mit einer Seeblockade, auszuschalten, steigerte sich ein Jahr vor Kriegsende in Vernichtungsfantasien, aus denen mehr sprach als die ihm eigene Arroganz der Macht. »Nehmen Sie bitte zur Kenntnis«, erklärte er mit schneidendem Unterton gegenüber seinen Stabschefs, »dass ich nicht gewillt bin, zu diesem Zeitpunkt zu sagen, wir beabsichtigten nicht, die deutsche Nation zu zerstören. Solange es in Deutschland das Wort >Reich< gibt als Inbegriff der Nationalität, wird es immer mit dem gegenwärtigen Begriff des Nationalgefühls in Verbindung gebracht werden. Wenn wir das einsehen, müssen wir danach streben, eben dieses Wort >Reich< und alles, wofür es steht, auszumerzen.«[11]

Der verratene Widerstand: Im Krieg setzten die Westmächte auf Hitler

Während keiner Phase des Krieges war es Roosevelts vorrangiges Ziel, die Deutschen vom Nationalsozialismus zu befreien - er wollte Deutschland als souveräne Nation zerschlagen. Ersteres war allenfalls ein Nebeneffekt des Letzteren. Da der militärische und zivile Widerstand gegen Hitler in nationalen Kategorien dachte und sich Deutschland nur als freie, selbstbewusste und friedliche Macht im Herzen Europas vorstellen konnte, war Roosevelt ebenso wie der von ihm abhängige Churchill logischerweise nicht interessiert daran, mit der deutschen Opposition zu kooperieren und ihr Zugeständnisse zu machen, die ihr Vorgehen gegen Hitler erleichtert hätten. So erklärt sich auch die feindselige, ja hämische Reaktion in New York und London auf Graf Stauffenbergs Attentat am 20. Juli 1944.

Die Regierung Chamberlain vermied es auch nach Kriegsausbruch, die Tür ganz zuzuschlagen. Am Tage nach der Kriegserklärung vom 3. September 1939 wandte sich der britische Premierminister in einer Rede unmittelbar auch an die Deutschen: »In diesem Krieg kämpfen wir nicht gegen Sie, das deutsche Volk, gegen das wir keine bitteren Gefühle hegen, sondern gegen ein tyrannisches und meineidiges Regime, das nicht nur sein eigenes Volk, sondern die gesamte westliche Zivilisation und alles, was Ihnen und uns teuer ist, verraten hat.« Die Regierung Chamberlain wollte Deutschland weder vernichten noch zerstückeln. Sie vermied es, sich auf die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes einzulassen. Und sie wäre nach einem Sturz des NS-Regimes bereit für Verhandlungen und einen Kompromissfrieden gewesen. Sie war damit der Kehrtwende der angelsächsischen Deutschlandpolitik um 7 oder 8 Jahre voraus.

Nachdem die Putschpläne gegen Hitler vom Spätsommer 1938 im Sande verlaufen waren, ergriff Generalstabschef Franz Halder nach Kriegsausbruch noch einmal die Initiative. »An der Spitze des OKH (des Oberkommandos des Heeres) herrschte rundum Opposition gegen Hitlers Kriegspläne«, urteilt Klemens von Klemperer.[12] Die Initiativen und Pläne der Opposition blieben aus verschiedenen Gründen ohne Ergebnisse, auch wenn die Kontakte zwischen dem Foreign Office in London und dem deutschen Widerstand 1939 wieder aufgenommen wurden.

Am 10. Mai 1940 endete der Sitzkrieg an der Westfront. Deutsche Truppen marschierten in Frankreich ein. Winston Churchill übernahm das Amt des Premierministers. Ohne eine Vision für die Neuordnung Europas, konzentrierte er alle Kraft auf den totalen Sieg. Der deutsche Widerstand spielte in seinem Kalkül keine Rolle. Churchill beabsichtigte nicht etwa, Deutschland zu befreien, sondern zu besiegen. Er führte den Krieg auch nicht, um die europäischen Juden zu retten - ebenso wenig Roosevelt, der Forderungen von jüdischer Seite abwies, die Bahnverbindungen nach Auschwitz zu bombardieren.

Von Friedensfühlern wie denen des schwedischen Barons Knud Bonde, eines Bekannten von Hermann Göring, Ende 1939 und im Januar 1941 wollte Churchill nichts wissen. Er instruierte umgehend seinen Außenminister Anthony Eden, auf »alle derartigen Anfragen« mit »absolutem Stillschweigen« zu reagieren.[13]

Das angelsächsische Echo auf Graf Stauffenbergs Attentat und den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 machte noch einmal deutlich, dass die Alliierten keinerlei Interesse an der Beseitigung Hitlers hatten. Sein Ende hätte sie der propagandistischen Steilvorlage beraubt, einen Krieg gegen das absolut Böse



15. *Juli 1944, Wolfsschanze: Claus Schenk Graf von Stauffenberg (links) mit Adolf Hitler und Wilhelm Keitel (rechts), wenige Tage vor dem missglückten Attentat*

führen zu können. Die *New York Times* unterstellte den Attentätern, sich der »Atmosphäre einer finsteren Unterwelt von Gangstern« unterworfen zu haben, und schrieb nicht ohne Genugtuung, dass man »Kriege nicht mit Soldaten gewinnt, die ihrer obersten Führung den Tod wünschen«. Die *New York Herald Tribüne* kommentierte hämisch: »Sollen doch die Generäle den Gefreiten umbringen oder umgekehrt, der Tod beider Seiten wäre vorzuziehen.«

In London erstellte der Deutschland-Experte John W. Wheeler-Bennett mit Datum des 25. Juli 1944 eine Denkschrift für die Regierung. Er meinte, für Großbritannien sei es besser, wenn die Dinge blieben, wie sie seien, »als wenn der Putsch vom 20. Juli Erfolg gehabt hätte und Hitler getötet worden wäre«. Mehr noch: Es geschehe zu »unserem Vorteil«, wenn die Säuberung (durch Hitler) weitergehe, »da die Tötung von Deutschen durch Deutsche uns zukünftige Schwierigkeiten vieler Art ersparen wird«.[14] Da hatte er aus britischer und amerikanischer Sicht vollkommen recht. Mit einer neuen, unbelasteten Regierung in Berlin hätten sich der Kurs der bedingungslosen Kapitulation und die Vernichtungspläne schwerer rechtfertigen und der Öffentlichkeit verkaufen lassen. Hitler war längst die antideutsche Trumpfkarte der Alliierten.

Trotz allem: Die Denkschule, die sich mit dem Ausbruch des Kalten Krieges in Washington durchsetzen sollte, war selbst auf dem Höhepunkt der Feindseligkeiten in Europa nicht vollständig verschüttet. Sie existierte freilich nur auf der Ebene der Geheimdienste - insbesondere in Form von Kontakten zwischen der deutschen Abwehr unter Wilhelm Canaris, der vom Oberkommando der Wehrmacht gedeckt wurde, und dem amerikanischen Dienst Office of Strategie Services (OSS), der im schweizerischen Bern von Allen W. Dulles, dem Bruder des späteren Außenministers, vertreten wurde.

Der Antikommunist Dulles hielt nichts von der Politik der bedingungslosen Kapitulation. Sein engster Mitarbeiter, Gero von Schulze-Gaevernitz, war überzeugt, dass die amerikanische Politik den Krieg verlängern werde. Er favorisierte einen Waffenstillstand, bei dem die Wehrmacht intakt bleiben sollte.

Der britische Secret Intelligence Service (MI6) unter Sir Stewart Menzies wollte nicht so weit gehen wie die europäische Vertretung des OSS in der Schweiz, tendierte aber in eine ähnliche Richtung und musste in einem konkreten Fall im November 1942 zurückgepfiffen werden.

Louis Nizer und die amerikanische Verschwörungstheorie

Während des Krieges fand die wahnhafte Theorie von der Verschwörung der Juden - sie war mehr als alles andere die Konstante in Hitlers Weltanschauung - ihr Gegenstück in Verschwörungstheorien, in denen die Deutschen als zugleich hochgefährliche und moralisch minderwertige Kraft der Weltgeschichte dargestellt wurden. Die Theorie hatte ihre Anhänger auch in England, wurde aber vor allem in den USA verbreitet. Ausgeblendet dabei wurde der große deutsche Anteil am amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und am Aufbau der Vereinigten Staaten. Wenn die Deutschen als Volk so böse waren, wieso galt das nicht auch für die nach Amerika ausgewanderten Deutschen?

Die amerikanische Verschwörungstheorie deckte sich sogar partiell mit der marxistischen der Sowjets. Die preußischen »Junker« wurden in Washington ebenso angefeindet wie in Moskau, und beide Siegermächte stimmten darin überein, dass die deutschen Kartelle und Großbanken zerschlagen werden mussten. Jedenfalls sind der Morgenthau-Plan, die berühmt-berüchtigte Direktive der Vereinigten Stabschefs der USA, auf die ich noch zurückkomme, aber auch die Beschlüsse von Jalta und Potsdam nur verständlich vor dem Hintergrund einer absonderlichen Verschwörungstheorie, an die Roosevelt glaubte - und nicht nur er.

In seinem Klassiker *Charakterwäsche* gibt Caspar von Schrenck-Notzing einen Überblick über verschiedene Verschwörungstheorien, die sich als Ergänzung und - vor allem nach 1945 - als Ersatz für die Lehre von der Nazi-Verschwörung eigneten. Denn deren propagandistischer Nutzen verflüchtigte sich, sobald der Nationalsozialismus samt Partei und Regime verschwunden war.

Nun mussten, nicht nur aus kommunistischer Sicht, die Nazis als Marionetten imaginiert werden, die an den Fäden von anderen üblen Kräften im Hintergrund der deutschen Gesellschaft hingen. Und zwar von den preußischen Junkern, vom deutschen Generalstab oder auch von reaktionären, vorkapitalistischen und feudalen Schichten, deren Macht in industriellen Monopolen und Kartellen konzentriert war.

Die »Junkers« waren beim Durchschnittsamerikaner als Schreckgespenst besonders beliebt, weil der sich unter »Junk« (Müll) etwas Konkretes vorstellen konnte, schreibt Caspar von Schrenck-Notzing. Nach dieser Theorie hätten die Junker in Deutschland seit jeher die Regierungen und Verwal-

tungen gestellt, sie hätten die Weimarer Republik zerstört und Hitler an die Macht gebracht. Weil das deutsche Offizierskorps angeblich aus Junkern bestand, wurde den deutschen Generälen grundsätzlich ein »von« verliehen. Weil Preußen das Junker-Land war, wurde es durch Kontrollratsgesetz Nr. 46 aufgelöst. Verdrängt und vergessen wurde, dass Preußen einst Verbündeter Englands gewesen war, dass das Erfolgsgeheimnis von Bismarcks Außenpolitik nicht zuletzt darin bestanden hatte, dass er die Interessen der Weltmacht Großbritannien stets sorgfältig respektiert hatte und dass Preußen in der Weimarer Republik eine Hochburg der Sozialdemokraten gewesen war.

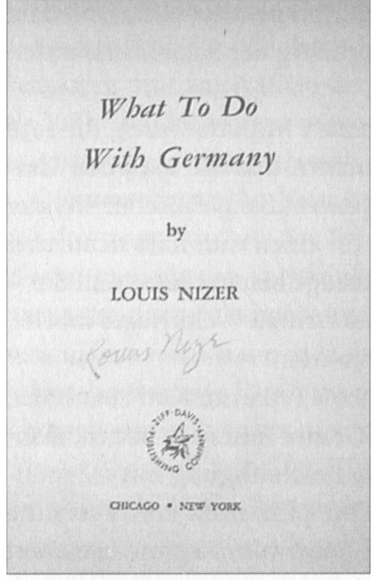
Negiert wurde auch, dass es gerade die hohen Militärs waren, die 1938 und 1939 Hitler in den Arm zu fallen versuchten und die 1944 den Umsturz planten. Sumner Welles, einer der engsten außenpolitischen Berater Roosevelts, hielt den deutschen Generalstab für einen »nur halb sichtbaren Orden«, der den Hitlerismus als sein »Werkzeug« benutzt habe und der - kaum zu glauben - an der Vorbereitung eines Dritten Weltkrieges arbeite, nachdem der Zweite für Deutschland verloren war.

Andere Theorien kreisten um Geopolitiker wie Professor Karl Haushofer, die durch die »Magie des Kartenbildes« die Geister infiltriert hätten. Konsequenterweise wurde die wissenschaftliche Beschäftigung mit Geopolitik, einer in den USA intensiv gepflegten Disziplin, nach der Besetzung in Deutschland verboten. Dass Haushofers Sohn vom Regime ermordet worden war, wurde ausgeblendet.

Nicht einmal eine »Verschwörung« der deutschen Philosophen durfte fehlen. Auf der Suche nach philosophischer Kriminalität wurden amerikanische Autoren selbst bei Leibniz fündig, nicht zu reden von Luther. So summierten sich die vielen, auf deutschem Boden angezettelten Teilverschwörungen zu einer einzigen großen - zu einer Verschwörung des deutschen Volkes gegen die Zivilisation als solche.

Im Folgenden soll ausführlich aus dem 1944 erschienenen Buch von Louis Nizer *What to do with Germany* zitiert werden, weil es in den USA in großer Auflage herauskam, in höchsten Kreisen begeistert gelesen und für bare Münze gehalten wurde. Präsident Roosevelt verteilte es an die Mitglieder seines Kabinetts. Sein Nachfolger Harry S. Truman empfahl: »Jeder Amerikaner sollte es lesen.« Und General Eisenhower, Kriegsherr und Hobbyhistoriker, verteilte nicht weniger als 100 000 Exemplare und ließ die Offiziere seines Stabes Aufsätze über das Buch schreiben. Louis Nizer





What To Do
With Germany

by

LOUIS NIZER

CHICAGO • NEW YORK

Louis Nizer und sein Buch, handsigniert

(1902-1994) war in Politik und Wirtschaft hervorragend vernetzt, Buchautor und Partner einer Kanzlei und galt laut *Guiness Book of World Records* jahrelang als bestbezahlter Rechtsanwalt der Welt.

Nizers Buch hat heute noch einen hohen Unterhaltungswert und hätte längst eine deutsche Übersetzung verdient. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass er die Frage aufwarf, was mit Deutschland zu tun sei - und dass die Antwort sehr unangenehm ausfallen musste, wenn seiner Erzählung geglaubt wurde.

Nizer über das 4. Jahrhundert: »Die Deutschen zerschlugen die lateinische Zivilisation in der Schlacht von Adrianopel 378 … Sie machten Krieg zu ihrem Beruf. Wo sie hintraten, starb die Kultur ab. Sie plünderten Paris, Arras, Reims, Amiens, Tours, Bordeaux und Dutzende anderer Städte, die in späteren Generationen von ihren kriminellen Nachfahren wiederholt heimgesucht wurden.«

Nizer über den Herrscher des Frankenreiches, der im Jahr 800 in Rom vom Papst zum Kaiser gekrönt wurde: »Vier Jahrhunderte nach Adrianopel setzte Karl der Große die deutsche Tradition fort… Er versuchte, die Welt zu erobern, ein Refrain, der seitdem mit wahnsinniger und zerstörender Ausdauer durch die deutsche Existenz lief. Er führte jedes Jahr einen Krieg … Die Deutschen folgten ihm mit der fanatischen Ergebenheit für die gleichen Prinzipien, die sie anleiteten, in unserer Generation dem Kaiser oder Hitler zu folgen.«

Nizer über das 12. Jahrhundert: »Im 12. Jahrhundert war der Führer ein anderer, aber das monotone Programm das gleiche. Da war es Friedrich Barbarossa, der den Frieden erdolchte. Die einzige Frage war, ob Italiener oder Slawen unterjocht werden sollten. Er wählte die Slawen und führte gegen sie mit fürchterlicher Brutalität Krieg.«

Nizer über die Hanse: »Die Lehre von der Welteroberung begann organisatorische Formen anzunehmen. Der Hanse-Bund organisierte alle Deutschen in allen anderen Ländern aufgrund der Lehre, dass ihre Loyalität weiter den deutschen Führern galt. Die auslandsdeutsche 5. Kolonne von Hitlers Regime ist nur die erweiterte Kopie eines alten deutschen Kunstgriffs.«

Nizer über das 17. Jahrhundert: »Während des Dreißigjährigen Krieges war die Brutalität der Deutschen im Kriege unvermindert. Sie überrannten Böhmen und verfolgten das tschechische Volk mit einer Wildheit, die nur von den Legionen der Nazis übertroffen wurde.«

Nachdem Nizer den Großen Kurfürsten und Friedrich den Großen in die Schurkenreihe platziert hatte, nahm er sich auch noch die Philosophen vor. (Ihm muss wohl entgangen sein, dass Friedrich der Große den Angelsachsen den Weg zur Weltherrschaft ebnete, weil er im Siebenjährigen Krieg Frankreich an den europäischen Kriegsschauplatz band und so den Engländern den Aufbau ihres Kolonialreiches ermöglichte.) Nicht nur der Historiker Treitschke wurde abserviert: »Adam Müller, Novalis, Fichte, Johann Joseph Görres spielen alle die gleiche Melodie. Das deutsche Volk horcht begierig auf diese kriegerische Musik. Sie entfacht seine Gefühle. Es ist durch den Wahnsinn hypnotisiert und folgt ihm mit brutalen Stiefeln.«

Schließlich das Fazit, das nur die Schlussfolgerung zuließ, dieses Volk für immer auszuschalten: »Ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und gegen jeden freien Menschen in jedem beliebigen Land. Es ist eine Verschwörung, die nach einer Niederlage nie erlöschen wird … Der Nazismus ist keine neue Theorie, die aus den Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrags oder aus wirtschaftlicher Not entstanden ist. Er ist ein Ausdruck der deutschen Aspirationen, die in allen Jahrhunderten ihren Ausdruck fanden.«'[5]

Die Großen Drei in Teheran: Stalin sichert sich seine Kriegsbeute

Nachdem sich Roosevelt und Churchill im Januar 1943 in Casablanca auf die »bedingungslose Kapitulation« der Achsenmächte geeinigt und damit einen Kompromissfrieden ausgeschlossen hatten, bedurfte es einer Reihe weiterer Konferenzen, bis die Kriegsziele der Alliierten und die Pläne für die spätere Behandlung Deutschlands konkrete Gestalt annahmen. Gesprächsthema war immer wieder auch der Krieg gegen Japan, in den sich



5. Juni ¡944: General Eisenhower gibt den Einsatzbefehl für die Operation Overlord, einen Tag vor dem sogenannten D-Day

die Sowjetunion erst 1945 einschaltete, wobei die Alliierten bei ihrer Linie blieben, zuerst Deutschland und dann Japan zu besiegen.

Auf einer Viermächtekonferenz in Moskau Anfang November 1943, an der auch ein Vertreter Chinas teilnahm, wurde vereinbart, Österreich als unabhängigen Staat wiederherzustellen, deutsche Kriegsverbrecher »bis an die äußersten Enden der Welt« zu verfolgen und eine »allgemeine internationale Organisation zur Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu schaffen«. Letzteres war ein vorrangiges Anliegen Roosevelts und führte zur Gründung der UNO, die als Zusammenschluss der Kriegsgegner der Achsenmächte gedacht war.

Am 1. Dezember 1943 trafen sich Roosevelt, Stalin und Churchill in Teheran. Die Großen Drei besprachen mit ihren Militärs die »Pläne zur Vernichtung der deutschen Truppen«, beteuerten sich gegenseitig ihre Freundschaft »in der Tat, im Geist und in den Zielen« und erklärten es für höchst wünschenswert, dass die Türkei aufseiten der Alliierten in den Krieg eintrete (was sie 1945 dann auch tat, um in die UNO aufgenommen

zu werden). Stalin erhielt die lang ersehnte Zusage einer Landung in der Normandie (Operation Overlord) Ende Mai oder Anfang Juni 1944. Im Gegenzug versprach er, nach der Niederringung Hitlers Verstärkung nach Ostasien zu schicken, um Japan gemeinsam zu schlagen.

Polen, das wurde in Teheran deutlich, würde vor allem zwischen Churchill und Stalin ein Zankapfel bleiben - allerdings nicht wegen der künftigen polnischen Grenzen. Stalin war fest entschlossen, das unglückliche Land in seinen Machtbereich einzugliedern; Churchill hegte die Vorstellung eines freien Polen, für das England in den Krieg gegangen war; und Roosevelt taktierte, weil das Einvernehmen mit Stalin für ihn Priorität hatte. In der Frage der polnischen Grenzen würden die Westmächte, so viel war sicher, Stalin entgegenkommen.

Diskutiert wurde außerdem die Zerschlagung des deutschen Staates. Roosevelt plädierte für die Aufteilung in fünf autonome Staaten mit einem verkleinerten Preußen und einem selbstständigen Südstaat aus Bayern, Baden und Württemberg. Churchill favorisierte eine Donaukonföderation unter Einschluss der süddeutschen Länder. Stalin zeigte sich skeptisch gegenüber solchen Plänen. Er hatte eine hohe Meinung von den Deutschen, traute ihnen alles zu und befürchtete, sie würden mit der Zeit eine Konföderation der Donauländer dominieren und auch einen zerteilten Nationalstaat wiederherstellen.

Wie so oft, ist der Inhalt von vertraulichen Gesprächen auf solchen Konferenzen aufschlussreicher als die offiziellen Verlautbarungen, die hinterher herausgegeben werden. Die Details finden sich in einem 1976 erschienenen Buch von W. Averell Harriman, der an allen drei maßgeblichen Konferenzen - Teheran im Dezember 1943, Jalta im Februar 1945 und Potsdam im Juli/August 1945 - teilnahm. Harrimans Wall-Street-Firma Brown Brothers Harriman & Co. hatte bis 1942 den deutschen Industriellen Fritz Thyssen und andere deutsche Firmen in den USA vertreten, was Roosevelt freilich nicht davon abhielt, ihn zu seinem Sondergesandten für Europa zu ernennen. Damit bekleidete Harriman eine Schlüsselstellung.

Von Oktober 1943 bis Januar 1946 vertrat er die USA als Botschafter in Moskau. Anlässlich seiner Ernennung ließ ihm Stalin ein sinniges Geschenk überreichen, das fortan die Moskauer Residenz des Diplomaten schmückte: ein kunstvoll aus Holz geschnitztes Großes Siegel der Vereinigten Staaten. Erst 1952 entdeckten die Amerikaner, dass eine Abhöreinrichtung eingebaut war.

In Teheran wurde Harriman Zeuge, wie sich Churchill und Stalin über Polen unterhielten, nachdem sich Roosevelt in sein Schlafzimmer zurückgezogen hatte. Der Brite machte sich für Polen stark und sagte, Großbritannien sei in den Krieg gezogen, um Polen zu verteidigen, und sei auf die Wiederherstellung eines starken, unabhängigen Polen verpflichtet. Mit einem Arrangement bezüglich spezifischer Grenzen sei er hingegen nicht verheiratet.

Damit kam er Stalin weit entgegen, der im Übrigen keine Lust zeigte, über den politischen Status Polens nach Kriegsende zu verhandeln - darum würde er sich selbst kümmern. Stalin »sagte nur, dass die Sowjetunion dafür sei, Polens Grenze mit Deutschland westwärts an die Oder zu verlegen - als Kompensation für den Verlust der östlichen Gebiete. Kurz gesagt, die Polen sollten deutsche Ländereien im Westen bekommen, auf die sie schon lange Anspruch erhoben hatten.« Das war korrekt, die polnischen Ambitionen auf Schlesien und Pommern reichten zurück in die Zwischenkriegszeit.

Des Weiteren notierte Harriman: »Stalin war entschlossen, die Ländereien bis zur Curzon-Linie zu behalten, die die Rote Armee 1939 überrannt hatte - worüber er die Westmächte schon lange informiert hatte. Churchill erhob keinen Einspruch.« Harrimans Wiedergabe der Verhandlungen in Teheran ist ein Beweis dafür, aber keineswegs der einzige, dass es sich bei der in Deutschland üblichen Version, Stalin habe mit der Abtrennung Ostdeutschlands ohne westliche Zustimmung vollendete Tatsachen geschaffen, um eine Geschichtslegende handelt. Nachdem Churchill den neuen Grenzen im Prinzip zugestimmt hatte (sie mussten nur noch exakt festgelegt werden), illustrierte er den Deal mit drei Streichhölzern, die er nebeneinander aufbaute und dann resolut nach links verschob. Mit den Hölzern waren die Sowjetunion, Polen und Deutschland gemeint. Keinen Streit gab es in Teheran auch darüber, dass Stalin das nördliche Ostpreußen einschließlich Königsberg und Tilsit bekommen würde.

Als Roosevelt wieder am Verhandlungstisch saß, versicherte er Stalin, er stimme persönlich mit dessen Auffassung überein, die polnische Ostgrenze nach Westen zu verschieben und die polnische Westgrenze an die Oder. Aber er könne gegenwärtig nicht »öffentlich« bei einem solchen Arrangement mitmachen. In den USA lebten zwischen 6 und 7 Millionen polnischstämmige Amerikaner, und deren Stimmen wolle er nicht verlieren. (Er dachte dabei an seine Wiederwahl 1944.)

Und das Baltikum? Er, Roosevelt, sei sich vollkommen dessen bewusst, dass die drei baltischen Republiken in der Vergangenheit zu Russland gehört hätten und dass sie 1940 wieder in die Sowjetunion eingegliedert wurden (aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts, was Roosevelt aber nicht erwähnte).

Harriman berichtet: »Er wolle, fügte er mit einem Lächeln hinzu, keinen Krieg mit der Sowjetunion, wenn die Rote Armee diese Gebiete wieder besetze. Er müsse aber auch an seine aus Litauen, Lettland und Estland stammenden Wähler denken.«

Schließlich erwärmte sich Stalin in Teheran für eine Neuauflage von Katyn mit anderen Vorzeichen, freilich ohne den Namen des Ortes zu erwähnen. Deutschland werde sich in 15 oder 20 Jahren wieder erheben. »Um sicherzugehen, dass das nicht geschieht«, zitiert Harriman Stalin, »schlug er vor, wenigstens 50 000 deutsche Offiziere physisch zu liquidieren.«

Churchill war entsetzt: »Das britische Parlament und das Volk werden nie Massenexekutionen tolerieren«, donnerte er. »Selbst wenn sie in der Leidenschaft des Krieges zulassen würden, dass sie beginnen, würden sie sich vehement gegen die Verantwortlichen wenden, nachdem die erste Metzelei stattgefunden hat. Die Sowjets dürften sich in diesem Punkt keiner Täuschung hingeben.«

An dieser Stelle schaltete sich Roosevelt ein. Harriman notiert: »Er bemerkte, dass er nicht dafür sei, 50 000 Deutsche zu erschießen, sondern nur 40 000. Der Premierminister fand das gar nicht lustig.«[16]

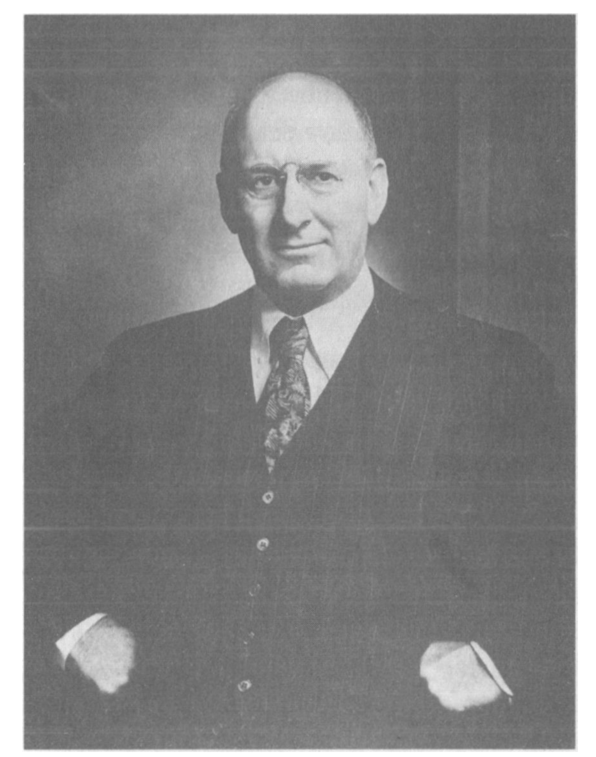
Der Morgenthau-Plan: Erst 1947 wurden die Beamten des Finanzministeriums aus Deutschland abgezogen

Wenn sich jemand über den Morgenthau-Plan informieren will, kann er das in der englischen Ausgabe von Wikipedia tun, nicht aber in der deutschen. Dort heißt es, der Plan sei »nie in ein konkretes Planungsstadium« gelangt und nie zur politischen Realisierung vorgesehen gewesen. Eine Marginalie also? Eine bloße Kuriosität? Keineswegs. Wesentliche Elemente des Plans wurden bei Kriegsende in die Besatzungsdirektive JCS1067, auf die ich noch zurückkomme, übernommen. Und diese wiederum blieb in Kraft bis Juli 1947. Als die Direktive am 10. Mai 1945 von Präsident Truman unterzeichnet wurde, freute sich Morgenthau gegenüber seinen Mitarbeitern, dies sei ein großer Tag. Er hoffe, fügte er hinzu, dass nicht jemand die Direktive »als den Morgenthau-Plan wiedererkenne«.

Ein Artikel in der deutschen Wikipedia kann selbstverständlich immer nur so gut sein wie sein Autor. Dass in diesem Fall desinformiert wird, ist freilich typisch für gewisse Teile der offiziösen deutschen Geschichtsschreibung. Nachdem die USA ihre Deutschland-Politik radikal revidiert hatten und nachdem die Bundesrepublik zum Verbündeten und zum Satelliten der Supermacht aufgerückt war, wurde es für opportun gehalten, so hässliche Dinge wie den Morgenthau-Plan unter den Teppich zu kehren.

Henry Morgenthau, ein alter Freund Franklin D. Roosevelts und seiner Frau Eleanor, diente von 1934 bis zum Sommer 1945 als Secretary of the Treasury, das heißt als US-Finanzminister, war einer der führenden Köpfe des Wirtschafts- und Sozialprogramms New Deal, das von den konservativen Gegnern Roosevelts als sozialistisch bekämpft wurde, und organisierte die Finanzierung des Krieges mit der Ausgabe von Kriegsanleihen. Nachdem die USA 1937 in eine neue-»Depression innerhalb der Depression« abgerutscht waren, zog er eine ernüchternde Bilanz: Das Land habe eine ebenso hohe Arbeitslosigkeit wie zu Beginn der Regierung Roosevelt und obendrein einen enormen Schuldenberg.

Im kanadischen Ort Quebec, wo sich Roosevelt und Churchill im September 1944 trafen, bekam Morgenthau Gelegenheit, seinen Plan vorzulegen, an dem sein Unterstaatssekretär Harry Dexter White maßgeblich mitgearbeitet hatte. Nachdem die beiden alliierten



Henry Morgenthau jr„ von [1]934 bis 194s US-amerikanischer Finanzminister und bekannt für den nach ihm benannten Plan, die Industrie in Deutschland zu zerstören und das unterlegene Dritte Reich in ein reines Agrarland zu verwandeln



Winston Churchill mit hochrangigen Militärs bei einem Flugabwehrmanöver (Juni 1941). Am linken Bildrand Churchills wissenschaftlicher Berater Lord Cherwell

Regierungschefs über die militärische Lage beraten hatten, präsentierte Roosevelt dem Engländer den Morgenthau-Plan.

Zunächst reagierte Churchill ablehnend (»man kann nicht eine ganze Nation anklagen«). Dann unterschrieb er doch am 15. September. Zum einen gab er nach, weil er weitere 6 Milliarden Dollar aus der amerikanischen Leih- und Pachthilfe dringend benötigte. Zum anderen ließ er sich von Lord Cherwell mit dem Argument herumkriegen, der Plan nutze der britischen Wirtschaft, weil er die deutsche ruinieren werde.[17] Übrigens lassen sich auch Roosevelt-Zitate finden, die eine - innenpolitisch begründete - ambivalente Haltung des Präsidenten zu Morgenthaus Plan belegen. Als der Plan schon bald nach Verabschiedung in den USA durchsickerte und Kritik auf sich zog, reagierte Roosevelt, indem er die Pressemeldungen einfach dementierte.

Zu den Gegnern des Plans zählten der amerikanische Außenminister Cordeil Hull und Edward Stettinius, der ihm im Dezember 1944 im Amt nachfolgte. General George Marshall, einer der fähigsten amerikanischen Militärs, beklagte sich gegenüber Morgenthau, dass der Plan, nachdem er auch in Deutschland bekannt geworden war, den Widerstand der deutschen Truppen nur stärken könne.

In London war es der oben erwähnte Lord Cherwell, der voll und ganz auf Morgenthau-Linie lag. Als Sohn eines deutschen Auswanderers und einer amerikanischen Mutter (die dort gerade kurte) in Baden-Baden

geboren, fungierte der Oxford-Professor als einflussreichster ziviler Berater Churchills während des Krieges. Das Konzept des britischen Luftkrieges bereicherte er mit dem Vorschlag, gezielt die Quartiere der deutschen Arbeiterklasse in Schutt und Asche zu legen, weil die Häuser der Mittelklasse zu weit auseinanderstünden und somit Bomben verschwendet würden. Cherwell, mit bürgerlichem Namen Frederick Lindemann, war ein Deutschenhasser wie Morgenthau.

Nach Roosevelts Tod im April 1945 hielten die USA zwar nicht Zeile für Zeile am Morgenthau-Plan fest, wohl aber an seinen wesentlichen Bestandteilen. Als Morgenthau im Oktober 1945 mit seinem Buch *Germany Is Our Problem* nachhakte, ließ General Dwight D. Eisenhower als Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone 1000 Exemplare an seine Offiziere verteilen. Später, als sich der weltpolitische Wind gedreht hatte, behauptete Eisenhower, er habe mit der Verteilung des Buches den Morgenthau-Plan nicht gutheißen wollen. Was denn sonst?

Um den Plan historisch einzuordnen, muss daran erinnert werden, wie bis dahin Kriege beendet wurden. Es war normal, dass der Sieger Beute machte und entschädigt werden wollte. Im Jahre 1871 musste Frankreich Elsass-Lothringen abtreten und einen Kriegstribut in Gold zahlen, der dann auch umgehend entrichtet wurde. Dass Bismarck auf Schuldzuweisungen verzichtete, verstand sich von selbst.

Nach dem Ersten Weltkrieg musste das unterlegene Deutsche Reich in Versailles einen demütigenden Vertrag unterschreiben. Zu den Gebietsverlusten kamen horrende Reparationen, die sich bald als illusorisch erwiesen, weil die Weimarer Republik durch den Export nicht so viele Devisen verdienen konnte, wie sie hätte verdienen müssen, um die Zahlungen zu leisten. Aber trotz einseitig verordneter Abrüstung, finanzieller Ausblutung und anderer Auflagen blieb die wirtschaftliche, politische und ökonomische Substanz Deutschlands im Kern intakt.

Der Morgenthau-Plan sah eine radikal andere Prozedur vor. Die Gans, der in Versailles noch zugetraut worden war, goldene Eier zu legen, sollte diesmal geschlachtet werden. Insofern war es konsequent, auf eine Neuauflage der über Jahrzehnte hinweg zu zahlenden Versailler Reparationen zu verzichten. Das lag auch deswegen nahe, weil sie nicht nur wenig eingespielt hatten, sondern auch noch zum Teil durch Ausgabe von Anleihen nach dem Dawes- und Young-Plan finanziert werden mussten. Ein solches sinnloses Reparationskarussell, das war die vorherrschende Meinung in Washington,

sollte sich nicht wiederholen. Der von Roosevelt und Churchill gebilligte Plan sah vielmehr vor, dort zu plündern, wo etwas zu holen war, den verbliebenen industriellen Rest weitgehend zu zerstören und Deutschland in ein Agrar- und Weideland zurückzuverwandeln.

Dazu sollten die deutschen Privatrechte an industriellem Eigentum sowie alle deutschen Guthaben außerhalb Deutschlands enteignet, alle noch unzerstörten Industrieanlagen im Ruhrgebiet demontiert und weggeschafft und alle Kohlebergwerke geschlossen und unbrauchbar gemacht werden. Kohle war damals noch primäre Energiequelle und Basis einer modernen Volkswirtschaft.

Die territoriale Neuordnung sollte so aussehen, dass Polen den Teil Ostpreußens, der nicht an die Sowjetunion fallen würde, sowie den südlichen Teil Schlesiens erhielt, dass das Ruhrgebiet einschließlich des Rheinlandes internationalisiert wurde, dass Frankreich die Saar und die angrenzenden Gebiete bis Mosel und Rhein bekam und dass der Rest Deutschlands in zwei unabhängige Staaten, einen norddeutschen und einen süddeutschen, aufgeteilt wurde.

Morgenthau muss einkalkuliert haben, dass die Landwirtschaft allein die Bevölkerung nicht ernähren konnte, dass Hungersnöte ausbrechen würden mit der Folge einer massenhaften Auswanderung. Die völkerrechtlich gebotene Verantwortung der Besatzer für das Wohlergehen der Besetzten wurde im Morgenthau-Plan ausgeschlossen. Die alliierten Militärregierungen, die in den Besatzungszonen installiert würden, sollten ausdrücklich keine Verantwortung für die Wirtschaft übernehmen, ausgenommen die Aufgaben, die im Interesse der eigenen Truppen notwendig seien. Gedacht war dabei an Unruhen und Hungeraufstände, die die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der Besatzungstruppen gefährden konnten. In einem Punkt liest sich der Plan sogar wie die Vorwegnahme der brutalen »Bodenreform« in der sowjetischen Besatzungszone: Der gesamte Großgrundbesitz sollte aufgehoben, das heißt enteignet und an die Bauern verteilt werden.

In den Jahren 1945 und 1946 wurde eine Reihe einschlägiger Gesetze erlassen, nachzulesen im *Amtsblatt des Alliierten Kontrollrates,* der als eine für ganz Deutschland zuständige Regierung und als Gesetzgeber fungierte. Gesetz Nr. 5 betraf die Erfassung und Übernahme des deutschen Vermögens im Ausland. Gesetz Nr. 25 regelte die Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung in Deutschland. Die Direktive Nr. 38 befasste sich nicht nur mit der Bestrafung von Kriegsverbrechern und »Militaris-

ten«, sondern auch mit der Internierung, Kontrolle und Überwachung von »möglicherweise gefährlichen Deutschen«. Und die Direktive Nr. 40 beinhaltete Richtlinien, an die sich deutsche Politiker und die deutsche Presse zu halten hatten.'[8]

»Innerlich hat er (Roosevelt) vermutlich bis zu seinem Tod am Konzept eines karthagischen Friedens festgehalten«, schreibt Detlef Junker, »der Geist des Morgenthau-Planes aber fand in erheblichem Maße Eingang in die Direktive 1067.« Erst in der Zeit zwischen der deutschen Kapitulation und der Potsdamer Konferenz habe sich der neue Präsident Truman »schrittweise, aber doch erkennbar« dafür entschieden, »ein geplantes ökonomisches Chaos in Deutschland zu verhindern«. Anfang Juni 1945 erzwang Truman Morgenthaus Rücktritt.[19]

Damals waren die »Morgenthau Boys«, die Beamten aus dem Finanzministerium, die sich Eisenhower in Washington ausgeliehen hatte, in der amerikanischen Besatzungsarmee immer noch aktiv und einflussreich. Sie wachten darüber, dass die Direktive JCS 1067 so strikt wie möglich in Deutschland durchgesetzt wurde. Erst im Juli 1947 mussten sie gehen: JCS 1067 wurde durch JCS 1779 ersetzt. »Ein geordnetes, wohlhabendes Europa«, so lautete die neue Zielsetzung, »erfordert den wirtschaftlichen Beitrag eines stabilen und produktiven Deutschland.« Die Politik der Verelendung war abgewendet, die Selbstbestimmung Deutschlands lag noch in weiter Ferne.

Jalta: Die Kaviar-Konferenz, auf der Europa aufgeteilt wurde

Vom 4. bis ix. Februar 1945 konferierten die Großen Drei im Schloss Liwadia bei Jalta, der früheren Sommerresidenz des Zaren Nikolaus II. Sie berieten über den Krieg gegen Japan, entschieden über das Schicksal Deutschlands und widmeten sich im Verlauf üppiger Mahlzeiten der russischen Küche. Aufgetischt wurden Lachs, Stör, Heringe, dazu Gurken und Radieschen, Champignons in saurer Sahne, diverse Fleischgerichte, frisches Obst - und Kaviar, der nie fehlen durfte. Churchill ließ sich Kaviar sogar zum ersten Frühstück aufs Zimmer bringen. Getagt wurde nie vor der zweiten Tageshälfte, weil Marschall Stalin die Nacht durchzuarbeiten und bis Mittag zu schlafen pflegte. Abends brachten die drei Machthaber ihre Toasts aus - Churchill zu Stalins Erstaunen einmal auf die »proletarischen Massen«. Berichtet wird von insgesamt 200 Trinksprüchen. Den Wodka, der dabei



*Die neuen polnischen Grenzen nach **194s,** im Osten entlang der sogenannten Curzon-Linie*

konsumiert wurde, ließ sich Stalin in einer besonderen Flasche servieren, die angeblich hauptsächlich Wasser enthielt.

Dass die Welt in Jalta geteilt wurde, ist nicht ganz richtig. Es war vielmehr so, dass Roosevelt die vollendeten Tatsachen, die Stalin mit dem Vormarsch der Roten Armee in Polen, im Baltikum und auf dem Bai- • kan geschaffen hatte, widerstandslos hinnahm, um seine Vision eines amerikanisch-sowjetischen Kondominiums nach dem Krieg nicht zu gefährden. »Ich glaube, wenn ich ihm alles gebe, was mir möglich ist«, sagte Roosevelt einmal über Stalin, »und keinerlei Gegenleistung von ihm verlange, dann wird er - *noblesse oblige* - nicht versuchen, sich irgendetwas einzuverleiben, und mit mir zusammen an einer Welt der Demokratie und des Friedens arbeiten.«[20]

Unterschrieben wurde in Jalta ein Geheimabkommen, das der Sowjetunion als Gegenleistung für den Kriegseintritt gegen Japan territoriale Konzessionen in Japan und China zusicherte. Außerdem wurde am 11. Februar ein umfangreiches Kommunique, die Erklärung von Jalta, unterzeichnet, das sich hauptsächlich mit Deutschland und Polen befasste.

»Die drei Regierungschefs«, hieß es da, »sind der Auffassung, dass die östliche Grenze Polens ... der Curzon-Linie folgen soll.« Damit würde Polen ein umfangreiches Gebiet im Osten einschließlich Lemberg verlieren, das von Ukrainern, Weißrussen, Litauern und eben auch von Polen bewohnt war. Diese Grenze hatte der britische Außenminister Lord Curzon 1919 vorgeschlagen, bevor Polen im Vertrag von Riga 1921 sein Territorium um 250 Kilometer nach Osten vorschieben konnte. Zugleich wurde in Jalta verfügt, »dass Polen im Norden und Westen einen beachtlichen territorialen Zuwachs erhalten muss«. Gemeint war eine Grenze entlang von Oder und Neiße, wobei Churchill an die östliche Neiße dachte, Stalin aber an



Die Konferenz von Jaita (Februar 1945): Churchill, Roosevelt, Stalin

die weiter westlich verlaufende Lausitzer Neiße. Die »endgültige Festlegung der Westgrenze Polens« sollte einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben.

Vereinbart wurde in Jalta außerdem, dass die Streitkräfte der drei Mächte »jeweils eine separate Zone Deutschlands« besetzen sollten und dass die Oberbefehlshaber eine zentrale Kontrollkommission mit Hauptquartier in Berlin, eine Art Überregierung, bilden würden. Man werde Frankreich einladen, eine eigene Besatzungszone zu übernehmen und sich an der Kontrollkommission zu beteiligen.

Darüber hinaus bekundeten die Großen Drei in Jalta ihre »unbeugsame Absicht«, den deutschen Militarismus und Nazismus zu zerstören; den deutschen Generalstab »für alle Zeiten« zu zerschlagen; »alle deutschen Industrien auszumerzen oder zu kontrollieren, die für die Rüstungsproduktion verwendet werden könnten«; die Kriegsverbrecher zu bestrafen sowie »Natural-Reparationen« für die von Deutschland verursachten Zerstörungen zu fordern.

Präzisiert wurde dann, was unter »Naturalleistungen« zu verstehen war. Nämlich die »Fortschaffung von Vermögenswerten aus dem nationalen Vermögen Deutschlands innerhalb und außerhalb seines Territoriums im Verlauf von 2 Jahren nach der Kapitulation«. Darunter Werkzeugmaschinen, Schiffe, rollendes Material, deutsche Auslandsinvestitionen und Aktien von deutschen Unternehmen. Im Abschnitt über die Reparationen finden sich auch jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion sowie die »Verwendung« deutscher Arbeitskräfte (Zwangsarbeit).[21]

Bezüglich des Gegenwertes dieser Naturalleistungen wurde als »Gesprächsgrundlage« die von den Sowjets geforderte Summe von 20 Milliarden Dollar akzeptiert, wovon die Hälfte an Moskau abgeführt werden sollte. Churchill meinte, 20 Milliarden seien zu viel, und vertrat die Auffassung, vorerst keine Reparationszahlen zu nennen.

Als die Konferenz am 11. Februar zu Ende ging, ließ Stalin zum Abschied den Amerikanern und Briten Lebensmittelpakete mit Apfelsinen, Lachs, Kaviar, Sekt und Wodka überreichen. Roosevelt revanchierte sich mit amerikanischen Zigaretten, die Stalin zur Abwechslung gerne rauchte, mit Pralinen, Dosensäften und elektrischen Rasierapparaten.

Keine Befreiung: Die Direktive JCS 1067

Bereits im August 1944 hatte eine Arbeitsgruppe in Washington ein Handbuch für die künftige amerikanische Militärregierung in Deutschland fertiggestellt. Danach sollte das deutsche Volk schon bald zu einem normalen Leben zurückkehren können, Deutschland sollte wiederaufgebaut werden. Als Henry Morgenthau das Handbuch zu Gesicht bekam, war er erbost, informierte Roosevelt und konnte durchsetzen, dass das Handbuch in den Papierkorb wanderte und die Arbeitsgruppe aufgelöst wurde.

Danach wurden mehrere neue Entwürfe ausgearbeitet, die nicht zufriedenstellten, bis schließlich am 23. März 1945 Roosevelt die Schlussfassung vorgelegt wurde, die er sogleich unterschrieb: die Direktive JCS 1067 der Joint Chiefs of Staff, der Vereinigten Generalstabschefs. Sie legte in allen Einzelheiten die künftige amerikanische Besatzungspolitik fest, trat im April 1945 in Kraft und gab die nötigen Anweisungen an General Eisenhower, der die amerikanische Besatzungszone regieren würde.

Zur Veröffentlichung war die Direktive nicht bestimmt. Erst am 17. Oktober 1945 machte das US-Außenministerium den Text publik mit dem

Hinweis, er müsse »im Licht« der Potsdamer Beschlüsse gelesen werden. Denn viele politische Aussagen der Direktive seien auf der Potsdamer Konferenz übernommen worden. In den Angelegenheiten, zu denen die Potsdamer Beschlüsse nichts sagten, solle sich General Eisenhower weiterhin an die Direktive halten. Zudem wurde Eisenhower beauftragt, den Alliierten Kontrollrat in Berlin, in dem er zusammen mit den anderen Militärgouverneuren saß, dahingehend zu drängen, dass die politischen Vorgaben der Direktive in ganz Deutschland in Kraft gesetzt würden. Die zentralen, maßgeblichen Passagen der Direktive JCS 1067, auf die im übrigen Text mehrfach Bezug genommen wird, finden sich in den Paragrafen 4 und 5.

Paragraf 4 befasste sich mit den »grundlegenden Zielen« der Militärregierung in Deutschland und formulierte die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes: »Es sollte den Deutschen klar gemacht werden, dass Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Nazi-Widerstand die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und dass die Deutschen der Verantwortung für das, was sie selbst über sich gebracht haben, nicht entkommen können. Deutschland wird nicht zum Zweck der Befreiung besetzt werden, sondern als besiegte Feindnation.«

In Paragraf 5 wurde Eisenhower untersagt, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in die Wege zu leiten. Er habe lediglich solche wirtschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Durchsetzung der Ziele von Paragraf 4 notwendig sein könnten oder die erforderlich seien, »um eine Hungersnot, Krankheit und Unruhen zu verhindern, die die Besatzungsstreitkräfte gefährden würden«. Nichts solle getan werden, das den Lebensstandard in Deutschland oder in der US-Zone über den eines benachbarten Landes heben werde.

Dass die Amerikaner den Deutschen 1945 die Demokratie gebracht hätten (die hatten sie ja schon bis 1933), entpuppt sich bei der Lektüre von JCS 1067 als frommes Märchen. In seiner Eigenschaft als Militärgouverneur wurde Eisenhower mit der »höchsten legislativen, exekutiven und richterlichen Gewalt« betraut. Politische Aktivitäten jeglicher Art mussten von ihm beziehungsweise von seiner Militärregierung genehmigt werden. Alle Medien wurden alliierter Kontrolle unterstellt. Keine Gewaltenteilung, keine Pressefreiheit, keine politische Freiheit.

Unter dem Vorbehalt, dass die Alliierten sich noch über die Reparationen und die Kontrolle oder Eliminierung deutscher Industrien einigen müssten,

die für die Kriegsproduktion genützt werden könnten, wurde unter anderem verboten: die Produktion von Eisen und Stahl, von Chemikalien, von Werkzeugmaschinen, von Handelsschiffen und allen Typen von Flugzeugen, von synthetischem Gummi und schweren Maschinen. Die Direktive ging nicht ganz so weit wie der Morgenthau-Plan, hielt aber am Prinzip der weitgehenden Deindustrialisierung Deutschlands fest.

Auch die eigentliche Kriegsbeute, die für die USA interessanter war als alles andere, wurde in JCS1067 definiert, nämlich der Zugriff auf die deutsche Forschung, der Abtransport von Betriebsgeheimnissen, die Enteignung von Patenten. Eisenhower wurde angewiesen, alle Industrieanlagen, Patente sowie die Bücher und Betriebsunterlagen deutscher Unternehmen vor der Zerstörung durch Deutsche zu schützen. In besonderen Fällen sollte die Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Forschung erlaubt sein, allerdings unter den Bedingungen »häufiger Inspektion« und voller Offenlegung der Forschungsergebnisse."

Es sollte 2 Jahre dauern, bis Washington auch offiziell Konsequenzen aus der sowjetischen Gefahr zog, die ganz Westeuropa bedrohte, und von der Idee eines Vernichtungsfriedens abrückte. Ab Juni 1946 durften CARE-Pakete nach Deutschland geschickt werden. Und nach dem fürchterlichen Hungerwinter meldete sich im März 1947 der frühere Präsident Herbert Hoover zu Wort: »Da gibt es die Illusion, dass das neue Deutschland, das nach den Annexionen übriggeblieben ist, zu einem Weideland ***(pastoral State)*** reduziert werden kann. Das kann nicht gemacht werden, wenn wir nicht 25 Millionen Menschen ausmerzen oder abtransportieren.«

General Lucius D. Clay, der im Jahre 1947 Eisenhower als Militärgouverneur für Deutschland ablöste, konnte - gegen Widerstände - im Juli 1947 durchsetzen, dass an die Stelle von JCS 1067 eine neue Direktive trat: JCS 1779. Jetzt war ein »stabiles, produktives Deutschland« erwünscht im Interesse eines geordneten, wohlhabenden Europa. Amerika verabschiedete sich vom Geist Henry Morgenthaus.



General Lucius D. Clay, Militärgouverneurfür Deutschland ab 1947

Vertreibung, Deindustrialisierung, Kollektivschuld: Die Konferenz von Potsdam stellte Versailles in den Schatten

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 tagte im Schloss Cäcilienhof zu Potsdam die »Konferenz von Berlin«, wie sie offiziell bezeichnet wurde. In einem hohen, holzgetäfelten Raum mit einer breiten, bleiverglasten Fensterfront saßen die Großen Drei an einem runden Tisch und entschieden über das Schicksal Deutschlands: der englische Premierminister Winston Churchill mit seinem enormen Konsum von Zigarren, dessen ausschweifende Rhetorik die Dolmetscher aufs Äußerste strapazierte; ihm gegenüber der sowjetische Diktator Josef Stalin, der stets knapp, präzise und emotionslos formulierte; und der Nachfolger Roosevelts, der ziemlich unbedarfte Harry S. Truman, der als Vorsitzender der Konferenz das Privileg hatte, nicht auf eine Wand zu blicken, sondern auf den Park und das dahinter sichtbare Wasser. Das aus Fachwerk errichtete Schloss kann heute noch besichtigt werden. Die Kommentare der Schautafeln erklären Geschichte und sind von einer bemerkenswerten Sachlichkeit.

Noch während der Konferenz begab sich Churchill nach London, um auf den erwarteten Sieg bei den Wahlen zum Unterhaus anzustoßen. Zu seiner grenzenlosen Überraschung wurde er abgewählt. Seinen Platz im Schloss Cäcilienhof nahm der Sozialist Clement Attlee ein, ein kleiner, langweiliger Mann, über den das Churchill-Bonmot kursierte, »dass ein leeres Taxi vorfuhr und Attlee ausstieg«.

Beim Potsdamer »Abkommen« handelte es sich keineswegs um einen völkerrechtlichen Vertrag und schon gar nicht um einen solchen mit Deutschland nach Art des Versailler Vertrages, sondern um eine Zusammenfassung von Beschlüssen, die dennoch die Rechtsgrundlage bildeten, der Deutschland fortan ausgeliefert war. Die Restbestände von Potsdam erloschen erst mit der deutschen Wiedervereinigung. Die Potsdamer Vereinbarungen wurden in einem Protokoll festgehalten, von dem eine Kurzfassung als Kommunique veröffentlicht wurde. Letzteres ist für gewöhnlich gemeint, wenn - rechtlich ungenau - vom Potsdamer Abkommen die Rede ist.

Differenzen zwischen den Westmächten und Stalin entzündeten sich an zwei Tagungspunkten: der polnischen Frage und dem Problem der Reparationen. Die Briten waren nicht gegen einen Gebietszuwachs Polens, opponierten aber gegen eine Grenzziehung entlang der westlichen Neiße. Churchill wollte, wie er einmal gesagt hatte, die polnische Gans nicht über-

füttern. Die drei Regierungschefs einigten sich dennoch darauf, dass die »früher« deutschen Gebiete östlich einer Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder und die westliche Neiße entlang verlief, unter die »Verwaltung« des polnischen Staates kommen sollten - was zu diesem Zeitpunkt allerdings mit Billigung Stalins bereits geschehen war.

Zugleich wurde bekräftigt, »dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll«. Ein faktisch wertloser Vorbehalt, denn in Potsdam wurde eben auch die »Überführung« der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn verbliebenen deutschen Bevölkerung auf das Territorium des geschrumpften Deutschland beschlossen. Aber immerhin ein Vorbehalt, den Helmut Kohl bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung nutzte, um seinen Verzicht auf Ostdeutschland gegen einen Verzicht der Siegermächte auf neue Reparationen einzutauschen.

Die Überführung der Ostdeutschen sollte laut Potsdamer Kommunique »in ordnungsgemäßer und humaner Weise« erfolgen. In der Realität lief das so ab, dass 2111000 Menschen durch Flucht und Vertreibung ums Leben kamen, davon 1225 000 in den Ostgebieten des Deutschen Reiches, 267 000 in der Tschechoslowakei und 619 000 in den übrigen Ländern.[23] Churchill höchstpersönlich hatte am 15. Dezember 1944 vor dem Unterhaus angekündigt, »reinen Tisch« machen zu wollen. Die Vertreibung sei die »befriedigendste und dauerhafteste Methode«. Churchill, Roosevelt und Truman machten sich zu Komplizen eines Kriegs- und Nachkriegsverbrechens, dem über 2 Millionen Deutsche zum Opfer fielen.

Nachdem sich die Siegermächte auf der schon vorher in Moskau tagenden Reparationskommission nicht hatten einigen können, fanden sie in Potsdam eine naheliegende Lösung: Jeder sollte sich aus seiner eigenen Besatzungszone bedienen. Zusätzlich wurde Stalin ein Anteil an den Industriedemontagen im Westen zugesagt. Der wiederum konzedierte, keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold zu erheben. Die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben lief darauf hinaus, dass sich die Sowjetunion und die Westmächte jeweils das nahmen, worauf sie in ihrem Einflussbereich weltweit die Hand legen konnten.

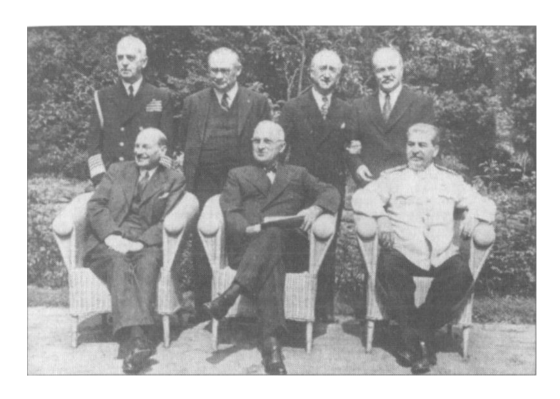
Deutschland würde zwar nicht auf einen Agrar- und Weidestaat reduziert werden, wie es Morgenthau geplant hatte, aber von der hochentwickelten Industrie und von der Exportwirtschaft würde nicht mehr viel übrig

bleiben. In den Potsdamer »Wirtschaftlichen Grundsätzen« hieß es: »Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf zu legen.« Die »entbehrlichen« Kapazitäten der Industrie sollten entweder entfernt (demontiert) und ins Ausland geschafft oder vernichtet werden, falls sie nicht entfernt werden konnten. Eine weitere Bestimmung, wonach Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten sei, sollte sich mit dem Ausbruch des Kalten Krieges als unrealistisch erweisen.

Dasselbe Schicksal widerfuhr dem Alliierten Kontrollrat in Berlin, der wegen der sowjetischen und französischen Obstruktion nur eine Zeit lang mehr schlecht als recht funktionierte. Die juristische Definition der neuen Machtverhältnisse in Deutschland las sich im Potsdamer Kommunique folgendermaßen: »Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.«[24]

Der amerikanische Diplomat und zeitweilige Botschafter in Moskau, George F. Kennan, zog in seinen Memoiren eine vernichtende Bilanz der Potsdamer Konferenz und der amerikanischen Verhandlungsführung. Er habe die Arbeit der Konferenz »mit Skepsis und Entsetzen« verfolgt. Kein politisches Dokument habe ihn je so deprimiert wie die Potsdamer Beschlüsse. Sie seien eine »weitere Extrapolation der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens« gewesen. In der Tat: Wenn in den Potsdamer Papieren von demokratischen Parteien und demokratischen Richtlinien für das Erziehungswesen, von Worthülsen wie »friedlich« und »gerecht« die Rede war, verstand jede Seite darunter etwas anderes. Stalin war durchaus der Meinung, er habe in Polen die Demokratie eingeführt.[25]

Kennan hatte recht mit der Bemerkung, dass die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ein »Wahn« gewesen sei. Es stimmt aber auch, dass sich mit einem akribischen Textvergleich nachweisen lässt, dass eine direkte Linie von der Teheraner Konferenz über



Potsdamer Konferenz (Juli/August 1945): Attlee, Truman, Stalin

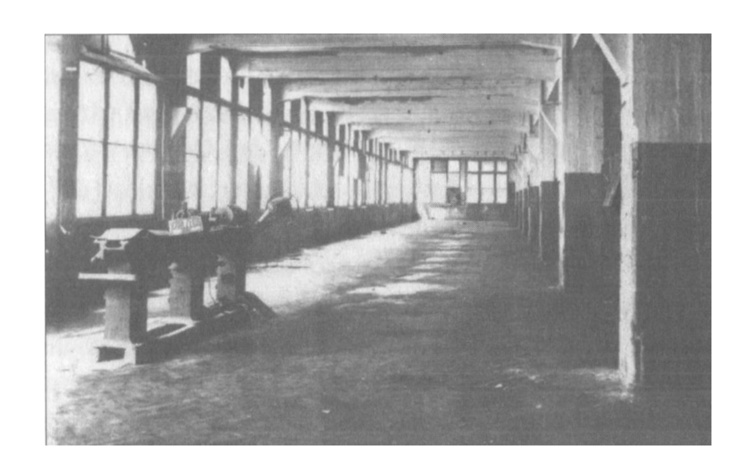
Jalta und über JCS 1067 zu den Potsdamer Beschlüssen führte. Auch Truman stand 1945 noch in der Kontinuität der Roosevelt'schen Deutschlandpolitik. Teils war er naiv, teils ignorant. Als Stalin in Potsdam wie vorher schon in Teheran Königsberg verlangte, begründete er dies damit, dass Russland zumindest einen eisfreien Hafen bekommen müsse. Zurück in den USA, erklärte Truman der amerikanischen Öffentlichkeit, er habe sich bereit erklärt, die jahrhundertealte russische Sehnsucht nach einem eisfreien Hafen zu erfüllen.

Europäische Geografie war 1945 ebenso wenig eine Stärke amerikanischer Politiker wie 1919 in Versailles: Tatsächlich verfügte Stalin zu diesem Zeitpunkt bereits über drei meist eisfreie Häfen an der Ostsee, nämlich im gerade erst annektierten Baltikum. Königsberg hingegen liegt nicht an der offenen See, sondern am Ende eines 43 Kilometer langen Seekanals durch das Frische Haff, der in strengen Wintern zufriert und von Eisbrechern freigehalten werden muss.

Das Diktat von Versailles basierte auf der These von der Kriegsschuld des deutschen Staates, aus der sich alles andere ergab. Potsdam ging viel weiter und behauptete eine Kollektivschuld und Kollektivverantwortung des gesamten deutschen Volkes, das bestraft, umerzogen und kleingehalten werden musste. Art. 231 des Versailler Vertrages, auch bekannt als Kriegsschuldartikel, hatte nur von »Deutschland« als Urheber des Krieges und von einem »Angriff« Deutschlands und seiner Verbündeten gesprochen. In Potsdam wurde dekretiert: »Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.« In Potsdam verrieten die Sieger den ebenso christlichen wie liberalen und rechtsstaatlichen Grundsatz individueller Verantwortung und individueller Schuld. Es könnte sein, dass im Dunstkreis der Vergangenheitsbewältigung ein bisschen Potsdam immer noch in uns lebt.

Kapitel 3

Beuteland



Lehren aus Versailles: Deutschland soll zahlen, aber wie?

WER EINEN KRIEG GEWINNT, will für die eigenen Verluste entschädigt werden - und er will Beute machen. Das war 1945 nicht anders als 1918. Der Unterschied lag darin, dass 1919 in Deutschland eine Regierung im Amt war, mit der ein Vertrag - das Versailler Diktat - abgeschlossen werden konnte, dass 1921 eine fixe Summe an finanziellen Reparationen (132 Milliarden Goldmark über 37 Jahre) dekretiert wurde, von der nur ein Bruchteil kassiert werden konnte - und auch darin, dass sich die Sieger 1945 und danach nie auf eine gemeinsame Reparationspolitik einigen konnten. Nach 1918 blieb der deutsche Staat trotz territorialer Verluste intakt, nach 1945 wurden Deutschland und Europa in zwei Einflusssphären geteilt.

Im Kalkül der Amerikaner besaßen klassische geldwerte Reparationen keinen besonders hohen Stellenwert. Aus den Turbulenzen der Zwischenkriegszeit hatte Washington die Lehre gezogen, dass es sinnlos war, von Deutschland Überweisungen in Gold und Devisen zu verlangen, die das Land nicht verdienen konnte, die zum Teil durch amerikanische Darlehen finanziert werden mussten und die ein für das internationale Finanzsystem fatales Kreditkarussell in Gang setzten.

Dennoch kursierten schon vor 1945 verschiedene Szenarien in London und Washington. Die niedrigste Summe, die in der Planung der Alliierten zwischen 1941 und 1945 auftauchte, belief sich auf 4 Milliarden Dollar zu Preisen von 1938, wovon die Sowjetunion 50 bis 70 Prozent erhalten sollte. 1944 forderte ein Ausschuss in Washington 37 Milliarden Dollar innerhalb von 12 Jahren. Und das Office of Strategie Services, der Vorläufer der CIA, schlug vor, jährlich 6,5 Milliarden Dollar aus Deutschland herauszuziehen, allerdings ohne anzugeben, wie lange gezahlt werden sollte.

Von einer anderen Stelle in Washington wurde eine Gesamtsumme von mehr als 200 Milliarden Dollar genannt, zahlbar im Verlauf von 12 bis 15 Jahren. Eine Überlegung dabei war, dass Deutschland künftig keine Militärausgaben mehr aufzubringen hätte und dass es einen Teil seiner Exporterlöse als Beitrag zur »Friedenssicherung« abzweigen solle. Frühzeitig wurde auch daran gedacht, einen erheblichen Teil der Reparationen in Form von Besatzungskosten einzutreiben - was dann tatsächlich praktiziert wurde, und zwar in einem Ausmaß, dass die Besatzungskosten die Entnahmen aus dem deutschen Kapitalstock, das heißt die Demontage von Fabriken, bei Weitem überstiegen.

Dabei hatte zunächst die langfristige Schwächung der deutschen Volkswirtschaft - im Geiste Morgenthaus - eindeutig Priorität, jedenfalls im Kalkül der Angelsachsen. »Die logische Folge des Morgenthauplanes war«, schreibt der Zürcher Historiker Jörg Fisch in seinem Standardwerk über die Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, »dass Reparationen nicht mehr in Frage kamen. Man konnte nicht ein Land zerstören und seine Wirtschaft mehr oder weniger auf landwirtschaftliche Subsistenzproduktion reduzieren, gleichzeitig aber fordern, dass es in großem Umfang über seinen Eigenbedarf hinaus für die Sieger Leistungen erbringe.« Der Morgenthau-Plan habe versucht, zwei Ziele zugleich zu erreichen: »Die Schwächung des Gegners und die Sicherung der amerikanischen Wirtschaftshegemonie.«[1]

Planwirtschaft pur: Der Industrieplan vom März 1946

Der Morgenthau-Plan aber war, wie bereits dargelegt, in Washington von Anfang an umstritten und wurde nur in der Tendenz umgesetzt, woraus eine inkonsistente und kontraproduktive amerikanische Reparationspolitik resultierte. Der Gipfel der Absurdität wurde am 28. März 1946 erreicht, als der Alliierte Kontrollrat seinen »Plan für Reparationen und das Niveau der deutschen Nachkriegsvolkswirtschaft gemäß dem Berliner Protokoll«, kurz: den Industrieplan, vorlegte.

Der Plan sah vor, nur so viele Betriebe in Deutschland zu belassen, wie erforderlich waren, um die den Deutschen erlaubten Gütermengen herzustellen. Alles Übrige sollte demontiert werden. Ein extrem planwirtschaftliches und destruktives Vorgehen, urteilt Fisch, das Armut produzieren musste und das paradoxerweise nicht den Kommunisten im Kreml, sondern den Amerikanern und Briten eingefallen war. »Es konnte ihnen (den Angelsachsen) nicht um eine möglichst gute Funktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gehen, denn es ist kaum anzunehmen, dass sie plötzlich zu Anhängern rigoroser Planwirtschaft geworden waren. Leitendes Kriterium war für sie jedenfalls die Schwächung, nicht der Wiederaufbau Deutschlands.«[2]

Obwohl die Russen mehr und rücksichtsloser demontierten als die Briten und Amerikaner, war ihr Motiv ein anderes: keine östliche Version des Morgenthau-Plans und keine Zerstörung, sondern möglichst schnelle Plünderung und Abtransport von Maschinen und kompletten Fabriken, die dem Wiederaufbau der sowjetischen Wirtschaft zugutekommen sollten. Als



Die vier Besatzungszonen in den ersten Nachkriegsjahren

die Anlagen in der Sowjetunion eintrafen, stellte sich oft heraus, dass sie unsachgemäß abmontiert und beschädigt waren und nicht wieder zusammengesetzt werden konnten.

An der Umwandlung von wertvollen Fabrikanlagen in Schrott konnten die sowjetischen Wirtschaftsplaner natürlich nicht interessiert sein. Ab Sommer 1946 stellten sie ihre Politik um. Sie verpassten den 200 besten Großbetrieben der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) die Rechtsform von

sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) und konnten sich so aus der laufenden Produktion bedienen.

Auf der Konferenz von Potsdam im Sommer 1945 hatte sich bereits abgezeichnet, dass das Postulat der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands schwer durchzusetzen sein würde. Jeder würde sich in seiner Besatzungszone nach Belieben selbst bedienen. Die offizielle Vereinbarung in Potsdam sah so aus, dass 25 Prozent der Demontagen aus den Westzonen an die Sowjetunion gehen sollten - 40 Prozent davon gratis und 60 Prozent im Austausch gegen Nahrungsmittel und andere Produkte. Zusagen, die wegen des heraufziehenden Kalten Krieges weitgehend auf dem Papier blieben.

Eine komplette Bilanz der Reparationen mit einheitlicher Fragestellung und identischen Methoden, die es erlauben würden, die sehr unterschiedlichen Leistungen Westdeutschlands und der SBZ zu definieren, existiert bis heute nicht. Sie wird wohl auch nie möglich sein. Nicht einmal das, was die Westzonen abliefern und zahlen mussten, lässt sich vollständig und akkurat beziffern. Fest steht, dass die französische Besatzungszone noch rücksichtsloser ausgeplündert wurde als die sowjetische - hier gingen die Entnahmen aus dem deutschen Steueraufkommen und aus der Wirtschaft an die Substanz. In der britischen und in der amerikanischen Zone haben die Demontagen zwar beträchtlichen Schaden angerichtet, aber den späteren Wiederaufbau nicht blockiert. Auch deswegen, weil das Dritte Reich industrielle Überkapazitäten hinterlassen hatte. Aber auch, weil es die Amerikaner in Potsdam verhindern konnten, dass die Sowjets an der Kontrolle der Schwerindustrie an der Ruhr beteiligt wurden.

Immerhin bekamen Sie das Krupp-Stahlwerk Essen-Borbeck, das als das modernste Europas galt. Es wurde nach Obdorsk an den Ausläufern des Nord-Ural geschafft - 76 000 Tonnen, deren Demontage und Abtransport im Februar 1946 begann und Jahre in Anspruch nahm. Der Bau des Werkes hatte 122 Millionen Mark gekostet, die von Deutschland zu zahlende Demontage kostete 27 Millionen Mark, gutgeschrieben wurden Deutschland auf dem Reparationskonto nur 9,5 Millionen.[3]

Zwangsexporte: Wie sich die Sieger schadlos hielten

In der Palette der »reparationsäquivalenten« Leistungen machten die Demontagen im Westen ohnehin einen kleineren Teil aus. Hinzu kamen die deutschen Auslandsguthaben, die enteignet wurden; der Verlust der deut-

sehen Handelsflotte; der Wert der Zwangsarbeit, die von deutschen Kriegsgefangenen an insgesamt 2 Milliarden Arbeitstagen nach (!) Kriegsende geleistet wurde; die Plünderungen und Beutezüge des alliierten Militärpersonals; der manipulierte US-Militärkurs, der es den Besatzungstruppen ermöglichte, deutsche Güter und Dienstleistungen billig einzukaufen; die Gewinne durch Ausgabe von Besatzungsgeld; die Entnahmen aus landwirtschaftlicher und industrieller Produktion und die willkürliche Festsetzung der deutschen Exportpreise unter den Weltmarktpreisen.



17. Juli 1944:57000 deutsche Kriegsgefangene auf dem Marsch durch Moskau

Zum Beispiel wurde Ruhrkohle in den Jahren 1945 bis 1947 für 10,5 Dollar je Tonne exportiert, obwohl die Weltmarktpreise zwischen 25 und 30 Dollar lagen (und die deutsche Bevölkerung jämmerlich fror). Nach Schätzung des amerikanischen Autors John Gimbel wurden bis Oktober 1947 über 75 Prozent der westdeutschen Exporte nicht bezahlt. Man müsse dafür wohl mindestens 3 Milliarden Reichsmark beziehungsweise D-Mark veranschlagen, meint Jörg Fisch.[4]

Von den Zwangsexporten, einer Form von versteckten Reparationen, profitierten auch die Amerikaner und die Briten, besonders aber die Franzosen. Sie ließen sich mit Holz aus dem Schwarzwald, der großflächig abgeholzt wurde, mit landwirtschaftlichen Produkten aus Württemberg und der Pfalz und mit Kohle von der Saar bezahlen. Frankreich erzielte damit sogar üppige Devisengewinne, die die französische Zahlungsbilanz aufbesserten.

In diesen ersten Nachkriegsjahren wurde die Struktur des deutschen Außenhandels, wie Werner Abelshauser hervorhebt, auf den Kopf gestellt. Exportiert wurden Rohstoffe, die das Land dringend selbst benötigt hätte, und nur zu einem geringen Teil Industrieprodukte.[5] Lediglich das Saargebiet genoss eine Vorzugsbehandlung. Es sollte ohnehin in das franzö-

sische Staatsgebiet eingegliedert werden. Am 1. April 1948 wurde die Saar wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen. Die Amerikaner und Briten protestierten nicht, sie stimmten zu.

100 Milliarden nach heutiger Kaufkraft: Der Griff nach dem Auslandsvermögen

Während Reparationen, die einem besiegten Staat auferlegt werden, im Einklang mit dem Völkerrecht stehen, handelt es sich bei der Enteignung privater Sachvermögen und Guthaben schlicht und einfach um Diebstahl. Enteignet wurden deutsche Vermögen und Auslandsguthaben nicht nur im Machtbereich der Sieger, sondern auch auf dem Gebiet früherer Verbündeter wie Japan und Italien und in neutralen Ländern wie Schweden, Spanien und der Schweiz. Um welche Summen es sich handelte, wird sich nie genau feststellen lassen, auch weil deutscher Auslandsbesitz oft zu Schleuderpreisen verkauft wurde.

Im Jahre 1950 bezifferte das Bonner Finanzministerium die entsprechenden Verluste auf 10 Milliarden Deutsche Mark. Das wären heute kaufkraftbereinigt und grob gerechnet an die 100 Milliarden. Ein Bundestagsausschuss legte 1952 seinen Berechnungen eine Summe von 16 Milliarden Mark zugrunde und schätzte außerdem den Wert der aus Deutschland weggeschafften ausländischen Wertpapiere auf 1,8 bis 2,5 Milliarden Deutsche Mark.

Eine Studiengesellschaft für Auslandsvermögen nannte in den fünfziger Jahren sogar einen Gesamtbetrag von 20 bis 30 Milliarden Mark. Letztere Schätzung dürfte eher zu hoch sein, weil schon vor 1939 private deutsche Wertpapieranlagen im Ausland reduziert wurden.

Hinweis: Nach der offiziellen Statistik hat die D-Mark von 1948 bis 1998 75 *Prozent an Kaufkraft verloren und der Euro seit 1999 21 Prozent. Die Aussagekraft des zugrunde liegenden Verbraucherpreisindex ist umstritten und zweifelhaft. Wie zum Beispiel ist es zu erklären, dass eine Kugel Eis in den fünfziger Jahren 10 Pfennig kostete und jetzt mindestens das Zwanzigfache? Weil das Problem, Inflation und Kaufkraftverlust objektiv zu messen, nicht lösbar ist, kann es hilfreich sein, Reparationssummen mit anderen Größen zu vergleichen, zum Beispiel mit der Wirtschaftsleistung oder dem Steueraufkommen.*

Wie auch immer, der Verlust an Auslandsvermögen bewegte sich in einer ähnlichen Größenordnung wie die Reparationen im engeren Sinne. Diese werden für den Zeitraum 1945 bis 1953 allein für Westdeutschland auf 4,8 Milliarden US-Dollar (auf der Basis von 1938, also vor der Kriegsinflation) veranschlagt. Dies allerdings ohne den Wert der Zwangsarbeit und ohne den enormen Wert des geraubten geistigen Eigentums, womit Patente, Betriebsgeheimnisse, Forschungsergebnisse etc. gemeint sind.

Besatzungskosten bis 1953: Ein Vergleich mit dem Steueraufkommen 2014

Ganz eindeutig der größte Anteil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten. Allein in den drei Westzonen summierten sie sich in den Jahren 1945 bis 1953 auf 16,8 Milliarden Dollar (Basis 1938). Später wurden sie als Stationierungskosten verbucht, was freilich de facto auf dasselbe hinauslief. Weil absolute Summen wenig aussagen, ist es aufschlussreich, die damalige Belastung der öffentlichen Haushalte auf die heutigen Verhältnisse hochzurechnen:

1946 beanspruchten die Besatzungskosten allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens. Zum Vergleich: 2014 betrugen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen in Deutschland 643 Milliarden Euro. 42 Prozent davon wären 270 Milliarden Euro.

1947 gingen die Besatzungskosten in den drei Westzonen auf 38 Prozent des Steueraufkommens zurück. Dem entsprächen 2014 244 Milliarden Euro.

1948 sank die Belastung auf 33 Prozent der Steuereinnahmen. Vergleich mit 2014: 212 Milliarden Euro.

Und 1949 waren es noch 26 Prozent, die einer Belastung in Höhe von 167 Milliarden Euro 2014 entsprachen.

Nicht berücksichtigt bei dieser Übersicht sind die Besatzungskosten in der SBZ. Sie lagen deutlich höher als in der amerikanischen und britischen Zone, aber auf einem mit der französischen Zone vergleichbaren Niveau. Zum Beispiel wurden 1946/47 in der französischen Zone 67 Prozent der Staatseinnahmen an die Besatzer abgeführt, in der SBZ 57,9 Prozent, in der US-Zone 28,3 Prozent, in der britischen Zone 27 Prozent und in Berlin 19,7 Prozent.[6] In allen vier Zonen zusammengenommen verschlangen die Besatzungskosten 1946/4718,6 Prozent des Sozialproduktes. Gezahlt wurde in Mark und mit Waren.

Der Bericht des Senators Harmssen: 71 Milliarden Dollar bis Ende 1947

Wer sich in die Literatur über die Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg vertieft, wird schnell feststellen, dass eine belastungsfähige gesamtdeutsche Bilanz fehlt, weil sie nicht erstellt werden kann. Was unter dem Titel »Kriegsbeute« beim Einmarsch der Alliierten den Besitzer wechselte, wurde ohnehin nie erfasst. Auch die Abgrenzung zwischen offenen und versteckten Reparationen und reparationsäquivalenten Leistungen ist schwer zu ziehen. Hinzu kommt, dass das Thema schon bald politisiert wurde. In den Westzonen, danach in der neu gegründeten Bundesrepublik, wurde das Ausmaß der materiellen Entnahmen, der finanziellen Belastungen und des Zwangstransfers von intellektuellem Eigentum gerne heruntergespielt, um im Zuge der Westbindung Deutschlands die neuen Verbündeten zu schonen. Umso schlechter kamen die sowjetischen Besatzer weg.

In der SBZ wiederum wurde genau umgekehrt argumentiert. Hier wie dort hatten sich Sieger und Besiegte anders als 1919 nicht auf einen festen Betrag festgelegt, an dem man die tatsächlichen Leistungen hätte messen können. Anders als später neigten deutsche Politiker und Experten in den Nachkriegsjahren allerdings nicht dazu, den Umfang der Reparationen kleinzureden oder totzuschweigen.

Ein prominentes Beispiel dafür ist der Bericht des Bremer Senators für Wirtschaftsforschung und Außenhandel, Gustav Wilhelm Harmssen. Er erschien 1948 in Bremen in vier Heften unter dem Titel *Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard.* Er beschränkte sich im Gegensatz zu vielen anderen Publikationen nicht auf die Westzonen, sondern zog eine Gesamtbilanz aller deutschen Reparationen bis Ende 1947. Die Summe, die Harmssen nennt, beläuft sich auf 177,75 Milliarden Reichsmark zu Preisen von 1936, das heißt vor der Kriegsinflation, beziehungsweise auf 71,1 Milliarden US-Dollar.

Um nur die größeren Posten zu nennen: Harmssen veranschlagte den volkswirtschaftlichen Wert der abgetrennten deutschen Ostgebiete auf 28 Milliarden Dollar, die Vermögensverluste der aus dem Ausland ausgewiesenen Volksdeutschen auf 16,2 Milliarden, den Wert der Patente, Betriebsgeheimnisse etc. auf 5 Milliarden, die Demontagen und Besitzübertragungen ebenfalls auf 5 Milliarden und die Entnahmen aus laufender Produktion auf 2 Milliarden Dollar.

Der Schweizer Historiker Jörg Fisch hält Harmssens Angaben für zu hoch. Er habe »gesamtdeutsche Interessen« verteidigt,[7] was man freilich einem Politiker schwer zum Vorwurf machen kann. Dass der Bremer Senator auch den Verlust von Auslandsguthaben (mit 3,9 Milliarden Dollar) und den von Patenten »sehr großzügig« geschätzt haben soll, kann nicht überzeugen. Im Übrigen stimmt es zwar, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht üblich war, den Verlust von Privatvermögen und Staatsgebiet als Reparation zu verbuchen, aber warum nicht? Als was dann?

Den Wert der konfiszierten deutschen Goldreserven gab Harmssen mit 300 Millionen Dollar an.

IARA: Wie die alliierten Reparationsagenten abrechneten

Keine Zweifel lässt Fisch hingegen daran, dass die von der Internationalen Reparationsagentur veröffentlichten Zahlen viel zu niedrig waren. Die IARA (Inter-Allied Reparation Agency) war im Dezember 1945 in Paris per Vertrag zu dem Zweck gegründet worden, die deutschen Reparationen unter ihre 19 Mitgliedsländer zu verteilen. Im Wesentlichen ging es dabei um Demontagen, Auslandsguthaben, die deutsche Hochseeflotte und einen Teil der Binnenschiffe. Vollständig konnten die Angaben der IARA schon deswegen nicht sein, weil sich die Besatzungsmächte jeder für sich in ihren Zonen nahmen, was sie für richtig hielten - und zwar unabhängig von der IARA. Diesen Großteil der Reparationen konnte die IARA nicht erfassen, weil diese ihr nicht mitgeteilt wurden.

Während sich das politische Klima zwischen den Westmächten und Moskau eintrübte, wurde die Demontageliste nach und nach gekürzt. Laut Industrieplan vom März 1946 waren 1800 Fabriken oder Teile von Anlagen in den Westzonen zur Demontage vorgemerkt, nach dem revidierten Industrieplan vom August 1947 noch 858 Objekte und nach dem Petersberger Abkommen vom November 1949 noch 680. Die Angaben finden sich in einem 1950 in Brüssel erschienenen Bericht der IARA.

1951, als die Demontagen in Westdeutschland (2 Jahre nach der Staatsgründung!) ausliefen, legte die Agentur eine Abrechnung vor. Danach hatte sie Demontagen, Auslandsguthaben und Handelsschiffe im Wert von 502,3 Millionen Dollar zu Preisen von 1938 an ihre 19 Mitglieder verteilt. Zusätzlich wurden noch 27 Millionen Dollar aus der Veräußerung deutschen Vermögens in neutralen Staaten erwartet. Da der US-Dollar seit 1938

weitaus mehr als 90 Prozent seiner Kaufkraft verloren hat, entspricht der publizierte IARA-Anteil an den Reparationen einem heutigen Wert von ungefähr 5 Milliarden Dollar.

In Wirklichkeit lag der Gegenwert erheblich höher. Das wurde von der IARA selbst zugegeben, so in einer Pressemitteilung vom 17. Juli 1947, in der es hieß, dass sich der Handelswert der fortgeschafften deutschen Kapitalgüter im Schnitt auf das Dreifache des angesetzten »Restwertes« belaufe. An anderer Stelle ließen die Reparationsagenten verlauten, der wirtschaftliche Wert der demontierten und beschlagnahmten Güter sei für die Empfänger »unendlich viel höher« als ihr Marktwert.[8]

Auch gegenüber Griechenland bestehen keine Reparationsverpflichtungen mehr, so Professor Doehring

Bleibt das Fazit, dass auch für die über die IARA laufenden Reparationen eine realistische Summe nicht ermittelt werden kann. Interessant ist aber, wer welchen prozentualen Anteil bekam. So erhielt Griechenland 4,35 Prozent der Ansprüche aus der sogenannten Kategorie B (Industrieanlagen, Schiffe und deutsche Vermögenswerte in neutralen Staaten) und 2,70 Prozent aus der Kategorie A, die den Rest betraf. Griechenland schnitt damit nicht schlecht ab und bekam fast so viel wie Belgien. Den Löwenanteil sicherten sich Großbritannien, die USA und Frankreich. Die Sowjetunion war nicht beteiligt.

Im Jahre 2015 stellte die Regierung in Athen wieder einmal exorbitante Reparationsforderungen an Deutschland. Griechenland erhielt aber nicht nur die 115 Millionen Mark aus den pauschalen Entschädigungsabkommen, die die Bundesrepublik nach 1952 mit zwölf Staaten abschloss, sondern eben auch den erwähnten Anteil an den IARA-Reparationen nach Kriegsende.

Mit der Aufteilung der Reparationen hatte die deutsche Seite nichts zu tun. Falls die Griechen glaubten, zu kurz gekommen zu sein, hätten sie bei der IARA vorstellig werden müssen. Am 15. März 2000 verneinte der Völkerrechtler Professor Karl Doehring in der *Frankfurter Allgemeinen* die Frage, ob noch deutsche Reparationsverpflichtungen aus dem Zweiten Weltkrieg bestünden. Er erinnerte an das Pariser Reparationsabkommen und an die späteren bilateralen Entschädigungsabkommen mit zwölf Staaten einschließlich Israels, aber auch an den Verlust Ostdeutschlands und an die jahrelange Zwangsarbeit deutscher Kriegsgefangener, die nur als

Reparationsleistungen vorstellbar gewesen seien, »denn nach geltendem Völkerrecht hätten sie mit Beendigung des aktiven Kriegszustandes entlassen werden müssen«. Mit alledem seien die »einforderbaren« Reparationsleistungen erfüllt gewesen.

Professor Doehring weiter: »Nach völkerrechtlicher Praxis ist es Sache der Empfänger solcher Reparationsleistungen, ihre Verteilung unter die geschädigten Staaten und Privatpersonen selbst vorzunehmen. Ob und wie das geschieht, unterliegt nicht der Kontrolle des die Reparation leistenden Staates. Ob also Reparationsleistungen einzelne geschädigte Personen oder Personengruppen wirklich erreicht haben, ist nicht Gegenstand deutscher Kontrolle, und die faktische Wiedergutmachung in Einzelfällen gehört nicht zur deutschen Verantwortung.«

Wie sehr Deutschland zur Ader gelassen wurde, lässt sich an einem Vergleich mit Japan demonstrieren. Die Schäden, die die japanische Kriegführung in China und Südostasien angerichtet hatte, waren ohne Zweifel enorm. Und doch kam Japan glimpflich davon. Die Demontagen in Japan blieben sehr bescheiden im Vergleich zu denen in Deutschland, wurden 1949 vorläufig und im Mai 1950 ganz beendet. Nach amerikanischen Angaben wurden lediglich Anlagen im Wert von 40,6 Millionen Dollar abgebaut. Wie in Deutschland wurden auch in Japan die Auslandsguthaben konfisziert. Auch technisches Know-how wurde abgeschöpft.

Anders als Deutschland bekam Japan am 8. September 1951 einen Friedensvertrag. Er sah grundsätzlich eine Reparationspflicht vor, die entsprechenden Verträge mit den Kriegsgegnern (ohne das inzwischen kommunistische China) wurden in den Jahren 1954 bis 1958 abgeschlossen. Tokio zahlte insgesamt 1012,08 Millionen Dollar - einen Bruchteil dessen, was den deutschen Westzonen zugemutet wurde und was die Bundesrepublik später mehr oder weniger freiwillig auf sich nahm. Eine krasse Ungleichbehandlung, die die Japaner ihrer neuen Schutzmacht, den Amerikanern, zu verdanken hatten.

Jahre des Hungers: Tagesrationen weit unter dem Existenzminimum

Wenn wir uns mit einem zeitlichen Abstand von 7 Jahrzehnten mit den Beschlüssen von Potsdam, mit Eisenhowers Besatzungsdirektive, mit den Reparationen und dem Industrieplan von 1946 befassen oder auch mit den Nürnberger Prozessen, dann könnte der Eindruck entstehen, die damaligen



Demonstration in Krefeld, im Hungerwinter 1946/47

Weichenstellungen der großen Politik hätten die Deutschen der Jahre 1945, 1946 und 1947 in ähnlicher Weise beschäftigt wie heute die Historiker. So war es jedoch nicht. In diesen 3 Jahren war das besiegte und gedemütigte Volk damit beschäftigt, nicht zu verhungern. Wer hungert, fühlt sich nicht befreit und bringt die Kraft nicht auf, sich für Verbrechen schuldig zu fühlen, die er nicht selbst begangen hat. Unter solchen Bedingungen ist der Alltag die Realität, die zählt. Alles andere ist sekundär und von akademischem Interesse.

Die Opfer der britischen Hungerblockade, die erst 2 Jahre nach dem Kriegsende 1918 vollständig eingestellt wurde, sind bekannt, weil sie von der Regierung in Berlin erfasst wurden. Es waren 763000 Menschen, vor allem Alte, Frauen und Kinder. 1918 wurden 37 Prozent der Sterbefälle dem Hunger zugeschrieben. Für die Jahre nach der Niederlage 1945 liegen derartige Zahlen nicht vor. Eine deutsche Regierung existierte nicht, und die Besatzungsbehörden hatten kein Interesse an solchen Statistiken.

Immerhin veröffentlichte der Deutsche Städtetag im September 1950 eine Übersicht, wonach in der Zeit vom 1. Januar 1946 bis zum 20. Juni 1948 nicht weniger als 143 000 Menschen an »Erschöpfung« gestorben waren. Und es waren Persönlichkeiten wie der Engländer Victor Gollancz und der

frühere amerikanische Präsident Herbert Hoover, die sich als Zeitzeugen engagierten und Alarm schlugen.

Am 30. Oktober 1946 berichtete Victor Gollancz in der Londoner *Times* aus Deutschland: »Hier schätzt ein Experte, dessen Beruf es ist, derlei zu tun, allein in Hamburg die Zahl der an Hungerödem oder Ähnlichem Leidenden auf 100 000; und den Zahlen zufolge, die mir deutsche Gesundheitsämter gaben, wurden in den Krankenhäusern des Regierungsbezirks Düsseldorf im September 13 000 solcher Kranker behandelt ... Ich ließ mich, um dem Vorwurf der Übertreibung zu entgehen, in einem Hamburger Krankenhaus mit einem Verhungernden fotografieren, der ein paar Stunden zuvor eingeliefert worden war und dessen Todesröcheln begann.«

Auf der Welternährungskonferenz in London im April 1946 konkretisierte Herbert Hoover den Hunger in den drei westlichen Besatzungszonen. Danach betrug der tatsächliche Kaloriengehalt einer Tagesration in der britischen Zone 1040, in der amerikanischen 1275 und in der französischen für den Normalverbraucher 927 und für Schwerarbeiter 1144. Am 12. März 1947 warnte der Ernährungsrat der deutschen Ärzteschaft: »Das Existenzminimum an Fett und Eiweiß ist weit unterschritten.«

Die Hungersnot, die vor allem die Großstädte heimsuchte und die ihren Höhepunkt im Winter 1946/47 erreichte, lähmte unweigerlich die Wirtschaft. Die Arbeiter hatten keine Kraft mehr. Fabriken lagen still, so auch zeitweise das Daimler-Benz-Werk in Mannheim, wo die Beschäftigten im Juni 1947 »infolge allgemeiner physischer Erschöpfung«, wie gemeldet wurde, die Arbeit niederlegten. Noch im Januar 1948 fehlte in den westdeutschen Betrieben ein Drittel der Arbeiter, weil sie entweder krank oder erschöpft waren oder versuchten, bei den Bauern auf dem Land Essen aufzutreiben.



Der ehemalige US-Präsident Herbert Hoover (¡929-1933) machte in den USA auf das Hungerproblem in Deutschland aufmerksam

Warum Unterernährung und Verelendung eine Folge alliierter Politik waren

Ob der Hunger gewollt war, sei dahingestellt - mit Verspätung liefen dann ja auch Hilfsaktionen an wie die bekannten CARE-Pakete aus den USA. Und es gab nicht wenige Besatzungsoffiziere, die sich um Hilfe bemühten. Aber die Voraussetzungen des Hungers wurden von den Siegermächten verantwortet. Er war eine Folge der Beschlüsse von Konferenzen und ihrer konkreten Umsetzung. Das betraf nicht nur den Verlust der Ostgebiete, die ein Viertel des deutschen Territoriums ausmachten und die das Reich mit Agrarprodukten versorgt hatten. Sie lieferten nicht mehr, und die Millionen von Vertriebenen mussten auf dem Gebiet Restdeutschlands auch noch ernährt werden. Dank des forcierten Einsatzes von Landmaschinen und Düngemitteln war Deutschland relativ gut durch den Krieg gekommen. Auch 1945 standen noch genug Stickstoffwerke. Nach Angaben von Herbert Hoover konnten sie 700 000 Tonnen Reinstickstoff im Jahr produzieren und der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Nur wurde das verboten, ebenso wie der damals noch wichtige Walfang und die Hochseefischerei. Deutschland hatte vor dem Krieg mehr Walöl verbraucht als jedes andere Land.

Damit fehlten Fett und Eiweiß aus der Nordsee und dem Atlantik. Bremerhaven, vor dem Krieg weltgrößter Fischereihafen, stand den Deutschen nicht mehr zur Verfügung. Die Alliierten hatten die deutsche Fischereiflotte beschlagnahmt, auf der Berliner Konferenz vom 28. März 1946 den Bau von »Seeschiffen aller Typen« verboten und in drei Direktiven des Kontrollrats jegliche Hochseefischerei untersagt. Erst 1953 durfte wieder auf den Neufundlandbänken gefischt werden, erst 1958 wieder vor Labrador.

Hunger und Elend der ersten Nachkriegsjahre waren nicht gottgegebenes Schicksal, sondern Folge einer Politik, die über völkerrechtskonforme Reparationen weit hinausging und auf die drastische Schwächung der deutschen Volkswirtschaft und auf die Ausschaltung eines Konkurrenten auf den Weltmärkten abzielte. 1947 wurde der fatale Industrieplan in den Westzonen endlich revidiert und abgemildert. Die Kriegskoalition zwischen Amerikanern und Sowjets war am Zerbrechen, der Würgegriff begann sich langsam zu lockern. Aber es sollte bis 1949 dauern, bis die Demokratie nach Deutschland zurückkehrte - und noch länger, bis die Demontagen beendet wurden und die Jahre der Plünderung und des Hungers nur noch eine böse verdrängte Erinnerung waren.

Der größte Wissenstransfer aller Zeiten: Wie sich die amerikanische Industrie einen Vorsprung von mehreren Jahren verschaffte

Stellen wir uns einmal vor, die Vereinigten Staaten von Amerika würden von einer Koalition von Großmächten besiegt und besetzt, und die Sieger würden überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen lassen, die in Firmenzentralen und Fabriken eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse zu sichten, zu kopieren und wegzuschaffen. Mehr noch, sie würden die Patente der amerikanischen Unternehmen enteignen und Hunderte von führenden amerikanischen Wissenschaftlern und Experten, darunter auch Nobelpreisträger, außer Landes bringen. Sie würden eine lange Liste von Produkten erstellen, deren Herstellung US-Firmen nicht mehr erlaubt sein würde. Und sie würden die amerikanische Forschung zu einem Teil verbieten und gleichzeitig die Unternehmen und Institute in den USA verpflichten, vierteljährlich über die Ergebnisse der ihnen noch erlaubten Forschung Bericht zu erstatten.

Kein Zweifel, die amerikanische Volkswirtschaft würde großen Schaden erleiden. Und die ausländische Konkurrenz würde sich je nach Branche einen Vorsprung von Jahren verschaffen. Aber es wäre praktisch unmöglich, die amerikanischen Verluste objektiv zu evaluieren und in Dollar und Cent zu berechnen.

Unterstellt man beispielsweise einen Schaden in Höhe von 10 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsproduktes, dann beliefe er sich auf 1741 Milliarden Dollar nach dem Stand von 2014.

Oder nehmen wir als Bezugsgröße einmal die Marktkapitalisierung führender US-Konzerne nach den Aktienkursen von Ende Oktober des Jahres 2015. Wenn wir für die Wegnahme von Patenten, Betriebsgeheimnissen und dem übrigen geistigen Eigentum lediglich 10 Prozent ansetzen, dann würde Apple 64,8 Milliarden Dollar verlieren, Exxon Mobil 33,9 Milliarden, General Electric 28,9 Milliarden, Pfizer 21,3 Milliarden und Intel 15,8 Milliarden. Und das sind nur fünf Namen aus dem Dow Jones Industrial, fünf von dreißig. Der breiter gefasste Index S&P 500 berücksichtigt ein halbes Tausend Unternehmen und ist repräsentativer für die amerikanische Wirtschaft.

Der Vergleich USA ist hypothetisch, der Fall Deutschland real. Was die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion, in Einzelfällen auch kleinere Kriegsgegner, nach 1945 an intellektuellem Eigentum aus

Deutschland herausgezogen haben, summiert sich zum größten zwangsweisen Wissenstransfer aller Zeiten.

Das ist keine Übertreibung aus deutscher Sicht, sondern schlicht und einfach eine Tatsache, der sich die verantwortlichen Stellen in den USA durchaus bewusst waren. Nicht verborgen blieb ihnen auch, dass das Völkerrecht Reparationen von Staat zu Staat erlaubt, nicht aber den Raub von privatem Eigentum. Diesbezüglich war in Washington manchmal die Rechtfertigung zu hören, die Deutschen hätten dasselbe getan, hätten sie den Krieg gewonnen.

Ein Impuls für dieses Buch liegt in der Beobachtung, dass Geschichte schwer umgeschrieben werden kann, während sie sich ereignet, und umso leichter, je länger sie zurückliegt. 1956 schrieb Harry S. Truman in seinem Buch *Years of Triai and Hope,* die USA hätten keine Reparationen von Deutschland verlangt.

Und am 23. Mai 1986 behauptete der amerikanische Botschafter in einer Rede im Nürnberger Amerikahaus, die USA hätten nach dem Zweiten Weltkrieg wenige oder überhaupt keine Reparationen aus Deutschland entnommen.

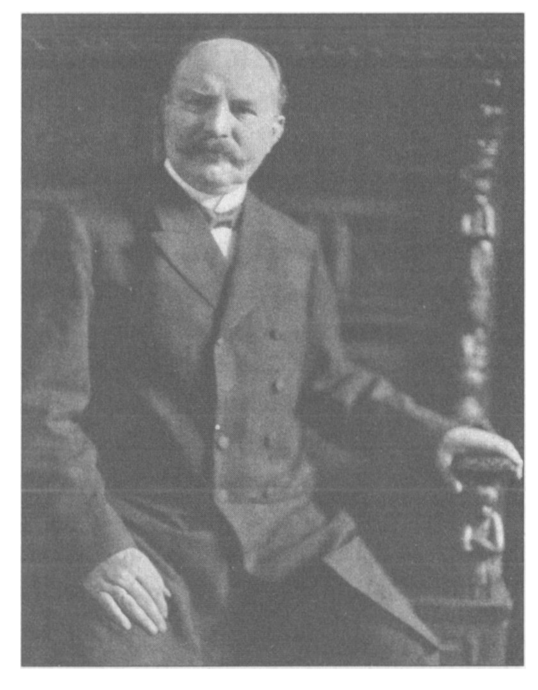
Die Zeitzeugen wussten es besser. Ein Beamter des amerikanischen Handelsministeriums sprach vom »größten Transfer von massenhaftem Wissen, der je von einem Land zu einem anderen vorgenommen wurde« und von den »wertvollsten Erwerbungen, die dieses Land jemals gemacht hat«. Ein Kollege schrieb, dass es 10 Jahre dauern werde, bis man deren ganzen Wert voll einschätzen könne. »Deutsche Technologie wird der amerikanischen Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten Milliarden von Dollars einsparen, und sie sollte unsere eigene Forschung um mehrere Jahre voranbringen.«

John G. Green, der als Direktor des Office of Technical Services (OTS) an höchster Stelle involviert war, schrieb im Mai 1947, es sei bereits hinreichend klar, »dass die heutigen Importe von deutscher Technologie sich in den Exporten von morgen niederschlagen werden in der Form von neuen und billigeren Produkten für die ausländischen Kunden Amerikas«. Und ein amerikanischer Oberst, der vor gerade aus Deutschland zurückgekehrten Reparationsexperten sprach, meinte, »dass nie zuvor in der Geschichte eine besiegte Nation so gründlich ausgeforscht wurde - politisch, industriell und wissenschaftlich - oder zur Quelle von so viel technischem Wissen wurde wie Deutschland«.[9]

Marionettendemokratie: Johannes Semler redet Klartext - und wird gefeuert

Einen Großteil unseres Wissensstandes über diesen intellektuellen Transfer verdanken wir dem amerikanischen Professor John Gimbel. Bevor er 1990 sein Standardwerk veröffentlichte, wussten die Amerikaner über das Thema nicht viel mehr, als dass Wernher von Braun und sein Team im Verlauf des Projektes Paperclip in die USA gebracht worden waren - und als die Russen im Oktober 1957 das amerikanische Selbstbewusstsein mit dem erfolgreichen Start ihres Sputnik erschütterten, wurde in den Vereinigten Staaten gewitzelt, dass »deren« Deutsche besser seien als »unsere«.

Nachdem Gimbel bereits über die amerikanische Besatzung in Deutschland publiziert hatte, begann er 1977 über die intellektuellen Reparationen zu forschen, was ohne Zuschüsse und Stipendien (auch vonseiten der Volkswagenstiftung) nicht möglich gewesen wäre. (Nebenbei bemerkt, wurde das Volkswagenwerk in Wolfsburg von den Briten nicht demontiert, weil sie es für wertlos hielten.) Gimbel arbeitete 10 Jahre lang an dem Buch und stützte sich dabei auf amerikanische und deutsche Quellen. Den Briefwechsel, der auf Deutsch geführt werden musste, erledigte seine Frau Gisela.



Johannes Semler

Im Vorwort zu seinem Buch nennt Gimbel den Skandal um Dr. Johannes Semler als eines der Ereignisse, die ihn neugierig machten und auf die Fährte brachten. Semler, ein prominenter Wirtschaftsprüfer, war 1947 zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in der (amerikanisch-britischen) Bizone ernannt worden. Ein gebürtiger Hamburger, zählte er 1945 zu den Gründungsmitgliedern der CSU, vertrat in der ersten Legislaturperiode den Wahl-

kreis Kulmbach im Bundestag und avancierte i960 zum Aufsichtsratsvorsitzenden von BMW.

Am 4. Januar 1948 redete Semler auf einer internen CSU-Veranstaltung in Erlangen Klartext - ohne Manuskript und ohne zu wissen, dass Journalisten im Raum saßen. Der *Spiegel* berichtete am 17. Januar 1948 unter dem Titel »Der Mann mit dem Hühnerfutter«. Das bezog sich auf seine sarkastische Bemerkung, dass die Amerikaner den Deutschen »Hühnerfutter« (»chicken feed«) statt Weizen schickten und dass sie dafür auch noch Dollars sehen wollten.

Der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay war nicht amüsiert. Die Amerikaner durchforschten Semlers Hintergrund und durchsuchten sein Haus und sein Büro. Semler musste noch im Januar 1948 zurücktreten. Im Bayerischen Landtag wurde von einer »Marionettendemokratie« gesprochen. Semler wurde populär in ganz Deutschland. Sein Amt übernahm kein Geringerer als Ludwig Erhard.

Tatsächlich ging Semlers Rede weit über das Ärgernis qualitativ schlechter Maislieferungen (die waren mit Hühnerfutter gemeint) hinaus. Er lieferte eine Generalabrechnung mit der Politik der Westalliierten. Sein Büro hatte Informationen über die »schleichenden Reparationen« gesammelt. Er war verärgert über die in Deutschland und Amerika kursierende Vorstellung, dass Deutschland eine Art von internationalem Versorgungsfall sei, der auf Kosten der Besatzungsmächte und ihrer Steuerzahler lebe. Aber er entrüstete sich auch über das Versagen der Ministerpräsidenten der deutschen Länder, die seiner Meinung nach nicht energisch genug gegen die Demontagen protestierten.

Gebe es nicht die Praktiken der Besatzungsmächte, so argumentierte Semler in Erlangen, wäre Deutschland sehr wohl in der Lage, für seine Nahrungsmittelimporte bar zu zahlen statt mit einem erniedrigenden »Thank you«, wie es die deutschen Politiker täten. Semler lobte die großzügige private Hilfe aus Amerika, was die Reporter unterschlugen, betonte aber: »Was die Leute wissen möchten, ist, ob die politische Führung auf deutscher Seite es ernst meint mit einer Wende im Ernährungsproblem und es nicht mehr zulässt, dass wir auf Hungerrationen sitzen.«

Semler in Richtung London: »Wir werden den Engländern abgewöhnen müssen, 3 Jahre nach Kriegsschluss weiterhin die deutsche Wirtschaft auszuplündern.« Was hier wie freie Meinungsäußerung aussieht, war in der damaligen politischen Realität ein Affront gegen die Machthaber. In den

Kommunen und auf Länderebene ließen sie ein Stück Demokratie zu - aber immer an der langen Leine und unter Missachtung der Prinzipien eines liberalen Rechtsstaates. Demokratie ohne Selbstbestimmung eben.

Deutsche Forschung im Visier: Die Fahnder traten schon vor Kriegsende in Aktion

Der Beschluss, deutsche Technologie abzuschöpfen, fiel lange vor dem Ende der Feindseligkeiten in Europa. Bereits am 31. August 1944 gründeten die Stabschefs der amerikanischen und britischen Streitkräfte in London eine Organisation namens Combined Intelligence Objectives Subcommittee. CIOS bekam die Aufgabe, Zielobjekte auszumachen und vorzuschlagen, die dann von Spezialeinheiten, den sogenannten T-Forces, gesichert und bewacht werden sollten. CIOS war nur die erste von mehreren Behörden, die sich im Dschungel der amerikanischen und britischen Bürokratie mit der Ausbeutung deutschen Wissens und deutscher Spezialisten befassten.

Als der Krieg noch tobte, konzentrierten sich die Angelsachsen auf militärische Zielobjekte. Deutsche Waffen, so dachte man, könnten helfen, den Krieg gegen Japan zu verkürzen. Und man hoffte, von den Deutschen mehr über das japanische Militär und die japanische Rüstung zu erfahren. Die T-Forces, die schon bald nach der Landung in der Normandie von Eisenhowers Hauptquartier zusammengestellt wurden, bestanden aus Geheimdienstlern, Übersetzern, Verhörspezialisten, Ingenieuren und Kampftruppen. Sie sollten deutsche Techniker und Wissenschaftler aufspüren, in Haft nehmen und Dokumente und Ausrüstungen, die für die alliierten Armeen von Wert waren, sicherstellen. Außerdem sollte verhindert werden, dass sich deutsche Techniker in neutrale Länder absetzten. Es wurde befürchtet, sie könnten dort weiter an militärischen Projekten arbeiten.

Vier Tage nachdem die ersten französischen Soldaten in Paris eingezogen waren, traf eines dieser Teams in der französischen Hauptstadt ein. Andere Teams folgten den vorrückenden Truppen auf dem Fuß und tauchten in Städten auf wie Brüssel, Luxemburg, Straßburg, Nancy, Aachen, Heidelberg und Ludwigshafen.

Bis Ende 1944 hatte CIOS 197 Mitarbeiter im Einsatz, die auf 115 Zielobjekte angesetzt waren. Schon bald wurden die Suchlisten um Objekte erweitert, die nicht nur von militärischem, sondern auch von industriellem und wissenschaftlichem Interesse waren.

In Washington war es ein gewisser Vannevar Bush, Direktor des Office of Scientific Research and Development, der schon im August 1944 dem Kriegsministerium vorschlug, »deutsche technische Information industrieller Natur« ins Visier zu nehmen. Damit solle auch der amerikanischen Industrie geholfen werden, ihren Platz im Welthandel zu behaupten. Großbritannien sei schon dabei, sich diese Art von Informationen für die eigene Industrie zu beschaffen.

Damit formulierte Bush ein Leitmotiv, das über die Zerschlagung der deutschen Rüstungsindustrie hinausging und das nach und nach in den Vordergrund trat. Zur sogenannten Schwarzen Liste des CIOS, die militärischer Natur war, kam eine Graue Liste mit zivilen Objekten. Dabei waren die Grenzen oft fließend. So interessierten sich die Alliierten für deutsche Produktionsverfahren für Flugzeugtreibstoff und für Ölprodukte, die aus Kohle und Gas gewonnen wurden. Achtzehn amerikanische Ölkonzerne nominierten Leute für eine Technische Ölmission, die nach Europa geschickt werden sollte. Im Mai wurden die Schwarze und die Graue Liste zusammengefasst. Mit der Besetzung Deutschlands gerieten umgehend auch Industrieunternehmen, Fabriken, Forschungseinrichtungen, Institute und Universitäten ins Visier der Fahnder.[10]

Bis Ende Juli 1945 waren bereits 3000 »Ziele« in Deutschland erfasst und 2000 teilweise oder ganz ausgewertet. Darunter die I. G. Farben in Ludwigshafen, wo ein Voraus-Team von fünfzig Briten und Amerikanern erschien; die M. A.N.-Werke in Augsburg; die Dunlop-Fabrik in Hanau und die Aktiengesellschaft Chemische Werke im Ruhrgebiet; die DEGUSSA in Frankfurt, wo ein Techniker des amerikanischen Chemiekonzerns DuPont auftauchte, mit dem DEGUSSA vor dem Krieg Patentvereinbarungen hatte; oder auch Merck in Darmstadt, wo Penicillin hergestellt wurde; oder Zeiss und Schott in Jena, wo die Amerikaner Techniker und Maschinen sicherstellten und in Richtung Westen fortschafften, bevor die Russen kamen.

Zu den Produkten, an denen die Amerikaner besonders interessiert waren, zählten Windkanäle (»den amerikanischen weit überlegen«), Dieselmotoren (ebenfalls »superior« nach amerikanischer Einschätzung), synthetischer Gummi, synthetischer Treibstoff, Optik und Elektronenmikroskope, Röntgenröhren, Keramik und Farben. Geschätzt wurden auch Textilien und Garne, über die ein Fahnder urteilte, sie hätten »kein kommerzielles Gegenstück« in den USA, und: »Wir haben hier geschlafen.«

In den Dokumenten, die John Gimbel ausgegraben hat, werden auch so harmlose Dinge erwähnt wie eine Schokoladeneinwickelmaschine und eine Buttermaschine, die offenbar großen Eindruck auf die Amerikaner machten." Dennoch ist die Vorstellung falsch, in Deutschland habe sich eine Art von Entwicklungsland an der Technologie der führenden Industrienation bereichert. Es verhielt sich vielmehr so, dass Deutschlands wissensbasierte Wirtschaft in vielen Dingen führend war - und die amerikanische in anderen. Wo der deutsche Vorsprung groß war, wurde er durch die intellektuellen Reparationen eingeebnet. Vermutlich mit Auswirkungen, die bis in die heutige Zeit reichen - so zum Beispiel der Niedergang des Deutschen als führende Wissenschaftssprache.

Manchmal traten die amerikanischen Fahnder feindselig und hasserfüllt auf, manchmal freundlich - wenn sich Amerikaner und Deutsche aus der Zeit vor dem Krieg kannten, als sie gemeinsam Konferenzen besucht hatten oder geschäftlich zusammenarbeiteten. Meistens kooperierten die Deutschen. Wenn nicht, wurden sie notfalls eingesperrt. Generell arrangierten sich die deutschen Experten bereitwillig und schnell mit den neuen Machtverhältnissen. Der Fanatismus des Dritten Reiches war verdampft.

Eisenhower gründet die Field Information Agency, Technical

Nach Kriegsende wurde die Ausbeutung von Patenten, Betriebsgeheimnissen, Forschungsergebnissen, Firmenarchiven usw. neu organisiert. Am 31. Mai 1945 gründete Eisenhowers Oberstes Hauptquartier eine Agentur mit der sperrigen Bezeichnung Field Information Agency, Technical (FIAT).

Nachdem das gemeinsame britisch-amerikanische Hauptquartier aufgelöst worden war, wurde die FIAT im Juli 1945 zu einer rein amerikanischen Einrichtung. Darum kümmerte sich General Lucius D. Clay, damals noch Eisenhowers Stellvertreter als US-Militärgouverneur. Als Clay Eisenhowers Posten übernahm, erhob er bei verschiedenen Gelegenheiten Einspruch gegen die Art und Weise, wie die intellektuellen Reparationen getätigt wurden. Er verlangte, ihren Wert zu bestimmen und diesen dem deutschen Reparationskonto gutzuschreiben. Hätte er sich durchgesetzt, dann hätte der US-Botschafter in Bonn 1986 schwerlich behaupten können, Deutschland habe keine Reparationen geleistet. Nur war es aus praktischen Gründen äußerst schwierig, Clays Wunsch nachzukommen, selbst wenn man gewollt

hätte. Wer hätte die riesige Menge an erbeuteten Dokumenten bewerten sollen? Und nach welchen Kriterien?

Am Ende wurde nicht abgerechnet. Im Juli 1947 wurde die FIAT offiziell eingestellt. Die inzwischen in die USA gebrachten Dokumente blieben selbst nach 1948 für Interessierte zugänglich. Nur hatten sich bis dahin die amerikanischen Unternehmen längst bedient.

Angesichts der völkerrechtlich fehlenden Grundlage des Programms war es für die beteiligten amerikanischen Offiziere und Firmenvertreter nicht unwichtig, vonseiten der Regierung gedeckt zu sein. Dazu erließ Präsident Truman im Juni und im August 1945 zwei Executive Orders (9568 und 9604). Sie regelten die Beteiligung der verschiedenen Ministerien, wobei das deutsche Material als »wissenschaftliche und industrielle Information« definiert wurde. Eingerichtet wurde zudem ein Publication Board zwecks Veröffentlichung der Dokumente. Denn die offizielle Lesart lautete, dass sie in den USA der Öffentlichkeit zugänglich sein sollten - theoretisch auch den Russen.

Kein Unternehmen sollte sich einseitig Vorteile verschaffen können. Falls die Absicht überhaupt ernsthaft bestanden hat, erwies sie sich als frommer Wunsch. Die Spezialisten der US-Firmen waren ja von Anfang an in Deutschland mit von der Partie. Wer sonst hätte die Expertise gehabt, die Dokumente zu bewerten und auszuwählen? In der Realität gingen die Unterlagen von »privaten deutschen Händen« auf dem Weg über die FIAT und das OTS in »private amerikanische Hände«, urteilt John Gimbel.[12] (OTS war das dem Handelsministerium zugeordnete Office of Technical Services.) Was von den Firmen übrig gelassen wurde, konnte später praktisch von jedermann kopiert werden. Die US-Regierung verkaufte das deutsche Wissen nicht, sie erhob nur eine Bearbeitungsgebühr, die im Wesentlichen die Kopierkosten deckte.

Das Dokumentenprogramm: Am größten war die Ausbeute im Berliner Patentamt

Der Untertitel von Gimbels Buch (*Exploitation and Plunder in Postwar Germany)* ist nicht polemisch gemeint, sondern als Tatsachenbeschreibung. Geplündert wurde, weil das Völkerrecht verletzt wurde und weil sich jeder nahm, was er wollte und konnte. »Exploitation«, ein Begriff, der auch in den amerikanischen Regierungsdokumenten durchgehend verwendet wird, ist

schwerer zu übersetzen. Zum einen meint er »Ausbeutung« in dem Sinne, in dem Rohstoffvorkommen oder unterbezahlte Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Zum anderen kann er »Auswertung« bedeuten in dem Sinne, dass Dokumente ausgeschlachtet werden. »Exploitation« changiert zwischen Ausbeutung und Auswertung. Wenn auf diesen Seiten von Ausbeutung gesprochen wird, sollte das nicht als Ausdruck der Entrüstung verstanden werden. Zu moralisieren ist nicht die Absicht dieses Buches.

Das »Dokumentenprogramm«, wie es bei der FIAT genannt wurde, kam im Herbst 1945 richtig in Fahrt, nachdem die neue Agentur die Unterlagen übernommen hatte, die ihre Vorgänger, darunter die T-Forces, schon vor Kriegsende eingesammelt hatten. Im Januar 1946 schickte die FIAT spezielle Erkundungsteams nach Deutschland, die unter 20 000 identifizierten Zielen ihre Auswahl treffen und Inventur machen sollten. Dann folgten des Deutschen kundige »Analysten«, die das amerikanische Handelsministerium aus Universitäten, Industriefirmen, Forschungseinrichtungen und Regierungsstellen rekrutiert hatte. Anschließend traten die Mikrofilmteams in Aktion, kopierten die ausgesuchten Dokumente und schickten sie an die FIAT. Von dort gingen sie an das Office of Technical Services, das dem Handelsministerium zugeordnet war.



Ansicht des 1905 bezogenen Kaiserlichen Patentamts in Berlin-Kreuzberg

Die Menge des Materials war monströs. Nachdem sich die Spezialisten einen Überblick verschafft hatten, kalkulierten sie, dass 3 Milliarden Seiten durchgesehen und etwa 33 Millionen Seiten auf Mikrofilm aufgenommen werden mussten. Das hätte 11 Jahre gedauert und war nicht machbar. Die FIAT kam zu dem Schluss, sich auf 400 ausgewählte Firmen und Forschungszentren zu beschränken.

Auch so blieb genug zu tun. Laut einem Report von Dezember 1946 wurden bei der I. G. Farben in Hoechst 311000 Seiten für den Mikrofilm ausgewählt, bei Leitz 198 000, bei Krupp in Essen 60 000 und bei der DEGUSSA in Konstanz, wohin die Chemiefirma besonders wertvolle Dokumente vor den Bombardierungen in Sicherheit gebracht hatte, 14 000 Seiten. In der DEGUSSA-Zentrale in Frankfurt wurden rund 100 000 Seiten für den Mikrofilm ausgesucht. Die Teams waren an die 7 Wochen beschäftigt und hinterließen das Archiv in einem chaotischen Zustand. Die Filmarbeiten wurden weitgehend von Deutschen erledigt, die bei der FIAT angestellt waren.

Am größten war die Ausbeute im Reichspatentamt in Berlin mit über einer Million Seiten. Eine Mannschaft von siebzig Amerikanern und Deutschen nahm sich über 170 000 Patente und Patentanmeldungen vor, auch solche aus Italien und Japan, und fotografierte sie auf mehr als 17 Meilen Mikrofilm.[13]

Nach Kriegsende musste das Reichspatentamt seine Tätigkeit beenden. Aufgrund der Artikel II und X des Kontrollratsgesetzes Nr. 5 vom 30. Oktober 1945 wurden Patente, Marken und Schutzzeichen beschlagnahmt. Deutsche Firmen konnten keine Patente mehr anmelden, und zugleich wurde ihre Forschung, soweit überhaupt erlaubt, überwacht. Das hatte zur Folge, dass einige Jahre lang in der deutschen Industrie und an den Universitäten nur noch auf Sparflamme geforscht und entwickelt wurde. Am 1. Oktober 1949 wurde das Patentamt wiedereröffnet, und zwar im Deutschen Museum in München. 1959 zog es in ein eigenes Gebäude um. Artikel II des Gesetzes wurde 1951 aufgehoben, das gesamte Kontrollratsgesetz Nr. 5 erst 1991.

1952 verzichtete die Bundesrepublik auf alle Einwände und Ansprüche auf gestohlenes Eigentum

Gimbels Studie befasst sich mit den amerikanischen Umtrieben, erwähnt die britischen und französischen am Rande und vernachlässigt die russischen, weil ihm dafür die Quellen nicht zugänglich waren. Aber selbst in

der amerikanischen Zone beteiligten sich andere Nationen an der Ausbeutung. Aus einem Bericht der Münchener Industrie- und Handelskammer vom li. September 1947 geht hervor, dass bei der Lindes Eismaschinen AG neben amerikanischen Experten auch britische, französische, norwegische, niederländische und belgische Spezialisten vorstellig wurden.

Nicht anders war es bei der Wacker Gesellschaft für elektronische Industrie. Sie wurde von Mai 1945 bis Juli 1947 von Abordnungen aus Großbritannien, Frankreich, Norwegen, der Tschechoslowakei, Australien, den Niederlanden und - man höre und staune - Indien heimgesucht. Die bunte Truppe nahm 2172 technische Zeichnungen mit, die Amerikaner hingegen sicherten sich sämtliche Forschungsberichte im Umfang von insgesamt 20 350 Seiten.

Offiziell beendete das Handelsministerium das Dokumentenprogramm am 30. Juni 1948. Aber auch danach blieben die Dokumente zugänglich, wobei davon auszugehen ist, dass sie 3 Jahre nach Kriegsende von denen, die damit etwas anfangen konnten, längst gründlich ausgesucht worden waren.

Die US-amerikanische Regierung vergaß nicht, sich gegen eventuelle Regressansprüche der geschädigten deutschen Unternehmen abzusichern. Am 26. Mai 1952 musste sich die Bundesrepublik verpflichten, auf alle Ansprüche zu verzichten und solche auch in Zukunft nicht geltend zu machen. Die Vereinbarung wurde in die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 übernommen.

Konkret sagte die Bundesrepublik zu, in Zukunft keine Einwände gegen Maßnahmen zu erheben, die getroffen wurden oder noch getroffen werden könnten in Bezug auf deutsche Auslandsvermögen oder anderes Eigentum, das zum Zweck der Reparation oder Wiedergutmachung oder als Resultat des Kriegszustandes oder auf der Basis der Vereinbarungen der Sieger beschlagnahmt wurde. Die Bestimmung umfasste auch Vereinbarungen der drei Mächte mit anderen Alliierten, mit neutralen Ländern oder früheren Verbündeten Deutschlands.

Kein Anspruch von deutscher Seite und keine Handlung sollte zulässig sein gegen Personen, die deutsches Eigentum an sich genommen oder entsprechende Eigentumstitel transferiert hatten. Es wurde wirklich an alles gedacht! Dem Ermessen der Bundesregierung blieb überlassen, ob sie selbst die enteigneten Personen und Firmen entschädigen würde. Eine solche Entschädigung wurde nie gezahlt.

Wie viel die intellektuellen Reparationen wert waren

Dass der Komplex der intellektuellen Reparationen im Westen heruntergespielt und auch in der Bundesrepublik mehr und mehr verdrängt wurde, war nicht zuletzt dem Kalten Krieg geschuldet. Anfang 1947 sprach der sowjetische Außenminister Molotow im Rahmen einer alliierten Konferenz in Moskau das Thema an und zitierte Presseberichte, wonach die USA und Großbritannien einen Gegenwert von mehr als 10 Milliarden Dollar an sich genommen hätten. Der amerikanische Außenminister George C. Marshall reagierte höchst gereizt und zog sich auf das dünne Argument zurück, die Vereinigten Staaten hätten die wissenschaftlichen Informationen aus Deutschland einschließlich der Patente doch dem »Rest der Welt« zugänglich gemacht.

John Gimbel vermeidet es, sich auf eine Summe festzulegen. Er zitiert lediglich Schätzungen, wonach die USA und Großbritannien jeweils geistiges Eigentum im Wert von 5 Milliarden Dollar aus Deutschland entwendet hatten, womit Molotow mit den 10 Milliarden recht gehabt haben könne.[14]

Die deutschen Politiker hielten sich zurück, weil sie fürchteten, die Westmächte könnten eine Gegenrechnung für die von Deutschland verursachten Kriegsschäden aufmachen. Ganz abgehakt wurden die Reparationen wegen des fehlenden Friedensvertrages nie, und zwar bis zum heutigen Tage. Ein gewisser Senatsrat Schmid, zuständig für Reparationen in der westdeutschen Verwaltung für Wirtschaft, hatte weniger Hemmungen. Am 28. Juli 1949 schrieb er, es sei außerordentlich wichtig, den Wert des verlorenen intellektuellen Eigentums zu bestimmen, weil es später auf die Reparationen angerechnet werden könne.

Schmid nannte eine Summe zwischen 15 und 25 Milliarden Deutsche Mark. Das waren 6 bis 10 Milliarden Dollar, berechnet nach einem Wechselkurs von 1 DM = 0,40 Dollar, der damals für Reparationen angesetzt wurde. 1951 veröffentlichte die in Düsseldorf ansässige Notgemeinschaft der reparationsgeschädigten Industrie eine Summe zwischen 12 und 30 Milliarden D-Mark für das konfiszierte »geistige Gut«.

Es ist extrem schwierig, solche Summen in heutige Verhältnisse zu übersetzen - in eine Zeit, in der die Regierungen längst nicht mehr in Millionen rechnen, in der 12 oder 30 Milliarden zum Beispiel für die Euro-Rettung nur Peanuts wären. Vielleicht hilft ein Vergleich: Die von der Notgemeinschaft genannten 30 Milliarden Mark als Obergrenze waren nahezu identisch

mit den gesamten Ausgaben der westdeutschen Gebietskörperschaften im Jahr 1950.

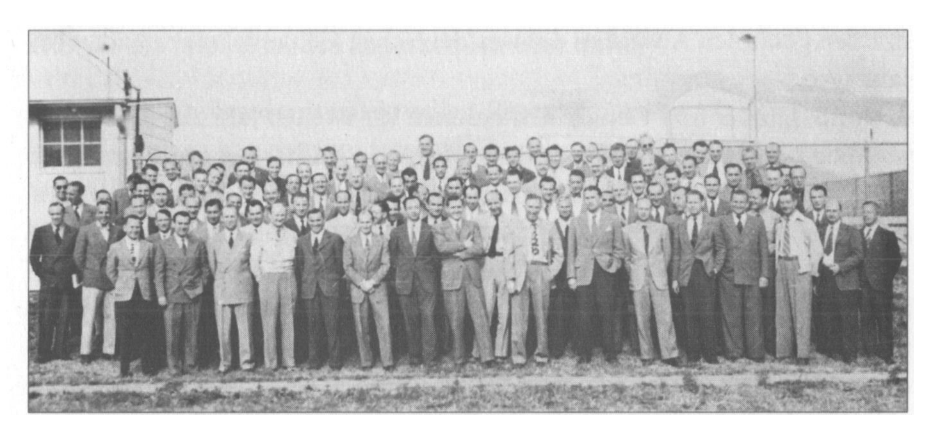
Bund, Länder und Gemeinden nahmen im zweiten Jahr der Bundesrepublik 29 Milliarden Mark ein und gaben 30,5 Milliarden Mark aus. 2013 vereinnahmten Bund, Länder, Gemeinden und die EU 619,7 Milliarden Euro an Steuern in Deutschland und damit das 42,7-Fache. Die von der Notgemeinschaft erwähnten 30 Milliarden demnach auf heutige 1281 Milliarden D-Mark hochzurechnen, wäre nicht ganz richtig und nicht ganz falsch, gäbe aber eine grobe Vorstellung von der damaligen Belastung durch die intellektuellen Reparationen - wohlgemerkt ohne die Demontagen, ohne die Entnahmen aus laufender Produktion, ohne die Zwangsexporte zu Schleuderpreisen, ohne andere versteckte Reparationen und ohne die enormen Besatzungskosten.

Den Brain-Drain, den Verlust an Humankapital, kann man nur bedingt zu den Reparationen rechnen, weil die Experten nach 1945 mehr oder weniger freiwillig ins Ausland gingen - jedenfalls in die westlichen Länder. Nur anfänglich wurde Zwang ausgeübt. In die USA auswandern zu können war für deutsche Fachleute eine attraktive Option, denn in der Heimat lag die berufliche Zukunft im Dunkeln. Wer Raketen oder Flugzeuge entwickelt hatte, wurde in Deutschland ohnehin nicht mehr gebraucht, denn solche Branchen waren verboten.

Das Projekt Paperclip: Mit Staubsaugermethoden durch Deutschland

Bekannt wurde die Überführung deutscher Wissenschaftler in die USA unter dem Namen Projekt Paperclip (auf Deutsch: Büroklammer), eine Fortführung des streng geheimen Projekts Overcast (bewölkt). Die Überlegung dabei war ganz einfach: Den Alliierten fehlte ein Gegenstück zur Heeresversuchsanstalt Peenemünde. Deutschland besaß 1945 bei Raketen, Flugzeugen und Strahltriebwerken einen Vorsprung von Jahren. Um die Militärtechnik zu importieren, sollten - das war der ursprüngliche Plan von Overcast - 350 Raketenexperten mit Wernher von Braun an der Spitze in die USA geschafft werden. Tatsächlich befanden sich im März 1946 160 Deutsche im Rahmen des Projekts Overcast in den USA.

Schon bald wurde das Spektrum auf andere Wissenschaftler und Spezialisten ausgeweitet. Die Amerikaner waren alarmiert, dass Russen, Engländer und Franzosen energischer und schneller hinter den deutschen Wis-



Im Zuge der sogenannten Operation Paperclip wurden diese 104 deutschen Raketenwissenschaftler in die Vereinigten Staaten überführt, um dort an amerikanischen Projekten weiterzuarbeiten

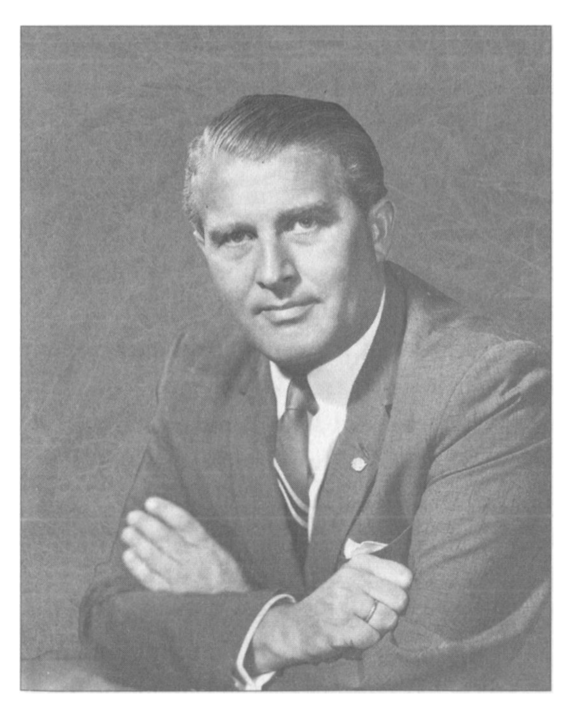
senschaftlern her waren als sie selbst. Am 23. Januar 1946 informierten die britischen Stabschefs ihre amerikanischen Kollegen, dass die Regierung in London beschlossen habe, deutsche Wissenschaftler und Techniker für die zivile Industrie im Vereinigten Königreich »auszubeuten«. Es folgte eine unverblümte Warnung: »Falls die Regierung der Vereinigten Staaten nicht wünscht, deutsche Wissenschaftler und Techniker für zivile Zwecke auszubeuten, wären wir froh, innerhalb einer vernünftigen Zeit (sagen wir, zum 1. März) informiert zu werden, sodass die Regierung Ihrer Majestät im Vereinigten Königreich unilateral vorangehen könnte.«[15]

Vor allem aber missfiel den Amerikanern, dass die Russen und Franzosen dabei waren, Wissenschaftler eigenmächtig anzuwerben und ihnen attraktive Angebote zu machen. »Die amerikanische Zone wimmelt buchstäblich von französischen und russischen Agenten, deren Arbeit schon Früchte getragen hat«, klagten die Geheimdienstler der US-Luftstreitkräfte. In einem anderen Bericht hieß es: »Wir haben die Franzosen wieder auf frischer Tat ertappt, wie sie Wissenschaftler in unserer Zone gestohlen haben.« Im Hotel Wittelsbacher Hof in Bad Kissingen, wo bis zu 120 Fachleute und, nach einem Augenzeugenbericht, auch Wernher von Braun festgehalten wurden, überlisteten zwei französische Geheimdienstoffiziere die amerikanischen Wachposten und klapperten eines Nachts die Zimmer ab, machten bessere Angebote als die Amerikaner und forderten die Deutschen auf, zu packen und in die französische Zone und von dort nach Frankreich zu kommen.[16]

Schließlich erstellten die Vereinigten Stabschefs der USA eine detaillierte Direktive zum längst angelaufenen Projekt Paperclip. Sie wurde am 3. September 1946 von Präsident Truman unterzeichnet und beinhaltete die Einreise von bis zu 1000 deutschen und österreichischen Spezialisten und ihren Familien in die USA. Sie sollten bis zu einer Visumerteilung oder bis zu einer Repatriierung unter militärischem Gewahrsam gehalten werden.

Die in Deutschland übliche peinliche Entnazifizierungsprozedur wurde den Wissenschaftlern weitgehend erspart. Nachdem sie in den USA waren, wurden sie von den Militärbehörden für eine begrenzte Zeit und für spezielle Zwecke auch an Industriefirmen, Universitäten und Forschungsinstitute ausgeliehen. Sie wurden vom Militär bewacht und durften sich nicht frei bewegen, es sollte aber »jeder Anschein von Konzentrationslagern« vermieden werden.[17]

Sinn und Zweck des Projekts Paperclip erschließt sich am besten aus einem Papier, das unter Mitarbeit der amerikanischen Nachrichtendienste entstand, am 11. März 1946 an die Presse gegeben werden sollte, dann aber als »geheim« klassifiziert wurde.



Wernher von Braum (i960)

Zunächst wurde darauf hingewiesen, dass zum Zweck der »Ausbeutung« *(exploitation)* mehrere hundert hochqualifizierte amerikanische Techniker und Wissenschaftler »auf den Fersen unserer Eroberungsarmeen« nach Deutschland geschickt worden seien, um Informationen zu sammeln. Jetzt aber würden Schritte unternommen, um die Ausbeutung auszudehnen und »die besten deutschen Wissenschaftler und Techniker in dieses Land zu bringen, sodass ihr Talent hier genutzt werden kann«.

Es würden nur Freiwillige in die USA gebracht, »aktive Nazis« würden nicht berücksichtigt, und hilfreich wäre der »ehrliche Wunsch«, US-Bürger zu werden und niemals mehr nach Deutschland zurückzukehren.

Zu diesem Zeitpunkt waren 150 Deutsche schon im Land. Bis zu 300 sollten nach dem Stand der Planung vom März 1946 hinzukommen. Vermutlich ahnten die Verfasser der Denkschrift, dass diese Art von Einwanderung auf Kritik stoßen könnte, wenn sie publik würde - was dann auch tatsächlich geschah. Und zwar wegen der NS-Hypothek und weil manche amerikanische Wissenschaftler die Konkurrenz ihrer deutschen Kollegen fürchteten.

Der amerikanischen Öffentlichkeit verkauft werden sollte das Projekt Paperclip denn auch folgendermaßen: »Sie (die Deutschen) werden die besten der Grundlagenwissenschaftler einschließen, solche, die mit Professor Einstein vergleichbar sind. In der Vergangenheit waren die USA bei ihrer wissenschaftlichen Grundlagenforschung in einem beträchtlichen Ausmaß abhängig von deutschen Wissenschaftlern. Derartige Forschung bildet die Grundlage für praktische Entwicklungen. Zu ihnen werden auch eminente Physiker, herausragende Chemiker, Nobelpreisgewinner und führende Köpfe auf verschiedenen Forschungs- und Entwicklungsgebieten gehören.«

Und: »Es ist evident, dass die Regierung Staubsaugermethoden anwendet, um den gesamten technischen und wissenschaftlichen Wissensstand zu erwerben, den die Deutschen haben. Der Wert dieser Information wird wahrscheinlich jegliche Reparation in Cash bei Weitem übersteigen.«[18]

Wie viele deutsche Wissenschaftler in den vierziger Jahren in die USA gingen, ist nicht klar. 1950 sprach das Pentagon von über 500 Personen, 1999 kursierte in Washington eine Zahl von gut 1500. Insgesamt dürften einige tausend für die drei Westmächte und Russland gearbeitet haben. Weil die Briten schneller als die Amerikaner waren, konnten sie so illustre Köpfe wie Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max Planck einkassieren und nach England schaffen. Sie durften zurückkehren, nachdem ihr Wissen abgeschöpft war.

Bezüglich des Wissenstransfers in Form von Dokumenten - eine Operation, die durch das Projekt Paperclip vorzüglich ergänzt wurde - ist eine seriöse Bilanz ebenfalls nicht möglich. Über den Wert des entwendeten geistigen Eigentums schrieb Gimbel, er müsse nach 10 Jahren anhaltender Forschung ganz offen zugeben, »dass ich einer präzisen Evaluation auch nicht nähergekommen bin als irgendein anderer«.[19] Aber er machte sich,

wie erwähnt, natürlich Gedanken über die geldwerte Größenordnung der intellektuellen Reparationen.

Beginnend im Jahr 1948 konzedierten die Westmächte - sehr graduell - einen besseren Schutz der deutschen Patente und Betriebsgeheimnisse. Im Jahre 1951 endeten die Demontagen, in den Jahren danach wurden andere Einschränkungen und Verbote nach und nach gelockert und aufgehoben. Die Nachkriegsphase der Ausbeutung ging zu Ende. Den Status einer Großmacht aber konnte und durfte Deutschland nach den Jahren der Plünderung nicht wiedererlangen.

Kapitel 4

Aufstieg und Wiedergutmachung



Noch unter alliierter Kontrolle: Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet als Vorläufer der Bundesrepublik

FÜR DIE PSYCHE EINES VOLKES zählt der Trend mehr als der Status quo. Wie die Deutschen die fünfziger Jahre erlebten, schildert Franz Josef Strauß in seinen *Erinnerungen* so: »Wer den Aufstieg, der sich innerhalb von 10 Jahren vollzog, erlebt hat, der war davon ganz anders beeindruckt und beeinflusst als die junge Generation von heute, die das Wirtschaftswunder nur vom Hörensagen kennt. In 10 Jahren erlebt sie höchstens, dass das Einkommen des Vaters steigt, aber sie kann sich kaum vorstellen, wie sich das Leben damals in einem Jahrzehnt aus drückendster Not zu einem nicht mehr für möglich gehaltenen allgemeinen bescheidenen Wohlstand erhob.«

Und doch: Der Wiederaufstieg des zerstörten, besiegten und diskreditierten Landes war nicht vorgezeichnet, nicht selbstverständlich. Er hätte mehr als einmal entgleisen können. Er hing ab von wenigen Weichenstellungen, die zum richtigen Zeitpunkt getroffen wurden. Er wurde mit außergewöhnlicher Entschlusskraft in die Wege geleitet von zwei Männern, die in den Wendejahren 1948 und 1949 die politische Bühne der Nation betraten: von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Wer die Quellen der deutschen Erfolgsgeschichte aufspüren will, muss zurückblenden in die Jahre der Entscheidung.

Es war eine Zeit der Fremdbestimmung, die Stück für Stück zurückgedrängt werden musste - eine Zeit der Besatzungsherrschaft, die schwer auf der deutschen Volkswirtschaft und auf den finanziellen Ressourcen des Landes lastete. In den Kommunen und Ländern entstanden unter alliierter Aufsicht die ersten neuen Strukturen. Am 1. Januar 1947 wurden die amerikanische und britische Zone zur sogenannten Bizone zusammengeschlossen - zu einem »Vereinigten Wirtschaftsgebiet« als Vorläufer der späteren Bundesrepublik.

Fast war es so, als dürften die Deutschen in diesem Wirtschaftsgebiet wieder Staat spielen - mit einer »Wirtschaftsrat« genannten Legislative, in der Mitglieder der Länderparlamente saßen; mit einem »Exekutivrat«, der aus Vertretern der Länderregierungen zusammengesetzt wurde; und mit Direktoren, die eine Art Kabinett bildeten.

Der Wirtschaftsrat tagte in einem Seitenflügel der Frankfurter Börse, der abends von den Städtischen Bühnen benutzt wurde. Wenn es Aufführungen gab, musste die Sitzung abgebrochen werden. Im Wirtschaftsrat traten

die CDU aus der britischen Zone und die bayerische CSU erstmals als gemeinsame Fraktion auf. »Wir haben die Arbeit im Wirtschaftsrat von Anfang an bewusst als die Grundlegung eines neuen Staates durch Schaffung einer wirtschaftspolitischen Ordnung verstanden«, erinnert sich Strauß.[1]

»Höflich, aber formell« sei der Wirtschaftsrat von den Amerikanern behandelt worden, berichtet Strauß. Alle Beschlüsse unterlagen der Genehmigungspflicht durch die Amerikaner. Gegen sie, mehr noch gegen die sozialistische Regierung in London, musste die Öffnung zur Marktwirtschaft durchgesetzt werden. Selbst bei der Absenkung der Steuersätze bremsten die Alliierten. Wegen der Steuern kam es noch nach Gründung der Bundesrepublik zu einem Konflikt zwischen Finanzminister Fritz Schäffer und dem amerikanischen Hohen Kommissar John McCloy. Schäffer setzte sich durch.

Ludwig Erhard brauchte nicht mehr als vier Paragrafen, um die Marktwirtschaft zu verankern

Der Beginn von Ludwig Erhards Karriere war einer Personalentscheidung der Amerikaner zu verdanken. Nachdem sie im Herbst 1945 den missliebigen bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer gefeuert hatten, forderten sie Anfang 1948 den Kopf von Johannes Semler, der damals in Frankfurt als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft amtierte. Semler war der Mann, der in einer Rede in Erlangen die Ausplünderung Deutschlands angeprangert und den Amerikanern vorgeworfen hatte, »Hühnerfutter« zur Ernährung der Bevölkerung zu liefern. Er musste seinen Hut nehmen, Nachfolger als Wirtschaftsdirektor wurde Ludwig Erhard.

Erhard war es, der im Frankfurter Wirtschaftsrat nach langer Redeschlacht am 17. und 18. Juni 1948 das sogenannte Leitsätzegesetz durchbrachte, ein Grundsatzprogramm in nur vier Artikeln, das die Rahmenbedingungen der künftigen Sozialen Marktwirtschaft absteckte. Dieses »Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform« wurde mit 50 gegen 37 Stimmen angenommen. Wären die Bundestagswahlen am 14. August 1949 anders ausgegangen, hätte die SPD gewonnen, dann wären die Leitsätze Makulatur geblieben, dann hätte die auf Planwirtschaft fixierte SPD den marktwirtschaftlichen Ansatz von Erhards Wirtschaftspolitik zertreten.

Ein Selbstläufer schien die Währungsreform vom 21. Juni 1948 zunächst nicht zu sein. Zwar lockerte Erhard mit der Währungsumstellung die Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften (und dies ohne Genehmigung der Besatzungsbehörden), zwar füllten sich die Geschäfte mit den zuvor gehorteten Waren, aber Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen bedrohlich an, die deutsche Zahlungsbilanz verschlechterte sich 1951 dramatisch, und erst Mitte 1952 gelang der Durchbruch zu einem sich selbst tragenden Wirtschaftswachstum. Es war eine gefährliche Periode, in der die SPD gegen die Marktwirtschaft wütete und den Bundestagswahlkampf 1949 mit der Angstparole bestritt, Erhards Experiment stoße Deutschland noch tiefer ins Elend. Noch im März 1951 stellte die SPD in der Haushaltsdebatte des Bundestages den Antrag, Erhards Gehalt zu streichen, weil er es nicht wert sei.

Wie Adenauer im August 1949 die CDU-Oberen überrumpelte und eine Große Koalition mit der SPD verhinderte

Während Ludwig Erhard, der Missionar der Marktwirtschaft, leidenschaftlich und unbeirrbar für seine Idee kämpfte, zimmerte der ökonomisch wenig grundsatztreue Adenauer die dafür erforderliche politische Konstellation. Adenauer war auch in der CDU nicht unumstritten. Er galt vielen als konservativ und reaktionär, und die CDU in der britischen Besatzungszone liebäugelte, auch unter dem Einfluss der linken Labour-Regierung in London, mit sozialistischen Irrlehren.

Der Ausgang der Bundestagswahlen im August 1949 war Wasser auf die Mühlen des linken CDU-Flügels. Von den 402 Sitzen (ohne Berlin) entfielen 139 auf CDU und CSU und 131 auf die SPD - ein nur knapper Vorsprung der Union. Eine breite Front in der CDU, neben den Sozialausschüssen die Parteivorsitzenden in NRW, Rheinland-Pfalz, Württemberg und Hessen, favorisierten eine Große Koalition mit der SPD. Die hätten auch die Briten gerne gesehen. Die Befürworter von Schwarz-Rot argumentierten, dass die Größe der Probleme, vor denen Deutschland stand, eine breite parlamentarische Basis erforderlich mache.

Mit eisernem Willen und einer gehörigen Portion List gelang es Adenauer, die innerparteiliche Front aufzubrechen und seine Widersacher zu überrumpeln. Er lud die CDU-Oberen, aber auch Mitglieder des Frankfurter Wirtschaftsrates und Vertreter des früheren Parlamentarischen Rates, der

das Grundgesetz verabschiedet hatte, in sein Haus in Rhöndorf ein. Als Adenauer an diesem heißen 21. August 1949 sein Einführungsreferat beendet hatte, war der Beifall »nicht sehr stark«. »Die Mehrzahl der Anwesenden hüllte sich in abwartendes Schweigen«, schreibt Adenauer in seinen *Erinnerungen.*[1]

Nachdem die Herren über 4 Stunden debattiert hatten, hielt Adenauer den »richtigen Zeitpunkt« für eine Pause gekommen und bat zu einem für die damaligen Verhältnisse üppigen Mahl zu Tisch. Während der Pause bearbeitete er einzeln die hartnäckigsten Verfechter einer Koalition mit der SPD. »Nach einer Stunde konnte ich es wagen, die Diskussion über die Frage Große Koalition oder Kleine Koalition fortzusetzen.«

Der Hausherr nahm wieder als Erster das Wort und ging dabei, das war der Trick, von der »gleichsam beschlossenen Tatsache« aus, dass eine Regierung mit der FDP und der Deutschen Partei gebildet würde. Er überfuhr seine Kritiker kaltblütig und gab sich auch noch überrascht, als einer der Anwesenden unterbrach und ihn als Bundeskanzler vorschlug. Adenauer sah sich die Gesichter an und meinte dann: »Wenn die Anwesenden alle dieser Meinung sind, nehme ich an. Ich habe mit Professor Martini, meinem Arzt, gesprochen, ob ich in meinem Alter dieses Amt wenigstens noch für ein Jahr übernehmen könne. Professor Martini hat keine Bedenken. Er meint, auch für 2 Jahre könne ich das Amt ausführen.«[3]

Niemand wagte zu widersprechen. Und dann wurde auch gleich noch beschlossen, Theodor Heuss von der FDP das Amt des Bundespräsidenten zu übertragen. Auf den Einwand, Professor Heuss sei nicht gerade kirchenfreundlich, entgegnete Adenauer: »Er hat eine sehr christlich denkende Frau, das genügt.« Der alte Fuchs hatte Heuss nicht einmal gefragt. Der erfuhr von seiner Kandidatur erst aus der Presse.

Begrenzter Spielraum: Die Bundesrepublik unter dem Besatzungsstatut

Am 15. September 1949 wählte der Bundestag Adenauer mit einer Stimme Mehrheit - seiner eigenen - zum ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, und am 20. September bildeten CDU, CSU, FDP und Deutsche Partei eine Regierungskoalition. Am Tag darauf wurden die drei Militärregierungen der westlichen Besatzungszonen aufgelöst. Mit dem Besatzungsstatut, das im selben Monat in Kraft trat, war das neue Staatsgebilde allerdings noch weit entfernt vom Status der Souveränität.

Die fremden Truppen behielten weitreichende Rechte, der Kriegszustand wurde nicht aufgehoben, und die Außenpolitik blieb Sache der Siegermächte, womit die Notwendigkeit eines deutschen Außenministeriums entfiel. Die Bundesregierung durfte nicht einmal ohne Genehmigung im Ausland verhandeln. Das letzte Wort behielten die drei Hohen Kommissare, die an die Stelle der Militärgouverneure traten.

Mit dem Ruhrstatut, das nicht nur von der SPD vehement bekämpft wurde, blieben das Herz der deutschen Schwerindustrie und - zusammen mit der Saar - der für die Energieversorgung lebenswichtige Bergbau unter ausländischer Kontrolle. Immerhin: Laut Petersberger Abkommen, auf das sich Bundesregierung und die Alliierte Hohe Kommission am 22. November einigten, konnte die Bundesrepublik der Internationalen Ruhrbehörde beitreten und Konsular- und Handelsbeziehungen zu anderen Staaten aufnehmen. Darüber hinaus wurde ein Ende der Demontagen zugesagt. Im Herzen Europas war ein neuer deutscher Staat entstanden, wenn auch ein halbfertiger - gemessen an seinen Kompetenzen und seiner geografischen Ausdehnung.

Auch 1949 und danach ließen die Vorstellungen, die sich die westlichen Siegermächte über die Zukunft des besetzten Landes machten, nur wenig Raum für deutsche Selbstbestimmung. Die Interessen beider Seiten berührten sich, waren aber nicht deckungsgleich. Die Sieger dachten nicht daran, das Reich als selbstständigen politischen Faktor wiedererstehen zu lassen. In der Präsenz ihrer Truppen sahen sie die beste Gewähr dafür, dass jede zukünftige deutsche Politik ihren Erwartungen entsprechen würde.

Diese Voraussetzungen musste die Regierung Adenauer berücksichtigen, wollte sie sich nicht dem Risiko des Scheiterns aussetzen. Trotz allem fand sie sich mit der Situation, in die sie gestellt war, nicht ab, sondern formulierte eine an eigenen Interessen orientierte Politik. Die Kraft der geschichtlichen Tradition, die Vitalität und der Überlebenswille des Volkes, die Größe des wirtschaftlichen Potenzials und das ungebrochene Selbstbewusstsein Adenauers ließen es nicht zu, dass sich Deutschland auf die Rolle eines von fremdem Willen abhängigen Landes zurückzog.

Adenauer, ein Zeitzeuge dreier untergegangener Regierungssysteme, musste nicht erst zum Demokraten »umerzogen« werden. Ein Herr vom Scheitel bis zur Sohle, wusste er um die Bedeutung von Stil und Formen. Es missfiel ihm, dass ihn die Hohen Kommissare - Robertson, McCloy und Fran<;ois-Poncet - auf den Petersberg zitierten, um ihm das Besatzungs-

Statut in die Hand zu drücken. Besonders ärgerte ihn, dass die Kommissare das Besatzungsstatut auf einem Teppich stehend verkünden würden, während er vor dem Teppich stehen sollte. Als die Zeremonie begann, betrat Adenauer den Teppich, wenn auch nur um die Länge eines kleinen Schrittes. Als er sich verabschiedet hatte und in der Garderobe den Mantel anzog, ließ er einen Mitarbeiter ein in Packpapier eingewickeltes Buch in Empfang nehmen - das in Pergament gebundene, aber nicht unterzeichnete Besatzungsstatut.

In den Jahren bis zur Proklamation der angeblich »vollen Souveränität« der Bundesrepublik am 5. Mai 1955 arbeitete Adenauer systematisch daran, den politischen Spielraum Deutschlands nach und nach zu erweitern. Er praktizierte die Kunst des Möglichen, bot sich den Westmächten als verlässlicher Partner an, insistierte, ohne überheblich zu werden - und traf auf den erbitterten Widerstand der SPD, den er geschickt als Argument nutzte, um die Alliierten zu Zugeständnissen zu bewegen. Die politischen Rollen der Weimarer Republik waren sozusagen vertauscht. Diesmal betrieb die politische Rechte »Erfüllungspolitik«. Die Linke übernahm den nationalistischen Part, opponierte gegen die Westbindung und beschimpfte Adenauer als »Kanzler der Alliierten«.

Der politische und der wirtschaftliche Wiederaufstieg gingen Hand in Hand. Sie ergänzten und verstärkten sich gegenseitig. Die Erfolgsgeschichte Adenauers wäre ohne Erhard nicht denkbar gewesen - und umgekehrt. Und alles hing davon ab, dass 1949 eine Große Koalition mit der SPD verhindert und das Risiko einer Kleinen Koalition mit hauchdünner Mehrheit eingegangen wurde. Der Eintritt zweier Rechtsparteien in die Regierung, der FDP und der Deutschen Partei, erwies sich als Segen für Deutschland. Sie stützten den wirtschaftsliberalen Kurs Erhards und konterkarierten den Einfluss des linken CDU-Flügels.

Dass die Deutsche Partei später aus dem Bundestag ausschied und dass der Union fortan ein vergleichbarer Koalitionspartner rechts von der Mitte fehlte, hatte ungünstige Auswirkungen auf das innenpolitische Machtgefüge in Deutschland. Man denke nur an die verhängnisvolle Fehlentscheidung der Regierung Kohl, die Deutsche Mark zu opfern und die Bundesbank zu entmachten, oder an die wirtschaftspolitische Irrfahrt der Großen Koalition unter Angela Merkel. Adenauer selbst half mit, die Deutsche Partei aus dem Bundestag zu verdrängen. Er hat das kurz vor seinem Tod als einen seiner größten Fehler bezeichnet.

Das späte Ende der Demontagen

Nichts provozierte in den Nachkriegsjahren mehr Empörung, mehr Widerstand vonseiten der Deutschen als die Demontage von Industriebetrieben. Vieles konnte im Ausland nicht verwertet und eingesetzt werden - es wurde einfach nur zerstört. Demontieren mussten die Arbeiter selbst, die in ihren Fabriken in Lohn und Brot gestanden hatten und die nun unter Androhung von Strafen gezwungen wurden, sich selbst arbeitslos zu machen. Widersinnig war zum Beispiel die Demontage der Kruppschen Landmaschinenfabrik in einer Zeit, als die Deutschen hungerten und die Bauern dringend Traktoren brauchten, um ihre Felder zu bestellen. Und besonders schäbig war die Demontage der Essener Schwerbeschädigtenwerkstatt, die mit ihren Spezialmaschinen für Amputierte eine Vorbildfunktion hatte. Der Krieg hatte 150 000 Beinamputierte und über 50 000 Armamputierte in Deutschland hinterlassen. Krupp bot an, das doppelte Gewicht an Schrott zu liefern. Vergebens, die Maschinen wurden abgebaut, abtransportiert und verschrottet.

Immerhin kam das Petersberger Abkommen vom November 1949 rechtzeitig, um die Thyssen-Hütte zu retten, deren Demontage bereits begonnen hatte. Noch im Juni hatten die Arbeiter in Bergkamen Barrikaden errichtet, um das dortige Hydrierwerk zu schützen. Die Belgier fuhren mit Panzerspähwagen und 700 Mann Infanterie auf. Die Offiziere wagten es dann doch nicht, den Schießbefehl zu erteilen.

Ähnliches wiederholte sich im Februar 1950, als britische Panzer vor die einen Kilometer lange Werkshalle in Salzgitter rollten, die gesprengt werden sollte. Sie war von den Arbeitern besetzt, auf dem Boden saßen ihre Frauen und Kinder. Am Widerstand beteiligten sich Fremdarbeiter aus Russland und Polen, die es bei Kriegsende vorgezogen hatten, in Salzgitter zu bleiben. Die Panzer schössen nicht, die Halle blieb erhalten. 1951 endeten die Demontagen.

Die Besatzungsmächte konnten eben auf Dauer nicht auf ihren Bajonetten sitzen. Und es war widersinnig, mit der einen Hand abzureißen und die deutsche Industrie zu dezimieren und mit der anderen Hand Kredite aus dem Marshallplan zu geben, der Westeuropa und eben auch Westdeutschland angesichts der sowjetischen Gefahr stabilisieren sollte.

In seinen *Erinnerungen* bemerkt Franz Josef Strauß, er betrachte den Marshallplan »nur als Wiedergutmachung für die amerikanische Dumm-

heit, nach dem Krieg die Zerschlagung der deutschen Wirtschaft betrieben zu haben«.[4] Wobei hinzuzufügen ist, dass die Amerikaner den Fehler früher einsahen als die Briten und die Franzosen. Ganz zu schweigen von den Russen, die in ihrer Zone ebenso viel demontierten und ebenso viele Werte vernichteten wie die Westmächte in ihren drei Zonen zusammengenommen.

Kennan, Marshall und der Ausbruch des Kalten Krieges

In die westdeutsche Folklore ging der Marshallplan - mit zeitlicher Verzögerung - als großzügige Hilfe Amerikas ein, die am Beginn des Wirtschaftswunders gestanden habe, ja den Wiederaufbau in entscheidendem Maße überhaupt erst möglich gemacht habe. Nach Ausbruch der Euro-Krise trieb das Missverständnis neue Blüten, als der Vorschlag kursierte, auch das bankrotte Griechenland brauche einen Marshallplan. Als ob wirtschaftlicher Erfolg mit Geld von außen produziert werden könne, als ob er nicht in erster Linie von marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und von der Wirtschaftskultur eines Volkes abhinge.

Allein die Nettozahlungen, die Griechenland Jahr für Jahr aus dem EU-Topf erhält, haben längst den Umfang des deutschen Anteils am Marshallplan bei Weitem überstiegen. Nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch kaufkraftbereinigt.

Der Marshallplan war ein Kind des Kalten Krieges. Nachdem die Kommunisten Griechenland nach Abzug der deutschen Truppen in einen Bürgerkrieg gestürzt hatten und Großbritannien finanziell und militärisch mit dem Schutz des Landes überfordert war, kamen die USA zu Hilfe. Am 12. Mai 1947 verkündete der amerikanische Präsident die Truman-Doktrin und sagte allen freien Völkern die Unterstützung Amerikas zu. Wenig später, am 1. Juli 1947, erschien in der einflussreichen Zeitschrift *Foreign Affairs* George F. Kennans berühmter Aufsatz »The Sources of Soviet Conduct« (Die Quellen des sowjetischen Verhaltens). Darin bezeichnete der amerikanische Chefdiplomat die sowjetische Macht als Produkt von Ideologie und besonderen Umständen. Er sprach von der russischen Fähigkeit zur Selbsttäuschung, hielt eine allmähliche Mäßigung der sowjetischen Politik und letztendlich den Zusammenbruch des roten Imperiums für durchaus denkbar und nannte Russland eine schwache Macht, womit er sehr viel später recht bekommen sollte.



George F. Kennan: der Mann hinter dem Marshallplan

Der Artikel erregte viel Aufsehen, auch weil er unter einem Pseudonym (»X«) erschien. In seinen Memoiren beklagte sich Kennan darüber, dass er als Advokat einer aggressiven amerikanischen Politik missverstanden worden sei. Tatsächlich hatte er nicht mehr als die Eindämmung (»Containment«) der sowjetischen Macht gefordert. Russland soll nicht länger als Partner, sondern als Rivale betrachtet werden.

Kennan, der sowohl die Sowjetunion als auch Deutschland gut kannte, war es auch, der 1947 als Leiter des Planungsstabes im amerikanischen State Department die Grundzüge des später sogenannten Marshallplanes ausarbeitete. Außenminister George C. Marshall präsentierte die Idee am 5. Juni 1947 in einer Rede vor der Harvard University. Er betonte das Prinzip der Selbsthilfe. Der Wiederaufbau Europas sei Sache der Europäer selbst.

Das Gesetz wurde am 3. April 1948 von Präsident Truman unterzeichnet. Die USA garantierten sechzehn europäischen Ländern finanzielle Unterstützung bis zum Jahre 1952. Die offizielle Bezeichnung lautete European Recovery Program (ERP). Dieses Wiederaufbauprogramm sollte im Rahmen der 1948 gegründeten Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) abgewickelt werden.

Am 30. Oktober 1949 trat auch die Bundesrepublik der OEEC bei. Eben darin lag die überragende Bedeutung der amerikanischen Initiative: Deutschland durchbrach den Ring der Isolierung, die deutsche Wirtschaft bekam nach und nach wieder Zugang zu ausländischen Märkten, Marshallplan und OEEC setzten den Beginn der europäischen Zusammenarbeit. Ohne die amerikanische Starthilfe, ohne amerikanischen Druck wäre die europäische Kooperation bis hin zur wirtschaftlichen Integration nicht so

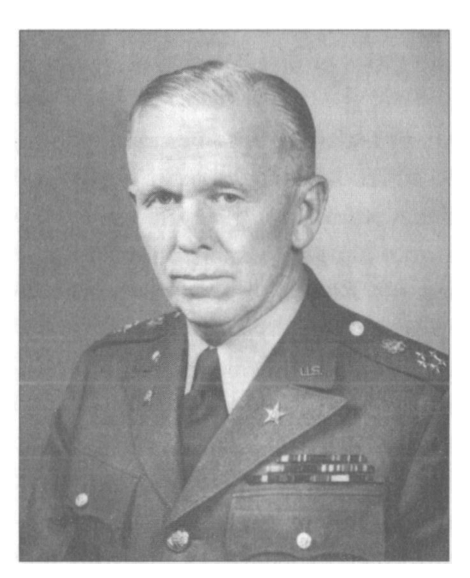
schnell in Gang gekommen. Im Prinzip stand das ERP auch den Osteuropäern offen. Deren Teilnahme wurde jedoch von Moskau verhindert. Nur Titos Jugoslawien nahm amerikanische Hilfe an.

Der Marshallplan half, aber das Wirtschaftswunder gelang aus eigener Kraft

Insgesamt summierten sich die Geldzusagen aus den USA in den Jahren 1948 bis 1952 auf knapp 14 Milliarden Dollar. Davon bekam Westdeutschland als Kredit etwas mehr als 1,4 Milliarden, mithin gut 10 Prozent der Gesamtsumme. An Frankreich gingen etwas mehr als 20 Prozent, an Großbritannien gut 24 Prozent.

Da damals ganz Europa äußerst knapp an Dollars war und zahlreiche Waren auf dem Weltmarkt nur gegen Dollars bezogen werden konnten, war der Marshallplan alles in allem erfolgreich und wurde zu einem der seltenen positiven Fälle von Entwicklungshilfe - auch wenn die Bewertung einer Kommission des US-Kongresses vom April 1952 völlig überzogen war, wonach der »überraschende und außergewöhnliche« Aufbau der Bundesrepublik »ausschließlich« auf das amerikanische ERP zurückzuführen sei.

Dagegen spricht, dass die Wirkung des Marshallplans in anderen Ländern, auch in Frankreich und Großbritannien, sehr viel bescheidener ausfiel als in der Bundesrepublik. Das deutsche Wirtschaftswunder muss also spezifisch deutsche Gründe gehabt haben, allen voran die Rahmenbedingungen der freien Marktwirtschaft, die Abkehr von Dirigismus und Staatsinterventionismus und nicht zuletzt die harte Deutsche Mark.



General George C. Marshall

Die Aufholjagd war atemberaubend. 1949, im Gründungsjahr der Bundesrepublik, produzierte die in Europa führende Industrie, die britische, für 17,3 Milliarden Dollar und die westdeutsche für 10,4 Milliarden. Schon 1958 hatte die west-

deutsche Industrieproduktion die britische weit überholt. Dabei hatten beide Länder die gleiche Fläche, die gleiche Einwohnerzahl und fast die gleiche Fläche an Agrarland.

Den Mechanismus der ERP-Hilfe muss man sich so vorstellen: Im ersten Jahr des Marshallplans flössen über 600 Millionen Dollar als Kredite an die Bundesrepublik, wofür Rohstoffe wie Kupfer, Zinn, Kautschuk, Eisenerz und Düngemittel eingekauft wurden. Weil der Plan auf gegenseitige europäische Hilfe angelegt war, musste die Bundesrepublik Kohle und Koks an Frankreich, Italien, Dänemark und Griechenland liefern. Allerdings wurde mit dem Marshallplan auch unsinnige amerikanische Exportförderung betrieben. So litten die italienischen Obstbauern unter den Einfuhren aus Kalifornien und die griechischen Tabakbauern unter den amerikanischen Zigaretten, die Europa überschwemmten und die mit sage und schreibe 486 Millionen Dollar als Marshallplanhilfe verbucht wurden.

Die deutsche Wirtschaft profitierte zusätzlich von den sogenannten Gegenwertmitteln, den *»counterpart funds«*, zu deren Verwaltung die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt gegründet wurde. Ein Unternehmen zum Beispiel an der Ruhr, das Kupfer aus den USA (gegen Dollars aus dem Marshallplan) bezog, bekam die Lieferung ja nicht geschenkt, sondern musste den Gegenwert in D-Mark auf ein deutsches Sonderkonto einzahlen. So entstand ein Sondervermögen des Bundes, und aus diesem konnte die Kreditanstalt für Wiederaufbau Darlehen an die Wirtschaft vergeben, die später zurückflössen und dann wieder anderen Firmen zur Verfügung standen.

Auch der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser bestreitet nicht den Nutzen des Marshallplanes, stellt aber fest, dass die Ankurbelung der westdeutschen Wirtschaft »lange vor der Ankunft erster Hilfslieferungen« gelungen sei, »ohne dass es dazu eines Netto-Zuflusses ausländischer Ressourcen bedurft hätte«. Denn die westdeutsche Wirtschaft sei zwar nach 1945 desorganisiert und durch Produktions- und Verkehrsengpässe gelähmt gewesen, habe aber weder an ihrer Substanz durch den Krieg großen Schaden genommen noch sei sie unterentwickelt gewesen. »Auch war der Wille der Deutschen ungebrochen, sich wirtschaftlich zu rehabilitieren.« Kurzum: »Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens stand der Marshallplan damit aber weder in der Zeit der Produktionsankurbelung vor der Währungsreform noch in der schwierigen Phase der Einführung der Marktwirtschaft danach.«[5]

Noch dezidierter äußerte sich Ludwig Erhard, der von Anfang an von den Modalitäten des Marshallplanes enttäuscht war: »ERP und Auslandshilfe haben … zu diesem Aufschwung nicht das Geringste beigetragen. Sie haben im ersten Jahr den Westberlinern geholfen, nicht zu verhungern, und im zweiten die Ergänzung von Vorräten und den Aufbau von Fabriken etwas erleichtert, ohne dadurch schon das Sozialprodukt erhöhen zu können … Der Wirtschaftsaufschwung wurde ausschließlich aus eigener Kraft erreicht.«[6]

Die Lehren aus dem Fehlschlag der Reparationen nach 1918

In den meisten Darstellungen der deutschen Wirtschaftsgeschichte findet das Londoner Schuldenabkommen kaum Erwähnung, unter anderem wohl aus dem Grunde, dass die Materie außerordentlich komplex und kompliziert war. Das Abkommen regelte bekanntermaßen die Rückzahlung der deutschen Vor- und Nachkriegsschulden. Dabei handelte es sich allerdings nicht allein um Schulden der Reichsregierung, sodass der Umfang der von der Bundesrepublik zu begleichenden Schulden durchaus auslegungsfähig war.

Immerhin hatten die Siegermächte aus dem Fehlschlag des Reparationsregimes der Zwischenkriegszeit ihre Lehren gezogen. Die deutschen Verpflichtungen sollten nicht noch einmal das internationale Finanzsystem belasten. Deutschland sollte zur Ader gelassen werden - aber nicht über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit hinaus. Außerdem würde die Bundesrepublik als Frontstaat im Kalten Krieg mit der Sowjetunion noch gebraucht. Den Deutschen mussten genügend Mittel belassen werden für den Aufbau der Bundeswehr und für die Aufrüstung.

Nach 1918 war die weltpolitische Lage eine andere. Nachdem sich in den zwanziger Jahren herausgestellt hatte, dass die Weimarer Republik die Reparationen für den Ersten Weltkrieg in der geforderten Höhe nicht aufbringen konnte, schalteten sich die Amerikaner ein. 1924 wurde der Dawes-Plan vereinbart, 1929 der Young-Plan. Ersterer sah für die deutschen Leistungen keine zeitliche Begrenzung vor, während Deutschland nach dem Young-Plan 59 Jahre lang durchschnittlich 2050,6 Millionen Reichsmark pro Jahr überweisen sollte.

Tatsächlich konnte Deutschland die über 10 Milliarden Reichsmark, die nach beiden oben genannten Plänen im Zeitraum 1924 bis 1929 zu zahlen

waren, in keinem jener Jahre real erwirtschaften. Die Milliardenbeträge mussten folglich gepumpt werden. Sie kamen aus dem Erlös von Auslandskrediten und Anleihen, zum Beispiel aus der Dawes-Anleihe und der Young-Anleihe.

Im Herbst 1929 krachte die Börse an der Wall Street. Die Welt steuerte in eine tiefe Depression, der internationale Handel schrumpfte, das ausländische Kapital wurde aus Deutschland und Österreich abgezogen, in Wien musste die Creditanstalt und in Deutschland die Darmstädter Nationalbank die Schalter schließen, und im Sommer 1931 führte die Reichsregierung mit drei Notverordnungen die Devisenzwangswirtschaft ein. Deutschland war zahlungsunfähig.

Im Jahre 1931 trat das Hoover-Moratorium in Kraft. Der amerikanische Präsident erklärte sich bereit, sowohl die alliierten Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg als auch die deutschen Reparationszahlungen für 1 Jahr zu stunden. Der Zusammenhang ergab sich daraus, dass Großbritannien und Frankreich gehofft hatten, ihre Schulden gegenüber Washington mit den deutschen Überweisungen abzahlen zu können.

Ebenfalls 1931 folgte ein erstes Stillhalteabkommen. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kamen neun weitere hinzu. Schuldner dieser Abkommen waren nicht das Reich oder die deutschen Länder, sondern Banken und Industriefirmen, wobei als Gläubiger immer nur die Banken unterzeichnet hatten.

Schließlich wurden die Reparationsschulden im Abkommen von Lausanne vom 9. Juli 1932 auf eine Restschuld von 3 Milliarden Reichsmark zusammengestrichen. Insgesamt zahlte das Deutsche Reich für den Ersten Weltkrieg nach alliierter Berechnung Reparationen in Höhe von 21,8 Milliarden Reichsmark und nach deutscher Berechnung in Höhe von 67,7 Milliarden. Die enorme Differenz ergab sich hauptsächlich aus der unterschiedlichen Bewertung der Sachlieferungen.

Noch im April 1933 zahlte die Reichsbank einen Kredit in Höhe von 100 Millionen Dollar zurück. Mitte 1934 stellte Deutschland dann den Zinsen* und Tilgungsdienst im Wesentlichen ein. Nur die schwedischen und schweizerischen Inhaber der Dawes-Anleihe konnten ihre Coupons noch bis 1945 einlösen. Ab Dezember 1941 blieb die Schweiz als einziger Gläubigerstaat übrig, der weiterhin Kredite an Deutschland gewährte, jeweils mit einer Laufzeit von einem Jahr. Nach Abschluss des Londoner Schuldenabkommens folgten lange, mühsame Verhandlungen mit der Schweiz,

weil diese - auf Druck der Alliierten hin - deutsche Vermögen enteignet hatte und weil Bonn eine Anrechnung auf die Schulden der Reichsregierung verlangte.

Auch die FDP warnte vor einer »Übererfüllungspolitik«

Im Jahre 1950 berieten die Außenminister der drei westlichen Siegermächte erstmals über die deutschen Auslandsschulden. In einem Schreiben verlangte die Hohe Kommission eine formelle Zusicherung der Bundesregierung, dass sie sich für die Vorkriegsschuld des Deutschen Reiches als »verantwortlich« betrachte. Außerdem solle sie ihre Haftung für die »Wirtschaftshilfe« der Nachkriegszeit anerkennen.

Im Buch des Zeitzeugen Hermann Josef Abs kann man im Einzelnen nachlesen, wie kontrovers das Thema innerhalb der Bundesregierung diskutiert wurde. So wurde angeführt, dass zumindest die Wirtschaftshilfe der Jahre 1945 und 1946 eine unmittelbare Folge der Besatzung gewesen sei, für die Deutschland keine Haftung übernehmen könne. Die Besatzungsmächte selbst hatten ja die Nahrungsmittelhilfe mit dem Zweck begründet, den Ausbruch von Hungersnöten und Seuchen und damit eine Gefährdung der Besatzungstruppen zu verhindern. Vizekanzler Blücher von der FDP argumentierte, ohne die Beschränkungen der Nachkriegszeit, die die Wirtschaft strangulierten, wären die vielen Zahlungsverpflichtungen, die Bonn jetzt bestätigen sollte, gar nicht entstanden. Auch die Bank deutscher Länder, die Vorgängerin der Bundesbank, warnte vor einer Haftungsübernahme, weil sich Deutschland damit mehr oder weniger ganz in die Hände seiner Gläubiger begebe.

Alles kam darauf an, wie die Vor- und Nachkriegsschulden definiert und abgegrenzt würden. Wie zum Beispiel sollten die Abgaben aus den Überschussbeständen der U. S. Army berechnet werden? Sie waren teils minderwertig, teils unbrauchbar. Für die sogenannte GARIOA-Hilfe, die von Juli 1946 bis März 1950 hauptsächlich in Form von Nahrungsmitteln gegeben wurde, wollten die Amerikaner 3,3 Milliarden Dollar in Rechnung stellen. (GARIOA stand für: Government Aid and Relief in Occupied Areas.) Laut Völkerrecht war eine Besatzungsmacht jedoch verpflichtet, die Bevölkerung nicht verhungern zu lassen. Außerdem wurden die GARIOA-Lieferungen nicht mit der Bundesregierung vereinbart, sondern zwischen Washington und den Militärregierungen in Deutschland.

Das Londoner Schuldenabkommen: Bonn übernahm auch private Verbindlichkeiten

Als das Londoner Schuldenabkommen samt Zusatzabkommen nach äußerst zähen Verhandlungen am 27. Februar 1953 von zunächst achtzehn Gläubigern unterzeichnet wurde, hatte sich die Bonner Regierung auf die Zahlung einer Gesamtsumme von 14 452,4 Millionen D-Mark bis zum Jahr 1994 verpflichtet. Inkludiert in der Summe waren Zinsrückstände, die laut Abkommen reduziert wurden.

Von den knapp 14,5 Milliarden Mark entfielen knapp 4 Milliarden auf öffentliche Schulden aus der Zeit vor 1945. (Siehe dazu die Tabelle auf der folgenden Seite.) Interessanterweise hatten auch die Schulden des Landes Preußen den Krieg überlebt. Die Siegermächte hatten das Kunststück vollbracht, Preußen eigenmächtig aufzulösen und von der Landkarte zu tilgen, nicht aber die preußischen Schulden. Bemerkenswert auch, dass die junge Bundesrepublik für private Schulden in Höhe von rund 3,5 Milliarden Mark haftete. Üblich ist ein derartiges Verfahren nicht. Normalerweise steht eine Regierung nur für staatliche Schulden ein. Die weitverbreitete Lesart, wonach sich die Westmächte beim Londoner Schuldenabkommen besonders großzügig gezeigt hätten, lässt sich nicht halten.

Besonders wichtig: Entgegen vielen Darstellungen in Presse und Literatur enthielt das Londoner Schuldenabkommen keinen Kapitalerlass! Die Siegermächte kamen den Deutschen nur insofern entgegen, als sie keine Zinsen auf die seit den dreißiger Jahren unterbrochenen Zinszahlungen erhoben, also auf Zinseszinsen verzichteten. Und sie gewährten einen Aufschub für die Zahlung von Zinsrückständen.



Hermann Josef Abs beim Unterzeichnen des Londoner Schuldenabkommens von 1953

Anders verhielt es sich mit den ebenfalls in London abgeschlossenen Zu-

Deutsche Auslandsschulden nach dem Londoner Abkommen
(Schuldensumme und Annuitäten in Mio. D-Mark)

	Schuldsumme			Annuitäten 1953 bis 1957				Annuitäten ab 1958			
	Kapital	Zins-stand'	insge-samt	Dollar-Raum	EZU-Raum	Andere Länder	insge-samt	Dollar-Raum	EZU-Raum	Andere Länder	insge-samt
A. öffentliche Schulden aus der Zeit vor 1945											
1) Schuldender Bundesrepublik	1644,1	361,3	2005,4	26,2	61,6	—	87,8	36,2	79,0	—	115,2
a) Dawes-Young-Kreuger-Anleihen											
b) Andere Schulden der BRD	1598,5	78,0	1676,5	18,3	29,5	—	47,8	22,8	49,2	—	72,0
2) Schuldender Länder und Gemeinden einschl. Preußens	216,8	85,7	302,5	8,5	5,9	0,1	14,5	10,2	7,6	0,1	17,9
Summe A	3459,4	525,0	3984,4	53,0	97,0	0,1	150,1	69,2	135,8	0,1	205,1
B. Privatschulden aus der Zeit vor 1945											
1) Verbriefte Schulden	642,7	318,6	961,3	25,7	19,8	—	45,5	31,1	24,0	—	55,1
2) Stillhalteschulden	389,8	185,9	575,7	5,2	15,9	—	21.1	5,2	15,9	—	21,1
3) Nichtverbriefte, aus Anleihen entstandene Schulden	764,4	314,0	1078,4	14,2	37,4	1,3	52,9	22,1	56,5	2,1	80,7
4) Schulden für gelieferte Waren	227,7	—	227,7	1.7	10,8	2,7	15,2	1,7	10,8	2,7	15,2
S) Andere Handelsschulden	317,0	—	317,0	9,0	20,3	2,4	31,7	9,0	20,3	2,4	31,7
6) Sonstige Schulden	271,2	85,7	356,9	1,5	12,0	15,6	29,1	—	—	19,7	19,7
Summe B	2612,8	904,2	3517,0	57,3	116,2	22,0	195,5	69,1	127,5	26,9	223,5
C. öffentliche Nachkriegsschulden	6951,0	—	6951,0	126,0	95,6	—	221,6	240,8	95,6	—	336,4
Insgesamt	13023,2	1429,2	14452,4	236,3	308,8	22,1	567,2	379,1	358,9	27,0	765,0

' Nach der Schuldenregelung reduzierte Beträge

Aufstellung im Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1952

satzabkommen über die Rückzahlung der sogenannten Nachkriegswirtschaftshilfe. Hier reduzierten die Alliierten ihre anfängliche ungerechtfertigte Maximalforderung auf knapp 7 Milliarden Mark. Davon machte der deutsche Anteil am Marshallplan nur einen kleinen Teil aus.

Nachvollziehbar also, dass der Schweizer Historiker Jörg Fisch im Londoner Schuldenabkommen einen »Ersatz« bzw. eine »Alternative« zu Reparationen sah.[7] Damit war das Thema Reparationen allerdings nicht vom Tisch. Es wurde nur bis zu einer »endgültigen Regelung« zurückgestellt.

Für die drei Auslandsanleihen der Weimarer Republik (Dawes, Young und die Kreuger- oder Zündholzanleihe) wurden in London Zinsen vereinbart, die deutlich über dem damaligen Zinsniveau lagen, aber unter dem ursprünglich vereinbarten Coupon. Zum Beispiel wurden die Zinsen auf die Dawes-Anleihe von 7 auf 5 Prozent ermäßigt. Dies bei einer durchschnittlichen Rendite zwölfjähriger US-Regierungsanleihen von 2,92 Prozent im Jahr 1953.

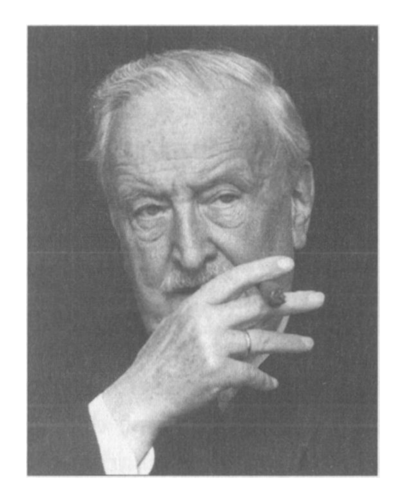
Die Zinsrückstände aus den Jahren 1945 bis 1952 wurden bis zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung zurückgestellt. Zur Bedienung dieser Zinsansprüche emittierte die Bundesschuldenverwaltung 1990 Schuldverschreibungen mit einem Zinssatz von 3 Prozent und einer Laufzeit bis 2010. Erst 2010 war die Rechnung für den Ersten Weltkrieg beglichen!

Die Londoner Regelung war in Deutschland nicht unumstritten. Während in Bonn der SPD-Vorsitzende Schumacher gegen eine Anerkennung der Auslandsschulden protestierte, während in der Regierungspartei FDP von »Übererfüllungspolitik« gesprochen wurde, konnte sich Adenauer mit seiner eher nachgiebigen Linie durchsetzen. Die überaus schwierigen Verhandlungen über den Schuman-Plan, über Wiederbewaffnung und Europäische Verteidigungsgemeinschaft, über die Revision des Besatzungsstatuts und über den Deutschland-Vertrag hatten für ihn Priorität. Adenauer musste der immer noch besetzten und fremdbestimmten BRD mehr Spielraum verschaffen. Mit den Verhandlungen in London hatte er den Bankier Hermann Josef Abs betraut - eine kluge Personalentscheidung, wie sich herausstellte.

Ein Bankier der alten Schule: Abs machte sich um Deutschland verdient

Abs, ein ebenso strenggläubiger wie weltläufiger und international vernetzter Katholik, der vier Fremdsprachen fließend sprach, bewegte sich als Leiter der deutschen Delegation mühelos auf dem Londoner Parkett. Von 1938

bis 1945 war er im Vorstand der Deutschen Bank für das Auslandsgeschäft zuständig gewesen. Nach Kriegsende, als die Alliierten die Deutsche Bank zerschlugen, wurde er seines Amtes enthoben, inhaftiert und schließlich im Entnazifizierungsverfahren als entlastet eingestuft. Von 1948 bis 1952 leitete er die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die - wie dargelegt - in den Marshallplan eingebunden war.



Hermann Josef Abs

In den USA versuchte Abs 1955 vergeblich, die beschlagnahmten deutschen Vermögen freizubekommen. 1957 rückte er als Sprecher des Vorstandes an die Spitze der wiederauferstandenen Deutschen Bank. Kein deutscher Bankier hatte in den fünfziger und sechziger Jahren mehr Einfluss als Hermann Josef Abs. Er stand für eine Deutsche Bank, die das Wirtschaftswunder ebenso maßgeblich begleitete wie vor der Jahrhundertwende den Aufstieg des Kaiserreichs zur führenden Industrienation Europas. Eine Erinnerung an Zeiten lange bevor die Deutsche Bank im Zuge der Denationalisierung der Bundesrepublik in die Hände ausländischer Investmentbanker fiel und in eine verhängnisvolle Dauerkrise stürzte.

Alles in allem konnte die junge Bundesrepublik mit dem Londoner Schuldenabkommen zufrieden sein. Es war gelungen, einen Verzicht auf Zinseszinszahlungen zu erreichen und die fantastischen Maximalforderungen der Gegenseite, die sich auf fast 30 Milliarden Mark beliefen, zu halbieren. Es gelang aber nicht, das im Ausland enteignete deutsche Vermögen anzurechnen. Und österreichische Schulden mussten auch noch übernommen werden! Aber die Bundesrepublik genoss wieder Kredit und Vertrauen in die deutsche Bonität. Die schnelle Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft hätte sich ohne die Londoner Regelung sicherlich verzögert.

Als das Schuldenabkommen Anfang 1953 abgeschlossen wurde, waren 14,5 Milliarden Mark - aus damaliger Sicht - eine enorme Belastung. Die Summe entsprach dem Wert deutscher Importe eines ganzen Jahres und dem mehr als Fünffachen der Überschüsse in der Leistungsbilanz des Jahres 1952. Und sie überstieg den Bargeldumlauf in der BRD um 2,5 Milliarden Mark. Der durchschnittliche Stundenlohn lag damals bei 1,67 Mark!

Verständlich also, dass den Deutschen des Jahres 1953 das Londoner Abkommen überhaupt nicht großzügig vorkam. Und erst nachdem das Wirtschaftswunder richtig viel Geld in die deutschen Kassen gespült hatte, glaubte man im Ausland, die Deutschen seien zu gut weggekommen. Immerhin hatte die Bundesrepublik noch im Herbst 1950 einen Überbrückungskredit der Europäischen Zahlungsunion benötigt, und erst mit dem Triumph Adenauers bei den Bundestagswahlen am 6. September 1953 wurden Marktwirtschaft und Westbindung unumkehrbar. Bereits 1956 überstiegen die Gold- und Devisenreserven der Bundesbank mit 17,8 Milliarden Mark die in London vereinbarte Summe. Deutschland, der Schuldner, stieg in die Riege der Gläubiger auf.

Wenn das die Westmächte geahnt hätten, wäre die Rechnung in London womöglich noch höher ausgefallen. So aber konnten die jährlichen Rückzahlungen und Tilgungen abgestottert werden, ohne die Staatsfinanzen zu ruinieren. Hinzu kamen allerdings die Besatzungskosten, die 1953 und 1954 mit 5,5 und 5,7 Milliarden Mark zu Buche schlugen, 1955 auf 3,8 Milliarden zurückgingen und danach unter anderem Titel verbucht wurden.

Die Bundesrepublik Deutschland war von Anfang an identisch mit dem Reich

Ferner hatte die Bundesregierung bei den Schuldenverhandlungen auch noch den Grundsatz bekräftigt und durchgesetzt, wonach die Bundesrepublik nicht ein Nachfolger des 1871 gegründeten Deutschen Reiches sei, sondern mit diesem identisch. Abs drückte es so aus: »Die Regierung übernahm keine Haftung für die Schulden, sondern bestätigte sie nur, ein Punkt, in dem der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, ihre Identität mit dem Deutschen Reich, bekräftigt werden sollte. Dies geschah übrigens gegen den Widerstand der Franzosen, denen dadurch in der Saarfrage ein Argument entging.«[8]

Die Besatzungsherrschaft seit 1945 hatte ja nicht die Existenz Deutschlands beendet. Die drei Elemente jeder Staatlichkeit - Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt - bestanden weiterhin. Deutschland hatte allerdings seine völkerrechtliche Handlungsfähigkeit eingebüßt, nachdem die Briten die Regierung Dönitz aufgelöst und inhaftiert hatten. Seitdem lag die oberste Regierungsgewalt bei den Besatzungsmächten, und vorrangiges Ziel der Regierung Adenauer war es von Anfang an, das Besatzungsregime

zu beenden und die Staatsgewalt wieder in deutsche Hände zu legen. Nur Frankreich stellte sich anfangs auf den Standpunkt, das Deutsche Reich sei untergegangen, schloss sich aber schließlich der Auffassung der Angelsachsen und der Bundesregierung an.

Auch der Parlamentarische Rat als Schöpfer des Grundgesetzes ging von der Kontinuität des deutschen Staates aus. Nicht anders das Bundesverfassungsgericht, das am 26. März 1957 und später noch einmal im Urteil zum Grundlagenvertrag feststellte: »Das Grundgesetz - nicht nur die These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre - geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist.«

Schließlich bleibt festzuhalten, dass die Alliierten mit den Praktiken der Besetzung gegen die Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 verstießen - nicht nur, aber vor allem, indem sie privates Vermögen konfiszierten. Interessanterweise legten die Westmächte bei den Pariser Verträgen 1954 und bei den Verträgen über die Wiedervereinigung Deutschlands größten Wert darauf, die Enteignungen festzuschreiben und etwaige Klagen vor Gericht vonseiten der Geschädigten für alle Zukunft auszuschließen.

Für die Regierung Adenauer wurde der Kampf um ein Ende der Besatzungsherrschaft zu einem wahren Hindernislauf. Die Auseinandersetzungen zogen sich bis in die zweite Legislaturperiode (1953-1957) hin. Dabei hätte das *quid pro quo* seit 1950 nicht einfacher sein können: Die Amerikaner wünschten einen deutschen Verteidigungsbeitrag und die Deutschen als Gegenleistung politische Selbstbestimmung, die mit einem schönen Euphemismus als »Gleichberechtigung« umschrieben wurde.

Kein Friedensvertrag, aber 1955 endete die Besatzungshoheit

Am 21. September 1949 wurde die bis dahin willkürliche Fremdherrschaft durch ein Besatzungsstatut abgelöst, das die drei Westmächte jederzeit hätten widerrufen können und das bis 1955 in Kraft blieb. Im Oktober 1950 wurde das Amt Blank gegründet - Theo Blank führte als Regierungsbeauftragter ab 1951 Gespräche mit den Westmächten über die Wiederaufrüstung, die mit vornehmer Zurückhaltung als »militärischer Beitrag« umschrieben wurde. Dazu passte, dass man sich entschied, die neuen Streitkräfte nicht »Wehrmacht«, sondern »Bundeswehr« zu nennen.

Ebenfalls 1951 machten die Westmächte weitere Konzessionen: Die BRD durfte ein Außenministerium einrichten, das Adenauer selbst übernahm. Sie durfte diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten aufnehmen. Und am 9. Juli 1951 wurde der Kriegszustand für beendet erklärt.



Briefmarke zum fünfzigsten Jahrestag der Pariser Verträge

Der Durchbruch zu mehr »Gleichberechtigung« schien am 26. Mai 1952 mit den Bonner Verträgen geschafft zu sein: mit dem Deutschland-Vertrag, der auch »Generalvertrag« genannt wurde, und mit seinen Zusatzverträgen, die sich mit den Rechten und Pflichten der fremden Truppen auf deutschem Boden, mit deutschen Finanzleistungen und mit den aus Krieg und Besetzung herrührenden Fragen befassten. Letztere wurden im sogenannten Überleitungsvertrag geregelt. Er wird uns später noch beschäftigen, weil einzelne Bestimmungen auch heute in Kraft bleiben. Hauptzweck dieser Verträge war es aus deutscher Sicht, das Besatzungsstatut zu beenden und dem deutschen Staat die Souveränität zurückzugeben.

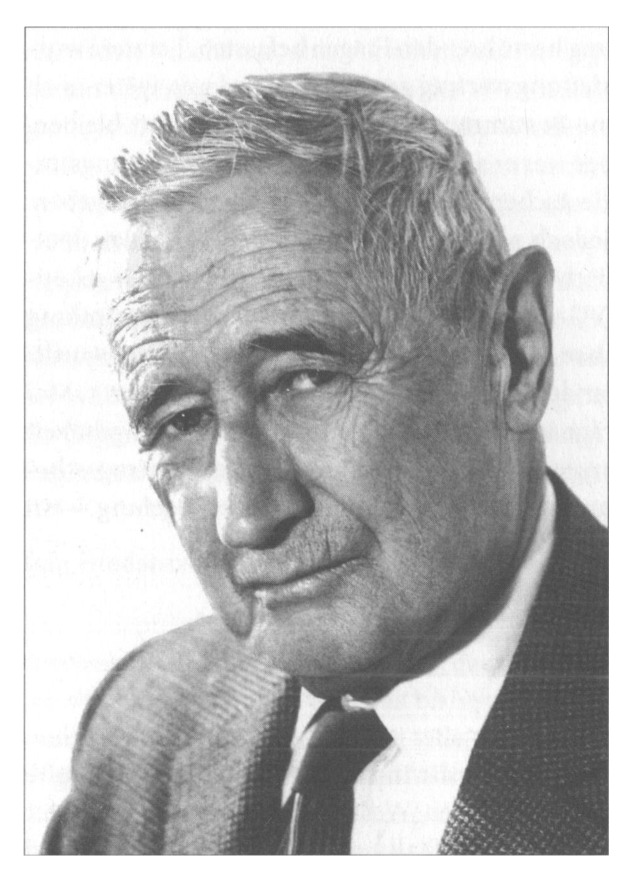
Die Verträge konnten jedoch nicht in Kraft treten, weil sie an den deutschen Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gekoppelt waren und weil die EVG von der französischen Nationalversammlung trotz weiterer Zugeständnisse an Frankreich mit Mehrheit abgelehnt wurde. Als Alternative bot sich der deutsche Beitritt zur NATO an. Erst am 5. Mai 1955, als die Pariser Verträge in Kraft traten, endete die Besatzungshoheit und mit ihr das Besatzungsstatut. Anstelle eines Friedensvertrages bekamen die Deutschen nur eine friedensvertragsähnliche Regelung - ein juristischer Kniff, der sich 1990 wiederholen sollte.

Eine Frage der Ehre: Das Luxemburger Abkommen mit Israel vom 10. September 1952

In einer Zeit, da Bundeskanzler Adenauer unter einer enormen physischen und psychischen Belastung stand, als die in Frankreich heftig umkämpfte EVG zur Debatte stand, als er mit den Westmächten um ein Ende der Besatzungsherrschaft verhandelte, als Stalin die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands vorschlug, als die Westorientierung gegen

den Widerstand der SPD durchgesetzt werden musste und als in London angesichts einer finanziell äußerst angespannten Lage der Bundesrepublik über die deutschen Schulden verhandelt wurde - in dieser Zeit kam auch noch das heikle Thema einer milliardenschweren Wiedergutmachung an Israel aufs Tapet.

In Adenauers Lebenslauf finden sich keinerlei Hinweise auf antisemitische Vorurteile. Ebenso wenig kann er als Philosemit charakterisiert werden. Seine Politik der materiellen Wiedergutmachung, die er gegen alle Widerstände - auch gegen solche in deutschen Medien wie der Hamburger *Zeit* - unbeirrbar durchsetzte, beruhte auf zwei Leitgedanken. Zum einen sah er in der Wiedergutmachung eine »Ehrenpflicht« des deutschen Volkes. Und zum anderen hatte er großen Respekt vor dem Einfluss jüdischer Organisationen nicht zuletzt in den USA. Eine großzügige Geste gegenüber Israel würde das Prestige der Bundesrepublik in den USA befestigen. Nicht von ungefähr ließ sich die Bundesregierung die Arbeit einer amerikanischen, von einem Juden geleiteten Public-Relations-Firma in den fünfziger Jahren viel Geld kosten.



Nahum Goldmann: Adenauers Gesprächspartner

Am 12. März 1951 forderte die israelische Regierung in einer Note an die vier Besatzungsmächte, nicht etwa an die Bundesregierung, Reparationen von Deutschland, obwohl der Staat Israel erst nach dem Krieg gegründet worden war und obwohl Reparati-

onen nur an Kriegsparteien zu zahlen sind. Aus Moskau kam keine Antwort auf die Note aus Israel. Die Westmächte reagierten negativ - wegen der deutschen Devisenknappheit und weil sie zunächst ihre eigenen Forderungen eintreiben wollten.

Der 1948 gegründete Staat Israel brauchte dringend Geld, um zu überleben und um die Wirtschaft aufzubauen. Andererseits waren Verhandlungen mit deutschen Vertretern nur wenige Jahre nach dem Ende des NS-Terrors eine schwierige Angelegenheit. In Israel selbst wurde deutsche Wiedergutmachung von vielen Seiten als »Blutgeld« abgelehnt, und in Deutschland organisierten jüdische Extremisten ein Attentat auf Adenauer, dem am 27. März 1952 ein Sprengmeister zum Opfer fiel.

Als »sehr glückliche Lösung« bezeichnet es Adenauer in seinen Memoiren, dass die israelische Seite Dr. Nahum Goldmann als Gesprächspartner vorgeschlagen habe. Goldmann, der aus Deutschland in die USA emigriert war, leitete den World Jewish Congress und ab Oktober 1951 die Conference on Jewish Material Claims against Germany (kurz: Claims Conference). Adenauer traf ihn zum ersten Mal am 6. Dezember 1951 im Londoner Hotel Claridge's.

Zwei Monate später, am 28. Februar 1952, begann in London nach mehreren Vorverhandlungen die Konferenz von 23 Staaten mit der Bundesrepublik über die deutschen Schulden. Zwischen der Londoner Schuldenkonferenz und den deutsch-israelischen Verhandlungen bestand naturgemäß ein »finanzieller Zusammenhang«, wie Adenauer in seinen Memoiren schreibt. »Es war mir klar, dass dann, wenn die Verhandlungen mit den Juden scheiterten, auch die Verhandlungen auf der Londoner Schuldenkonferenz einen negativen Verlauf nehmen würden, da die jüdischen Bankkreise einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den Verlauf der Schuldenkonferenz ausüben würden. Andererseits war es selbstverständlich, dass ein Scheitern der Londoner Schuldenkonferenz ein Scheitern der Verhandlungen mit den Juden nach sich ziehen würde.«[9]

Während Adenauer aus übergeordneten politischen Gründen nicht kleinlich sein wollte, ging es Abs, dem Verhandlungsleiter in London, um Fragen der Finanzierbarkeit. Er dachte in den Kategorien des Bankiers. Er befürchtete, dass die Westmächte ihre Forderungen hochschrauben würden, sollte sich die Bundesrepublik gegenüber Israel zu großzügig zeigen. In einem Gespräch mit dem Verhandlungsführer aus Israel hatte Abs Summen genannt, in denen die jüdische Öffentlichkeit »nichts anderes als

eine Beleidigung« sehen würde. So jedenfalls stellte es Goldmann in einem Beschwerdebrief an Adenauer dar.

Der Kanzler zeigte sich betroffen, und schließlich konnten die Verhandlungen, die in Wassenaar bei Den Haag stattfanden, doch noch mit einem unterschriftsreifen Vertrag abgeschlossen werden. Er wurde von Adenauer am 10. September 1952 unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in Luxemburg unterzeichnet und beinhaltete deutsche Warenlieferungen an Israel im Wert von 3,45 Milliarden D-Mark über einen Zeitraum von 12 bis 14 Jahren. Davon sollten 450 Millionen an Goldmanns Claims Conference abgezweigt werden - Geld, das jüdischen Organisationen zugutekommen sollte, nicht verfolgten Einzelpersonen. Für diese stellte Bonn im Rahmen einer Härteregelung weitere 400 Millionen zur Verfügung. Und da sich die Claims Conference für Personen jüdischer Abstammung, die nicht der Glaubensgemeinschaft angehörten, nicht für zuständig hielt, wurden zusätzliche 70 Millionen für sogenannte Nichtglaubensjuden bereitgestellt.

Wiedergutmachung: Als Deutschland wieder zahlungskräftig war, musste nachgelegt werden

Für Goldmann, der im Hintergrund die Fäden zog, und für die Israelis, die in Wassenaar die konkreten Verhandlungen führten, war das Luxemburger Abkommen ein voller Erfolg. Adenauer hatte mehr zugestanden, als Abs zahlen wollte - und die Israelis hätten sich mit weniger zufrieden gegeben. Gegenüber dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion erklärte Goldmann, er hätte sich auch mit 500 Millionen Dollar begnügt. Das wären 2,2 Milliarden D-Mark gewesen statt der 3,45 Milliarden.

Henning Köhler, der Biograf Adenauers, beschreibt Goldmanns überlegene Taktik folgendermaßen: »Indem er aber das schlechte Gewissen seiner deutschen Gesprächspartner ausnutzte und vornehmlich über die moralische Seite sprach, als ob das Geld völlig nebensächlich wäre, operierte er weit erfolgreicher.« Köhler fügt hinzu: »Man muss dabei berücksichtigen, dass die runde Milliarde, die er so mehr herausschlug, im Jahre 1952 noch ein ganz ernsthaftes Problem darstellte. Das spätere Wirtschaftswunder war im Frühjahr 1952 noch keine Realität, es war keine feste Größe, mit der man rechnen konnte.«[10]

In seinen *Erinnerungen* schreibt Adenauer, die Juden in Israel und außerhalb Israels hätten im Luxemburger Abkommen eine »erschöpfende



Von der Maschinenfabrik Esslingen gefertigte Eisenbahn am alten Bahnhof von Jerusalem, geliefert im Rahmen der Wiedergutmachung (Bild von 1956)

Regelung der Wiedergutmachungsfrage« gesehen." Da sollte er sich täuschen. Als 1988 deutlich wurde, dass die erwähnten 400 Millionen aus der Härteregelung nicht ausreichten, wurde um 180 Millionen aufgestockt. Und nach der Wiedervereinigung wurden für den entsprechenden Fonds der Claims Conference bis 1999 zusätzlich 1,668 Milliarden D-Mark zur Verfügung gestellt.

Unabhängig davon existierte aus der Zeit der US-Militärregierung ein Rückerstattungsgesetz, auf das 1957 ein Bundesrückerstattungsgesetz folgte. Diese Regelung bezog sich überwiegend auf geraubte jüdische Vermögen. Im Zuge des Gesetzes von 1957 brachte die Bundesrepublik rund 4 Milliarden Mark auf, um entsprechende Geldverbindlichkeiten zu honorieren.

Der Hauptanteil der Rückerstattungsansprüche entfiel freilich auf die sogenannte Naturalrestitution, das heißt auf die Rückgabe von Vermögensgegenständen wie Immobilien, Hausrat, Kunst, Sammlungen, Schmuck und Edelmetallen. Wenn die Geschädigten nicht mehr lebten, wurden jüdische Nachfolgeorganisationen anspruchsberechtigt, wie zum Beispiel die Jewish Restitution Successor Organization in New York. Dass derartige Forderungen auf Rückerstattung bis heute nicht selten missbräuchlich erhoben

werden, hängt auch damit zusammen, dass oft nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, ob Gemälde und andere Kunstobjekte freiwillig oder unter Zwang veräußert wurden, ob sie zu Marktpreisen oder darunter verkauft wurden.

Ebenfalls zum Komplex der Wiedergutmachung zählte das im August 1949 von den Militärregierungen in Kraft gesetzte Entschädigungsgesetz. Es kam NS-Verfolgten zugute, und zwar auch solchen, die Schaden an ihrer beruflichen Karriere genommen hatten. So kassierten Persönlichkeiten wie Herbert Marcuse oder Eugen Gerstenmaier hohe sechsstellige Summen mit der Begründung, dass sie eine Professur erlangt hätten, wäre die NSDAP nicht an die Macht gekommen.

In den Jahren 1959 bis 1964 unterzeichnete die inzwischen erfreulich liquide Bundesregierung pauschale Entschädigungsabkommen mit elf westeuropäischen Staaten. Die Geldzahlungen beliefen sich auf insgesamt 876 Millionen Mark. Mehrere Vertragspartner behielten sich vor, bei Abschluss eines Friedensvertrages weitere Ansprüche zu stellen.

Frankreich bekam 400 Millionen, Griechenland 115 Millionen, Belgien 80 Millionen, Norwegen 60 Millionen, und an die Niederlande gingen 125 Millionen. Da zwischenstaatlich und nicht individuell bezahlt wurde, kann auch hier von reparationsähnlichen Leistungen gesprochen werden. Ähnliche Verträge wurden auch mit den neutralen Staaten Schweden und Schweiz, mit dem im Krieg verbündeten Italien und sogar mit Österreich abgeschlossen. Das kostete den deutschen Fiskus noch einmal 125 Millionen und erklärte sich schlicht und einfach damit, dass Deutschland dank Wirtschaftswunder wieder zahlungskräftig war, was alle möglichen Begehrlichkeiten wecken musste.

Zu den kleineren Skurrilitäten der Wiedergutmachung zählten die 2,47 Millionen Mark, die an die sogenannten Wapniarka-Geschädigten gezahlt wurden. Das waren rumänische Juden, die in einem rumänischen Lager unter der Verantwortung des souveränen Staates Rumänien mit giftigen Kichererbsen ernährt wurden. Deutschland zahlte, »obwohl der souveräne rumänische Staat allein die Verantwortung für dieses Unrecht trägt«, wie Bernd Josef Fehn, einer der besten Kenner der Materie, anmerkt." Außerdem erhielten jüdische Kämpfer aus Palästina, die zusammen mit der britischen Armee in Griechenland in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten waren, 5,5 Millionen Mark als Entschädigung für völkerrechtswidrige Behandlung.

Spendable Regierung Brandt: Kredite und Pauschalzahlungen an Warschau und Belgrad

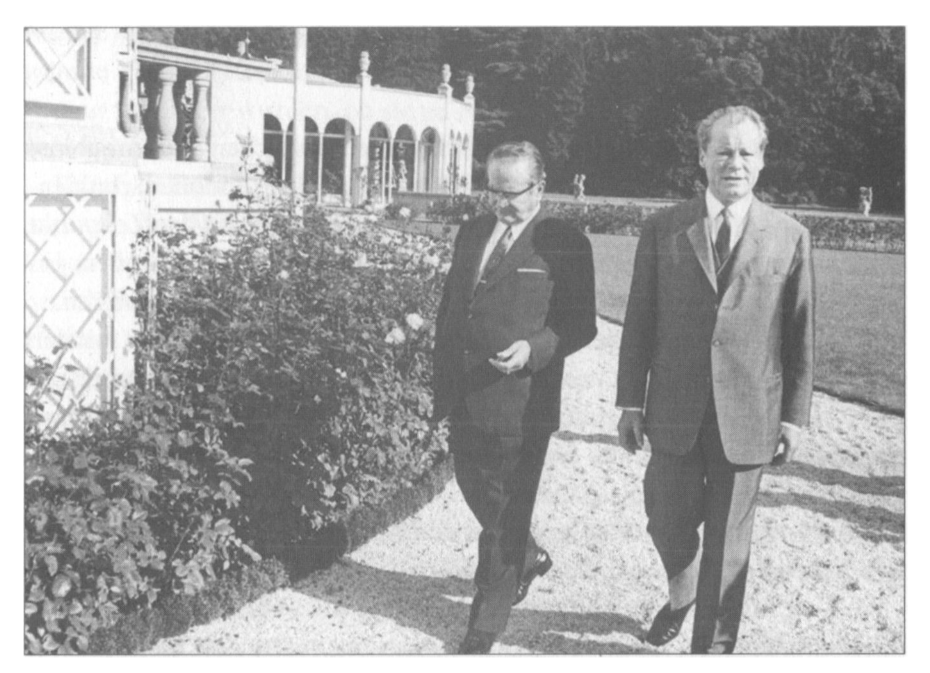
Die erwähnten Globalabkommen mit elf westeuropäischen Staaten schloss die Bundesregierung freiwillig ab. Sie hätte sich auf das Londoner Schuldenabkommen berufen können, das alle weiteren Ansprüche auf den Zeitpunkt eines Friedensvertrages vertagt hatte. Bonn zahlte, um Ruhe zu haben, guten Willen zu zeigen und die Integration in den Westen nicht zu stören.

In den sechziger und siebziger Jahren folgten Globalabkommen mit den osteuropäischen Staaten, zuerst mit Jugoslawien 1961, schließlich auch mit Polen 1972. Je länger die Amtszeit Fritz Schäffers zurücklag, der jede Mark zweimal umgedreht hatte, desto spendabler zeigte sich die Bundesregierung. Und die Regierung Brandt (1969-1974) legte ohnehin keinen besonderen Wert mehr auf einen ausgeglichenen Haushalt. Der Sozialstaat begann zu wuchern, die Staatsschulden wuchsen.

Wie die Sowjetunion hatte auch Polen 1953 auf weitere deutsche Reparationen verzichtet. Die Warschauer Regierung stellte sich dann aber in den sechziger Jahren auf den Standpunkt, eine Entschädigung polnischer NS-Verfolgter, insbesondere der KZ-Häftlinge und der Zwangsarbeiter, fiele nicht unter den Reparationsbegriff.

Als der Warschauer Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen 1972 ratifiziert war, wurde die polnische Regierung offiziell vorstellig. Bemerkenswert, dass selbst Willy Brandt als Bundeskanzler damals in einem internen Gespräch mit dem polnischen KP-Chef Gomulka noch argumentierte, dass Polen immerhin ein Drittel (sie!) des deutschen Staatsgebietes erhalten habe und dazu das Eigentum der deutschen Vertriebenen von kaum mehr zu schätzendem Wert. Brandt rechnete tatsächlich auf - eine Sicht, die damals nicht nur in der nichtöffentlichen Meinung, das heißt an den Stammtischen, sondern auch in der öffentlichen Meinung, das heißt in den Medien und den schnatternden Klassen, noch weit verbreitet war.[13]

Die Bilanz der dann doch an Warschau geleisteten Zahlungen fällt wenig schön aus. Es stellte sich heraus, dass die polnischen Behörden die 1972 bereitgestellten 100 Millionen Mark größtenteils nicht an die NS-Opfer ausgezahlt, sondern anderweitig verbuttert hatten. Das hinderte die Bundesregierung nicht daran, schon 1975 einen Finanzkredit von einer Milliarde Mark nachzuschieben, um Gomulka zu besänftigen. Er hatte an-



Bundeskanzler Willy Brandt empfängt im Oktober 1970 den jugoslawischen Staatschef Josip Broz Tito im Schloss Röttgen in der Nähe von Bonn

geboten, das »Entschädigungsproblem« für erledigt zu erklären, wenn er von der Bundesregierung einen großen Kredit zu günstigen Konditionen bekäme.

Zugleich wurden die Rentenansprüche polnischer Zwangsarbeiter pauschal abgegolten. Ob bei den Verhandlungen auch die deutschen Verfolgten und Zwangsarbeiter zur Sprache kamen, ist nicht überliefert. Vermutlich nicht. Wie auch immer, ab 1976 ging eine pauschale Abgeltung von 1,3 Milliarden Mark in drei Jahresraten an Warschau. Der bereits erwähnte Kredit über eine Milliarde Mark mit 5 tilgungsfreien Jahren und einer Laufzeit von 20 Jahren entpuppte sich als Geschenk. Er wurde weitgehend erlassen.

Erst recht nicht wurde gegenüber Tito »aufgerechnet«, was angesichts der Gräueltaten der siegreichen jugoslawischen Partisanen bei Kriegsende vielleicht doch angebracht gewesen wäre. Der Diktator hatte schon 1956 300 Millionen Mark bekommen, davon 240 Millionen als Kredit mit einer Laufzeit von 99 Jahren. Eine weitere generöse Kapitalhilfe, diesmal über 700 Millionen Mark, machte die Bundesregierung Ende 1974 locker, nach-

dem Bundeskanzler Brandt im Jahr zuvor Tito auf dessen Privatinsel Brioni seine Aufwartung gemacht hatte. Die dort erzielte Verständigung wurde als »Brioni-Formel« gefeiert und entsprach angeblich den Interessen beider Länder - was ungefähr derselben Logik folgt wie die Umwidmung von Entwicklungshilfe in »Entwicklungszusammenarbeit«.

Versuch einer Bilanz: Nicht einmal die Bundesregierung kennt den kompletten Wert der Reparationen

Bevor ich Gefahr laufe, den Leser mit der Aufzählung zu vieler Reparations- und Wiedergutmachungssummen zu langweilen (die juristische und faktische Abgrenzung zwischen den beiden Rubriken ist nicht immer einfach), wollen wir eine Gesamtbilanz versuchen. Zugrunde gelegt wird dabei ein Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller beim Bundesfinanzministerium vom 9. März 2000 an den CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann. Dem Schreiben beigefügt ist eine Aufzählung der sogenannten Kriegsfolgeleistungen mit Stand vom 31. Dezember 1997.

Gleich zu Beginn macht Diller eine Einschränkung, die nicht deutlich genug hervorgehoben werden kann: »Die erbetenen Angaben über den Wert der Reparationsleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg sind in der gewünschten Form nicht möglich, da dem Bund entsprechendes Zahlenmaterial nicht vorliegt.« Mit anderen Worten: Nicht einmal die Bundesregierung weiß, wie viel genau und insgesamt seit 1945 gezahlt wurde. Sicher ist nur, dass es mehr war als nach dem Ersten Weltkrieg und weitaus mehr, als Stalin auf der Konferenz von Potsdam gefordert hatte, als er eine Summe von 20 Milliarden Dollar nannte.

In der ausdrücklich als »unvollständig« bezeichneten Aufstellung des Bundesfinanzministeriums vom 31. Dezember 1997 finden sich unter anderen folgende Posten:

❶ Leistungen der Westzonen und der BRD: Entnahmen von Industrieausrüstungen, anderen Ausrüstungsgütern und Handelsschiffen im Wert von 4,782 Milliarden Reichsmark. Beschlagnahme von Patenten, Warenzeichen, Handelsmarken, Herstellungsverfahren und Forschungsergebnissen im In- und Ausland im Wert von 17 bis 20 Milliarden Reichsmark, wovon ein Drittel der Sowjetunion zugutekam. Deutsches Auslandsvermögen wie zum Beispiel Grund-

besitz, Unternehmen, Aktien und Geldguthaben für 13,04 Milliarden Reichsmark. Zusammen mit kleineren Posten wie zum Beispiel Zwangsexporten von Holz summierte sich das auf 39,636 Milliarden Reichsmark. (Zur Ablieferung von Edelmetallen und ausländischen Valuten laut Proklamation der Oberbefehlshaber der Besatzungsstreitkräfte vom 20. September 1945 heißt es in der Aufstellung: »Wert nicht bekannt«.)

❷ Wiedergutmachung: Für Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz, dem Bundesrückerstattungsgesetz, dem Luxemburger Abkommen mit Israel, den Globalverträgen mit west- und osteuropäischen Staaten wurden bis zum 31. Dezember 1997 102,1 Milliarden D-Mark gezahlt. Nicht enthalten in der Summe sind die 1997 beschlossenen Zuschüsse von 80 Millionen Mark an die noch einzurichtenden Stiftungen »Verständigung und Versöhnung« mit mittel- und osteuropäischen Staaten sowie ein Betrag von 140 Millionen Mark für den 1997 gegründeten »Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds«.

❸ Reparationen der SBZ und der DDR: 66,4 Milliarden Mark der DDR (= 15,8 Milliarden Dollar bei einem Kurs von 4,20). Größter Posten davon: Warenlieferungen aus der laufenden Produktion für 34,70 Milliarden DDR-Mark. Nicht enthalten in den 66,4 Milliarden sind unter anderen rund 16 Milliarden Besatzungskosten bis Ende 1953, die Arbeitsleistung der Spezialisten und Kriegsgefangenen in der Sowjetunion sowie der Nutzen aus dem Uranbergbau und der Patentraub.

So weit die Regierungsangaben, die sich mit einigen Abweichungen auch in dem Buch von Doehring/Fehn/Hockerts finden. Der Schweizer Historiker Jörg Fisch beziffert die Leistungen Gesamtdeutschlands für den Zeitraum 1945 bis 1988 ohne Besatzungskosten auf 30,1 Milliarden Dollar und mit Besatzungskosten auf 50,5 Milliarden Dollar auf der Basis der Kaufkraft von 1938. In heutigen Dollars wäre das mindestens das Zehnfache, also 550 Milliarden Dollar, vermutlich sogar mehr.

In der von Fisch berechneten Summe sind weder der Raub geistigen Eigentums noch die Arbeitsleistung der deutschen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen noch der Wert der abgetrennten deutschen Ostgebiete enthalten.

Fisch spricht von »gewaltigen Leistungen«. Nach 1953 sei die Belastung deutlich zurückgegangen, aber auch in der Periode bis 1988, also bis kurz

vor der Wiedervereinigung, habe ebenfalls »kein anderer Staat auch nur entfernt vergleichbare Leistungen erbracht.[14]

Dass so viel aus dem Land herausgezogen werden konnte, war dem phänomenalen Erfolg von Erhards Marktwirtschaft zu verdanken, aber auch der 1945 vorhandenen industriellen und geistigen Substanz, aus der sich die Westmächte und vor allem die Sowjetunion bedienen konnten.

Wie Österreich zum Opfer befördert wurde und selbst Japan glimpflich davonkam

Es stimmt, wie Fisch anmerkt, dass die deutschen Leistungen auch im Vergleich zu anderen Staaten sehr hoch waren und dass Deutschland in Bezug auf die Reparationen nach dem Krieg weiterhin als Hauptfeind behandelt wurde.

Die mit dem Deutschen Reich verbündeten Staaten Italien, Rumänien, Finnland, Bulgarien und Ungarn durften nach längeren Verhandlungen, auf denen feste Reparationssummen vereinbart wurden, am 10. Februar 1947 Friedensverträge unterzeichnen. Damit war das Thema abgeschlossen. Sie kamen glimpflich davon, während Deutschland - ohne Friedensvertrag - auf Jahre hinaus Beuteobjekt blieb. Die Italiener besaßen bei den Verhandlungen sogar die Chuzpe, ihrerseits Reparationen von Deutschland in Höhe von 3,4 Milliarden Dollar zu fordern. Sie wollten sich so in die Reihe der Siegermächte mogeln, stießen bei diesen aber auf Granit.

Österreich wiederum profitierte von einer Geschichtsklitterung, die auf die Moskauer Erklärung der drei alliierten Mächte vom 1. November 1943 zurückging. In dieser wurde Österreich zum ersten Opfer Hitlers befördert und als zu befreiendes Gebiet bezeichnet - das Letztere eine Hochstufung, die Deutschland versagt blieb. Da war es nur folgerichtig, dass die vier Besatzungsmächte im Staatsvertrag von 1955 großzügig auf das umfangreiche, in Österreich befindliche deutsche Eigentum verzichteten und dieses den Österreichern zusprachen. Bonn protestierte in Wien, die Österreicher verlangten ihrerseits Reparationen von Deutschland, und der Streit endete 2 Jahre später damit, dass wenigstens der enteignete deutsche Kleinbesitz entschädigt wurde.

Der unverdiente Opferstatus der Alpenrepublik hatte zusätzlich den Vorteil, dass Israel, um die USA nicht zu reizen, auf Geldforderungen an Wien verzichtete. Es meldeten sich aber jüdische Organisationen, denen

schließlich kleine Zahlungen zugestanden wurden, die nur symbolischen Wert hatten. Der dritte deutschsprachige Staat, die DDR, lehnte es rundweg ab, auf jüdische Forderungen einzugehen.

Dass die andere große Feindmacht der USA, das japanische Kaiserreich, im Vergleich zu Deutschland äußerst gnädig behandelt wurde, war nicht zuletzt dem Militärgouverneur Douglas MacArthur zu verdanken. Er hielt nichts von Demontagen, und tatsächlich wurde nach amerikanischen Angaben nur für 40,6 Millionen Dollar demontiert. Der Friedensvertrag, der mit Japan am 8. September 1951 abgeschlossen wurde, beinhaltete zwar grundsätzlich eine Reparationspflicht. Die Japaner, denen jegliches Schuldbewusstsein abging, erklärten sich bereit, eine runde Milliarde in Dollar an Reparationen aufzubringen. Eine mehr als bescheidene Rechnung für den Überfall auf Pearl Harbor und für den Krieg in China und Südostasien.

1981 dachte der Nestor des Wiedergutmachungsrechtes, das Thema abhaken zu können

Als im Juni 1980 ein deutsch-israelisches Rentenabkommen in Kraft trat, das zunächst auch in Israel kaum Beachtung fand, schien das Kapitel Wiedergutmachung abgeschlossen zu sein. Niemand ahnte, dass sich aus dem Missbrauch der aus Deutschland fließenden Milliarden Jahre später handfeste Skandale entwickeln sollten, dass nach mehr als einem Jahrzehnt und selbst noch um die Jahrtausendwende neue Forderungen erhoben würden, dass in der politischen Klasse Deutschlands eine Mentalität um sich greifen würde, die den Schuldkult umso beflissener pflegte, je länger Krieg und NS-Regime zurücklagen. Mit dem Schuldbewusstsein wuchs die Bereitschaft, zu zahlen und nicht mehr so genau hinzuschauen, wohin und an wen das Geld ging und was damit gemacht wurde.

Kaum zu glauben, dass Werner Schwarz 1981 beschloss, die seit September 1949 erscheinende Zeitschrift *Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht* einzustellen. Er dachte tatsächlich, zum Thema sei nun alles gesagt. Das Blatt war so etwas wie das Zentralorgan der Wiedergutmachung, und Schwarz galt seit Langem in Expertenkreisen als führende Kapazität auf diesem Gebiet. Er wurde 1906 in Berlin als Sohn jüdisch-polnischer Einwanderer geboren, emigrierte 1938 nach Palästina und eröffnete 1952 eine Anwaltspraxis in Berlin.

Am 14. Januar 1983 erschien von ihm in der Zeitung *Aufbau* ein Artikel mit dem Titel »Zum letzten Kapitel der Wiedergutmachung«. Schwarz glaubte, sich mit dem Satz verabschieden zu können: »Die Werkleute verlassen den vollendeten Bau.« Schwarz sollte sich täuschen. Das vermeintlich letzte Kapital war nicht einmal das vorletzte."

Und am 26. Oktober 1984 schrieb Werner Schwarz in einem Leserbrief an die *Zeit*, wenn er eine Bilanz seines Lebens zöge, dann würde er meinen, »dass ein Deutscher das Recht hätte, auf das Werk der Wiedergutmachung stolz zu sein«.

Als Schwarz im April 1986 als Sachverständiger im Berliner Abgeordnetenhaus sprach und das Wort vom Stolz wiederholte, schlug ihm ein Proteststurm entgegen. Er reagierte ironisch auf den »Schneid« junger Deutscher, die weder Verfolgung noch Wiedergutmachung miterlebt hätten und nun um so selbstgerechter zu Gericht sitzen wollten.

Die jungen Deutschen, das waren die den neuen Zeitgeist repräsentierenden Politiker der Grünen inklusive ihres Dunstkreises. Sie fantasierten von einem »Kleinkrieg gegen die Opfer« und einer »zweiten Verfolgung« und machten sich auf die Suche nach immer neuen »vergessenen« Minderheiten von Opfern. Mit seiner Rede am 8. Mai 1985 schürte Bundespräsident von Weizsäcker die Stimmung, die 1983 in den Bundestag eingezogenen Grünen rührten die Trommel, der Bundestag befasste sich mit neuen Opfergruppen, und Ende der achtziger Jahre wurde ein weiterer Härtefonds eingerichtet.

Nur streifen können wir die globale Entschädigungswelle, die in den neunziger Jahren von den USA inszeniert wurde, sowie die Kampagne für die Rückerstattung von Kunst, die mit verminderter Intensität immer noch läuft. Sie wurde von Berthold Unfried in großer Breite abgehandelt.[16] Er diagnostiziert eine »globalisierende Moralpolitik unter amerikanischen Vorzeichen« und einen Angriff auf die nationale Erinnerungskultur auch Frankreichs, Österreichs und der Schweiz. Die Eidgenossenschaft wurde zum speziellen Opfer amerikanischer Erpressung. Die Kunstrestitution habe oftmals der Überführung von Kunstwerken aus staatlichen Museen in privaten Besitz gedient und weniger der Wiedergutmachung von historischem Unrecht. »Denn schließlich verschwänden die Bilder schon allein deshalb sofort auf Auktionen und auch anschließend in Privatsammlungen, weil damit die teuren Anwaltsgebühren bezahlt werden müssten.«[17] So folgte auf die seriöse Wiedergutmachung der Ära Adenauer, die den Opfern

zugutekam und einen wesentlichen finanziellen Beitrag zum Überleben des Staates Israel leistete, eine opportunistische Wiedergutmachungspraxis, die immer neue Tatbestände suchte und fand und aus der Geschäftemacher, gierige Anwälte und moralisch argumentierende Organisationen ihren Profit zogen. Der Umgang mit der Vergangenheit wurde amerikanisiert und kommerzialisiert.

Der Skandal um das deutsch-israelische Rentenabkommen

Immer wenn Gesinnungsethik über Verantwortungsethik triumphiert, wenn Geld mit leichter Hand verteilt wird, verschwimmt die Grenze zwischen Moral und unsauberen Geschäften. Im Falle des Rentenabkommens vom Juni 1980 kann von Wiedergutmachung nicht einmal die Rede sein. Es handelte sich um eine bloße Goodwill-Aktion von deutscher Seite, die gut gemeint war, böse Folgen hatte und schließlich Ende der neunziger Jahre die Gerichte in Israel und Deutschland beschäftigte.

Mit dem Abkommen vom Juni 1980 bekamen Israelis das Recht, sich rückwirkend zum 1. Januar 1956 zu extrem günstigen Bedingungen in die deutsche Rentenversicherung einzukaufen. Sie mussten nur die niedrigen Rentenbeiträge der früheren Jahre nachzahlen und bekamen dafür von der Berliner Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) die aktuellen hohen Renten ausgezahlt. Der Clou dabei: Wer in den Genuss der vollen deutschen Rente kommen wollte, musste weder in Deutschland gelebt noch unter der NS-Verfolgung gelitten haben. Alle Einwanderer nach Israel, aber auch israelische Staatsbürger arabischer Abstammung, waren antragsberechtigt.

Der Betrug an den israelischen Rentnern lief folgendermaßen ab: Eine in Israel gegründete Organisation namens Irgun vermittelte für die Nachentrichtung der niedrigen Beitragszahlungen einen Kredit, wofür zwei Drittel der Rente abgetreten werden mussten. Und selbst vom Rest wurden Honorare und verschiedene Gebühren abgezogen. Resultat: Bei den Rentnern in Israel kamen in typischen Fällen nur 240 Mark im Monat oder noch weniger an. Nach einer vorsichtigen Schätzung der Jerusalemer Staatsanwaltschaft landete eine runde Milliarde auf den Konten von dubiosen Firmen und Anwälten - auf Konten, die in Steueroasen wie der Isle of Man oder Liechtenstein unterhalten wurden.

Und die Berliner BfA überwies nicht etwa direkt an die Rentner in Israel, sondern auf die Konten der Mittelsmänner. »Die BfA schaut seit vielen

Jahren zu«, schrieb der *Spiegel* in Nummer 38/1999, »wie in vielen Fällen fast das gesamte Geld, das israelischen Rentnern zugedacht war, in den Taschen dubioser Geschäftemacher verschwindet.« Die BfA hatte nicht nur geduldet, dass die israelischen Rentner betrogen wurden, sie hatte auch ihre Beitragszahler in Deutschland geschädigt. »Das sind versteckte Entschädigungsleistungen«, kommentierte ein BfA-Direktor.

Vermintes Gelände für den Bundesrechnungshof: Das Geschäftsgebaren der Jewish Claims Conference

In Sachen Wiedergutmachung griff in Deutschland eine Kultur des Wegsehens, der Schluderei und des Nichtwissenwollens um sich. In den Jahren nach der Wiedervereinigung kam dann auch noch die mächtige Conference on Jewish Material Claims Against Germany (kurz: Claims Conference, oder: JCC) in die Kritik. Mit der wollte sich kein karrierebewusster deutscher Politiker anlegen. Der CDU-Abgeordnete Martin Hohmann, der es bei anderer Gelegenheit wagte, ein Wort für deutsche Zwangsarbeiter einzulegen oder unbequeme Fragen zu den deutschen Goldreserven in New York zu stellen, richtete am 3. März 2000 folgende schriftliche Frage an die Bundesregierung:

»Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, dass das offensichtlich zu großen Teilen aus deutschen Zahlungen stammende Milliardenvermögen der Conference on Jewish Material Claims Against Germany bei der Entschädigung von Opfern nationalsozialistischen Unrechts mit eingesetzt wird?«

Hohmann bezog sich in der Anfrage auf einen Beschlussentwurf in der israelischen Knesset, in dem der Claims Conference vorgeworfen wurde, ihr Vermögen nicht hinreichend für die Entschädigung von NS-Opfern einzusetzen.

In ihrer Antwort vom 21. März wies die Bundesregierung Hohmanns Anfrage ab und behauptete, die finanziellen Mittel der Claims Conference kämen unmittelbar oder mittelbar den Opfern nationalsozialistischen Unrechts zugute. Und: »Über die Höhe ihres Vermögens liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.« Weiter: »Die Bundesregierung hat keine Veranlassung, im Hinblick auf die derzeit laufenden Verhandlungen über Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiter irgendwelche Folgerungen in Bezug auf die JCC zu ziehen.«

Es dauerte, bis sich Hohmanns Verdacht voll bestätigte. Im Mai 2008 lief in Israel ein Film über den Fall JCC, in dem der israelische Rentenminister die Vertreter der Claims Conference »eine Bande« nannte. Und in Nummer 23/2008 konnte *Der Spiegel* aus Dokumenten zitieren, in denen die zweifelhaften Geschäftspraktiken belegt wurden. *Der Spiegel* notierte: »Die jüdische Claims Conference hat durch Rückübertragungen in Deutschland ein Vermögen erwirtschaftet. Doch sie steht im Verdacht, Geld zurückzuhalten, das für Überlebende des Holocaust bestimmt ist. In Israel nimmt die Regierung jetzt die Geschäftspraktiken der Organisation ins Visier.«

1990, im Jahr der Wiedervereinigung, hatte sich der Claims Conference ein neues Betätigungsfeld eröffnet: die Rückforderung von jüdischen Immobilien auf dem Gebiet der früheren DDR, die zweimal enteignet worden waren - von den Nationalsozialisten und den Kommunisten. Der Kampf um die Immobilien nahm zeitweise chaotische Formen an: Die unvermeidlichen New Yorker Anwälte wurden aktiv, zu manchen Grundstücken wurden gleich zehn unterschiedliche Ansprüche angemeldet, und selbstverständlich wollte sich auch die routinierte, seit 1951 im Geschäft befindliche Claims Conference ein Stück vom Kuchen abschneiden. Sie konnte bei der Bundesregierung durchsetzen, dass sie als einziger Antragsteller pauschale Ansprüche stellen durfte - ohne die genaue Lage eines Grundstücks oder den Namen eines früheren Besitzers nennen zu können. Die sollten später nachgereicht werden.

Weil sich zahlreiche Eigentümer nicht meldeten oder nicht ausfindig gemacht werden konnten, fiel deren Eigentum an die Claims Conference. Die wiederum schritt zum Verkauf und kassierte nach eigenen Angaben und nach dem Stand von 2008 rund 1,5 Milliarden Euro. Es kam auch vor, dass sich Eigentümer erst nach einer Versteigerung bei der JCC meldeten. So erhielten zwei Brüder aus Australien 80 Prozent des Preises, den die Claims Conference bei der Versteigerung erzielt hatte - aber erst nachdem sie (als rechtmäßige Eigentümer) gegenüber der Claims Conference auf ihren »Rechtsanspruch« verzichtet hatten.

In dem erwähnten *Spiegel-Bericht* wird deutlich, wie die Bundesregierung das Geschäftsgebaren der Claims Conference tolerierte und deckte. Das sonst so ausgeprägte Mitteilungsbedürfnis gegenüber dem Publikum hielt sich in Grenzen. Die Regierung zahlte und schwieg. »Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit«, wusste der *Spiegel* 2008 zu berichten, habe die Bundesrepublik in den vergangenen 6 Jahren der JCC weit über

100 Millionen Euro überwiesen. Und die dubiosen Geschäftspraktiken des langjährigen JCC-Immobilienverkäufers Michael Siegmund, der in die eigene Tasche wirtschaftete, seien wie eine geheime Staatssache behandelt worden.

Selbst der Bundesrechnungshof stieß auf ein Minimum an Kooperation vonseiten des JCC, als er die Verwendung von Geldern des Härtefonds für Holocaust-Überlebende überprüfen wollte. Der Schriftverkehr mit wiederholten Anfragen zog sich über Jahre hin. Den Kontrolleuren sei schnell klargemacht worden, dass sie sich auf »vermintem Gelände« bewegten.

Im Prinzip hat sich die Claims Conference so verhalten, wie sich andere Organisationen in vergleichbarer Situation verhalten würden. Sie funktioniert als bürokratischer Apparat, der ihrem Personal Macht und Prestige verleiht - und Bürokratien pflegen nicht an ihrer eigenen Abschaffung zu arbeiten. Hätte der Nestor der Wiedergutmachung, Werner Schwarz, mit seiner Annahme recht bekommen, dass das Werk der Wiedergutmachung abgeschlossen sei, dann hätte sich die Claims Conference auflösen und das verbliebene Geld an die noch lebenden NS-Opfer auskehren können. Mit der Idee, dass die im Firmennamen enthaltenen »materiellen Ansprüche gegen Deutschland« irgendwann getilgt und befriedigt sein könnten, mochten sich die Chefs der in New York sitzenden Organisation bisher nicht anfreunden.

Verständlich, dass sich Politiker in Israel an der Methode der New Yorker störten, Geld aus Deutschland zu bunkern, anstatt es an die Betroffenen weiterzureichen. Sie waren wohl der Auffassung, die Zahlungen seien in Israel besser aufgehoben, womit sie nicht ganz unrecht hatten. Die Affäre hinterlässt den Eindruck, dass die Bundesregierung stets mehr Respekt vor der Claims Conference als vor ihren eigenen Steuerzahlern hatte - und offenbar auch mehr als vor den Israelis selbst.

In jedem Fall muss die Rückerstattung von geraubtem Eigentum in einem Rechtsstaat eine Selbstverständlichkeit sein. Ob Nationalsozialisten oder Kommunisten enteignet haben, darf ebenso wenig eine Rolle spielen wie die Religion der Enteigneten. Bundeskanzler Kohl und sein Finanzminister Waigel sahen das anders, als im Zuge der Wiedervereinigung über den von den sowjetischen Besatzern konfiszierten deutschen Grundbesitz entschieden wurde. Er wurde nicht restituiert, er blieb enteignet. Der deutsche Staat gab den Hehler und bereicherte sich an privatem Eigentum - ein beispielloser Sündenfall für eine bürgerliche Regierung.

Selbstachtung: Als Eisenhower sich bei den Wehrmachtsoffizieren entschuldigte

Welch ein Unterschied zu den fünfziger und sechziger Jahren, als die Regierungen Adenauer und Erhard das Geld zusammenhielten, selbstbewusst auftraten und verhandelten und in Sachen Reparationen und Wiedergutmachung auf seriösen, überschaubaren Verträgen bestanden. Das Verhältnis der Regierenden zu den ihnen anvertrauten Steuergeldern war ein anderes. Unter moralischen Druck setzen ließen sie sich nicht. Die Unsitte, den Zahlmeister spielen zu wollen, begann erst mit der Ära Brandt um sich zu greifen.

Selbstachtung ist eine politische Tugend, die Respekt verschafft. Als die Amerikaner die Deutschen wieder brauchten und der früher dezidiert deutschfeindliche NATO-Oberbefehlshaber Eisenhower am 22. Januar 1951 in Bad Homburg mit den beiden Wehrmachtsgenerälen Heusinger und Speidel zusammentraf, sah er sich genötigt, sich von gewissen Aussagen in seinem Buch, die in Deutschland schlecht angekommen waren, zu distanzieren. Eisenhower erklärte, »dass meine damalige Beurteilung der Haltung des deutschen Offizierskorps und der Wehrmacht nicht den Tatsachen entspricht, und ich stehe daher nicht an, mich wegen meiner damaligen Auffassungen … zu entschuldigen«.[18]

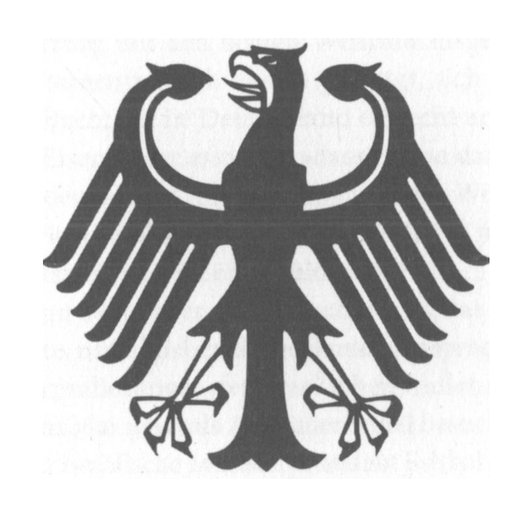
Als Adenauer im September 1952 in Luxemburg das Abkommen mit Israel unterzeichnete, unterblieben die geplanten Ansprachen, weil der Kanzler bestimmte Formulierungen des israelischen Außenministers nicht hinnehmen wollte. Im Mai 1966, als Adenauer Israel besuchte, kam es bei dem Essen, das ihm der israelische Ministerpräsident Eshkol gab, zu einem Eklat. Der Israeli meinte, die Deutschen zurück im Kreis der »zivilisierten Völker« begrüßen zu müssen. Adenauer missfiel die Bemerkung seines Gastgebers, er drohte mit Abreise und konnte nur mit Mühe umgestimmt werden.[19]

Der gegenseitigen Wertschätzung taten solche Szenen ebenso wenig Abbruch wie der harte Widerstand des Bankiers Abs und des Finanzministers Schäffer gegen israelische Forderungen, die sie für überzogen hielten. Zwischen den beiden und Nahum Goldmann, dem Initiator des Luxemburger Abkommens, entwickelte sich sogar so etwas wie Freundschaft. Fritz Schäffer pflegte Goldmann mit den Worten zu begrüßen: »Hier kommt ja der Mann, der uns einige hundert Millionen Mark gestohlen hat. Aber trotzdem gebe ich ihm eine gute Zigarre.«

Es braucht immer zwei, um Tango zu tanzen. Wenn der eine auf der Klaviatur der Schuldzuweisungen spielt, braucht es einen anderen, der die Melodie gerne hört. Zwischen Schuld und Schulden, zwischen Moral und Geld lässt sich unschwer eine ebenso unschöne wie profitable Beziehung herstellen. Sie zu verinnerlichen ist keine gute Politik und immer das Gegenteil von Realpolitik. Wenn die deutschen Kassen leer wären, würde sich niemand für deutsche Schuld interessieren.

Kapitel 5

Ein Kampf um Souveränität



Deutschland ist souverän, aber was heißt das eigentlich?

ÄHNLICH WIE DIE BÖRSE folgt auch das politische Klima seinen eigenen Zyklen. Eine Zeit lang haben weiche Themen Konjunktur, dann wieder harte.

Weiche Themen sind solche, die von einer verwöhnten, saturierten Wohlstandsgesellschaft bevorzugt werden: Themen wie Gender-Mainstreaming, Inklusion, die ständige Suche nach angeblich diskriminierten Minderheiten und unter dem Dach der grünen Ideologie so triviale Dinge wie das Dosenpfand, auf dem ein altkommunistischer Minister seine Karriere aufbauen konnte. Nicht zu vergessen die beliebig ausweitbaren Segnungen des von anderer Leute Geld finanzierten Sozialstaates, von denen die Gesellschaft nie genug bekommen kann. Solche Themen werden vorzugsweise von linken, grünen und sozialdemokratisierten Parteien bedient. Sie lagen lange Zeit im Trend einer öffentlichen Meinung, die sich an der Ideologie der Gleichheit ausrichtete.

Zu den harten Themen, die in den fünfziger Jahren ganz im Vordergrund standen, in der Ära Merkel aber fast vollständig in Vergessenheit gerieten, zählen innere und äußere Sicherheit, Recht und Ordnung, Außen- und Geopolitik, aber auch Selbstbestimmung, Selbstbehauptung und Souveränität. Themen, die von konservativen oder, wenn man so will, rechten Parteien und ihrer Anhängerschaft favorisiert werden.

Die Souveränität Deutschlands, ein Leitmotiv dieses Buches, bleibt dem durchschnittlichen Spaßbürger fremd. Sie berührt ihn nicht, er kann sich nichts darunter vorstellen. An Fragen der innerstaatlichen Rechtsordnung und des Völkerrechts ist er desinteressiert. Und doch ist es so, dass Souveränität und Gleichberechtigung einer Nation den Wohlstand heben oder überhaupt erst möglich machen. Vasallen und Satelliten werden leicht zum Objekt der Ausbeutung - freie Bürger wirtschaften für die eigene Tasche.

Der souveräne Staat besitzt völkerrechtlich gebundene Hoheitsgewalt nach außen und staatsrechtlich gebundene nach innen. In seinem Lehrbuch des Völkerrechts definierte Friedrich August Freiherr von der Heydte Souveränität folgendermaßen:

»Nur ein Staat, der nach innen selbst sich seine Ordnung setzt und seine Kompetenz selbst bestimmt und der nach außen unmittelbar dem Völkerrecht unterworfen ist, ist Völkerrechtssubjekt. Wir nennen einen solchen Staat souverän: Souveränität bedeutet Völkerrechtsunmittelbarkeit in den

zwischenstaatlichen Beziehungen und Kompetenz-Kompetenz - das heißt die Möglichkeit, seine eigene Zuständigkeit im Rahmen des Völkerrechts selbst zu bestimmen - im Innenverhältnis; Souveränität bezeichnet damit die Stellung eines Staates in der Völkerrechtsordnung.«[1]

Demnach war die Bundesrepublik Deutschland nicht souverän, solange sie dem Besatzungsstatut unterlag und die oberste Gewalt bei den drei Hohen Kommissaren lag - also bis zum 5. Mai 1955, als die Pariser Verträge in Kraft traten. Mit diesen Verträgen endete das Besatzungsregime. Die Bundesrepublik erhielt »die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten«. Der neue Status hatte freilich, wie sich herausstellte, eklatante Defizite und hässliche Schönheitsfehler. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde Deutschland noch einmal souverän, worauf wir zurückkommen werden.

Aber selbst dann blieben Zweifel und Restbestände des alten Besatzungsrechts. Noch am 16. Juli 2013 überschrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* einen Artikel mit der Frage »Volle Souveränität?«. Der Untertitel verwies auf die »besondere Rechtslage« Deutschlands.

Ist Deutschland vielleicht nur halbsouverän? Der Begriff ist aus der Sicht des Völkerrechtlers unsauber, es sei denn, man versteht darunter den Zustand der Suzeränität und damit die Beziehung zwischen einem »halbsouveränen« Staat und seiner souveränen Obermacht. Die aber stellten, zumindest bis 1990, die Vereinigten Staaten von Amerika.

Eine anspruchsvollere rechtsphilosophische Souveränitätsdefinition findet sich bei Karl Albrecht Schachtschneider: »Das Volk als die Vielheit der Bürger hat somit die Staatsgewalt und die Souveränität, sonst niemand, zumal nicht die Staatsorgane.«[1]

Schachtschneider setzt sich radikal von Georg Friedrich Wilhelm Hegel und Carl Schmitt ab. Er versteht den Staat nicht als Herrschaftsgebilde und Souveränität nicht als Herrschaft. »Vielmehr dient der Staat der Verwirklichung des Rechts, nach innen und außen. Das ist sein ganzer Zweck, den er freilich vielfach verfehlt, gegenwärtig wieder in verheerendem Maße.«

Noch deutlicher: »Freiheit, Recht und Staat sind eine notwendige Einheit. Weil die Bürger frei sind, steht das Recht über dem Staat. Handeln des Staates darf ausschließlich Verwirklichung des Rechts sein. Sonst wird der Staat zum Latrocineum, zur Räuberbande (Augustinus).«'

Ein anderer Aspekt bei Schachtschneider verdient Beachtung, wenn über Außenpolitik gesprochen wird. Carl Schmitts Freund-Feind-Schema, sagt

er, habe nie zu einer Rechtslehre gehört, denn Feindschaft sei dem Recht (abgesehen von bestimmten Regelungen des Kriegsvölkerrechts) ebenso fremd wie Freundschaft. Freundschaftsverträge zwischen Staaten seien meist Unterwerfungsverträge.

Auch der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag, unterzeichnet am 28. September 1939 von Molotow und von Ribbentrop, begründete selbstverständlich keine Freundschaft, sondern diente der Aufteilung Polens. Bezeichnend ist, dass auch die zweite deutsche Diktatur, die sozialistische der DDR, mit dem Schlagwort »Völkerfreundschaft« Propaganda machte. Staaten haben aber keine Freunde, sondern Interessen. Eine Regierung, die unfähig ist, das nationale Interesse zu definieren und zu vertreten, lässt es sich von anderen diktieren. Frei nach Franz Werfel: »Wenn eine Nation nicht mehr daran glaubt, dass sie sich wehren kann, geht sie zu Grunde.«

Souveränität des Staates hat dieselbe Wurzel wie Selbstbestimmung des Volkes. Das eine ist ohne das andere nicht vorstellbar. Der Kampf um Selbstbestimmung und Souveränität zieht sich als roter Faden durch die Geschichte der Bundesrepublik. Die UNO-Charta bezeichnet die Selbstbestimmung als Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen. In den internationalen Menschenrechtspakten von 1966 heißt es: »Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung.«

Präzisiert wurde diese in der Prinzipienerklärung der UN-Vollversammlung vom 24. Oktober 1970 als das Recht der Völker, »frei über ihren politischen Status zu bestimmen und frei ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung zu verfolgen«. An anderer Stelle ist die Rede von »Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit«. Drei Begriffe, die untrennbar miteinander verbunden sind und an denen sich die Beziehungen Deutschlands zu seinen Verbündeten messen lassen müssen - auch wenn sie stets den realen Machtverhältnissen unterworfen waren. Macht ist nach Max Weber die Möglichkeit, andere fremdzubestimmen, und damit die Möglichkeit, »den eigenen Willen dem Verhalten anderer aufzuzwingen«.

Wenn also Souveränität ein juristischer Begriff ist, der in Verträgen konstatiert werden kann, dann bleiben immer noch die realen Machtverhältnisse, die die faktische Ausübung dieser Souveränität beschränken können. Außerdem muss sich erst noch erweisen, ob die politischen Eliten eines Staates gewillt sind, die Souveränität auch zu leben.

Außenpolitik vollzieht sich immer in einem vorgegebenen Rahmen. Dazu zählen »Compatibility« und »Consensus«. Der erste Terminus betrifft die Frage, inwieweit deutsche Außenpolitik zu den Bedingungen des internationalen Systems passt, das heißt, inwieweit sie mit den Zielen der Großmächte übereinstimmt. Allein in dieser Hinsicht kann der eigene Handlungsspielraum stark eingeschränkt sein, ohne dass die völkerrechtliche Souveränität davon tangiert wird.

Der Terminus »Consensus« will klären, welche außenpolitischen Ziele die Bundesrepublik unter den Bedingungen ihrer inneren Verhältnisse überhaupt verfolgen konnte und kann. Zum Beispiel würde ein Austritt aus NATO und EU unter den derzeitigen Verhältnissen vom Konsens der politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten nicht gedeckt, wahrscheinlich auch nicht vom Konsens des Volkes. Er wäre nicht durchsetzbar.

Die Pariser Verträge von 1954: Noch kein Ende der Nachkriegszeit

Bei oberflächlicher Betrachtung wurde die Bundesrepublik zweimal souverän: mit den Pariser Verträgen, die im Oktober 1954 in der französischen Hauptstadt ausgehandelt wurden, und mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, der 1990 in vier Runden in Bonn, Ostberlin, Paris und Moskau beraten wurde.

Paris wurde zum überragenden Erfolg von Adenauers Kanzlerschaft, beendete das willkürliche Besatzungsregime und beruhte auf einem Junktim zwischen deutscher Wiederbewaffnung und der Gewährung dessen, was in den Verträgen zwar nicht »Souveränität«, aber »volle Macht eines souveränen Staates« genannt wurde. Man beachte den feinen Unterschied, womit der Bundesrepublik der Status der souveränen Gleichheit mit den Alliierten eben nicht zugebilligt wurde.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag markierte den Höhepunkt von Helmut Kohls Kanzlerschaft und beinhaltete ebenfalls ein Junktim: das zwischen der Wiedervereinigung, zu der sich die vier Siegermächte bereitfanden, und einer Reihe von Bedingungen und Konzessionen, wozu nicht zuletzt die Hinnahme der Annexion der deutschen Ostgebiete zählte.

Die Pariser Verträge standen noch unter dem Vorbehalt eines späteren Friedensvertrages, während der Vertrag von 1990 - er wurde manchmal auch Souveränitätsvertrag genannt - einen Friedensvertrag mit Deutschland ersetzte und auch ersetzen sollte. Allerdings fehlten die wesentlichen Elemente eines Friedensvertrages, so auch die Rückgabe des konfiszierten

deutschen Privateigentums. Der vollständige amtliche Titel lautete: »Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland«. Also endete die Nachkriegszeit nicht schon 1954, sondern erst 1990.

Im Wesentlichen bekamen die Amerikaner 1954, was sie haben wollten, und die Deutschen, was sie haben konnten - und das schloss die deutsche Einheit aus. Es ist eine für lange Zeit von Adenauers Gegnern genährte Illusion, dass er Stalins Angebot eines wiedervereinigten und neutralisierten Deutschland hätte akzeptieren können. Die Option stand nicht zur Verfügung, weil Washington entschieden hatte, lieber den eigenen Teil Deutschlands zu behalten, als zu riskieren, ganz Deutschland an den Gegner zu verlieren.

Im Jahre 1954 stellten die USA Westdeutschland in den Dienst ihrer Großraumpolitik, wobei die Regierung Adenauer durchaus eine hohe Wertschätzung genoss, weil sie in Washington als zuverlässig galt und weil die NATO ohne die Bundeswehr ihre Aufgabe in Europa nicht hätte erfüllen können. In Potsdam hatten die Amerikaner den deutschen Militarismus und das deutsche Militär für immer ausrotten wollen. Das galt nun nicht mehr, solange die neu aufgestellte Bundeswehr unter amerikanischer Kontrolle stand. Den Kern der Sache traf Baron Ismay, der erste Generalsekretär der NATO, mit dem oft zitierten Satz, der Zweck dieser North Atlantic Treaty Organization sei es, »die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten«.

Ab 1954 mussten die Deutschen nicht mehr das Gefühl haben, »unten« zu sein. Was in Paris vereinbart wurde, bestand aus verschiedenen Abkommen, Protokollen, Kommuniques und Briefwechseln. Die Westeuropäische Union mit eigenen Streitkräften wurde gegründet; Bonn und Paris einigten sich über das Saargebiet; die Bundesrepublik trat der NATO bei; die drei Westmächte garantierten Westberlin ein »größtmögliches Maß von Autonomie«; und vor allem wurde das Besatzungsregime beendet und durch einen Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ersetzt, der zusammen mit den anderen Verträgen am 5. Mai 1955 in Kraft trat. Genau genommen wurden die Verträge von 1952 nur geändert - sie waren wegen des Scheiterns der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf die lange Bank geschoben worden.

Das entsprechende Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes wurde von Adenauer, Dulles, Eden und Mendes France unterzeichnet. In Artikel 1 wurde die Alliierte Hohe Kommission, die bis dahin die oberste

Gewalt innegehabt hatte, aufgelöst. Dann folgte der Satz, auf den Adenauers Diplomatie jahrelang hingearbeitet hatte: »Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.«

Wo diese Macht an ihre Grenzen stieß, wurde in Artikel 2 definiert: Im Hinblick auf die internationale Lage behalten die drei Mächte »die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung«.

In Artikel 7 folgte ein Versprechen, an das sich London und Paris nach dem Fall der Berliner Mauer nicht mehr gerne erinnerten, das 1954 aber unabdingbar war, um den Deutschen das Vertragswerk schmackhaft zu machen: »Die Unterzeichner sind sich darüber einig, dass ein wesentliches Ziel ihrer Politik die Erreichung eines frei vereinbarten Friedensvertrages und die Wiedervereinigung für ganz Deutschland ist. Bis zur Erreichung dieses Zieles muss die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands aufgeschoben werden.«

Weil über den schönen Absichtserklärungen das Pekuniäre nicht vergessen werden durfte, wurde gleich auch noch der Finanzvertrag von 1952 geändert. Schließlich waren die »Besatzungskosten«, eine empfindliche Belastung für den Bundeshaushalt, jetzt nicht mehr mit dem Status der Souveränität vereinbar. Sie mutierten zu »Stationierungskosten«, zu Leistungen »für den Unterhalt der alliierten Streitkräfte«. Zunächst sollten für einen begrenzten Zeitraum 600 Millionen Mark monatlich gezahlt werden und dann 12 Monate lang insgesamt 3,2 Milliarden Mark, sobald die Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag in Kraft treten würden.

Wie viel seit 1955 für die Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Boden genau gezahlt wurde, lässt sich nicht ermitteln. Seit der Wiedervereinigung sind die Kosten vor allem deswegen zurückgegangen, weil die ausländische Truppenstärke deutlich verringert wurde. Aber noch immer werden die Liegenschaften den sogenannten Entsendestaaten kostenlos überlassen, während die Bundeswehr immer alle Kosten zu tragen hat, wenn sie im Ausland, zum Beispiel zu Übungszwecken in Nordamerika, stationiert wird.

Nach Angaben des US-Diplomaten Richard Holbrooke im *Spiegel* vom 30. August 2004 zahlt die Bundesrepublik eine Milliarde Dollar pro Jahr für den »Unterhalt« der US-Soldaten. 2016 antwortete die Bundesregierung



Flugübung der U. S. Air Force in der Nähe der Ramstein Air Base, des größten amerikanischen Luftwaffenstützpunkts in Europa

auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke, der Bundeshaushalt sei seit 2006 netto mit 573 Millionen Euro für Bauvorhaben der US-Streitkräfte belastet worden (BT-Drucksache 18/7472). Die Bundesregierung führte eine Reihe von weiteren Kosten auf, die durch die US-Stationierung entstehen, konnte jedoch keine Auskünfte über die Belastung der Länderhaushalte geben.

Nach Presseberichten soll der Truppenübungsplatz in Grafenwöhr den deutschen Fiskus 650 Millionen Euro gekostet haben und der Ausbau der Militärflughäfen in Spangdahlen in der Eifel und Ramstein in der Pfalz 400 Millionen Euro. Außerdem wird der Leipziger Flughafen nicht nur zivil genutzt, sondern auch für amerikanische Militärtransporte bei weltweiten Einsätzen.[4]

Auch in anderer Hinsicht blieben selbst nach der Wiedervereinigung Sonderrechte bestehen. Sie sind der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt. Man kann von Nachwirkungen aus der Besatzungszeit oder von derivativem, das heißt abgeleitetem Besatzungsrecht oder sogar von einer »verlängerten Quasi-Besatzungszeit« sprechen - siehe dazu die Rede des rheinland-pfälzischen Staatsministers Gerstner vor der Bundeswehr am 8. Juli 1994.[5]

Neues Aufenthaltsrecht: Seit 1990 kann Deutschland den fremden Truppen kündigen

Die Präsenz von fremden Truppen auf dem Territorium eines Staates, der definitionsgemäß die höchste Gewalt innehat, berührt immer seine Souveränität. Sie ist immer heikel. Aus historischer Sicht ist eine solche Präsenz ganz unüblich und beschränkt sich normalerweise auf die *occupatio bellica,* auf die vorübergehende Besetzung nach einem verlorenen Krieg.

So beruhte der Aufenthalt alliierter Truppen auf dem Gebiet des deutschen Staates nach der Kapitulation der Wehrmacht nicht etwa auf einem Vertrag, sondern auf der genannten *occupatio bellica.* In der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 hatten die Alliierten angekündigt, sie würden ihre Streitkräfte »nach eigenem Ermessen« in jedem beliebigen Teil Deutschlands oder auch in allen Teilen Deutschlands stationieren.

Dieses *ius adpraesentiam,* das Recht zum Aufenthalt, endete auch nicht 1949, als die Bundesrepublik und die DDR gegründet wurden. Erst 1955 wurde es in Westdeutschland (im Mai) und in der DDR (im September) auf eine vertragliche Grundlage gestellt. Hätten sich die beiden deutschen Regierungen verweigern können? Sicherlich nicht, wobei einzuräumen ist, dass die Bundesregierung die Stationierung mit der sowjetischen Gefahr begründen konnte. Auch im Konsens der westdeutschen Öffentlichkeit dienten die fremden Streitkräfte der Sicherheit des Landes.

Das erklärt freilich noch nicht die außerordentlichen Privilegien, die den NATO-Truppen zugestanden werden mussten. Das *ius in praesentia,* das heißt die Rechte der fremden Truppen während der Stationierung im Einzelnen, wurde seit dem 1. Juli 1963 durch das NATO-Truppenstatut, das für alle NATO-Mitglieder galt, geregelt. Nur für die Truppen auf deutschem Territorium galt das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, eine Sonderregelung, die Deutschland schlechter stellte als andere NATO-Staaten. Für Frankreich wurde 1966 eine eigene Rechtsgrundlage vereinbart.

Mit der Wiedervereinigung und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag entstand eine neue Lage. Zum einen wurde das *ius ad praesentiam,* das Aufenthaltsrecht als solches, neu gefasst. Mit einer Vereinbarung vom 25. September 1990 wurde das Aufenthaltsrecht der USA und Großbritanniens, aber auch Belgiens, Kanadas und der Niederlande, bestätigt und zugleich auf das Gebiet der alten Bundesrepublik beschränkt. In einer weiteren Vereinbarung wurde Frankreich dasselbe Recht eingeräumt. In den Ländern der unterge-

gangenen DDR dürfen seitdem NATO-Truppen nicht stationiert werden - eine Konzession, auf die der Kreml größten Wert legte.

Neu war und ist auch, dass Deutschland die Aufenthaltsverträge seit 1990 mit einer Frist von 2 Jahren beenden kann. Die Souveränität Deutschlands machte das Kündigungsrecht unabdingbar. Ob es faktisch auch ausgeübt werden kann, ist eine andere Frage. Ohne Zweifel war die Verlängerung der Truppenstationierung eine Bedingung für die Zustimmung der Alliierten zur Wiedervereinigung.

Neu geregelt wurde zudem das *ius in praesentia.* Die sehr weitgehenden Rechte, die die westlichen Truppen bis 1990 besaßen, waren mit dem souveränen Status des wiedervereinigten Staates nicht mehr vereinbar. Es dauerte allerdings bis zum 18. März 1993, bis ein Abkommen zur Änderung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut unterzeichnet werden konnte. Und es dauerte weitere 5 Jahre, bis es in Kraft trat, und zwar am 29. März 1998. Weil vertraulich verhandelt wurde, lässt sich nicht nachvollziehen, wo die Gründe für den langen Aufschub lagen.

Seit 1998 gelten wichtige Verbesserungen. Seitdem hängt es von der Zustimmung der deutschen Behörden ab, wie die Manöver der fremden Truppen ablaufen dürfen, wenn sie außerhalb der Stützpunkte und Übungsplätze durchgeführt werden. Auf den Stützpunkten gilt grundsätzlich deutsches Recht, wobei die internen Angelegenheiten der Alliierten ausgenommen sind. Und die Manöver der alliierten Luftwaffen im deutschen Luftraum bedürfen der Zustimmung. Dabei gelten uneingeschränkt die deutschen Luftfahrtregelungen.

Nur halten sich die Amerikaner nicht immer daran. 2007 wurde publik, dass der Geheimdienst CIA zwischen 2002 und 2006 rund 390 Flüge über Deutschland nicht deklariert hat. Nach deutschem Luftverkehrsrecht wären dafür Bußgelder zwischen 10 000 und 25 000 Euro je Flug fällig gewesen. Es geschah nichts, die Ordnungswidrigkeiten wurden einfach toleriert. Berlin traute sich nicht zu, die deutsche Lufthoheit gegenüber den Amerikanern durchzusetzen. Typische Reaktion eines Berliner Regierungssprechers 2007: Die Regierung habe »selbst keine Erkenntnisse über derartige Transporte«.

Indem sie Unkenntnis vortäuschte, ersparte sich die Bundesregierung die Peinlichkeit, der Öffentlichkeit erklären zu müssen, warum ein fremder Geheimdienst auf deutschem Territorium immer noch nach Gutdünken schalten und walten kann. Zumindest einer der Abflüge, der eines Gulf-

stream-Jets vom Flughafen Frankfurt am 19. Juli 2002, diente dazu, einen mauretanischen Terrorverdächtigen nach Guantänamo zu verschleppen.[6] Solche Flüge waren illegal und verletzten die Souveränität der Bundesrepublik.

Interessant ist aber auch, was mit der neuen Rechtslage ab 1998 gleich blieb. Die fremde Militärpolizei ist immer noch berechtigt, außerhalb ihrer Kasernen auf Straßen, in öffentlichen Verkehrsmitteln und an allgemein zugänglichen Orten wie Gaststätten, Streife zu gehen und Maßnahmen gegen Mitglieder ihrer Truppe und deren zivilen Gefolges zu treffen. Die Angehörigen uniformierter Einheiten unter militärischer Führung brauchen sich nach wie vor nicht auszuweisen oder einen Marschbefehl vorzulegen. Auch das zivile Gefolge der ausländischen Truppen darf nach wie vor Waffen besitzen und tragen.

Andererseits konnte die Bundesregierung in den Verhandlungen, typisch deutsch, beim Umweltschutz punkten: Die ausländischen Truppen sind nun verpflichtet, schadstoffarme Kraftstoffe zu verwenden. Und die Todesstrafe darf in Friedenszeiten auf deutschem Boden nicht mehr verhängt werden, grundsätzlich aber immer noch im Kriegsfall - eine Regelung, die nur die USA betrifft.

Schwerer als solche Privilegien und Sonderrechte wiegt, dass der Zwei-plus-Vier-Vertrag zwar die Bundesrepublik verpflichtet, die Personalstärke ihrer Streitkräfte auf 370 000 Mann zu reduzieren, dass aber die Stärke der fremden Truppen nicht eindeutig festgelegt wurde - auch dies ein Verstoß gegen die Gleichberechtigung.

Im Vertrag ist von der »Effektivstärke« der ausländischen Truppen die Rede, die jederzeit mit Zustimmung der Bundesregierung erhöht werden kann. Was damit gemeint ist, bleibt unklar. Nachdem die Bundeswehr drastisch abgerüstet wurde - weitaus stärker, als 1990 zugesagt wurde - und nachdem sie endgültig auf atomare, chemische und biologische Kampfmittel verzichten musste, ist nicht ganz unvorstellbar, dass die ausländischen Streitkräfte eines Tages ihre Position der militärischen Stärke politisch ausspielen könnten. Ein unwahrscheinliches Szenario - und doch müssen sich die Siegermächte bei der Ausgestaltung der Verträge etwas gedacht haben.

Nicht zufällig plädiert Michael Rensmann, ein ausgewiesener Kenner der Materie, dafür, den Aufenthaltsvertrag zu überprüfen. Auch deswegen, weil die Erhöhung der Effektivstärke sogar ohne Beteiligung des Bundes-

tages möglich sei. »Hier können jederzeit Entwicklungen eintreten, welche sich für die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland als bedrohlich erweisen könnten.«[7]

Rensmann zitiert eine Erklärung Bundeskanzler Kohls vom 26. Mai 1992, wonach nur die NATO die Präsenz der USA in Europa sichern könne und nur mit der NATO die Sicherheit Deutschlands »auf Dauer« zu gewährleisten sei, und fügt hinzu: »Die Frage muss jedoch gestellt werden, wie frei jener deutsche Wunsch nach fremden Truppen auf deutschem Boden tatsächlich gewesen sein kann. Man mag nur mutmaßen, welches Ergebnis anlässlich der Zwei-plus-Vier-Gespräche erzielt worden wäre, hätte Deutschland von Anfang an darauf bestanden, dass alle fremden Truppenteile von deutschem Boden abgezogen werden.« Sodann stellt Rensmann folgende Überlegung an:

»Wenn die Bundesrepublik nunmehr rechtlich die Möglichkeit hat, den Aufenthaltsvertrag zu beenden, so ist auch hier die Frage zu stellen, wie realistisch der Gebrauch dieses Kündigungsrechts aus politischer Sicht tatsächlich ist. Es liegt der Schluss nahe, dass auch in der Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Boden auf allein vertraglicher Grundlage noch immer die Nachwirkungen der Besetzung Deutschlands zu erkennen sind. Die jahrzehntelange Praxis in Deutschland scheint noch immer ein Faktor in der politischen Lage Deutschlands zu sein. Die neue rechtliche Eigenständigkeit Deutschlands in der Frage der Anwesenheit fremder Truppen ist zumindest in der heutigen Situation politisch noch nicht durchsetzbar. Hier besteht noch immer eine beträchtliche Diskrepanz zwischen der Rechtslage und den faktischen Gegebenheiten.«[8]

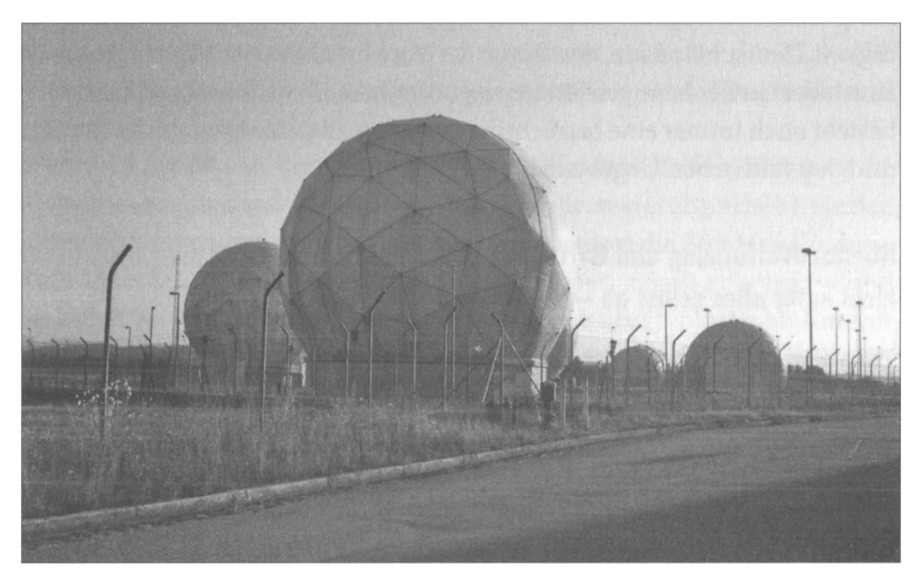
Notstandverfassung und G-10-Gesetz: Ab 1968 hörten die Alliierten nicht mehr alles selbst ab - sie ließen die Deutschen abhören

Zum »versteinerten« Besatzungsrecht gehören auch die Abhöraktivitäten und die Überwachung der Kommunikation in Deutschland durch alliierte, vor allem amerikanische Geheimdienste. Die rechtlichen Grundlagen dafür wurden im Laufe der Zeit angepasst und geändert, an der Praxis hat sich nicht viel geändert - einmal abgesehen davon, dass die Amerikaner vor Erfindung des Internet massenweise Postsendungen kontrollierten (50 Millionen Stück allein zwischen i960 und 1968) und dass heute nicht mehr Fernschreiben, sondern E-Mails mitgelesen werden.

Die Stationierungstruppen sind immer noch berechtigt, für den Schutz ihrer Streitkräfte zu sorgen - und dies geschieht selbstverständlich auch durch geheimdienstliche Aktionen. Allen Bundesregierungen war seit 1955 daran gelegen, die Fiktion einer lupenreinen deutschen Souveränität zu nähren. Am besten, die Öffentlichkeit erfuhr nichts darüber, dass die Deutschen systematisch abgehört und ausspioniert wurden.

Das funktionierte ganz gut, bis Edward Snowden das ganze Ausmaß der NSA-Umtriebe enthüllte. Selbst das Mobiltelefon der Kanzlerin war abgehört worden. Sie reagierte überrascht und mit gespielter Naivität, ihre Mitarbeiter wiegelten ab und desinformierten, und Berlin verlangte von den USA ein No-Spy-Abkommen, das von Washington selbstverständlich nicht zugestanden wurde. Mit der Zeit legte sich die Aufregung, die Affäre verlief im Sande. Inzwischen darf die National Security Agency den Standort Bad Aibling wieder nutzen, nicht mehr wie früher in eigener Regie, sondern in Kooperation mit dem Bundesnachrichtendienst. Eine bessere Begründung als die Terrorgefahr lässt sich nicht vorstellen.

Von Carl Schmitt stammt der bekannte Satz: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.« Zutreffender wäre die Formulierung: Wer über den Ausnahmezustand nicht entscheiden darf, kann nicht souverän sein.



Radome der Abhörstation in Mietraching bei Bad Aibling, die nach dem Abzug der NSA 2004 vom Bundesnachrichtendienst für gleiche Zwecke genutzt wird

Insofern verschaffte sich die Bundesrepublik ein weiteres Attribut eines souveränen Staates, als der Bundestag am 24. Juni 1968 mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit die Notstandsverfassung verabschiedete. Ohne die Bildung einer Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger wäre das nicht möglich gewesen. Die SPD wurde erst regierungsfähig, nachdem sie ihren Frieden mit der Westbindung und der Wiederbewaffnung gemacht hatte. Die Notstandsverfassung betraf 26 Artikel des Grundgesetzes, die im Fall eines Notstandes geändert, gestrichen oder eingeschränkt werden konnten, um auf eine äußere oder innere Bedrohung oder auf eine Katastrophe zu reagieren.

Zugleich wurde das sogenannte G-10-Gesetz verabschiedet, das sich mit Artikel 10 GG befasste. Es beschränkte das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis und trat am 1. November 1968 in Kraft. Nur in Westberlin behielten die Westmächte das Recht zur Kommunikationsüberwachung. Dort galt weiterhin Besatzungsrecht.

Die Regierungsparteien, auch die SPD, verbreiteten die Fiktion, das G-10-Gesetz sei Bestandteil der Notstandsgesetzgebung gewesen, baue die letzten Reste des Besatzungsrechtes ab und beschere der Bundesrepublik einen Souveränitätsgewinn.

Richtig daran war nur, dass künftig nicht mehr die alliierten, sondern die deutschen Geheimdienste - Verfassungsschutz, BND und Militärischer Abschirmdienst - die Überwachungsmaßnahmen durchführen würden, und zwar unabhängig von der Ausrufung eines Notstandes. Mit dem Gesetz wurde die gerichtliche Kontrolle der von der Exekutive angeordneten Maßnahmen aufgehoben, aber auch die Kontrolle durch das Parlamentsplenum.

Was hatte sich geändert? Ganz einfach: Ab 1968 durften die Alliierten nicht mehr selbst flächendeckend überwachen, das ließen sie jetzt die westdeutschen Behörden für sich erledigen. Josef Foschepoth, der zu dieser Materie eine Fülle von Quellen ausgegraben hat, soweit sie überhaupt freigegeben wurden, verweist auf eine Verwaltungsvereinbarung von 1968 zwischen der Bundesregierung und den drei Westmächten zum G-10-Gesetz. Sie ist bis heute gültig. Danach sind die deutschen Behörden und die der Stationierungsstreitkräfte weiterhin verpflichtet, »in enger Zusammenarbeit die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, der Entsendestaaten und der Streitkräfte zu fördern und zu wahren, indem sie insbesondere alle Nachrichten, die für diese Zwecke von Bedeutung sind, sammeln, austauschen und schützen«.[9]

Doppelte Eindämmung: Deutschland und Russland aus amerikanischer Sicht

Foschepoth beschreibt den Prozess, der 1955 abzulaufen begann, folgendermaßen: »Aus Siegerrecht wurde Besatzungsrecht, aus Besatzungsrecht wurde Vorbehaltsrecht, aus Vorbehaltsrecht wurde deutsches Recht und gesetzliche Verpflichtung der Bundesregierung, den Post- und Fernmeldeverkehr in der Bundesrepublik durch individuelle und allgemeine Überwachungsmaßnahmen auf Wunsch und im Interesse der Alliierten zu überwachen.« Maliziös kommentiert der Autor: »Ein wichtiges Ziel jeder Besatzungspolitik ist es, die Besetzten zu befähigen, die Aufgaben der Besatzer eines Tages selbst zu übernehmen.«[10]

Dabei kann nicht bestritten werden, dass 1968 aus deutscher Sicht einen Fortschritt brachte. Die Arbeit der ausländischen Dienste wurde etwas mühsamer, sie konnten nicht mehr nach eigenem Gutdünken schalten und walten, sie waren in größerem Maße auf Kooperation angewiesen. Wenig geändert hat sich an der Grundeinstellung der Amerikaner und ihrer Überzeugung, dass Kontrolle besser ist als Vertrauen. Wenig geändert hat sich seit den fünfziger Jahren auch an der strategischen Ausrichtung der amerikanischen Deutschland- und Europa-Politik. Sie zielt darauf ab, die Früchte des Sieges von 1945 zu bewahren, Deutschland einzuhegen und eine deutsch-russische Achse zu verhindern.

Foschepoth spricht von einer Politik der »doppelten Eindämmung«. In Zeiten des Kalten Krieges hätte ein Vorrücken der Russen an den Rhein die deutsche »Gefahr« eher noch verstärkt. Ein wiedererstarktes Deutschland im Bündnis mit oder beherrscht durch Russland habe eine Schreckensvision in den westeuropäischen Hauptstädten ausgelöst: »Die Eindämmung der Sowjetunion und die Eindämmung der Bundesrepublik bedingten einander.« Unter diesem Aspekt sind eben auch die Ausdehnung der NATO nach Osten, die Destabilisierung der Ukraine und die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu sehen, durch die das nach der Wiedervereinigung zeitweise gute Verhältnis Berlins zu Moskau nachhaltig beschädigt wurde.

Vor dem Hintergrund dieser doppelten Eindämmungspolitik lassen sich auch die besonderen Regelungen und Auflagen der Westmächte erklären, die mit großer Hartnäckigkeit durchgesetzt wurden - bis hin zum Euro, der aus französischer Sicht der monetären Entmachtung Deutschlands diente,

bis hin zum Zwei-plus-Vier-Vertrag, der alles in allem für die USA ein gutes und für Russland ein schlechtes Geschäft war.

Adenauer selbst machte sich über das deutsche Souveränitätsdefizit keinerlei Illusionen. Die realen Verhältnisse wurden blitzartig klar, als der Kanzler einen deutsch-alliierten Sicherheitsvertrag forderte, der die Anwesenheit der westlichen Truppen mit der sowjetischen Bedrohung begründen und der auf der Basis von Gleichen unter Gleichen abgeschlossen werden sollte. Die drei Westmächte lehnten ab. Eine vorausschauende Entscheidung, wie sich 1990 herausstellte. Denn dann wäre zusammen mit der sowjetischen Gefahr auch die Rechtfertigung für die Präsenz alliierter Truppen auf deutschem Boden entfallen.

Schwarzer Schwan: Plötzlich stand die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung

In der Natur, an den Finanzmärkten und in der Weltpolitik werden sogenannte schwarze Schwäne äußerst selten gesichtet. Unter einem »Schwarzen Schwan« versteht man ein Großereignis, das eine ganze Ära beenden und eine neue einleiten kann, das niemand ahnte und das niemand oder fast niemand auf der Rechnung hatte. Der Aktiencrash an der Wall Street im Jahre 1929 brachte eine solche Wende, ohne die uns vermutlich der Zweite Weltkrieg erspart geblieben wäre.

Ob sich der ebenfalls von den USA ausgegangene Finanzcrash von 2008, dessen Nachwirkungen bis heute fühlbar sind, als Schwarzer Schwan qualifizieren lässt, ist schon nicht mehr so sicher. Immerhin gab es in New York einige wenige Manager von Hedgefonds, die frühzeitig auf den Kollaps setzten und damit Milliarden verdienten.

Die Besucher meines Finanzseminars im Schlosshotel Kronberg Anfang 1985 werden sich erinnern, dass ich damals die deutsche Wiedervereinigung innerhalb weniger Jahre prognostiziert habe. Die Idee war mir nach der Lektüre eines Buches von Werner Obst gekommen. Er hatte aufgrund seines statistischen Materials und seiner Erfahrungen in der DDR überzeugend dargelegt, warum das kommunistische System ökonomisch nicht überlebensfähig war und zusammenbrechen musste.

Die politische und mediale Klasse Westdeutschlands war auf die Chance, die sich 1989 eröffnete, nicht im Geringsten vorbereitet. Sie wurde komplett überrascht. Sie hatte sich seit den siebziger Jahren und seit der neuen Ost-

politik Willy Brandts nach und nach mit der deutschen Teilung abgefunden. 2010 veröffentlichte Helmut Kohl ein von zwei Journalisten niedergeschriebenes Buch mit dem Titel *Ich wollte Deutschlands Einheit.* Aber seit wann? Vor 1989 offenbar nicht. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Abelein erzählte mir, wie er auf Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion mehr als einmal von Kohl zurechtgewiesen wurde, wenn er über das Ziel der Wiedervereinigung sprechen wollte.

Ende der achtziger Jahre rührte sich in Polen und Ungarn Widerstand gegen die sowjetische Fremdherrschaft. Als Michail Gorbatschow mit Perestroika und Glasnost das System reformieren wollte, um es zu stärken, beschleunigte er nur den Zerfallsprozess. Der Punkt, an dem das rote Imperium zu retten gewesen wäre, war bereits überschritten. Dann erreichte die Freiheitsbewegung die DDR, deren Bevölkerung sich 1953 - 3 Jahre früher als die Ungarn - gegen die Unterdrücker erhoben hatte.

Am 28. November 1989 reagierte Bundeskanzler Kohl auf den Wind des Wandels, der über Europa fegte. Er proklamierte einen Kurswechsel. Im Bundestag legte er ein »Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas« vor. Die westlichen Verbündeten waren nicht amüsiert. Als der Kanzler am 8. Dezember zu einem EG-Gipfel in Straßburg fuhr, schlug ihm eine eisige Atmosphäre entgegen.

Es dauerte ein halbes Jahr, bis die Widerstände aufgebrochen werden konnten. Im Januar 1990 äußerte sich Gorbatschow intern in Moskau dahingehend, dass die deutsche Vereinigung unabwendbar sei, dass die Bundesrepublik aber aus der NATO austreten müsse. Ebenfalls im Januar 1990 besuchte Kohl den französischen Präsidenten Mitterrand auf dessen Landsitz in Latche und gab ihm die Zusage, dass Bonn die europäische Integration vorantreiben werde. Womit nichts anderes gemeint war als das Ende

Für die Französischen Republik
For the French Republic
Pour la République francaise
За Французскую Республику

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
For the Union of Soviet Socialist Republics
Pour l'Union des Républiques socialistes soviètiques
За Союз Советских Социалистических Республик

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
За Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Pour les Etats-Unis d'Amérique
За Соединенные Штаты Америки

Unterschriften des Zwei-plus-Vier-Vertrags

der Deutschen Mark und damit der monetären Souveränität Deutschlands.

Im Februar 1990 trafen sich die Außenminister der Bundesrepublik, der DDR, der USA und der UdSSR im kanadischen Ottawa - und damit die zwei deutschen Vertragspartner und zwei der vier Siegermächte, die im Herbst den Zwei-Plus-Vier-Vertrag unterzeichnen würden.

Die entscheidende Hürde wurde Ende Mai 1990 auf einem amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Washington genommen. Völlig überraschend akzeptierte Gorbatschow die nicht verhandelbare amerikanische Forderung nach einer NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands. Aus Sicht der deutschen Medien aber kam der Durchbruch erst am 16. Juli 1990, als Kohl und Gorbatschow in dessen Jagdhütte am Fluss Selemtschuk im Kaukasus in Strickjacken zusammensaßen und ihre neue Freundschaft zelebrierten. Da ging es im Wesentlichen nur noch darum, mit welchen Summen Bonn die ausgepowerte und finanziell klamme Sowjetunion aus Deutschland herauskaufen würde. Alles in allem ließ sich die Bundesregierung den Abzug der Sowjets nach offiziellen Angaben 12,5 Milliarden Mark kosten.

In diesem schicksalsträchtigen Jahr hatten die USA das Heft in der Hand. Russland lieferte nur noch Rückzugsgefechte, die DDR brachte kein Gewicht auf die Waagschale, und für die Bundesrepublik ging es darum, welcher Preis politisch und finanziell für die Wiedervereinigung zu zahlen war. Am 12. September 1990 wurde in Moskau der Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der deutsche Souveränitätsvertrag, unterzeichnet. Hans-Dietrich Genscher, Lothar de Maiziere, Roland Dumas, Douglas Hurd, Eduard Schewardnadse und James A. Baker tafelten in harmonischer Runde bei Rebhuhnsuppe, Zander und Kotelett Kiewer Art.



Am 1. Oktober 1990 titelte *Der Spiegel:* »Weltmacht Deutschland?« und erschreckte seine Leser mit einem übergroßen, gefährlich dreinblickenden, auf der Weltkugel sitzenden deutschen Adler. Eine peinliche Fehlleistung, die die Frage aufwarf, ob den Hamburger Blattmachern der letzte Rest an Fähigkeit zur außenpolitischen Analyse abhandengekommen war. Die 3 Tage später, am 3. Oktober, vollzogene Wiedervereinigung war ja nur deswegen durchsetzbar, weil eine Großmachtrolle

Deutschlands im Verlauf der monatelangen Verhandlungen zuverlässig ausgeschlossen werden konnte. Selbst dem künftigen Handlungsspielraum dieser Mittelmacht im Herzen Europas wurden enge Grenzen gezogen.

Niemand in Deutschland wollte oder will Großmacht spielen. Ein militärisch ohnmächtiges, seiner Währung beraubtes Land kann nicht Weltmacht sein. Nicht einmal zu Zeiten des Kalten Krieges, als sie noch der Landesverteidigung diente, war die Bundeswehr vollständig in die NATO integriert. Sie leistete sich drei nationale Korps - heute ist kein einziger deutscher Großverband übrig geblieben. Die Bundeswehr verteidigt nicht mehr, sie wird bestellt und geht auf Anfrage außer Landes.

Von einer nennenswerten Finanzmacht, einem unabdingbaren Attribut des Großmachtstatus, kann längst keine Rede mehr sein. In der bereits zitierten Ausgabe malte *Der Spiegel* ein euphorisches Szenario: »Mittlerweile ist die Mark nicht mehr nur Leitwährung für die Europäische Gemeinschaft und Reservewährung für die Welt, sondern eine Zweitwährung für die in die Marktwirtschaft entlassenen Länder Osteuropas. Frankfurt/Main könnte bald das New York Europas werden, Deutschland zur Finanzmacht von Weltrang aufsteigen.«

So hätte es vielleicht kommen können, aber nur mit der Mark als souveräner deutscher Währung. Mehr als ein Vierteljahrhundert später ist London immer noch das New York Europas, und in Frankfurt entscheidet eine vom Ausland dominierte Zentralbank über den Wert einer Fremdwährung, die den Deutschen aufgezwungen wurde. Zugegeben, im Herbst 1990 war die Preisgabe der Deutschen Mark noch kaum absehbar. Schließlich hatten die Landsleute aus Mitteldeutschland gerade erst mit den Füßen für die D-Mark abgestimmt. Im Übrigen war die Fehleinschätzung der Hamburger keine Eigenleistung des *Spiegel*. Er hatte vom US-Magazin *Newsweek* abgekupfert. »A United Germany - The New Superpower«, so lautete dort die Titelgeschichte, auch mit Adler, aber mit einem, der die »DM« in seinen Klauen hielt. Die wurde dem Adler entrissen - mit Kosten, die das Volumen der Finanzhilfen an Gorbatschow längst um ein Vielfaches überschritten haben.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag und das Ende des Regimes von Potsdam

In der englischen Fassung heißt der Vertrag »Treaty on the final settlement with respect to Germany«. Eine solche »abschließende Regelung« kann nur als Ersatz für einen Friedensvertrag angesehen werden. Was sonst sollte

damit gemeint sein? Jedenfalls lag der Verzicht auf einen formellen Friedensvertrag, der noch in den fünfziger Jahren wünschenswert gewesen wäre, durchaus im deutschen Interesse. Denn ein Friedensvertrag hätte mit allen 55 Kriegsgegnern ausgehandelt werden müssen, von denen viele nur auf amerikanischen Druck dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatten. Darunter auch lateinamerikanische Kleinstaaten wie Guatemala, das bei anderer Gelegenheit Reparationswünsche mit der Begründung angemeldet hatte, man habe wegen des Krieges neue Straßen bauen müssen.

Die Verhandlungen zügig abzuschließen war selbst mit sechs Teilnehmern nicht einfach. Mit 55 hätte der Prozess endlos gedauert, und das leidige Reparationsthema wäre mit Sicherheit wieder auf den Tisch gekommen. Über den mit seinen zehn Artikeln recht knappen Vertrag muss man Folgendes wissen: In der Präambel wird auf den »Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker« Bezug genommen. Das deutsche Volk habe »in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts« seinen Willen bekundet, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, »um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen«. Sodann heißt es, dass mit der Vereinigung Deutschlands zu einem »demokratischen und friedlichen Staat« die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes »ihre Bedeutung verlieren«.

Artikel 1 betont zweimal, dass die Außengrenzen Deutschlands »endgültig« seien, womit offenbar die Ostgrenze gemeint ist. Weiter: »Das vereinigte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch in Zukunft nicht erheben.«

In Artikel 2 bekräftigen die beiden deutschen Regierungen, »dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird« und dass es verfassungswidrig und strafbar ist, »die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten«. Wie wir sehen werden, wurde gegen Artikel 2 seit 1990 mehrmals verstoßen.

In Artikel 3 wird ausgeschlossen, dass Deutschland militärisch stark genug werden könnte, um einen Angriffskrieg vorzubereiten oder zu führen. Der Artikel bekräftigt den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Der Atomsperrvertrag vom 1. Juli 1968 gilt weiterhin auch für das vereinte Deutschland. Dessen Streitkräfte sind innerhalb von 3 bis 4 Jahren auf eine Personalstärke von 370 000 Mann zu reduzieren - eine Verpflichtung, die längst übererfüllt wurde.

Artikel 4 befasst sich mit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte bis Ende 1994. Begleitend dazu wurde ein deutsch-sowjetischer Partnerschaftsvertrag abgeschlossen, der eine umfassende Zusammenarbeit vorsah, die jedoch scheiterte, als sich die USA und Russland wegen der Osterweiterung der NATO und wegen der Ukraine zerstritten.

In Artikel 5 macht der Westen das Zugeständnis, dass auf dem Gebiet der früheren DDR weder ausländische Streitkräfte noch Atomwaffen oder deren Träger stationiert werden.

Artikel 6 lautet: »Das Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt.« Damit willigt die Sowjetunion ein, dass Deutschland Mitglied der NATO bleibt. Der Artikel verankerte de jure eine deutsche Wahlfreiheit, die de facto 1990 nicht gegeben war. Denn die NATO-Mitgliedschaft war eine Bedingung für die amerikanische Zustimmung zur abschließenden Regelung über Deutschland.

Artikel 7 ist aus deutscher Sicht der wichtigste: Die vier Siegermächte »beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes«. Damit sind die Beschlüsse von Potsdam ad acta gelegt, nicht jedoch der Überleitungsvertrag der drei Westmächte mit der alten Bundesrepublik. In Absatz 2 wird bekräftigt: »Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.«

Über den Status der Souveränität besteht aus Sicht der Rechtswissenschaft kein Zweifel. Über den tatsächlichen Handlungsspielraum ist damit noch nichts ausgesagt. Staaten seien »nur formal gleich«, schrieb die *Frankfurter Allgemeine* am 16. Juli 2013, »und gerade in Abkommen zur Stationierung von Truppen kommt diese machtpolitische Ungleichheit zur Geltung«. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag beendete denn auch nur die Stationierung der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Die der Westmächte beruhte und beruht auf anderen Abkommen.

Souverän, aber mit Schönheitsfehlern

Nachdem die Sowjetunion ihre Ratifikationsurkunde hinterlegt hatte, konnte der Zwei-plus-Vier-Vertrag Mitte März 1991 in Kraft treten. 20 Jahre später, am 21. April 2011, zog Reinhard Müller in einem Aufsatz in der *Frankfurter Allgemeinen* Bilanz und kam zu dem Schluss, dass auch die

»abschließende Regelung in bezug auf Deutschland« nicht alles klären konnte. Das Zeitfenster für die Wiedervereinigung sei klein gewesen, »aber der Preis für die schnelle Einigung war nicht gering«.

Erstens wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen übergangen. Tatsächlich stimmten achtzehn Abgeordnete mit Nein bei zehn Enthaltungen, als im Bundestag über den deutsch-polnischen Grenzvertrag abgestimmt wurde - über einen von mehreren Rechtsakten, die den Souveränitätsvertrag begleiteten. Immerhin war einem Memorandum des britischen Außenministeriums noch im März 1990 eine Karte von Deutschland in den Grenzen von 1937 beigelegt, auf der die Ostgebiete als *»under Soviet administration«* und als *»under Polish administration«* markiert waren. Genau dies war die völkerrechtliche Situation bis 1990.

Eine saubere Lösung des Problems hätte darin bestehen können, die Deutschen über den Verzicht auf die Ostgebiete abstimmen zu lassen. Damit hätte sich der Völkerrechtsbruch, den die Annexionen darstellten, heilen lassen. In der machtpolitischen Realität aber war der von der Bundesregierung ausgesprochene Verzicht eine Conditio sine qua non für die Zustimmung der Siegermächte zur Wiedervereinigung. In diesem Fall gab es keine Alternative.

Zweitens schickten die beiden deutschen Außenminister im Zusammenhang mit dem Vertrag einen Brief an die Außenminister der Alliierten, in dem sie sich darauf festlegten, die Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone aus den Jahren 1945 bis 1949 nicht rückgängig zu machen. Später behauptete die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht, die sowjetische Regierung hätte ohne diesen Restitutionsausschluss der Wiedervereinigung nicht zugestimmt. Gorbatschow, der es wissen musste, stritt das ab. »Eine Rückgabe ist möglich, aber es fehlt am politischen Willen«, urteilte Müller in der FAZ.

Drittens, so Müller, gebe es auch heute noch »fortgeltendes Besatzungsrecht«, und zwar aufgrund des Überleitungsvertrages aus dem Jahr 1952, den Bonn zusammen mit dem Deutschland-Vertrag mit den drei Westmächten abgeschlossen hatte.

Die ausgewählten Bestimmungen des Vertrages, die auch nach 1990 in Kraft blieben, wurden sogar auf die neuen Bundesländer erstreckt, ohne dass der Bundestag über die Verlängerung des nun modifizierten Besatzungsrechts abstimmen durfte.

Reste von Besatzungsrecht: Was vom Überleitungsvertrag übrig blieb

Wer nach Überresten des Besatzungsrechts aus der Zeit der alten Bundesrepublik sucht, wird im Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht fündig, denn der wurde bekanntlich mit allen Siegermächten abgeschlossen. Anders der »Überleitungsvertrag« mit den Westmächten, der eine zweimalige Metamorphose durchlief: Die ursprüngliche Fassung vom 26. Mai 1952 trat nie in Kraft; die am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Fassung, eine mit dem Grundgesetz vergleichbare Grundlage deutscher Staatlichkeit, galt bis zur Wiedervereinigung; und 1990 wurde der größte Teil des Überleitungsvertrages gestrichen. (Der amtliche Titel lautet »Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen«.) Es folgen Auszüge aus Artikeln, die auch nach der Wiedervereinigung in Kraft blieben:

Laut Artikel 1 des ersten Teils sind die Organe der Bundesrepublik und der Länder befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern. In Absatz 3 wird definiert, was unter »Rechtsvorschriften« zu verstehen ist: Proklamationen, Gesetze, Verordnungen und so weiter, die amtlich veröffentlicht worden sind - »mit Ausnahme gerichtlicher Entscheidungen«.

Artikel 3 erklärt deutsche Gerichte und Behörden für »nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrages begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrages die deutschen Gerichte und Behörden hinsichtlich solcher Handlungen oder Unterlassungen nicht zuständig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese Unzuständigkeit aus der Sache oder aus der Person ergibt«. Absatz 3 erlaubt deutschen Gerichten, die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichtsbarkeit auszuüben, unter anderem in Strafverfahren gegen natürliche Personen, »es sei denn, dass die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat von den Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte endgültig abgeschlossen war oder diese Straftat in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden begangen wurde«.

In Artikel 7 bleibt Absatz 1: »Alle Urteile und Entscheidungen in Strafsachen, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht

rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln.« Auch damit werden eine Wiederaufnahme der Verfahren und die Änderung der Urteile und Entscheidungen ausgeschlossen. In der Literatur wird die Bedeutung von Artikel 3 und 7 gerne verdrängt und heruntergespielt. Meines Wissens fehlt bisher eine gründliche Untersuchung dieser Materie. So viel zum ersten Teil des Überleitungsvertrages.

Der sechste Teil des Überleitungsvertrages ist überschrieben mit »Reparationen«. Von großer Tragweite und bis heute umstritten ist Artikel 3, von dem die Absätze 1 und 3 1990 in Kraft blieben. Absatz 1 lautet: »Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.«

Absatz 2 wurde gestrichen. Absatz 3 von Artikel 3 bleibt gültig und lautet: »Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben, werden nicht zugelassen.«

Im neunten Teil (»Gewisse Ansprüche gegen fremde Nationen und Staatsangehörige«) werden Ansprüche deutscher Staatsangehöriger wegen Maßnahmen der Alliierten in Zusammenhang mit dem Kriegszustand zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 ausgeschlossen; »auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht der Bundesrepublik geltend machen«.

Zusammenfassung: Erstens bleiben Kriegsverbrechen und andere Straftaten der Siegermächte straffrei. Zweitens kann die Bundesrepublik Rechtsvorschriften aus der Besatzungszeit im Prinzip aufheben oder ändern - eine Materie, die einer umfassenden Untersuchung bedarf, denn manche dieser Rechtsvorschriften wurden in deutsche Gesetze überführt, andere sind obsolet, wieder andere werden möglicherweise noch befolgt. Zu untersuchen wäre auch, um welche Gerichtsurteile der Alliierten es sich im

Einzelnen handelt, die nicht wieder aufgerollt werden dürfen. Und drittens wird, das ist von großer Tragweite, der Klageweg gegen die enormen Plünderungen und Enteignungen bei Kriegsende und danach den Deutschen untersagt.

Dieser weitgehend unterdrückten Thematik hat sich eine von Professor Blumenwitz betreute Dissertation gewidmet. Die Verfasserin, Christine Bötsch, nennt Artikel 3 des sechsten Teils des Überleitungsvertrages eine »grundlegende Norm für die Nachbefolgung des Besatzungsrechtes«. Sie untersucht die Eingriffe in die deutsche Souveränität. Sie sieht einen Verstoß gegen wesentliche Grundsätze des deutschen Rechts, so gegen das Diskriminierungsverbot, gegen das Verbot der Enteignung von Privatvermögen und gegen das Verbot der Rassendiskriminierung im Fall der Benes-Dekrete.

Es wäre nicht das erste Mal, dass sich deutsche Politiker hinter dem Ausland verstecken und versteinertes Besatzungsrecht nutzen, um Verantwortung abzuschieben und sich vor ihren Wählern nicht rechtfertigen zu müssen.

Christine Bötsch schreibt: »So hat zwar das Auswärtige Amt die Maßnahmen gegen das deutsche Vermögen zum Beispiel in den Oder-Neiße-Gebieten immer für völkerrechtswidrig gehalten. Trotzdem wurde von der Bundesregierung in den 70er Jahren erklärt, dass der Einwendungsverzicht eine rechtliche Schranke< bei der Geltendmachung von Rechten sei. Mit dem Verweis auf Art. 3 des 6. Teils des Überleitungsvertrages musste die Bundesrepublik somit niemals die Völkerrechtswidrigkeit der Enteignungen feststellen und sich nicht schützend vor das enteignete Eigentum stellen.« Bötsch weiter: »Die schwierige Frage der offenen Vermögensfragen musste deshalb vor deutschen Gerichten nicht gelöst werden, vielmehr konnte durch Verweis auf Besatzungsrecht das schwierige Problem umgangen werden.«

Schließlich führte Christine Bötsch an, dass die Bundesrepublik jetzt die Souveränität besitze, die Kriegsfolgemaßnahmen der Alliierten nach ihren eigenen rechtsstaatlichen Gesichtspunkten zu behandeln. Darüber hinaus sei es sogar möglich, das Regierungsabkommen mit den westlichen Alliierten vom September 1990 ganz aufzuheben."

Rechtlich geboten wäre es vielleicht, praktisch möglich ist es nicht. Denn auf dem Prinzip, dass zweierlei Recht für die Sieger und den früheren Feindstaat gilt, beruht die politische Ordnung in Europa.

Feindstaatenklauseln: Wenn sie obsolet sind, warum werden sie dann nicht gestrichen?

Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln der UNO-Charta wurden auch 1990 nicht gestrichen. Diese Klauseln räumen den Siegern des Zweiten Weltkrieges Sonderrechte ein und ermöglichen Präventivmaßnahmen gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik der Feindstaaten - auch ohne eine Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates. Die Rede ist von »Angriffspolitik«, einem dehnbaren Begriff, und nicht von einem tatsächlichen militärischen Angriff. Die Klauseln sind unvereinbar mit der souveränen Gleichheit der Nationen und mit dem Gewaltverbot nach Artikel 2 der UNO-Charta.

Auszug aus Artikel 53: »Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen aufgrund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes (2), soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind ...« Absatz 2: »Der Ausdruck >Feindstaat< bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichnerstaates dieser Charta war.«

Artikel 107 lautet: »Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen infolge des Zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.«

Dazu muss man wissen, dass die UNO ein Produkt der Siegerkoalition des Weltkrieges war. Ihre Gründung ging zurück auf die Washingtoner Erklärung von 1942, auf die Moskauer Konferenz vom Oktober 1943 und auf die Konferenz von Dumbarton Oaks in der Nähe von Washington, wo sich die Großmächte im Herbst 1944 auf einen Satzungsentwurf einigten, der bereits eine Feindstaatenklausel enthielt, die dem späteren Artikel 107 entsprach.

Das entscheidende Stichwort, das im Zwei-plus-Vier-Vertrag wiederkehrte, fiel bereits in der Moskauer Erklärung der vier Nationen vom Oktober 1943: In die zu gründende Weltorganisation sollten nur »friedliebende Staaten« (*peace-loving States)* eintreten dürfen. Dazu zählten selbstverständlich nicht die Achsenmächte, wohl aber die Staaten der Kriegsko-

alition, die definitionsgemäß immer nur friedliebend sein können, auch wenn sie Angriffskriege führen, was sie vor 1943 und nach 1945 oft genug getan haben.

Wer genau nach Artikel 107 Maßnahmen gegen einen Staat ergreifen darf, der es an Friedensliebe fehlen lässt, bleibt unklar. In jedem Fall sind die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates ermächtigt und wohl auch die 51 Siegerstaaten, die 1945 in San Francisco die Satzung der Vereinten Nationen unterzeichneten.[12] Unter denen befand sich auch Haiti, dessen Präsident anlässlich der Kriegserklärung 1941 gedroht hatte: »Haitianische Flugzeuge werden den Himmel über Tokio und Berlin durchpflügen und Terror säen.«

Seit Langem stellen sich die Bundesregierungen auf den Standpunkt, dass die Feindstaatenklauseln obsolet, also überholt und hinfällig seien. Schon Willy Brandt nannte die Klauseln einen »alten Hut«, den er sich nicht aufsetzen lassen wolle. Aber: Noch am 17. September 1968 versicherten die USA der Bundesregierung schriftlich, dass weder Artikel 107 noch Artikel 53 der Sowjetunion oder Mitgliedern des Warschauer Paktes das Recht einräume, »einseitig mit Gewalt in der Bundesrepublik zu intervenieren«.

Das war deutlich genug. Damit wurde die Möglichkeit von Kriegsfolgemaßnahmen offen gelassen, sofern sie gemeinsam von den Siegermächten ergriffen wurden. Eine Interpretation, die von den beiden Artikeln allerdings nicht gedeckt war, denn dort wird ein gemeinsames Vorgehen der Siegermächte gegen einen Feindstaat nicht vorausgesetzt. Es kann demnach auch einseitig sein.

Dieter Blumenwitz, bis zu seinem Tode in Würzburg lehrender Völkerrechtler, vertrat 1972 die Auffassung, dass nur noch Deutschland Objekt der Feindstaatenklauseln sei und nicht mehr Japan oder andere frühere Feindstaaten. Denn die hatten längst Friedensverträge abgeschlossen und waren Mitglieder der Vereinten Nationen. Nach dieser Logik sind die Feindstaatenklauseln seit 1990 auch auf Deutschland nicht mehr anwendbar, wenn man im Zwei-plus-Vier-Vertrag eine friedensvertragsähnliche Regelung sieht. Dass Berlin diesen Standpunkt einnimmt, ist verständlich.

Dann bleibt aber immer noch die Frage, warum die Bundesregierung als einer der Hauptfinanziers der UNO nicht auf der Streichung der Klauseln bestanden hat. Berlin hat sich ja auch mit Nachdruck bemüht, als ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat aufgenommen zu werden. Dann wären

die beiden Artikel nun wirklich hinfällig gewesen. Aber der Wunsch nach Beförderung in die oberste Liga scheiterte bekanntlich am Widerstand der Siegermächte des Weltkrieges.

Die wollten, ausgestattet mit einem Vetorecht, weiterhin im Sicherheitsrat unter sich bleiben, um gemeinsam über Krieg und Frieden entscheiden zu können. Im Sicherheitsrat lebt sie fort, die Potsdamer Runde von 1945. Nur ist sich der exquisite Club seit dem Machtantritt Putins und dem Aufstieg Chinas zur Weltmacht immer seltener einig.

Dieter Blumenwitz lag wohl nicht falsch, als er den Feindstaatenklauseln unabhängig von ihrem fragwürdigen rechtlichen Wert einen politischen Zweck unterstellte: »Die aus den Feindstaatenklauseln resultierende größere Verwundbarkeit der Bundesrepublik zwingt sie zu engerer Anlehnung an die westliche Führungsmacht, als dies sonst bei einem Staat vom wirtschaftlichen Potenzial der Bundesrepublik notwendig wäre.«[13]

Karl Albrecht Schachtschneider, zuletzt Professor des Öffentlichen Rechts in Erlangen/Nürnberg, argumentiert ähnlich: »Solange die Feindstaatenklauseln in der Charta nicht gestrichen sind, ist Deutschland zu einer Politik gehalten, welche ihm die Einschätzung der früheren Feinde sichert, ein friedliebender und ungefährlicher Staat zu sein. Das gewährleistet die feste Einbindung Deutschlands in die Europäische Union und die NATO... Das Recht, aus der Europäischen Union auszuscheiden, ist somit mit der Hypothek der Feindstaatenklauseln belastet.«[14]

In dieselbe Kerbe schlägt die Präambel des Zwei-plus-Vier-Vertrages, wenn dort angeführt wird, das deutsche Volk habe seinen Willen bekundet, als gleichberechtigtes und souveränes Glied »in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen«. Ist demnach ein europäischer Bundesstaat für die Deutschen verpflichtend und alternativlos? Oder genügt ein Staatenbund, der mit dem Karlsruher Maastricht-Urteil vereinbar wäre? Muss Deutschland im Euro bleiben, um dem Frieden der Welt zu dienen? Warum verkündete Bundeskanzler Kohl: »Der Euro ist eine Frage von Krieg und Frieden«?

An Skurrilität kaum zu überbieten ist die Erklärung in Artikel 2 des Vertrages, »daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird«. Schön wär's. Nur: Wie soll das durchgesetzt werden, ohne das Bündnis mit den USA zu riskieren? Von deutschem Boden sind seit 1990 sehr wohl Kriege ausgegangen, aber nicht, weil Bundesregierung und Bundestag das in eigener Regie beschlossen hätten.

Krieg gegen Jugoslawien: Die deutsche Friedenspflicht wird auf die Probe gestellt

Wenn sich die Deutschen 1990 Illusionen über eine eigenständige deutsche Außenpolitik gemacht haben sollten, dann wurden sie 8 Jahre später gründlich zerstört. Im Februar 1998 begannen die Kämpfe zwischen serbischen Einheiten und der kosovo-albanischen Befreiungsarmee UCK im Kosovo, das damals mit Montenegro noch Teil des jugoslawischen Staatsgebietes war. Am 23. September 1998, als sich die Lage dramatisch verschärft hatte, forderte der UN-Sicherheitsrat bei Enthaltung Chinas beide Parteien auf, die Waffen niederzulegen und Verhandlungen aufzunehmen. Ein militärisches Eingreifen wurde in der Resolution nicht angedroht, die Westmächte interpretierten sie jedoch als Legitimation für einen Militärschlag gegen Serbien. Damit wurde die Bundesregierung vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Sollte sie sich widersetzen? Oder sollte sie trotz der vertraglichen Friedenspflicht mitspielen und einer Militäraktion der NATO zustimmen?

Erschwerend kam hinzu, dass in diesem Herbst 1998 in Deutschland ein Regierungswechsel bevorstand. Am 9. Oktober, als Helmut Kohl die Bundestagswahlen bereits verloren hatte, Gerhard Schröder aber noch nicht im Amt war, absolvierten er und sein künftiger Außenminister Fischer ihren Antrittsbesuch im nebelverhangenen Washington. Präsident Clinton verlangte die deutsche Unterstützung für einen NATO-Einsatz gegen Serbien. Schröder und Fischer baten um Bedenkzeit, bis sie ihre Ämter angetreten hätten. Clinton zeigte Verständnis.

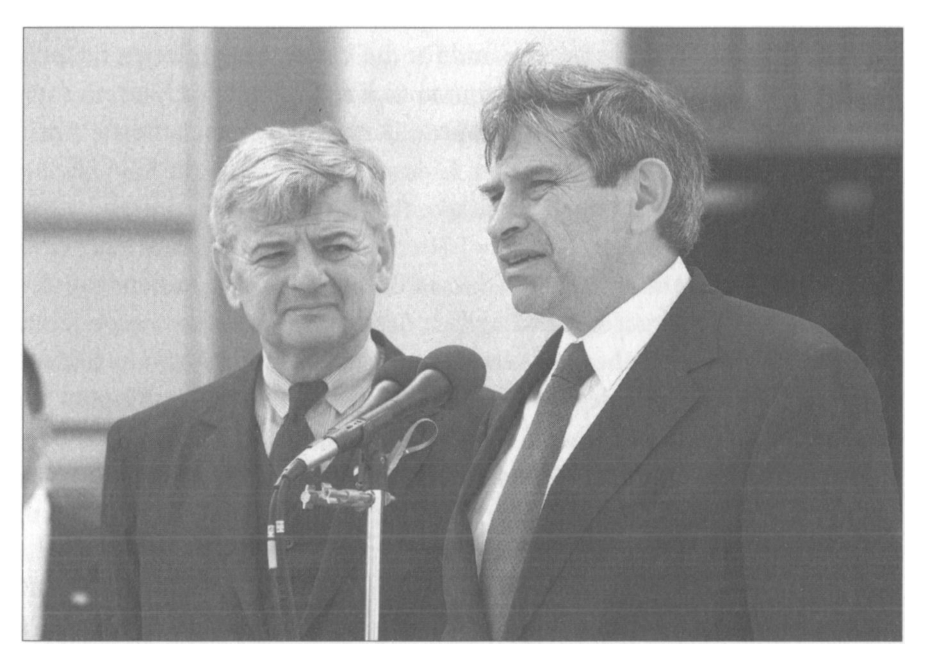
Schon am 12. Oktober meldete sich Washington wieder. Die Amerikaner verlangten eine sofortige Entscheidung. »15 Minuten blieben uns«, so klagte Fischer später, »um über die Frage von Krieg und Frieden zu entscheiden.« Fischer musste zwischen Pazifismus, einem Alleinstellungsmerkmal seiner Partei, und seinem ganz persönlichen Opportunismus wählen. Er entschied sich für das Amt, das er haben wollte. Er knickte ein.

Wie *Der Spiegel* in Nummer 16/1999 berichtete, konnte der alte Straßenkämpfer Fischer nur Außenminister werden, wenn er dem Druck der USA nachgab. Das machte ihm dann auch Schröder klar. Das Bonner Ja zum Jugoslawien-Krieg der NATO war dann, mit Zustimmung der künftigen Regierung Schröder, die letzte Amtshandlung des scheidenden Kabinetts Kohl.

Im Februar 1999 wurde auf Schloss Rambouillet bei Paris noch einmal pro forma verhandelt. Kurz vorher hatten sich Franzosen und Briten hinter dem Rücken der deutschen Kosovo-Delegation darauf geeinigt, dass nur sie zusammen mit den Amerikanern und den Russen, die später zeitweise ebenfalls ausgeschaltet wurden, die Verhandlungen führen würden.

Die Deutschen wurden ausgebootet und zu Beobachtern degradiert. In ihrer Schlussphase geriet die Konferenz in Rambouillet, die den Kriegsausbruch hätte verhindern sollen, zu einer reinen US-Veranstaltung. Rambouillet musste scheitern, weil die NATO das Recht verlangte, sich auf dem gesamten Territorium Jugoslawiens frei bewegen zu können, und weil Belgrad das für unannehmbar erklärte. Es zeigte sich, »dass wir Deutsche ohnmächtig waren, uns überschätzt hatten«, so ein Bonner Spitzenbeamter.[15]

Am 24. März 1999 erteilte der NATO-Generalsekretär - ohne Kriegserklärung und ohne Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates - den Einsatzbefehl für Luftangriffe auf Jugoslawien: eine NATO-Militäraktion (die erste in der Geschichte des Bündnisses!), die von Russland und China scharf verurteilt wurde.



Seit die Grünen ab 1998 der Regierungskoalition angehörten, passten sie sich der amerikanischen Geopolitik an. Hier Außenminister Fischer mit dem Falken Paul Wolfowitz vor dem Pentagon (September 2001).

Bombardiert wurden Industrieanlagen, Brücken, Eisenbahnen, die Strom- und Wasserversorgung, neben zahlreichen Städten in der Provinz auch die Hauptstadt Belgrad und nebenbei - ob absichtlich oder nicht - auch die chinesische Botschaft in Belgrad, wobei drei chinesische Staatsbürger starben. Der Luftkrieg forderte immer wieder zivile Todesopfer - und er wurde eben auch von Stützpunkten in Deutschland aus geführt mit Zustimmung der Regierung eines Landes, von dem »nur Frieden« ausgehen sollte.

Die zwei Golfkriege: Deutschland als unwilliger Komplize

Im Ersten Golfkrieg von 1990 war Saddam Hussein der Aggressor. Er hatte 1980 nach dem Sturz des Schahs das schiitische Persien angegriffen, damals der Hauptfeind der USA in der Region, und wurde vom Westen mit Luftaufklärung und Waffenlieferungen unterstützt. Als der Krieg, einer der längsten und verlustreichsten seit dem Zweiten Weltkrieg, 1988 unentschieden endete, war der Irak hoch verschuldet und stand vor dem finanziellen Ruin. Saddam Hussein sah in der Annexion des reichen Scheichtums Kuwait die Chance, sich zu sanieren und für die Verluste schadlos zu halten.

Bevor seine Truppen am 2. April 1990 in Kuwait einmarschierten, sondierte er in einem Treffen mit der amerikanischen Botschafterin April Glaspie die amerikanische Reaktion. Glaspie erklärte, dass die USA »keine Meinung zu innerarabischen Streitigkeiten wie Ihren Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait« hätten. Sie bezog sich dabei auf eine Anweisung ihres Außenministers James Baker. Auch das Außenministerium selbst erklärte gegenüber Bagdad, dass die USA »keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheitsverpflichtungen gegenüber Kuwait« hätten. Saddam Hussein muss geglaubt haben, grünes Licht aus Washington zu bekommen.

Am 17. Januar 1991 um 3 Uhr Ortszeit begannen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten mit den Bombardements, am 24. Februar marschierten sie ein, um Kuwait zurückzuerobern. Die Bundeswehr war nicht beteiligt. Die Regierung in Bonn wartete zu diesem Zeitpunkt noch auf die Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages durch Moskau. Und sie war Anfang der neunziger Jahre absurden Vorwürfen in der angelsächsischen Presse ausgesetzt, sie wolle ein »Viertes Reich« errichten. Sie stand unter dem Zwang, ständig ihre Friedfertigkeit beweisen zu müssen.

Bundeskanzler und Außenminister äußerten ihre »Betroffenheit« über den Krieg. Neutral blieben sie aber nicht. Dafür war der Druck aus Washington zu stark. Bonn versteckte seine faktische Kriegsbeteiligung hinter der enormen Summe von 17,2 Milliarden Mark, mit denen schätzungsweise 20 Prozent des Golfkriegs vom deutschen Fiskus finanziert wurden.[16]

Die Summe entsprach mehr als einem Drittel des jährlichen Verteidigungsetats. Kohl konnte sein Versprechen, die deutsche Einheit ohne Steuererhöhungen zu finanzieren, nicht mehr aufrechterhalten. Immerhin: Der erste Krieg des Westens gegen Saddam Hussein konnte sich auf Resolution 662 des UN-Sicherheitsrates stützen, in der die Annexion Kuwaits durch den Irak als »null und nichtig« bezeichnet wurde.

Im Zweiten Golfkrieg 2003 war die rechtliche Situation eine andere: Die USA und ihre Verbündeten führten einen völkerrechtswidrigen, illegalen Angriffskrieg - genau die Art von Krieg, wie ihn die UNO-Charta und der Zwei-plus-Vier-Vertrag verbieten. Wer sich in Deutschland darüber wunderte, hatte die Intentionen der Amerikaner missverstanden. Nicht der Krieg als solcher sollte den Deutschen untersagt sein, sondern nur Militäraktionen aus eigenem Entschluss - wozu in der Bundesrepublik ohnehin nie die geringste Neigung bestand. Die Amerikaner legten aber Wert darauf, dass die Bundeswehr mitmarschierte, wenn der Entschluss zum Krieg - ob mit oder ohne UN-Mandat - in Washington erst einmal gefallen war. Dass die Bundesrepublik 2003 abseits stand, wurde ihr noch übler genommen, als dass sie sich 1991 mit den erwähnten 17,2 Milliarden freigekauft hatte.

Das in Deutschland übliche Moralisieren hilft da nicht weiter, ebenso wenig ein verbissener Antiamerikanismus, wie ihn Kommunisten und Nationalisten pflegen. Im Grunde verhalten sich die Vereinigten Staaten so, wie sich schon die vorherige Weltmacht, das Vereinigte Königreich, und andere Großmächte verhalten haben. Wo erforderlich, steht das Völkerrecht zur Disposition, gelegentliche Kriege rechtfertigen die Existenz und die immensen Kosten des militärisch-industriellen Komplexes, und das Militär bleibt in Übung.

So wurde die NATO, laut Satzung ein Nordatlantisches Verteidigungsbündnis, nach dem Ende des Kalten Krieges umfunktioniert zu einem Dienstleistungsbetrieb der amerikanischen Geopolitik. Übrigens ohne dass der Bundestag der willkürlichen Neuauslegung des NATO-Vertrages je zugestimmt hätte.

Präsident Bush machte 2006 noch einmal deutlich, was er von den NATO-Partnern erwartete, nämlich »mehr Solidarität«, womit er nicht nur auf Afghanistan anspielte. Das Bündnis, so erinnerte der Präsident, beruhe auf dem Prinzip, dass der Angriff auf ein Mitglied ein Angriff auf alle sei - eine korrekte Auslegung, nur hatte Afghanistan die Vereinigten Staaten nicht angegriffen. Bush weiter: »Dieses Prinzip gilt nicht nur bei einem Angriff auf heimatliches Territorium, sondern auch bei einem Einsatz unserer Streitkräfte im Ausland.« Also praktisch überall, wenn man bedenkt, dass Marine, Luftwaffe und Armee der USA weltweit operieren.

Zurück zum Zweiten Golfkrieg: 2002 begann die Verlegung amerikanischer und britischer Großverbände in die Golfregion; im Januar 2003 erklärte Präsident Bush, er sei bereit, den Irak auch ohne weitere UN-Resolution anzugreifen; am 5. Februar präsentierte Außenminister Colin Powell dem UN-Sicherheitsrat angebliche Beweise für irakische Massenvernichtungswaffen, die sich später als falsch herausstellten; und am 20. März 2003 begann die Operation »Iraqi Freedom« mit der Bombardierung Bagdads.

Mehr noch als über das Nein der Regierung Schröder zum Krieg war Washington alarmiert über die Achse der Kriegsgegner Frankreich, Deutschland und Russland, die sich im Vorfeld der Invasion gebildet hatte. Die Achse ist längst zerbrochen, und wirklich neutral blieb Deutschland auch nicht, wenn man genau hinsah.

Der Irak-Krieg wurde in beträchtlichem Ausmaß von deutschem Boden aus geführt. 2003 dienten Ramstein, die größte US-Luftwaffenbasis außerhalb Amerikas, und die anderen Stützpunkte in Deutschland als logistische Basis und Drehscheibe für den Irak-Krieg - wie zuvor und danach auch für den Krieg in Afghanistan. Ob mit oder ohne eigene Truppen, Deutschland war und ist an solchen Kriegen direkt oder indirekt beteiligt, und daran wird sich nach Lage der Dinge in absehbarer Zeit auch nichts ändern.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit: Wie das Afrika-Kommando in Stuttgart über Exekutionen entscheidet

Es muss nicht immer ein konventioneller Krieg mit Bodentruppen sein. Auch dann, wenn amerikanische Kampfdrohnen vermeintliche oder tatsächliche Terroristen in anderen Teilen der Welt töten, geht Krieg von deutschem Boden aus. So liegt die militärische Verantwortung für die Liquidierungen auf dem afrikanischen Kontinent in den Kelley Baracks, einer

Kaserne in Stuttgart. Dort residiert seit 2007 das Afrika-Kommando der USA, das für alle militärischen Aktivitäten Amerikas in Afrika zuständig ist. Die Amerikaner hätten das Hauptquartier von Africom lieber auf dem Schwarzen Kontinent angesiedelt. Sie bekamen Absagen von mindestens zwölf afrikanischen Staaten, bis schließlich die Bundesregierung nolens volens einwilligte. Nicht ohne die Amerikaner zu bitten, unnötige Publicity zu vermeiden. »Das würde nur Anlass zu Schlagzeilen in der Presse geben und zu einer unnötigen öffentlichen Debatte führen«, so ein deutscher Regierungsbeamter laut einem US-internen Dokument.[17]

Der Ablauf solcher Exekutionen, bei denen immer wieder auch Unschuldige umkommen, ist folgender: Sobald die Amerikaner Ziele zum Beispiel in Somalia identifiziert haben, manchmal auch durch Befragung somalischer Asylbewerber in Deutschland, entscheiden die Spezialisten in Stuttgart über die Tötungen. Während die in Dschibuti gestarteten, mit Hellfire-Raketen ausgerüsteten Kampfdrohnen vom Typ Predator über Afrika patrouillieren, senden sie ihre Aufnahmen über Satellit an den Kampfeinsatzraum im rheinland-pfälzischen Ramstein, wo einige hundert Soldaten vor 1500 Computern sitzen.



General David M. Rodriguez, links, der neue Befehlshaber des U.S. Africa Command, und General Carter F. Harn, der scheidende Befehlshaber, nehmen an einer Zeremonie anlässlich des Kommandowechsels in Stuttgart teil (s- April 2013)

Das Air and Space Operations Center in Ramstein dient als Steuerzentrale für die Lufteinsätze. Dorthin übermitteln die Bordkameras der Drohnen live ihre Aufnahmen. Dort werden sie von den Spezialisten ausgewertet. Die sind während der Militäraktion verbunden mit dem Kommando in Stuttgart, mit der Basis in Dschibuti und mit dem Piloten der Drohne, der in den USA sitzt, seinen Joy Stick betätigt und auf Befehl den Knopf drückt. Manchmal drückt auch eine Pilotin.

Die Deutschen schießen nicht selbst, sie sehen weg, wenn geschossen wird. Die *Süddeutsche Zeitung,* die zusammen mit dem NDR recherchiert hat, kommentierte die Rechtslage folgendermaßen: »Es gibt Strafrechtler, die der Meinung sind, es müsste gegen die von Deutschland aus involvierten US-Soldaten wegen Mord ermittelt werden. Es gibt Verfassungsrechtler, die der Bundesregierung vorwerfen, die deutsche Verfassung zu brechen und sich an Völkerrechtsverbrechen mitschuldig zu machen. Es gibt andererseits den Generalbundesanwalt, der erklärt, für die deutsche Regierung ergebe sich weder aus dem Völkerstrafrecht noch aus dem allgemeinen Strafrecht die Verpflichtung, Drohneneinsätze der USA aus Deutschland zu unterbinden^ Deutschland sei juristisch gesprochene weder >Beschützer noch Überwachungsgarant dafür, mögliche völkerrechtswidrige Verbrechen der Amerikaner zu verhindere.«"

Milliardenschaden: Der Wirtschaftskrieg gegen deutsche Interessen

Macht geht eben vor Recht, da bleibt der Regierung Merkel nichts anderes übrig, als stillzuhalten und den Preis, der für die Wiedervereinigung gezahlt werden muss, zu akzeptieren. Sie ist ja nicht einmal in der Lage, das Ausspionieren deutscher Konzerne durch die National Security Agency zu unterbinden.

Auch der Schutz der wirtschaftlichen Integrität ist Aufgabe eines souveränen Staates. Auch hier versagt die Bundesregierung. Wenn es zu Übergriffen kommt, stellt sie sich taub. Um nur einen solchen Fall zu nennen: Im Sommer 2007 entsandte die US-Regierung mehrmals unter Umgehung der Berliner Regierung hochrangige Delegationen nach Deutschland. Sie wurden bei den Frankfurter Großbanken vorstellig und zwangen diese, ihre seit Jahrzehnten bestehenden Geschäftsbeziehungen zu iranischen Kunden abzubrechen - Beziehungen, die nicht im Geringsten gegen das Teilembargo der UNO verstießen. In Frankfurt sprachen die Bankiers von Erpressung.

Selbst der nicht gerade antiamerikanischen *Frankfurter Allgemeinen* platzte der Kragen. Am 22. September 2007 beklagte die Zeitung im Wirtschaftsteil, dass Deutschland einen Teil seiner außenwirtschaftlichen Souveränität eingebüßt habe. »Weder erfolgte ein Protestgeschrei der deutschen Wirtschaft, noch erhebt die Bundesregierung Einspruch. Weiß die Bundesregierung überhaupt, wann und welche amerikanischen Regierungsvertreter Deutschland ihre Besuche abgestattet haben? Kennt sie Inhalt und Ergebnis dieser Gespräche? Viel Fantasie braucht es nun nicht mehr, sich vorzustellen, dass nach den Banken die Industrie an die Reihe kommt.«

Der Schaden, der dadurch der deutschen Wirtschaft entsteht, kann nur geschätzt werden. Er muss in die Milliarden gehen. Der ehemalige Generalbundesanwalt Kai Nehm hielt die Summe von 8 Milliarden Mark pro Jahr für »viel zu gering«, wie die *Frankfurter Rundschau* am 10. November 1995 berichtete. Wolfram Baentsch, der als früherer Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* wissen muss, wovon er spricht, zitiert realistische Schätzungen von ungefähr 10 Milliarden Euro, die auf diese Weise unsichtbar Jahr für Jahr über den Großen Teich abwandern. So würden, meint Baentsch, in 50 Jahren 500 Milliarden Euro zusammenkommen.'[9]

Was tut die Regierung? Sie will nichts hören und sehen, und wenn sie etwas hört und sieht, schweigt sie. Um noch einmal Baentsch zu zitieren: »Die Unmündigkeit der deutschen Geheimdienste< und ihre fortwährende Demütigung als Handlanger und Sündenbock der prädominanten Sieger des Zweiten Weltkrieges sind für sich genommen schon ein unglaubliches Phänomen. Schlimmer noch ist, dass die Bevölkerung über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse bewusst im Unklaren gehalten wird.«[20]

Keine Illusionen über den Stand der wirtschaftlichen Selbstbestimmung machte sich auch Helmut Schmidt. »Die Volkswirtschaften Deutschlands und anderer europäischer Staaten«, konstatierte er, »geraten zunehmend unter die Herrschaft der privaten Finanzmanager in den internationalen Finanzzentren in New York und London.« Die für Deutschland wichtigsten privatwirtschaftlichen Entscheidungen würden nicht etwa in Frankfurt, sondern in New York und London getroffen."

Was Schmidt damit ansprach, war die Schwäche des deutschen Kapitalmarktes, die von angelsächsischen Interessen dominierte Globalisierung und der Umstand, dass die Aktien der DAX-Konzerne im Durchschnitt zu über 50 Prozent in ausländischer Hand liegen. Davon zu unterscheiden ist ein anderes Problem: der Anspruch der amerikanischen Justiz auf weltweite

Zuständigkeit und das ungenierte Vorgehen amerikanischer Behörden gegen europäische Unternehmen. Bekannte Fälle sind Siemens, BNP Paribas, Deutsche Bank und zuletzt Volkswagen.

Nicht bei der französischen Großbank BNP Paribas, die Milliarden an die USA zahlen musste, wohl aber bei der Deutschen Bank kommt dabei auch Eigenverschulden ins Spiel. Das ändert freilich nichts daran, dass amerikanische Banken in Europa anders behandelt werden als europäische Banken, die ins Visier der Amerikaner auch dann geraten, wenn sie nicht etwa europäische Gesetze verletzt haben. Es genügt, dass sie nach amerikanischer Auffassung gegen irgendwelche von Washington beschlossene Sanktionen verstoßen haben. »Der USA Patriot Act geht sehr weit«, klagte einmal Rolf Breuer, der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, »der Druck ist sehr groß.« Wenn es um Geschäftsbeziehungen mit Kuba, dem Iran oder Syrien gehe, könne auf Konten deutscher Banken in den USA zugegriffen werden. Josef Ackermann, damals Chef der Deutschen Bank, forderte: »Wir müssen europäische Antworten auf die Hegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika finden.«[12]

Die europäischen Antworten bleiben bis heute aus. Die EU-Kommission in Brüssel vermag es ebenso wenig wie die Regierung in Berlin, sich Respekt in Washington zu verschaffen, auf Augenhöhe mit den Amerikanern zu verkehren und für den Schutz hiesiger Unternehmen zu sorgen. Über die exterritorialen Auswirkungen von US-Maßnahmen können die Schweizer Großbanken ein Lied singen. Dass die Commercial Bank of Syria, damals die größte arabische Bank, gezwungen wurde, mehrere Milliarden Euro von ihren Konten bei der UBS abzuziehen, ist nur ein typisches Beispiel für das, was man unter US-Finanzhegemonie und Dollar-Imperialismus versteht.

In das betrübliche Bild passt nicht zuletzt das Vorgehen gegen den Weltkonzern Volkswagen wegen der Fälschung von Abgaswerten. Noch ist nichts entschieden, aber es drohen Strafzahlungen in einer Höhe, die das Überleben des Unternehmens gefährden könnten, wenn die Bundesregierung nicht doch noch interveniert. Die Summen, die 2015 genannt wurden, stehen in keinem Verhältnis zu den Verfehlungen von VW. In den USA sind mehr Autos auf den Straßen unterwegs als in jedem anderen Land, die meisten davon richtige Benzinfresser, und von dem Gesamtbestand entfallen auf Volkswagen gerade einmal 0,17 Prozent. Im Vergleich zu Volkswagen wurde General Motors geradezu gnädig behandelt. Und

GM hat immerhin wegen fehlerhafter Zündschlösser, gegen die jahrelang nichts unternommen wurde, eine dreistellige Zahl von Todesfällen zu verantworten.

Hans Arnold und der geheime Fahrplan der deutschen Politik

Einfach ist das deutsch-amerikanische Verhältnis seit der Wiedervereinigung nicht auf den Punkt zu bringen. Man versteht es am besten als Gemengelage aus versteinertem Besatzungsrecht, amerikanischer Robustheit, deutscher Unterwürfigkeit und zähen, aus der Ära des Kalten Krieges überlieferten Strukturen. Schließlich war der Bundesnachrichtendienst in Pullach eine amerikanische Gründung. Er konnte sich von der CIA und der NSA nie richtig abnabeln, weil er auf die US-Dienste dort angewiesen bleibt, wo ihm eigene Kapazitäten fehlen, und weil die Bundesregierung ihm keine politische Rückendeckung gab. Die Erkenntnis, dass ein eigener Geheimdienst unter vollständiger eigener Kontrolle Attribut echter Souveränität ist und dass deutsche Interessen nicht identisch sein müssen mit amerikanischen oder irgendwelchen anderen, überfordert offenbar die Entscheidungsträger in Berlin.

Als 2014 dank Edward Snowden (er hat keine Chance auf politisches Asyl in Deutschland) publik wurde, dass sogar das Mobiltelefon der Bundeskanzlerin überwacht wurde, rang sich die Bundesregierung schließlich dazu durch, den Leiter der CIA-Vertretung in Berlin auszuweisen. Seitdem hat sich nichts daran geändert, dass das Briefgeheimnis praktisch aufgehoben ist und dass die gesamte Kommunikation im Netz abgegriffen wird. In Deutschland operieren mehrere ausländische Dienste, nur erreicht keiner die Qualität der technischen Aufklärung, zu der die Amerikaner fähig sind.

Offen und ungeschminkt über die Lage äußerte sich Gert R. Polli, der ehemalige Chef des österreichischen Verfassungsschutzes, in einem vielbeachteten Interview mit der Webplattform *Deutsche Wirtschafts Nachrichten:* »Die deutschen Behörden sind technisch nicht in der Lage, Regierung, Wirtschaft und Bevölkerung nachhaltig vor Spionage-Angriffen zu schützen. So fehlen bis heute gerichtsverwertbare Beweise für das Abhören des Kanzlertelefons, sodass die Bundesstaatsanwaltschaft das Verfahren gegen Unbekannt eingestellt hat.«

Polli benannte den Kern des Problems: den Anspruch der amerikanischen Behörden, mit dem Argument der Terrorbekämpfung eine weltweite

Kontrolle nicht nur über das Finanzsystem und den Zahlungsverkehr durchzusetzen. Deutsche und europäische Konzerne und Banken werden ausspioniert und immer wieder zu exorbitanten Strafzahlungen auf dem Wege des Vergleichs gezwungen. Polli: »Ich glaube, dass die Durchdringung von deutscher Politik und Geheimdiensten mit US-Interessenlagen inzwischen so stark ist, dass es schwerfällt, ein eigenes und unabhängiges außenpolitisches Interesse zu definieren, geschweige denn, dieses durchzusetzen.«

Fazit: »Deutschland war ein besetztes Land, und was die Aktivitäten der alliierten Nachrichtendienste auf deutschem Boden anbelangt, ist es das noch immer … Rückblickend war es weder eine US-Falle noch eine Torheit, es war schlicht ein Versäumnis der Politik und auch der BND-Führung, in den neunziger Jahren die künftige Rolle Deutschlands neu zu denken.«[23]

Könnte es sein, dass der Geheimdienstprofi aus Österreich etwas übersehen hat? Wurde die künftige Rolle Deutschlands Anfang der neunziger Jahre vielleicht doch neu gedacht und neu definiert? Weil aus den in diesem Kapitel durchleuchteten Verträgen vieles, aber nicht alles herauszulesen ist, kursieren die unterschiedlichsten Verschwörungstheorien. Etwa über eine »Kanzlerakte«, die jeder deutsche Regierungschef bei Amtsantritt angeblich zu unterschreiben hat, oder über Geheimverträge, die die deutsche Politik binden und einen Satellitenstatus zementieren.

Die Kanzlerakte stellte sich als Fälschung heraus, und über Geheimverträge zu spekulieren hilft auch nicht weiter, weil sie nicht belegbar sind und weil sie die Bundesregierung rechtlich nicht binden würden, worauf der Völkerrechtler Schachtschneider hingewiesen hat. So etwas wie ein geheimer Fahrplan der deutschen Politik seit 1990 existiert dennoch. Er muss auf einer stillschweigenden Übereinkunft beruhen. Er dient seit der Wiedervereinigung als Geschäftsgrundlage, an die sich Helmut Kohl eben auch mit der Zustimmung zum Euro gehalten hat, die von Gerhard Schröder eher widerstrebend akzeptiert wurde und der Angela Merkel mit einer Beflissenheit folgt, die ihrer Politik den Hautgout der Außensteuerung verleiht.

Die Kenntnis dieses Geheimplans verdanken wir dem Insider Hans Arnold, der seinem Land nicht nur als Botschafter in Den Haag und Rom sowie als Vertreter bei internationalen Organisationen gedient hat, sondern auch als Inspekteur des Auswärtigen Dienstes für die Ausbildung deutscher Diplomaten verantwortlich war. Solche Leute fantasieren nicht. Sie wägen

ab, was sie sagen wollen. Und wenn sie sich eine derartige Offenheit leisten können, dann nur, wenn sie zuvor in Pension gegangen sind.

Dieser Hans Arnold also veröffentlichte im Jahr der Wiedervereinigung am 18. Mai 1990 einen Beitrag im Hamburger Wochenblatt *Die Zeit* unter dem Titel »Deutschland muss sich selbst entmachten«. Sein Text kann als Leitfaden für deutsche Außenpolitik gelesen werden, aber auch als hochkarätige Prognose, die sich alles in allem als unglaublich zutreffend herausgestellt hat. Es folgen Kernaussagen des Artikels:

»Das künftige Deutschland wird als ein >europäisches< Deutschland in Europa wirtschaftlich integriert, politisch domestiziert und militärisch entmachtet sein müssen.«

»Die Möglichkeit, wirtschaftliche Macht für politische Zwecke auszuspielen, wird es in diesem Europa für Deutschland nicht geben.«

»Für das künftige Deutschland sollte es daher nicht länger nur darum gehen, dass kein Krieg mehr von deutschem Boden ausgehen darf. Vielmehr sollte von diesem jetzt die Entnationalisierung der europäischen Nationalstaaten ausgehen.«

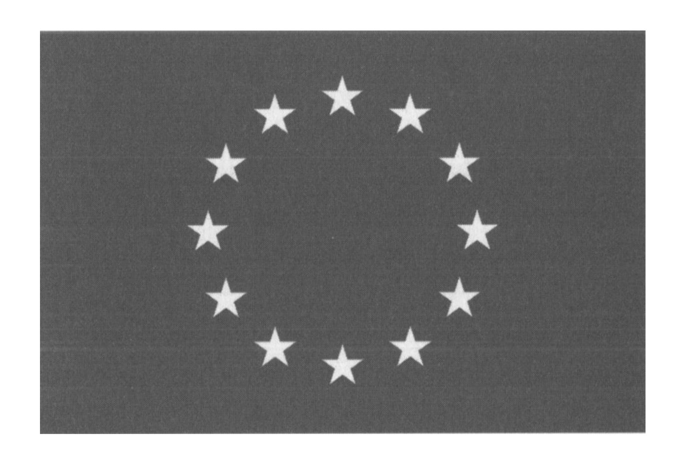
»Im eigenen Interesse und dem Europas wird Deutschland unter gesamteuropäischer Kontrolle und Garantie zur militärischen Bedeutungslosigkeit schrumpfen müssen.«

»Die Initiative für eine solche dreifache Einordnung Deutschlands in das künftige Europa sollte von Deutschland selbst ausgehen. Einmal, weil dies jetzt die historische Aufgabe für die deutsche Politik ist. Aber auch, um vorzubeugen, dass bei einer Lösung, die nur von außen käme, einem eventuellen nationalistischen >Versailles-Komplex< der Boden bereitet würde.«

Domestizierung, Selbstentmachtung, Entnationalisierung - ein präziser Fahrplan für die deutsche Politik und ein scharfer Blick in die Zukunft zu einem Zeitpunkt, als andere noch von einem Vierten Reich und einer deutschen Weltmacht halluzinierten.

Kapitel 6

Im Namen Europas



Jean Monnet und der Anfang der europäischen Integration

WER VERSTEHEN WILL, WIE die EU so werden konnte, wie sie sich heute darstellt, muss zurück zu den Anfängen der europäischen Integration. Der Begriff ist schwammig, aber im Wesentlichen lief Integration bisher darauf hinaus, dass nationale Souveränitätsrechte an supranationale Behörden übertragen wurden. Die erste derartige Behörde war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, kurz: die Montanunion. Am 23. Juli 1952 nahm sie ihre Arbeit auf.

Manches hat sich seitdem geändert, vieles ist gleich geblieben: Die propagandistische Camouflage konkreter Europa-Politik, das Interesse des Auslandes an der Zähmung des deutschen Potenzials, der wirtschaftliche Dirigismus und der nationale Egoismus der französischen Politik, die Distanz Großbritanniens zum Kontinent und die Rolle der USA im Hintergrund.

Die Montanunion war eine Erfindung Jean Monnets, bekannt wurde das Projekt als Schuman-Plan. Im Mai 1950 trat der französische Außenminister Robert Schuman mit dem Plan an die Öffentlichkeit. Er entstammte einer lothringisch-luxemburgischen Familie, war im Kaiserreich deutscher Staatsbürger, sprach fließend Deutsch und Französisch mit Akzent, worüber sich seine politischen Gegner in Paris gerne lustig machten. Ihn einen Freund Deutschlands zu nennen wäre dennoch ein Missverständnis. Das hätte seine Position in Frankreich untergraben. Er vertrat nichts anderes als aufgeklärte französische Interessen.

Etwas anders verhielt es sich mit Jean Monnet, dieser Ikone der europäischen Integration - ein Mann, der wie kein anderer das europäische Projekt in Gang brachte. Jean Monnet war ein in der Wolle gefärbter Dirigist, der einmal zugab: »Ich habe, bis auf eine Ausnahme, immer sozialistisch gewählt.«

Jean Monnet wurde in der französischen Stadt Cognac als Sohn eines Branntweinhändlers geboren, ging 1910 für die Familienfirma nach Montreal, machte sich dort bei der Hudson Bay Company und den Bankiers Lazard Brothers bekannt und sicherte sich während des Ersten Weltkrieges ein lukratives Monopol auf den Transport von Rüstungsmaterial von Kanada in französische Häfen.

Er war an der Vorbereitung des Vertrages von Versailles beteiligt, lernte den mysteriösen Colonel House, den Berater von Präsident Wilson, kennen und war später ein enger Vertrauter von Harry Hopkins, der als rechte



Jözef Retinger, Mitbegründer der Bilderberger und Vorkämpfer der späteren EU

Hand von Präsident Roosevelt stets ein gutes Wort für den Diktator Stalin einzulegen wusste. Monnet machte ein zweites Mal glänzende Geschäfte mit Kriegslieferungen von Nordamerika nach Europa.

Dank seiner hervorragenden Verbindungen auf höchster Ebene muss Monnet genau über Stalins Säuberungen informiert gewesen sein, denen bis zu 50 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Aber er hat in seiner langen Karriere die Sowjetunion nie auch nur ein einziges Mal kritisiert.

Zusammen mit dem undurchsichtigen polnischen Sozialisten Jözef Retinger organisierte Monnet im Mai 1948 einen Europa-Kongress in Den Haag, der eine Reihe von Resolutionen verabschiedete. In Punkt 7 hieß es: »Die Schaffung eines Vereinten Europa muss als entscheidender Schritt zur Schaffung einer Vereinten Welt betrachtet werden.«

Diese One World kann aber logischerweise nur als Weltdiktatur realisiert werden. Von nichts anderem haben die Marxisten-Leninisten immer geträumt. Womit allerdings nicht unterstellt werden soll, dass Monnet ein überzeugter Marxist gewesen sei.

In den fünfziger Jahren hielt Monnet engen Kontakt zur amerikanischen Regierung - zu Politikern wie dem Staatssekretär James Dillon, der sich um die europäische Integration kümmerte, aber auch zu Präsident Eisenhower höchstpersönlich, mit dem er korrespondierte und sich gelegentlich zum Lunch traf. Sie waren sich darin einig, Westeuropa so zu organisieren, dass es sich in die amerikanische Hegemonie einfügte. So erklärte sich auch, dass Monnet hinter den Kulissen daraufhinarbeitete, die Organisation of European Economic Co-operation (OEEC) umzubauen und die European Free Trade Association (EFTA) zu entmachten.

»Die OEEC ist nichts«, sagte Monnet einmal, »so kann man Europa nicht bauen.« Auch die EFTA, die Ludwig Erhards Ideal einer Freihandelszone am nächsten kam, musste aus dem großen Spiel genommen werden. Gegen die EFTA sprach, dass sie die Souveränität der beteiligten Staaten intakt

ließ. Sie harmonisierte und zentralisierte nicht. Sie funktionierte, indem gleichberechtigte Regierungen zusammenarbeiteten.

Europa geht auch anders: Die EFTA als Alternative zur EU

Offenbar störte sich Monnet daran, dass die OEEC zu wenige Befugnisse hatte, dass sie in die Souveränität der Mitgliedstaaten nicht eingriff und dass unter ihrem Dach die Europäer unter sich blieben. 1961 ging sie auf in der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). Jetzt fehlte das Attribut »europäisch« im Namen, die USA und Kanada traten bei - und später weitere Staaten einschließlich Japans.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die 1958 ihre Arbeit aufnahm, bekam wiederum Konkurrenz von der dem Freihandel verpflichteten EFTA. Am 12. Januar i960 unterzeichneten Österreich, Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden und das Vereinigte Königreich den Vertrag in Stockholm. Später traten auch Finnland, Island und Liechtenstein der EFTA bei. Der vereinbarte Abbau der Zölle auf Industrieprodukte erwies sich als segensreich. Bereits 1967 hatte sich der Handel zwischen den EFTA-Mitgliedern mehr als verdoppelt.

Eine Zeit lang bot die EFTA mit den »äußeren Sieben« eine ernsthafte Alternative zur EWG mit den »inneren Sechs«. Aber schon 1973 traten Großbritannien und Dänemark wieder aus und schlossen sich »Kerneuropa« an. 1995 liefen auch Österreich, Schweden und Finnland zur EG über (Portugal bereits 1986). Norwegen und die Schweiz blieben nur deswegen abseits, weil der Beitritt in Volksabstimmungen abgelehnt wurde.

Heute besteht die EFTA nur noch aus Norwegen, der Schweiz, Liechtenstein und Island. Warum konnte sich Monnets Integrationsmodell gegen das alternative Modell souveräner, kooperierender Staaten durchsetzen? Zum einen, weil der EWG von Anfang an drei große Volkswirtschaften angehörten - dann ab 1973 auch Großbritannien. Und zum anderen, weil der ungleich größere Apparat in Brüssel Machtbewusstsein besaß und auf Machterweiterung angelegt war, weil die ärmeren Länder mit der Aussicht auf Finanztransfers geködert werden konnten und weil die Brüsseler Version Europas den europäischen Eliten Einfluss, Geld und Privilegien in einem Ausmaß bot, das bei der EFTA völlig undenkbar war. Obendrein passten EWG, EG und EU perfekt in die Pläne der amerikanischen Europa-Politik. Die EFTA hingegen war für Washington uninteressant.

Sollte die EU jemals wieder Mitglieder verlieren, was seit 2015 nicht ganz ausgeschlossen ist, dann könnte die EFTA als liberale Alternative wiederentdeckt werden. Sie verfügt über ein Gericht und einen Rat, der sich regulär achtmal im Jahr auf Botschafterebene trifft. Jedes Mitglied hat eine Stimme, normalerweise wird im Konsens entschieden.

Das Sekretariat der EFTA beschäftigt nicht mehr als hundert (!) Mitarbeiter, die sich auf das Hauptquartier in Genf und auf die Büros in Luxemburg und Brüssel verteilen - ein krasser Gegensatz zur monströsen EU-Bürokratie.

Als Transferunion war die EFTA nie angelegt, was die Mitglieder allerdings nicht daran hindert, sich im Notfall gegenseitig zu unterstützen. So kam Norwegen den Isländern mit einem Großkredit zu Hilfe, als die Insel in der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise kurz vor dem Staatsbankrott stand. Solange die EFTA existiert, wird sie den Beweis dafür liefern, dass europäische Zusammenarbeit auch anders organisiert werden kann als mit der Brüsseler Methode. Die EU mit Europa gleichzusetzen ist eine Anmaßung.

Vom Monnet-Plan über den Schuman-Plan zur EWG

In den Jahren unmittelbar nach dem Krieg leitete Monnet ein französisches Planungskommissariat. Aus dieser Zeit stammt der sogenannte Monnet-Plan. Dessen Ziel war es, die französische Wirtschaft wiederaufzubauen und zu modernisieren. Der Schwerpunkt lag auf Kohle und Stahl, der Schwerindustrie also, die als Grundlage der wirtschaftlichen und militärischen Vormachtstellung Frankreichs gegenüber Deutschland gesehen wurde. Kohle und Stahl waren eben auch Kriegsindustrien.

Als sich 1949 ein europäischer Stahlüberschuss abzeichnete, drohten sich die Gelder, die Monnet in die französische Industrie gesteckt hatte, als Fehlinvestitionen herauszustellen - zumal dann, wenn die deutsche Industrie zu viel produzierte. Daher die Idee, ein französisches Problem durch Regulierung auf europäischer Ebene zu beheben.

Der von Monnet ausgearbeitete Schuman-Plan war als eine »Rettungsaktion für den Monnet-Plan« konzipiert.[1] Die Saar war bereits in die französische Volkswirtschaft eingegliedert, jetzt sollte auch die Ruhr, das Herz der deutschen Schwerindustrie mit ihren Kohlebergwerken und Stahlhütten, dauerhaft europäisch integriert werden.



Bundeskanzler Konrad Adenauer empfängt den Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion, Jean Monnet, in Bonn (9. Dezember 1953)

Für die Regierung Adenauer war der französische Vorstoß eine attraktive, wenngleich von der SPD bekämpfte Option. Denn im Gegensatz zu der von den Siegermächten oktroyierten Internationalisierung der Ruhr bot der Plan Schumans für eine Montanunion zum ersten Mal seit Kriegsende die Chance, den Status der souveränen Gleichheit in Westeuropa zu erlangen - wenn auch nur formell. Adenauer sah in der Montanunion den Vorläufer eines europäischen Staatenbundes, was sich - mit Einschränkungen - als richtig herausstellte.

Die sechs Gründungsmitglieder der Montanunion - Frankreich, Deutschland, Italien und die Beneluxländer - unterzeichneten 1957 die Römischen Verträge und schlossen sich am 1. Januar 1958 zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen, dem Vorläufer von EG und EU.

Alles in allem konnte auch die deutsche Industrie, die den Schuman-Plan ohne besondere Begeisterung akzeptiert hatte, mit der Montanunion leben. Zwar entfielen die Zölle, und die Subventionen sollten abgeschafft werden, aber Frankreich und Belgien fanden Wege, ihren Unternehmen weiterhin mit Finanzhilfen unter die Arme zu greifen. Und die deutsche Industrie musste immerhin 46 Prozent der Gemeinschaftsumlage schultern, mit der sich die Montanunion finanzierte.

Die Schwerindustrie verlor ohnehin bald an Bedeutung. 1958 begann die Kohlekrise, und in den siebziger Jahren stürzte die europäische Stahlindustrie in die Krise. Im Rückblick erwies sich die Grundidee des Schu-

man-Planes, die Produktion von Kohle und Stahl zu überwachen und zu regulieren, als überflüssig. Es wäre besser gewesen, dem Wettbewerb freien Lauf zu lassen. Was vom Schuman-Plan blieb, war eine Blaupause für weitere Integrationsschritte.

Der Plan markierte zugleich das Ende der französischen Nachkriegspolitik, soweit sie darauf ausgerichtet war, Westdeutschland auszuplündern und wirtschaftlich und politisch kleinzuhalten. Dass sich Paris dazu durchrang, die Deutschen einzubinden und formal gleich zu behandeln, war nicht zuletzt amerikanischem Druck zu verdanken.

Schließlich war Frankreich von US-amerikanischer Wirtschaftshilfe abhängig. Und John McCloy, der amerikanische Hohe Kommissar für Deutschland, war schon 1949 auf die Idee gekommen, das für Deutschland nachteilige Ruhrstatut durch eine Montanunion für ganz Westeuropa zu ersetzen. Ohne die ständige Einflussnahme aus Washington wäre die europäische Integration anders verlaufen und langsamer vorangekommen. Europa hätte vielleicht die Chance gehabt, auf einen gaullistischen Kurs einzuschwenken und zu einem eigenständigen weltpolitischen Akteur aufzusteigen.

Und die Briten? Pragmatisch und unsentimental, wie sie nun einmal sind, sahen sie keinen Vorteil und keinen Sinn darin, ihre Stahl- und Kohleproduktion von einer europäischen Behörde kontrollieren zu lassen. Die Franzosen mochten einen Gewinn darin sehen, jederzeit Zugriff auf die Ruhrkohle zu haben und überwachen zu können, ob deutscher Stahl für zivile oder militärische Zwecke verwendet wurde. Und den Deutschen ihrerseits musste daran gelegen sein, die lästigen Kontrollen der Internationalen Ruhrbehörde durch eine europäische Regelung zu ersetzen und einen Ausgleich mit Frankreich zu suchen, der die Aussicht eröffnete, das Saargebiet zurückzubekommen. Dafür konnte ein gewisses Maß an Diskriminierung in Kauf genommen werden.

Aber die Briten hatten keine Lust, Souveränitätsrechte und unternehmerische Freiheiten einem europäischen Konstrukt zum Opfer zu bringen. Sie blieben der Montanunion fern. Dem Europa der EWG traten sie zusammen mit Irland und Dänemark 1973 bei, nicht aber der Währungsunion, die zum 1. Januar 1999 den Euro einführte.

Dass das europäische Projekt später überdehnt und so heillos bürokratisiert wurde, dass es Fett statt Muskeln ansetzte, ist wieder eine andere Geschichte. Als Jean Monnet, der Gründungsvater, im Jahre 1973 durch

den unschönen Sitz der Kommission in Brüssel geführt wurde und die vielen über die Gänge eilenden Beamten erblickte, kommentierte er: »Schrecklich!«

Ludwig Erhard warnte vor Gleichmacherei

Als der Schuman-Plan verhandelt und entschieden wurde, war Ludwig Erhard, obwohl Wirtschaftsminister, nicht federführend. Konrad Adenauer, der an das Primat der Außenpolitik ebenso unerschütterlich glaubte wie an den Herrgott, hatte die Angelegenheit an sich gezogen. Als das Bonner Kabinett am 8. Mai 1950, einem Montag, über den Plan unterrichtet wurde, stimmte Erhard vorbehaltlos zu. Er war überzeugt, dass Deutschland und Frankreich eine Verständigung suchen mussten. Später kamen ihm Bedenken. Er störte sich an der Supranationalität einer Hohen Behörde, die die Kohle- und Stahlpolitik der nationalen Zuständigkeit entziehen würde. Und er befürchtete eine planwirtschaftliche Steuerung von Produktion, Absatz und Preisen, was der Hohen Behörde der Montanunion dann aber nur in ganz bestimmten Fällen zugestanden wurde.

Ludwig Erhard entwickelte sich erst mit den Jahren zum hellsichtigen Warner vor einer europäischen Subventions- und Umverteilungswirtschaft und vor einem »bürokratisch manipulierten Europa, das mehr gegenseitiges Misstrauen als Gemeinsamkeit atmet«.

Dem Ökonomen aus Franken war die Vorstellung zuwider, in Europa müsse alles harmonisiert, das heißt gleichgeschaltet, werden. Von Sizilien bis zum Ruhrgebiet werde es nie gleiche Produktivität und gleiche Arbeitskosten geben. Denn die Menschen könne man nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Erhard sah klarsichtig voraus, dass die Gleichmacherei zu einer gigantischen Subventionswirtschaft führen müsse. In seinem inzwischen neu aufgelegten Bestseller *Wohlstand für Alle* hatte Erhard bereits 1957 prophezeit:

»Wer dieser Harmonisierungstheorie folgt, darf nicht der Frage ausweichen, wer die Opfer bringt und womit die Zeche bezahlt werden soll. In der praktischen Konsequenz muss ein solcher Wahn naturnotwendig zur Begründung sogenannter >Töpfchen< führen, das heißt von Fonds, aus denen alle diejenigen, die im Nachteil sind oder es zu sein glauben, entweder entschädigt oder künstlich hochgepäppelt werden. Das aber sind Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht in Einklang stehen. Hier wird nicht

die Leistung prämiert, sondern das Gegenteil getan, es wird der Leistungsschwächere - aus welchen Gründen auch immer - subventioniert.«

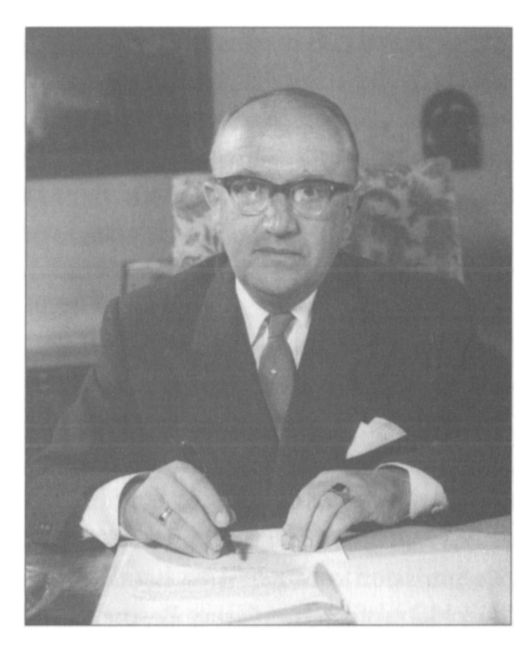
Erhard weiter: »Es ist eine fast tragische Erkenntnis, glauben zu müssen, dass wir innerlich bereits derart verkrampft sind, Ordnung nur noch in der Vorstellung der >Organisation< begreifen zu können. Wir haben den Sinn für echte Ordnung verloren, die gerade dort am stärksten ist und dort am reinsten obwaltet, wo sie als solche überhaupt nicht bemerkt und verzeichnet wird.«[1]

Hallstein und der Vertrag auf Rädern: Wie sich »Europa« immer wieder gehäutet hat

Mit dem Schuman-Plan, aus dem die Montanunion hervorging, trat ein bis dahin unbekannter Frankfurter Professor für internationales Wirtschaftsrecht an das Licht der Öffentlichkeit, der als erster Kommissionspräsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) den Idealtypus des Berufseuropäers verkörpern sollte: Walter Hallstein. Zunächst aber war der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Montanunion, auszuhandeln. Weil der von Adenauer favorisierte Bankier Abs nicht durchsetzbar war, wurde Hallstein die Leitung der deutschen Verhandlungsdelegation übertragen. Er erledigte seine Aufgaben mit Bravour und Kompetenz.

Hallstein war, schreibt Erhards Biograf Volker Hentschel, »ein Mann ohne Eigenschaften: klein und schlank, gesichtslos und unverheiratet, ganz Intellekt und Ratio, bar aller Leidenschaften, gebildet, hochorganisiert und findig, doch ohne Esprit und Spontaneität, ein Mann, der Kraft, aber keine Wärme vermittelte, Kompetenz, aber keinen Glanz, der Respekt heischte, aber keine Zuneigung hervorrief, ein Mann mit historischen Verdiensten, dem später niemand Kränze wand«.[3]

Dem scharfzüngigen Bundesjustizminister Thomas Dehler, der über den Schuman-Plan alles andere als begeistert war, fiel im Zusammenhang mit Hallstein Bismarcks Bemerkung ein, dass Politiker Herz, Hirn und Hoden bräuchten. Hallstein habe nur Hirn. Aber ebendies machte ihn zum idealen Chef eines bürokratischen Apparates, der mit der Gründung der EWG 1958 in Brüssel aufgebaut wurde und der mit der Zeit in einem Ausmaß wucherte und expandierte, das sich auch ein Hallstein nicht hätte träumen lassen.



Professor Dr. Walter Hallstein, ein Deutscher als Kommissionspräsident

Weil es eine Eigenschaft von Bürokratien ist, sich zu verselbstständigen, kann nie individuelle Schuld zugewiesen werden. Ein Diktator lässt sich stürzen, die Herrschaftsform der Bürokratie ist nahezu unzerstörbar. Dem Engländer Cyril Northcote Parkinson, einem Angestellten der britischen Admiralität während des Zweiten Weltkrieges, verdanken wir die Entdeckung von zwei Gesetzen: erstens, dass die Bürokratie in Behörden und Firmen mit einer bestimmten Rate wächst, »gleich, ob die Arbeit zunimmt, abnimmt oder ganz verschwindet«; und zweitens, dass die Zuwachsrate der Ausgaben eines Staates stets größer ist als die seiner Einnahmen. Dass die EU-Bürokratie jemals arbeitslos werden könnte, ist völlig unvorstellbar. Dafür sorgt schon der unablässige Ausstoß von Papier, damit die Europäer wissen, was sie zu tun und zu lassen haben. Wer so viel anonyme Macht ausübt, kann darauf verzichten, geliebt zu werden.

Wie die herrschenden Eliten, nicht etwa die europäischen Völker, dieses komplexe Machtgebilde Schritt für Schritt aufgetürmt haben, zeugt von einer bewundernswerten Raffinesse. Sie hätten die europäische Einigung in einem einmaligen Gründungsakt auf eine solide, dauerhafte Vertragsbasis mit klar abgegrenzten Zuständigkeiten stellen können. Sie hätten sich für einen europäischen Staatenbund entscheiden können. Stattdessen wählten sie das Prinzip eines Vertrages auf Rädern. So entstand ein hybrides Gebilde irgendwo zwischen Staatenbund und Bundesstaat.

Auf die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl folgte 1958 die EWG. 1976 fusionierten EWG, Euratom und Montanunion zu den Europäischen Gemeinschaften, 1987 wurden deren Kompetenzen durch die Einheitliche Europäische Akte erweitert. 1993 wurde mit dem Vertrag von

Maastricht das Ganze in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt, und als Dach der europäischen Einigung wurde die Europäische Union (EU) gegründet. Ebenfalls mit dem Maastrichter Vertrag wurde die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion auf den Weg gebracht.

Später wurde der Vertrag von Maastricht mit dem Vertrag von Amsterdam erweitert, der 1999 in Kraft trat, dann mit dem Vertrag von Nizza, der 2003 in Kraft trat, und schließlich mit dem Vertrag von Lissabon, der seit 2009 gilt.

Kaum ein Europäer kennt diese Verträge. Nachweislich haben nicht einmal die Bundestagsabgeordneten die Texte vor der jeweiligen Abstimmung gelesen. Dafür hätte man vermutlich Masochist sein müssen, denn jeder neue Vertrag beinhaltete hauptsächlich Änderungen an vorhergehenden Verträgen.

Wer sich den Text des Vertrages von Lissabon von der Europäischen Kommission kommen lässt, hat das Vergnügen, sich durch über 400 Seiten durchkämpfen zu müssen. Besonders empfehlenswert sind die »Übereinstimmungstabellen«, in denen die neue Nummerierung der Artikel mit der alten Nummerierung verglichen werden kann. Die amerikanische Verfassung, ganz zu schweigen die Zehn Gebote, hätten diese Leute nie schreiben können.

Durch das Ganze weht außerdem noch ein Hauch von Marxismus. Bereits in der Präambel des »Vertrages über die Europäische Union« - es gibt auch noch einen »Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union« - ist die Rede von einem »Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas«. Hierbei wurde kein Bündnis im Sinne eines historischen Schöpfungsaktes geschlossen, vielmehr wurde eine schleichende Machtusurpation fortgeführt, deren Ende zeitlich und in der Sache völlig offenbleibt.

Eine marxistische Zutat ist dabei der historische Determinismus, der behauptet, dass die Geschichte gesetzmäßig in einer bestimmten Richtung verläuft. Eine andere ist der Objektivismus - wir können nicht mehr tun, als mit dem objektiven Strom der Geschichte zu schwimmen. Helmut Kohl, auch er ein europäischer Determinist, gebrauchte gerne das Bild eines Fahrrads, das umfallen muss, wenn es sich nicht mehr bewegt. Er übersah, dass es einem solchen Gefährt an Stabilität fehlt. Auch die dem Marxismus eigenen »humanistischen« Ideale, nicht etwa die christlichen, lassen sich unschwer im Vertrag von Lissabon entdecken.

Kommissare und Räte: Der Mechanismus der Macht

Zu einem modernen Rechtsstaat gehören Regierung, Parlament und Justiz, die voneinander unabhängig und deren Kompetenzen klar definiert sind. Im Falle der Europäischen Union ist das komplizierter. Auf der Suche nach einer europäischen Exekutive werden wir fündig sowohl bei der Europäischen Kommission als auch beim »Europäischen Rat« als auch beim »Rat« der Europäischen Union.

Die Kommission regiert, verwaltet, kümmert sich um den Haushalt und überwacht, ob sich die nationalen Regierungen an die Rechtsvorschriften halten. Sie erledigt die tägliche Arbeit.

Der Europäische Rat, in dem die Regierungs- und Staatschefs sitzen, formuliert die allgemeinen politischen Ziele der EU und ist zuständig für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Er entscheidet von Fall zu Fall entweder einstimmig oder mit qualifizierter Mehrheit. Ihn als mit der Kommission konkurrierendes Machtzentrum zu sehen, ist nicht falsch.

Der größte Teil der Entscheidungen fällt freilich nicht im Europäischen Rat, sondern - ein feiner, aber wichtiger Unterschied - im »Rat«. Der wiederum tagt chamäleonartig in zehn verschiedenen Zusammensetzungen, zum Beispiel für Außenpolitik, für Wirtschaft und Finanzen, für Landwirtschaft und Fischerei. In diesen zehn Räten ist jedes Mitgliedsland durch den zuständigen Fachminister vertreten. Somit sitzen im Rat insgesamt 280 Minister, die sich obendrein nach Neuwahlen und Regierungsumbildungen in den einzelnen Ländern immer wieder an neue Gesichter gewöhnen müssen. Ein schlankes, effektives Entscheidungsgremium sieht anders aus.

Als weiteres EU-Organ fungiert das Europäische Parlament, das einen kostspieligen Wanderzirkus veranstaltet und einmal im Monat in Straßburg und ansonsten in Brüssel zusammentritt. Das Parlament wählt die Kommission und könnte diese mit Zweidrittelmehrheit zum Rücktritt zwingen, was es noch nie getan hat. In Sachen Außen- und Sicherheitspolitik dürfen die Parlamentarier reden, aber nicht entscheiden - in einem Bereich also, der Vorrang haben müsste, wenn die Union der Europäer ernst gemeint wäre.

In der Gesetzgebung mischen alle irgendwie mit. Saubere Gewaltenteilung, unabdingbar für einen Rechtsstaat, ist der EU fremd. Die Gesetzesinitiative, das heißt die Befugnis, neues EU-Recht vorzuschlagen und auszuarbeiten oder altes zu ändern oder aufzuheben, liegt nicht beim Parlament,

sondern bei der Kommission. Das Europäische Parlament darf keine Gesetze einbringen! Damit wird ihm die Möglichkeit genommen, schädliches Integrationsrecht zurückzuspulen oder zu reformieren.

Verabschiedet werden die Gesetze vom Rat der EU in der jeweiligen Zusammensetzung der Fachminister, wobei das Parlament beteiligt wird. Da im Rat Politiker aus den europäischen Hauptstädten sitzen, haben sich die 28 Regierungen damit die fantastische Möglichkeit geschaffen, unter Umgehung ihrer nationalen Parlamente in Brüssel Gesetzgeber zu spielen - auch dies ein Verstoß gegen die Gewaltenteilung, der in den nationalen Hauptstädten verfassungswidrig und nicht vorstellbar wäre. In manchen Fällen kann sogar die Kommission selbst und ohne Beteiligung anderer Stellen Recht setzen.

Was in Brüssel einmal beschlossen ist, wird vom Deutschen Bundestag folgsam und in schöner Regelmäßigkeit abgenickt. Der Öffentlichkeit ist nicht einmal bewusst, dass die Mehrzahl der Gesetze nicht mehr aus Berlin, sondern aus Brüssel kommt. Die deutschen Abgeordneten simulieren eine legislative Rolle, die sie aus eigenem Entschluss weitgehend aufgegeben haben.

Die Arroganz der Richter: Wie der EuGH Recht auslegt und verbiegt

Mit einem Europäischen Parlament, das kein Volk vertritt, mit einer Kommission, die kein Bürger je gewählt hat, und mit Regierungsvertretern, die fern der Heimat nach Art eines Parlaments arbeiten, wäre die Rolle der Justiz in dieser EU umso wichtiger. Dafür gibt es in Luxemburg den Europäischen Gerichtshof (EuGH), der dafür sorgen müsste, dass die Verträge strikt eingehalten werden und dass die sich ohnehin überschneidenden Kompetenzen nicht auch noch widerrechtlich ausgeweitet werden.

Das tut der Gerichtshof aber nicht. Er garantiert und zementiert die Herrschaft des Unrechts. Er handelt aus eigener Machtvollkommenheit »geradezu willkürlich« und verlangt vom Bundesverfassungsgericht, dem Hüter des Grundgesetzes, »Unterwerfung«, wie das Professor Dietrich Murswiek, der Prozessvertreter Peter Gauweilers in Karlsruhe, einmal ausdrückte.[4]

Die EU-Zentralisten haben es den Urteilen des EuGH zu verdanken, dass das Gemeinschaftsrecht Vorrang vor dem nationalen Recht der Mitgliedstaaten erhielt, dass die nationalen Regierungen für Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht haften und dass das Subsidiaritätsprinzip fast vollständig

ausgehöhlt wurde. Es hätte allerdings, wie eine genaue Lektüre enthüllt, in den Verträgen sauberer definiert werden müssen.

Es besagt, dass die EU nur tun darf, was ihre Mitglieder nicht selbst tun können. Das Prinzip ist - man glaubt es kaum - in der Präambel des EU-Vertrages verankert, was die Brüsseler Bürokratie aber nicht im Geringsten daran hindert, tagtäglich dagegen zu verstoßen. Der EuGH schreitet dagegen nicht nur nicht ein, er erweitert auch seine eigenen Zuständigkeiten systematisch, indem er sich anmaßt, über seine Kompetenzen selbst zu bestimmen. Die Juristen nennen das Kompetenz-Kompetenz.

Wie sind die Luxemburger Richter eigentlich legitimiert? Sie werden in einem undurchsichtigen Verfahren von den Regierungen im gegenseitigen Einvernehmen ausgewählt. »Umso mehr blühen Kungelei und parteiliche Patronage.«[5] Der italienische Justizminister Trabucchi schreckte nicht einmal davor zurück, seinen Bruder zum Richter am Europäischen Gerichtshof zu machen.

Kein Wunder, dass der EuGH so gut wie immer im Interesse der »Unifizierung« entscheidet, wie der frühere tschechische Präsident Vaclav Klaus das nennt. Und er setzt sich dabei bedenkenlos auch über geltende Gesetze hinweg. Er unterminiert die Rechtssicherheit in der EU. Den EuGH demaskieren konnte nur jemand, der sich mit seiner Arbeitsweise ebenso auskennt wie mit dem Dschungel des Europa-Rechtes. Eben das unternahm Professor Roman Herzog, der frühere Bundespräsident, zusammen mit Lüder Gerken in einem ganzseitigen Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. September 2008.

Fast noch interessanter als der Skandal, den Herzog aufdeckte, war die Reaktion der politischen Klasse in Deutschland: Herzog wurde totgeschwiegen. Niemand hatte ein Interesse daran, in eine Diskussion über den real existierenden Europäismus einzutreten.

Am Beispiel von EuGH-Urteilen zu den Antidiskriminierungsgesetzen, zur Arbeitsmarktpolitik, zum Tabakwerbeverbot und zum Asylrecht konnte Herzog Punkt für Punkt nachweisen, dass sich das höchste europäische Gericht ungeniert in die Kernkompetenzen der Mitgliedstaaten einmischt, die nationalen Zuständigkeiten aushöhlt und sich nicht nur über den eindeutigen Wortlaut von Abkommen hinwegsetzt, sondern sie auch noch ins Gegenteil verkehrt. Rechtsprechung nach Art eines Unrechtsystems. Professor Herzog geißelte die »Arroganz« der Europa-Richter und gelangte zu diesem Fazit: »Die beschriebenen Fälle zeigen, dass der EuGH

zentrale Grundsätze der abendländischen richterlichen Rechtsauslegung bewusst und systematisch ignoriert, Entscheidungen unsauber begründet, den Willen des Gesetzgebers übergeht oder gar in sein Gegenteil verkehrt und Rechtsgrundsätze erfindet, die er dann bei späteren Entscheidungen wieder zugrunde legen kann. Sie zeigen, dass der EuGH die Kompetenzen der Mitgliedstaaten selbst im Kernbereich nationaler Zuständigkeiten aushöhlt.«

Konsequenzen aus dem institutionalisierten Rechtsbruch wurden bisher keine gezogen. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wagte es bislang nicht, den Kollegen in Luxemburg die rote Karte zu zeigen - einmal abgesehen von der im Maastricht-Urteil enthaltenen Warnung, dass eine widerrechtliche Auslegung der Europa-Verträge durch Luxemburg »keine Bindungswirkung« in Deutschland entfalten würde. Gebellt haben die Karlsruher Richter, gebissen haben sie noch nicht. Übrigens blieb auch Herzogs Forderung ohne Echo, einen vom EuGH unabhängigen Gerichtshof für Kompetenzfragen zu gründen.

Im Zeichen der Gleichheit: Die Umerziehung der Europäer

Um zu verstehen, wie die europäische Integration auf die schiefe Bahn geraten konnte, müssen wir untersuchen, welchen Weg sie nicht genommen hat. Dass die Europäer nach 1945 vertragliche und institutionelle Vorkehrungen treffen wollten, um eine Neuauflage der europäischen Bürgerkriege auszuschließen, war naheliegend. Eine engere Zusammenarbeit drängte sich auf, auch um die von den USA gewünschte Remilitarisierung Westdeutschlands für die Nachbarn erträglich zu machen. So entstanden in den frühen fünfziger Jahren Pläne für eine Politische Union, für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft und für eine Wirtschaftsgemeinschaft.

Als sich dann herausstellte, dass die Politische Union nicht durchsetzbar war und als die Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung scheiterte, blieb nur noch der Weg der wirtschaftlichen Integration.

Die damalige Grundsatzentscheidung stand 1990 noch einmal zur Debatte, als Helmut Kohl die Politische Union zur Vorbedingung für seine Zustimmung zur Währungsunion und damit zum Euro machte. Paris wollte von dem Junktim nichts wissen, Kohl fand sich damit ab, und übrig blieb die Währungsunion zulasten Deutschlands.

Jedenfalls wurde die europäische Einigung schon frühzeitig auf den Weg eines »Prozesses« geschoben, der längst ein Stadium erreicht hat, in dem die Souveränität der Nationalstaaten verdampft, ohne dass eine europäische Souveränität an deren Stelle getreten wäre.

Stattdessen bastelten die Eurokraten an Zehntausenden von Verordnungen und Richtlinien, die zunehmend als überflüssig, schikanös und absurd empfunden werden.

Stattdessen wurden EG und EU zur Transferunion ausgebaut, wurde mehr und mehr Geld umverteilt, wurden Regierungen gekauft, wurde die Korruption genährt und wurde der Wettbewerb zwischen Volkswirtschaften und Währungen ausgeschaltet.

Stattdessen verlor sich Europa im Kleinkram und ist weit davon entfernt, als Großmacht mit einer kohärenten Außen- und Verteidigungspolitik einen gleichberechtigten Platz neben den USA, China und Russland einnehmen zu können.

Das Modell der Entdemokratisierung und der Kompetenzanmaßung, das von den Berufseuropäern und Eurokraten durchgesetzt wurde, hat den Kontinent nicht gestärkt, sondern geschwächt. Wer eigentlich ist noch stolz auf dieses Europa? Der Euro mutet an wie eine böse Erfindung der Gegner Europas. Der Kontinent sucht immer noch nach seiner Identität, und weil sie nicht gefunden werden konnte, konstruierten die Eliten als Ersatz einen Katalog von pseudohumanistischen Werten und Phrasen, der in den Vertrag von Lissabon hineingeschrieben wurde.

Im ideologischen Konstrukt, das sich die EU-Eliten gebastelt haben, fehlt jeder Bezug auf Gott und das Christentum. Eine europäische Identität unter Ausblendung der christlichen Tradition und Grundierung, auch wenn sie nur kulturell verstanden wird, muss aber letztlich künstlich und kraftlos bleiben.

Das Prinzip der Freiheit würde verlangen, dass sich die EU primär als Rechtsgemeinschaft definiert - nicht als Bauchladen von humanistischen Werten. Denn Werte sind auslegungsfähig und lassen sich leicht instrumentalisieren. Werte und Ideale wurden seit jeher von den Machthabern missbraucht. Sie müssen deswegen sorgfältig auf Gehalt und Anwendung abgeklopft werden. Die Unterstellung, dass sie gut gemeint sind, kann falsch sein. Und sie bringt so oder so keinen Erkenntnisgewinn.

Es lohnt sich, Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union vollständig zu zitieren:

»Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.«

Wie steht es zum Beispiel mit Freiheit und Demokratie? Da die real existierende Integration in der EU in der Praxis auf Zentralisierung und Abbau nationaler Souveränität hinausläuft, beschädigt sie logischerweise die Selbstbestimmung und Freiheit der Nationen. Ebenso wird die individuelle Freiheit durch die grassierenden Verordnungen und Richtlinien notwendigerweise beschnitten.

Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich auch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Wortblasen. Der Europäische Gerichtshof deformiert das Recht, anstatt es zu schützen, wie wir gesehen haben. Das Überleben des Euro beruht seit 2010 auf fortgesetzten Rechtsbrüchen. Die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative, eine der großen Errungenschaften der europäischen Zivilisation, wird unterlaufen. Und mit der Demokratie hätte die EU selbst bei bestem Willen ihre Probleme, weil sich Demokratie umso schwerer realisieren lässt, je größer ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde ist. Die unverhohlene Abneigung der tonangebenden EU-Kreise gegen die Schweiz ist kein Zufall: Allein das Recht der Schweizer, in Volksabstimmungen das letzte Wort zu haben (ein Attribut echter Demokratie), macht eine EU-Mitgliedschaft unmöglich. Denn der europäische Zentralismus könnte nicht funktionieren, wenn auch nur ein Mitglied das Recht hätte, in Brüssel beschlossene Gesetze zurückzuweisen.

Von oben verordnete Toleranz ist freiheitsfeindlich, wenn sie mehr durchsetzen will als die Duldung abweichender Meinungen. Mit den Diskriminierungsverboten (in der EU-Charta der Grundrechte finden sich gleich siebzehn) werden individuelle Freiheiten eingeschränkt - Roland Baader nannte solche Vorschriften einmal eine »Proklamation des latenten Totalitarismus«. Denn Diskriminierungsverbote laufen oft darauf hinaus, dass ich als Privatperson oder verantwortlicher Unternehmer über mein Eigentum nicht so verfügen kann, wie ich das für richtig halte.

Konkretes Beispiel: 2014 legten die Europa-Richter das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz so aus, dass Fettleibigkeit eine Behinderung dar-

stellt, dass ein Fettleibiger deswegen nicht diskriminiert werden darf und dass ein Unternehmen, welches einen Fettleibigen aus welchen Gründen auch immer entlässt, den vollen Nachweis führen muss, dass diese Behinderung keine Rolle bei der Entlassung gespielt hat. Es genügt der Verdacht der Diskriminierung, und er ist kaum zu entkräften, wenn er erst einmal behauptet wird. Im Ergebnis wird die unternehmerische Freiheit drastisch eingeschränkt. Angeblich benachteiligte Minderheiten lassen sich beliebig oft und in beliebiger Zahl finden. Nicht anders ist Artikel 2 gedacht.[6]

»Solidarität« ist eine besonders inflationär benutzte Worthülse. Moralischen Wert kann sie nur in kleinen Gemeinschaften mit einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl haben. Die Mitglieder einer Familie sind solidarisch, wenn sie füreinander eintreten. Sie helfen sich gegenseitig freiwillig, ganz ohne Zwang. Aber wie soll Solidarität zwischen den Bewohnern Lapplands und denen Siziliens gelebt werden? Wenn sie in der EU eingefordert wird, gerät sie zur bloßen Chiffre für eine Umverteilung, die durch Eintreiben von Steuern und damit unter Zwang durchgesetzt wird.

Umverteilung in der EU tarnt sich als Solidarität, bedeutet aber nichts anderes, als dass von einem Teil der Europäer Einkommen erzielt werden, die das übersteigen, was sie aus eigener Leistung erwirtschaftet haben. Das kann unter Umständen und zeitweise politisch vertretbar sein, hat aber nichts mit richtig verstandener Solidarität zu tun.

Wenn es um Geld geht, sollte man auch von Geld sprechen. Oder auch von finanzieller Haftung. So sahen es schon die alten Römer. Schon das Römische Recht kannte den Begriff der Solidarität, womit die Gesamtschuld von mehreren Personen gegenüber einem Gläubiger gemeint war, vergleichbar mit der solidarischen Haftung von Geschäftsführern einer GmbH für einen eingetretenen Schaden.

In einem anderen Zusammenhang habe ich bereits die marxistischen Zutaten zur Ideologie der EU erwähnt. Auch die Zerstörung der Familie und ihrer formalen Strukturen ist seit Karl Marx ein Kernbestandteil sozialistischer Gesellschaftspolitik. In der 1950 beschlossenen Europäischen Konvention der Menschenrechte hieß es noch, dass »Männer und Frauen« das Recht hätten, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen. In Artikel 9 der Charta der Grundrechte der EU wird ebenfalls das Recht auf Ehe und Familie konstatiert, nur ist von Männern und Frauen keine Rede mehr.

Ein Versehen ist das nicht. In Artikel 21 derselben Charta wird Diskriminierung wegen der »sexuellen Ausrichtung« verboten. Und laut Artikel 2

des EU-Vertrages zählt die »Gleichheit von Frauen und Männern« zu den Werten, auf die sich die Union gründet. Die Gleichheit, nicht etwa die Gleichberechtigung!

Bis hierher mag das alles ziemlich harmlos aussehen und scheint nur deklamatorischen, also keinen Wert zu haben - ähnlich wie das sinnlose Versprechen in Artikel 3 des EU-Vertrages, die Armut auf der Welt beseitigen zu wollen. Leider ist dem nicht so. Hinter dem Wortschwulst von Gleichheit, Antidiskriminierung und Toleranz verbirgt sich eine kulturrevolutionäre Agenda, die 2000 Jahre gewachsener europäischer Kultur negiert und an der Kommission und Parlament (jedenfalls dessen Mehrheit) seit Jahren mit erheblichem Geldaufwand und bemerkenswerter Energie arbeiten. Dass dabei das Subsidiaritätsprinzip verletzt wird, dass die EU-Organe wieder einmal rechtswidrig außerhalb ihrer Kompetenz tätig werden, fällt kaum noch jemandem auf. Die EU respektiert nicht etwa die Privatsphäre einschließlich der Sexualität. Sie mischt sich ein, macht Vorschriften und versucht, Andersdenkende, wozu auch überzeugte Christen gehören, zu diskriminieren. Sie spielt Gedankenpolizei.

Während nichts das Überleben und die Vitalität Europas mehr bedroht als das Geburtendefizit und die Zerrüttung der Familien, hat das Europaparlament nichts Besseres zu tun, als in seinen Resolutionen Abtreibung zu propagieren (2002), die strafrechtliche Verfolgung von »Homophobie« zu fordern (2006) oder von den Mitgliedstaaten zu verlangen, die gleichgeschlechtliche »Ehe« zu legalisieren (2012), obwohl auch dies außerhalb der EU-Kompetenzen liegt.

Warum dabei Homophobie als »irrationale Angst« definiert und kriminalisiert wird und warum sie ständig mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gleichgesetzt wird, erschließt sich wohl nur den Aktivisten von LGBTI, eine Abkürzung für lesbisch, gay, bisexuell, transsexuell und intersexuell.

Die EU geniert sich nicht einmal, mit internationalen extremistischen Organisationen wie der ILGA (International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association) zusammenzuarbeiten, welcher selbst von der UNO der Beraterstatus verweigert wurde, weil sich mehrere ihrer Mitglieder offen für die Legalisierung der Pädosexualität eingesetzt hatten.[7]

Weil das alles unter dem Etikett der Menschenrechte betrieben wird, kümmert sich bei der EU eine »Arbeitsgruppe für Menschenrechte« sogar darum, dass LGBTI-Fragen »bei den außenpolitischen Maßnahmen der EU

systematisch berücksichtigt werden«. Da hat die EU noch viel zu tun, sie könnte damit anfangen, Sanktionen gegen Ölimporte aus Saudi-Arabien zu verhängen.

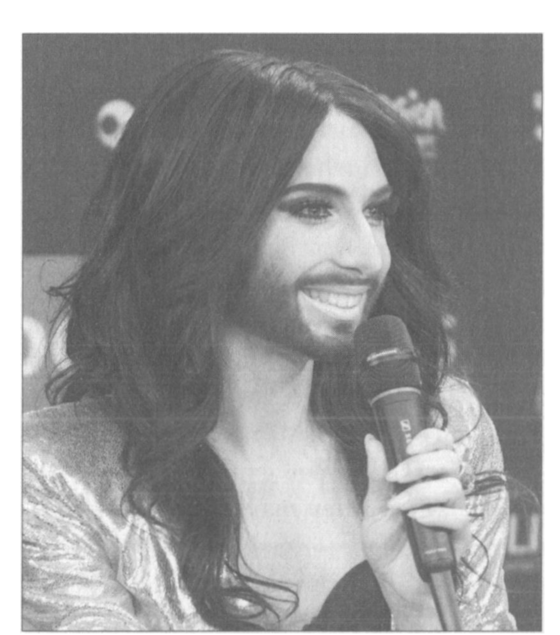
Bis es so weit ist, stecken die Generaldirektorate der Kommission, die in Brüssel die tägliche Regierungsarbeit erledigen, schon einmal ordentlich Geld in die Umerziehung der Europäer. Eine Kampagne gegen »Diskriminierung« und für »Diversität« (auch ein beliebtes Schlüsselwort) ließen sie sich sage und schreibe 290 Millionen Euro kosten.

Finanziert aus Brüssel wird zum Beispiel auch das European Youth Forum, das zusammen mit anderen Organisationen die Wertvorstellungen der Jugendlichen in Fragen von Religion und Sexualität verändern soll. Oder auch das ausgerechnet in der litauischen Hauptstadt Vilnius angesiedelte Europäische Institut für Gender Equality, das sich selbst für Aspekte des »Privatlebens« für zuständig hält.

Während den LGBTI-Ideologen in den westeuropäischen Ländern wenig zu tun bleibt, haben sie immer noch Mühe, die vermeintlich rückständigen Osteuropäer umzupolen. Die kennen noch den Unterschied zwischen Mann und Frau, können sich mit Gender-Mainstreaming nicht recht anfreunden und würden eine Conchita Wurst als EU-Kommissarin für befremdlich halten. Einer Bereicherung durch muslimische Einwanderung widersetzen sie sich auch noch.

Bleibt noch festzuhalten, dass die EU ihren Machtapparat missbraucht und alle verfügbaren institutionellen und finanziellen Mittel einsetzt, um einen neuen europäischen Menschen zu fabrizieren und Ehe wie auch Familie zu dekonstruieren.

Es wäre zu einfach, hinter der Umwertung der Werte nur den Wandel des Zeitgeistes zu vermuten. Im vorliegenden Fall wird der



Geschmackssache: Conchita Wurst

Zeitgeist planmäßig gemacht und finanziert. Nicht zuletzt von dubiosen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die außerhalb der Demokratie operieren, die durch nichts legitimiert sind und die mit dem Anschein der Unabhängigkeit auftreten, obwohl sie am Geldtropf von Organisationen wie der EU hängen, für die sie in Wirklichkeit die Schmutzarbeit besorgen.

Gabriele Kuby hat die internationalen Querverbindungen und die kulturfeindliche Ideologie dieser Lobby minutiös untersucht und gelangt zu folgendem Resümee:

»Die strategische Agenda der EU scheint auf ein neues Menschenbild zu zielen, welches die Grundfesten der bisherigen sozialen Ordnung ins Wanken bringt. Alle Entscheidungen der EU, die mit Gender-Mainstreaming, sexueller Orientierung, Gender-Identität, Geschlechtervielfalt, Antidiskriminierung, Homophobie, gleichgeschlechtlicher >Ehe< zu tun haben, betreffen diesen Bereich ... Alle diese Begriffe sind neu und bezeichnen etwas Neues: nämlich eine neue Ethik im Bereich der Geschlechter und der Sexualität und, daraus folgend, eine neue Rechts- und Gesellschaftsordnung.«[8]

Europäisches Kabarett: Über Pizzas, Glühbirnen und Urinierverhalten

Die Kabarettisten hierzulande sind so sehr damit beschäftigt, politisch unkorrekte Äußerungen aufzuspüren, dass ihnen entgeht, welch fabelhafte Vorlagen ihnen der EU-Apparat immer wieder liefert.

So kamen die Eurokraten auf die Idee, eine Skipiste auf der dänischen Insel Bornholm zu bezuschussen und den Insulanern dann auch noch einen Skilift zu genehmigen. Die Dänen haben sich sehr gewundert. Sie dachten immer, sie müssten zum Skifahren in die Alpen fahren. Als wir einmal mit der Familie auf Bornholm Ferien machten, gab es den Skilift noch nicht. Wir sahen aber auch keine einzige Erhebung auf der Insel, die die Bezeichnung Hügel verdient hätte.

Für Heiterkeit in eingeweihten Kreisen sorgte auch ein 60-seitiger EU-Bericht über Toilettenspülungen. Nachdem dessen Verfasser das Urinierverhalten der Europäer eingehend studiert hatten, kamen sie zu dem Schluss, es genüge ein halber Liter Wasser, um den ganz besonderen Saft hinunterzuspülen. Für größere Geschäfte wurden maximal 6 Liter genehmigt. Dass in den regenreichen Regionen Europas manche Abwässerkanäle mehr statt weniger Durchfluss benötigen, dass es im Norden des Kontinents eher zu viel regnet, scheint der Aufmerksamkeit der Regulatoren entgangen

zu sein. Das macht nichts, der Apparat versteht sich eben als Beschäftigungsmaßnahme, die sich längst verselbstständigt hat.

Erinnern Sie sich noch an den Feldzug gegen Glühbirnen? Die dazu erlassene Verordnung über die »Gestaltung von Haushaltslampen mit ungebündeltem Licht« ist nun schon 4 Jahre alt. Weil aber herkömmliche Speziallampen, wie sie in der Industrie oder im Bergbau verwendet werden, nicht verboten werden konnten, blieben sie im Handel - aber nur mit dem Aufdruck »Nicht für den Haushalt geeignet«. Sogleich beeilte sich die Sprecherin von Energiekommissar Oettinger, darauf hinzuweisen, dass es »nicht akzeptabel« sei, solche Glühbirnen im gleichen Regal wie Energiesparlampen zu platzieren. Sie wollte wohl den Verbraucher vor fatalen Verwechslungen schützen.

Immerhin wurde die Gurkenkrümmungsverordnung inzwischen zurückgenommen, nicht aber die Verordnung Nr. 509/2006. In der wurde festgelegt, dass eine echte Pizza Napoletana einen Durchmesser von 35 cm haben darf und dass sie nicht am Rand, aber im Inneren 0,4 cm dick zu sein hat, wobei eine Abweichung von plus/minus 10 Prozent erlaubt wird. Außerdem muss die Pizza weich und elastisch sein und sich wie ein Buch zusammenklappen lassen.

Solche Narreteien lassen zwar Rückschlüsse auf den Geisteszustand ihrer Urheber zu, richten aber keinen besonderen Schaden an. Allenfalls werfen sie die Frage auf, warum die Eurokraten für ihre Tätigkeit so fürstlich entlohnt werden und wie es kommt, dass 4365 EU-Beamte mehr verdienen als die deutsche Kanzlerin.[9]

Selbst die in Brüssel angestellten Pförtner und Dienstboten, in der Mehrzahl Italiener, verdienen so gut, dass sie sich nebenbei als Investoren betätigen können. In ihrem Besitz befinden sich die meisten italienischen Restaurants in der Nähe der Kommission. Es sind wahre Goldgruben, denn Europas Eliten, nicht zu vergessen die 20 000 Lobbyisten, pflegen mittags zu Tisch zu gehen. In Brüssel isst man bekanntlich gut.

Aus amerikanischer Sicht: Deutschland ist Weltmacht, aber nur beim Zahlen

Seitdem im Jahr 2000 amerikanische Regierungsdokumente deklassifiziert wurden, wissen wir, wie Westeuropa auf amerikanische Linie gebracht wurde und wie Washington auf die europäische Einigung Einfluss nahm.

Als Hauptinstrument diente das American Committee for a United Europe (ACUE), gegründet 1948.

Erster Vorsitzender wurde William Donovan, genannt »Wild Bill«. Er hatte während des Krieges den Geheimdienst Office of Strategie Services (OSS) geleitet, den Vorläufer der CIA. Von der CIA kam dann auch das Geld für das ACUE und für dessen europäische Mitstreiter. Führende Europa-Politiker wie Paul-Henri Spaak und Robert Schuman oder auch der mysteriöse polnische Berufsrevolutionär Jözef Retinger tauchen in den amerikanischen Dokumenten als Agenten des ACUE auf.

Die Jugendorganisation der Europäischen Bewegung, die European Youth Campaign, wurde sogar vollständig von Washington kontrolliert und finanziert. Ihr belgischer Direktor erhielt monatliche Zahlungen auf ein Geheimkonto. Über die ACUE-Konten floss amerikanisches Geld an eine lange Reihe von Einzelpersonen, Verbänden und Medien wie den britischen *Economist* oder den *Encounter*, ein Monatsmagazin für Intellektuelle. Weil die Subventionierung geheim blieb, konnte der Anschein der Unabhängigkeit gewahrt werden.[10]

Zudem erhielt Retinger von der CIA Geld, um die hinter den Kulissen tätige Bilderberg-Gruppe zu gründen. Als sie sich im Mai 1954 zum ersten Mal in den Niederlanden traf, konnte der Gastgeber, Prinz Bernhard, so illustre Persönlichkeiten wie den amerikanischen Politiker George Ball oder David Rockefeiler vom amerikanischen Council on Foreign Relations begrüßen.

Die Bilderberger wurden ins Leben gerufen, um die transatlantischen Bindungen zu stärken und den amerikanischen Einfluss auf Europa zu sichern. Diesen Zweck erfüllen sie heute noch, wenn sich führende Politiker, Konzernchefs und ausgewählte Journalisten jedes Jahr streng abgeschirmt von der Öffentlichkeit zu informellen Gesprächen treffen, über die Stillschweigen gewahrt werden muss.



Foto vom ersten Bilderberger-Treffen ¡954

Wer die Logik der amerikanischen Europa-Politik begreifen will, findet keine bessere Quelle als Zbigniew

Brzezinskis Buch *Die einzige Weltmacht.* Der gebürtige Pole ist Mitglied des Council on Foreign Relations, diente Präsident Jimmy Carter als Sicherheitsberater und zählt seit Langem zu den einflussreichsten Vordenkern amerikanischer Geopolitik. Die Kernaussagen in der Einleitung seines Buches decken sich vollständig mit der offiziellen Linie Washingtons: Eurasien sei das »Schachbrett«, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen werde. Zuletzt hätten sich im November 1940 zwei Aspiranten auf die Weltmacht, Adolf Hitler und Josef Stalin, darauf verständigt, Amerika von Eurasien fernzuhalten. Das Gebot laute, keinen eurasischen Herausforderer »aufkommen« zu lassen, der für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte.

Oft und manchmal missverständlich zitiert wird der folgende Satz Brzezinskis: »Tatsache ist schlicht und einfach, dass Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.« Brzeziriski fügt dann aber hinzu: »Dies ist kein gesunder Zustand, weder für Amerika noch für die europäischen Nationen.«[11]

Dann mokiert sich der Amerikaner über den »riesigen Behördenapparat«, den die EG und ihre Nachfolgerin, die EU, hervorgebracht hätten. Dem Gedanken der europäischen Einheit fehle es an Begeisterung und Selbstbewusstsein. »Im Allgemeinen macht das heutige Westeuropa den Eindruck einer Reihe von gequälten, unzusammenhängenden, bequemen und dennoch sozial unzufriedenen und bekümmerten Gesellschaften, die keine zukunftsweisende Vision mehr haben. Die europäische Einigung ist zunehmend ein Prozess und kein Faktum.«[12]

Brzezinski geht immer davon aus, dass die europäische Einigung in die amerikanische Geostrategie eingebettet bleiben muss und dass der Bundesrepublik dabei eine Schlüsselrolle zukommt. Deutschland könne sicherheitspolitisch auf eine enge Bindung an Amerika nicht verzichten. Und im Engagement für Europa sehe Deutschland die Grundlage für »nationale Erlösung« (er meinte: Erlösung von der Hypothek Hitler). »Für Deutschland bedeutet Erlösung + Sicherheit = Europa + Amerika. Diese Formel umreißt seine Haltung und Politik, macht es zugleich zu Europas Musterknaben und zum stärksten Anhänger Amerikas in Europa.«

Schließlich warnt der amerikanische Vordenker davor, dass das wiedervereinigte Deutschland seine nationalen Interessen »bestimmter und deutlicher« geltend machen könne. »Europa verlöre dann seine Funktion als



Zbigniew Brzezinski mit dem ehemaligen polnischen Präsidenten Bronistaw Komorowski

eurasischer Brückenkopf für amerikanische Macht ... Deswegen müssen die USA weiterhin tatkräftig und ohne Wenn und Aber für die europäische Einigung eintreten.«[13]

Brzezinski bringt die amerikanische Geostrategie auf den Punkt: Einerseits gewinnt die EU für Amerika an Wert, wenn sie sich über den Status eines bloßen Protektorats erhebt, andererseits darf sie nicht so stark werden, dass sie sich vom großen Bruder abnabeln könnte. Denn Amerikas atlantische Gegenküste ist als Brückenkopf unverzichtbar - und die amerikanische Oberhoheit ist gesichert, solange Deutschland die ihm zugedachte Schlüsselrolle spielt und auf eine Politik nationaler Interessen verzichtet.

Brzezinski ermahnt die Deutschen, aber er lobt sie auch. Seine Bemerkung, Deutschland sei »teilweise eine Weltmacht«, mag wie Balsam für die deutsche Seele klingen. Er bezieht den vermeintlichen Weltmachtstatus jedoch nur auf das, was er »beträchtliche Beitragszahlungen« nennt. Deutschland sei größter Aktionär der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, und es bestreite 22,8 Prozent des NATO-Budgets, 8,93 Prozent des UN-Budgets und 28,5 Prozent des Haushaltes der EU. Wie viel tatsächlich bisher an EG und EU überwiesen wurde und noch überwiesen wird, untersuchen wir später in diesem Kapitel.

Ähnlich wie Brzezinski äußert sich Henry A. Kissinger. Die Europäische Gemeinschaft sei erdacht worden als »Nebenstruktur zur Atlantischen Allianz«, und aus amerikanischer Sicht könne die Entstehung einer neuen hegemonialen Mächtekonstellation schnell »als feindlich« angesehen werden. Amerika habe zweimal im Zeitraum von nur einer Generation Kriege geführt, »weil amerikanische Staatsführer davon überzeugt waren, dass die Vorherrschaft einer einzelnen feindseligen Macht in Europa eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen darstellte. An dieser Realität hat sich nichts geändert.«[14]

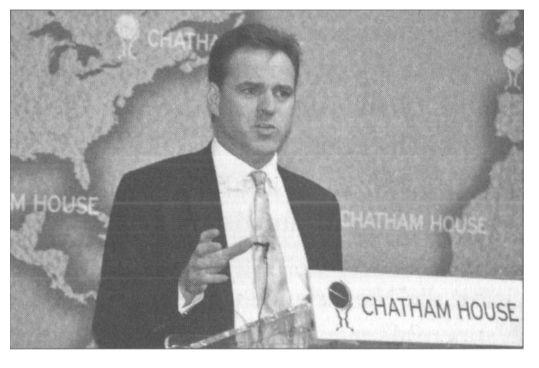
Verständlich also, dass die sich nach der Wiedervereinigung anbahnende deutsch-russische Partnerschaft unter allen Umständen torpediert werden musste. Die Ukraine, laut Brzezinski ein »geopolitischer Dreh- und Angelpunkt«, bot dazu den Hebel.

Deutschland als Hauptfinanzier der EU: »Ein einvernehmliches System von Kriegsreparationen«

So schwierig es ist, keine Satire zu schreiben, so wenig reicht sie aus, um das System zu verstehen. Die Umtriebe der Eurokratie mögen überflüssig, lästig oder auch amüsant sein - was die EU im Innersten zusammenhält, ist nichts anderes als Geld. Genauer: die Fließrichtung von Geld.

Mit ganz unüblicher Brutalität beschrieb es ein Brüsseler Kommissar einmal so: »Wenn Deutschland nicht mehr zahlt, dann platzt der Laden.«[15]

Noch näher am Thema dieses Buches ist die Einschätzung des eminenten britischen Historikers Niall Ferguson: »Wenn man sich die europäische Integration als ein einvernehmliches System von Kriegsreparationen vorstellt, so entsprechen die Leistungen Deutschlands etwa denen, die ihm nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Versailler Vertrag aufgebürdet wurden.«[16]



Niall Ferguson bei einer Veranstaltung der britischen Denkfabrik Chatham House (Mai 2011)

Was hat er damit eigentlich gemeint? Um diese Frage zu beantworten, werfen wir

zunächst einen Blick in den Haushalt der Europäischen Gemeinschaft und seine Entwicklung seit 1970. Damals belief er sich auf 9,5 Milliarden Mark. Bis 1980 war er auf 41,1 Milliarden Mark angewachsen, bis 1990 auf 97,5 Milliarden und bis zur Euro-Einführung auf 190 Milliarden.

2014 hatte das Budget ein Volumen von 143,94 Milliarden Euro beziehungsweise 281,522 Milliarden D-Mark. Im Rahmen der siebenjährigen Finanzplanung von 2014 bis 2020 sind Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 1,082 Billionen Euro vorgesehen.

Wie erzielt die EU ihre Einnahmen? 2014 kamen gut 11 Prozent von den Zöllen, die an den Außengrenzen erhoben werden. Gut 12 Prozent stammten aus dem Anteil an der Mehrwertsteuer, der von den nationalen Regierungen abgeführt wurde. Außerdem wurde eine runde Milliarde, die 2013 übrig geblieben war, auf 2014 übertragen. Und »andere« Einnahmen, zum Beispiel aus Kartellstrafen, summierten sich auf knapp 10 Milliarden Euro. Weil der Haushalt im Prinzip in jedem Jahr ausgeglichen sein muss, wurde auch 2014 die verbleibende Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen von den Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihres Bruttonationaleinkommens überwiesen.

Über die Umverteilung ist damit noch nichts ausgesagt. Interessanter als die absoluten Zahlen sind die EU-bezogenen Salden der Mitgliedstaaten. Wer mehr einzahlt, als er zurückbekommt, ist Nettozahler. Wer mehr zurückbekommt, als er eingezahlt hat, befindet sich in der angenehmen Position des Nettoempfängers. Im öffentlich zugängigen *Financial Report* der EU (siehe Tabelle gegenüber) für 2014 sind die Summen, die die Nettozahler effektiv aufgebracht haben, mit einem Minus gekennzeichnet und die Beträge zugunsten der Nettoempfänger mit einem Plus. Auf der Tabelle ist außerdem zu sehen, welcher Prozentsatz des Bruttonationaleinkommens (BNE) abgeführt wurde beziehungsweise als Zuschuss verbucht werden konnte. Werden die Positionen aller 28 EU-Mitglieder saldiert, bleibt unter dem Strich eine Null.

Wenn der Anteil am Bruttoinlandseinkommen (siehe % BNE) berücksichtigt wird, fällt auf, dass nur die Niederlande 2014 stärker belastet wurden als Deutschland. Das relativiert sich jedoch, je länger man zurückgeht. Selbst die Niederlande und Finnland waren schon einmal für kurze Zeit Nettoempfänger. Auch die großen EU-Länder Frankreich, Großbritannien und Italien haben, bezogen auf das Bruttoinlandseinkommen, fast immer weniger als Deutschland beigetragen.

Nettozahler (-) und Nettoempfänger (+) in der EU

	2009		2010		2011		2012		2013		2014	
	Mio. EUR	% BNE	Mio. EUR	% BNE	Mio. EUR	% BNE	Mio. EUR	% BNE	Mio. EUR	% BNE	Mio. EUR	% BNE
BE	−1663,9	−0,48 %	−1466,4	−0,39 %	−1369,6	−0,36 %	−1493,7	−0,38 %	−1541,1	−0,39 %	−1478,1	−0,37 %
BG	+624,2	+1,77 %	+895,5	+2,50 %	+725,4	+1,88 %	+1329,7	+3,32 %	+1529,0	+3,80 %	+1824,3	+4,45 %
CZ	+1702,5	+1,23 %	+2079,3	+1,44 %	+1455,2	+0,96 %	+3045,2	+2,02 %	+3401,1	+2,33 %	+3004,2	+2,08 %
DK	−969,5	−0,42 %	−615,3	−0,25 %	−836,6	−0,33 %	−1126,0	−0,44 %	−1277,1	−0,49 %	−836,0	−0,32 %
DE	−6357,5	−0,25 %	−9223,6	−0,35 %	−9002,5	−0,33 %	−11953,8	−0,42 %	−13824,8	−0,48 %	−15501,6	−0,52 %
EE	+573,0	+4,18 %	+672,7	+4,82 %	+350,4	+2,25 %	+785,3	+4,64 %	+771,4	+4,22 %	+473,82	+2,49 %
IE	−47,5	−0,03 %	+803,9	+0,58 %	+383,8	+0,27 %	+670,6	+0,47 %	+279,1	+0,19 %	+38,8	+0,02 %
EL	+3121,0	+1,35 %	+3597,4	+1,62 %	+4622,6	+2,29 %	+4544,9	+2,33 %	+5340,7	+2,93 %	+5162,6	+2,89 %
ES	+1181,7	+0,11 %	+4100,9	+0,38 %	+2995,0	+0,28 %	+3999,0	+0,38 %	+3058,3	+0,29 %	+1090,6	+0,10 %
FR	−5872,7	−0,30 %	−5534,8	−0,27 %	−6405,8	−0,30 %	−8297,5	−0,39 %	−8445,7	−0,39 %	−7164,6	−0,33 %
HR	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	+49,6	+0,12 %	+173,6	+0,42 %
IT	−5058,5	−0,32 %	−4534,0	−0,28 %	−5933,0	−0,36 %	−5058,1	−0,31 %	−3789,9	−0,24 %	−4467,0	−0,28 %
CY	−2,3	−0,01 %	+10,6	+0,06 %	+6,9	+0,03 %	−25,2	−0,13 %	+40,4	+0,23 %	+114,8	+0,69 %
LV	+501,5	+2,49 %	+674,2	+3,70 %	+731,3	+3,62 %	+955,9	+4,33 %	+801,2	+3,46 %	+799,8	+3,35 %
LT	+1493,3	+5,44 %	+1358,4	+4,94 %	+1368,0	+4,55 %	+1514,0	+4,69 %	+1514,5	+4,45 %	+1543,2	+4,38 %
LU	−100,2	−0,42 %	−41,9	−0,16 %	−75,0	−0,27 %	−79,5	−0,28 %	−69,4	−0,24 %	+80,1	+0,27 %
HU	+2719,4	+3,05 %	+2748,4	+2,95 %	+4418,3	+4,62 %	+3280,4	+3,47 %	+4954,5	+5,08 %	+5681,6	+5,64 %
MT	+8,6	+0,15 %	+52,9	+0,84 %	+67,0	+1,00 %	+71,4	+1,03 %	+88,0	+1,21 %	+179,4	+2,35 %
NL	+117,7	+0,02 %	−1833,1	−0,29 %	−2214,0	−0,34 %	−2364,5	−0,36 %	−2675,1	−0,42 %	−4711,1	−0,71 %
AT	−402,1	−0,14 %	−677,0	−0,23 %	−805,1	−0,26 %	−1073,3	−0,34 %	−1251,7	−0,39 %	−1240,6	−0,38 %
PL	+6337,1	+2,09 %	+8427,5	+2,43 %	+10975,1	+3,03 %	+11997,2	+3,24 %	+12237,1	+3,22 %	+13748,0	+3,47 %
PT	+2150,7	+1,27 %	+2622,6	+1,51 %	+2983,7	+1,73 %	+5027,2	+3,06 %	+4416,7	+2,63 %	+3211,3	+1,88 %
RO	+1692,5	+1,42 %	+1254,2	+0,99 %	+1451,5	+1,10 %	+2031,6	+1,55 %	+4142,8	+2,94 %	+4519,9	+3,09 %
SI	+241,9	+0,68 %	+424,1	+1,18 %	+490,1	+1,34 %	+572,2	+1,60 %	+429,2	+1,20 %	+794,4	+2,17 %
SK	+542,1	+0,85 %	+1349,6	+2,06 %	+1160,6	+1,69 %	+1597,0	+2,26 %	+1287,4	+1,78 %	+1010,1	+1,37 %
FI	−544,2	−0,30 %	−300,2	−0,16 %	−652,1	−0,33 %	−658,8	−0,33 %	−604,0	−0,30 %	−809,0	−0,40 %
SE	−85,6	−0,03 %	−1211,4	−0,32 %	−1325,4	−0,32 %	−1925,1	−0,44 %	−2220,7	−0,49 %	−2312,7	−0,52 %
UK	−1903,3	−0,11 %	−5625,9	−0,31 %	−5565,6	−0,30 %	−7366,1	−0,36 %	−8641,7	−0,43 %	−4929,8	−0,23 %
EU	0,0	0,00 %	0,0	0,00 %	0,0	0,00 %	0,0	0,00 %	0,0	0,00 %	0,0	0,00 %

Quelle: EU-Haushalt 2014, Finanzreport
Länderkürzel: BE-Belgien, BG-Bulgarien, CZ-Tschechische Republik, DK-Dänemark, DE-Deutschland, EE-Estland, IE - Irland, EL - Griechenland, ES - Spanien, FR - Frankreich, HR - Kroatien, IT - Italien, CY - Republik Zypern, LV - Lettland, LT- Litauen, LU - Luxemburg, HU - Ungarn, MT - Malta, NL - Niederlande, AT - Österreich, PL - Polen, PT - Portugal, RO - Rumänien, SI - Slowenien, SK - Slowakei, FI - Finnland, SE - Schweden, UK - Vereinigtes Königreich

Größter Nettozahler in absoluten Zahlen war auch 2014 wieder Deutschland mit minus 15 501,6 Millionen Euro, größter Nettoempfänger war Polen mit plus 13748 Millionen. Ein rundum gutes Geschäft war die EU auch für Ungarn, Rumänien, Griechenland und alle anderen Länder in Mittel- und Osteuropa, die seit 2004 aufgenommen wurden. Ein Verlustgeschäft war die europäische Integration nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Niederlande, Belgien, Frankreich, Italien, Großbritannien und Finnland.

Nun wird von offizieller Seite, zum Beispiel von der Bundeszentrale für politische Bildung, gerne behauptet, dass die rein buchhalterische Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben nichts darüber aussage, ob die EU-Mitgliedschaft für ein Land mehr Vorteile oder mehr Nachteile mit sich bringe. Das ist nicht falsch, aber eine typische Halbwahrheit. Ohne Zweifel ist es besser und bestimmt kein Nachteil, Geld zu bekommen, als Geld abgeben zu müssen. Und natürlich müssen auch andere Faktoren in Rechnung gestellt werden, zum Beispiel die mit einem EU-Beitritt manchmal verbundene höhere Rechtssicherheit für Investoren oder andererseits die von der EU auferlegten zusätzlichen Bürokratiekosten, die für die deutsche Wirtschaft in die Milliarden gehen dürften.

Die eben erwähnte Bundeszentrale, ein Sprachrohr für Regierungspropaganda, stellt mit Vorliebe auch die Vorteile heraus, die der Binnenmarkt und der freie Personen- und Kapitalverkehr mit sich bringen. Dazu braucht es aber keine EU in dieser Form. Schon vor 1914 konnten sich Kapital und Personen frei in Europa bewegen, schon vor 1914 wuchsen die deutschen Exporte rasant. Vom Außenhandel profitieren immer beide Seiten. Er vollzieht sich auf freiwilliger Basis. Ein französischer Autofahrer entscheidet selbst, ob er sich einen Peugeot oder einen Mercedes anschafft. Warum sollte für die Möglichkeit, exportieren zu können, extra gezahlt werden? Im Übrigen ist in den vergangenen Jahren der deutsche Export nach China und in die USA deutlich stärker gewachsen als der in EU-Länder, ohne dass mit Geld nachgeholfen werden musste.

Europäische Mathematik: Wie die Nettobeiträge berechnet und verschleiert werden

Dass wir über die Kosten der EU und ihre Verteilung genau Bescheid wissen, verdanken wir nicht der Bundesregierung, die darüber nicht gerne spricht, sondern dem emeritierten Heidelberger Volkswirtschaftsprofessor

Franz-Ulrich Willeke. Auf der von ihm erstellten Tabelle unten auf dieser Seite finden Sie zum Beispiel für 2014 in Spalte 3 die bereits erwähnten 15,5 Milliarden Euro an deutschen Nettobeiträgen an die EU. Dabei handelt es sich um die Differenz zwischen den 26,8 Milliarden, die an die EU gezahlt wurden, und den 11,3 Milliarden, die an »operativen Ausgaben« der EU nach Deutschland zurückflössen. Die Verwaltungskosten der EU, von denen der größte Teil in Brüssel anfällt, sind in den operativen Ausgaben nicht berücksichtigt.[17]

Weil auch 2014 die operativen EU-Ausgaben größer ausfielen als die ursprünglichen nationalen Beiträge, mussten letztere nach oben »angepasst« werden. Die in den Tabellen aufgeführten »angepassten« nationalen Beiträge sind also immer die tatsächlich geleisteten.

Wenn dann auch noch andere Überweisungen an Brüssel berücksichtigt werden, vor allem die grundsätzlich der Union zustehenden Zolleinnahmen, erhöht sich der deutsche Nettobeitrag (nach einigen Abzügen) für 2014 von 15,5 auf insgesamt 17,5 Milliarden Euro. 2009 waren es nur 8,8 Milliarden - eine glatte Verdoppelung.

Deutschlands Beteiligung am EU-Haushalt seit der Wiedervereinigung

1991-2014

Milliarden ECU/EUR

Zeitabschnitte	1. Angepasste nationale Beiträge	2. Operative Ausgaben der EU	3. Sp.2 - Sp. 1 Nettobeiträge	4. Weitere Nettobelastung	5. Sp. 3 + Sp. 4 Nettobelastungen insgesamt
1991-2008	324,0	178,0	-146,0	-31,3	-177,3
2009	17,9	11,5	-6,4	-2,4	-8,8
2010	20,9	11,6	-9,2	-2,7	-11,9
2011	21,0	11,9	-9,0	-1,9	-10,9
2012	24,0	12,1	-11,9	-2,0	-13,9
2013	26,7	12,9	-13,8	-2,4	-16,2
2014	26,8	11,3	-15,5	-2,0	-17,5
2009-2014	137,2	71,3	-65,9	-13,4	-79,3
1991-2014	461,1	249,3	-211,9	-44,7	-256,5
1991-2014*	550,8	296,2	-254,6	-53,7	-308,3

1991 -2014* Hochgerechnet auf deutsches Preisniveau 2014 mit (ab 1996 harmonisiertem) Verbraucherpreisindex der EU für Deutschland 2014 = 116,2; 2005 = 100.

Von den 17,5 Milliarden kamen 15,5 Milliarden den Nettoempfängern zugute und 2 Milliarden dem Wasserkopf der EU-Verwaltung. Die 17,5 Milliarden sind Geld, das an anderer Stelle fehlte. Damit könnte der Posten Familie im Bundeshaushalt 2016 (9,1 Milliarden) fast verdoppelt werden, oder der Verteidigungshaushalt (34,29 Milliarden) könnte um 50 Prozent erhöht werden.

Wenn wir sämtliche deutschen Nettobelastungen seit 1991 - seit der Wiedervereinigung - zusammenzählen, kommen wir auf die stolze Summe von 211,9 Milliarden (siehe Spalte 5). Und wenn wir die Inflation berücksichtigen und auf das Preisniveau von 2014 hochrechnen, sind es 254,6 Milliarden.

Ist mit den Nettobeiträgen alles erklärt? Keineswegs. Hinter dem Saldo verbirgt sich die Tatsache, dass im Zeitraum seit 1991 inflationsbereinigt 550,8 Milliarden aus Deutschland abflössen und im Gegenzug 296,2 Milliarden zurückkamen. Diese knapp 300 Milliarden zugunsten Deutschlands waren eine stattliche Summe, die einen im Grunde unnötigen Umweg über die Brüsseler Bürokratie genommen und zusätzliche Verwaltungskosten verursacht hat.

Die Bundesregierung hätte genauso gut das Geld selbst behalten und nach eigenem Ermessen in Deutschland verteilen können - und lediglich die Nettobelastung in Höhe von 254,6 Milliarden zu überweisen brauchen. Das wäre auf dasselbe hinausgelaufen, hätte aber die EU der Möglichkeit beraubt, an den unmöglichsten Orten in Deutschland Schilder aufzustellen, die die Kofinanzierung preisen und die bei unbedarften Zeitgenossen den Eindruck erwecken, in den Genuss einer finanziellen Wohltat aus Brüssel gekommen zu sein.

Nur wurde die Wohltat von den Deutschen selbst bezahlt. Der ganze Unsinn erschließt sich schon bei einer Wanderung durch die Rhön, wo zahlreiche Wege mit Finanzhilfe der EU ausgeschildert wurden. Das hätten die Rhöndörfer oder die Wandervereine auch selbst bewerkstelligen können.

Das System bedient sich einer Art von Geldillusion. Wenn ein Land 5 Milliarden Euro unentgeltlich und direkt an andere Länder überträgt, ist jedem klar, dass es sich um ein Geschenk handelt. Wenn dieses Geberland aber 10 Milliarden an eine dritte Instanz, in unserem Fall die EU-Kommission, überweist, diese die Hälfte davon verteilt und die andere Hälfte dem Geberland zurückgibt, kann der Eindruck entstehen, auch die Einwohner des Geberlandes würden profitieren. Tatsächlich haben die Kommission und deutsche Politiker schon öfters so argumentiert, als sie die operativen

Ausgaben der EU in Deutschland groß herausstellten - so, als sei es ein tolles Geschäft, 10 Milliarden in 5 Milliarden zu tauschen. Der Zweck der Übung besteht darin, das Geschenk zu anonymisieren und die Fließrichtung der Gelder in der EU zu verschleiern.

Des Öfteren ist zu hören, auch vom Europäischen Rechnungshof, dass etwa 5 Prozent des EU-Haushalts auf illegale Weise ausgegeben werden. Eine Zahl, die sicherlich zu tief gegriffen ist. Selbst aus Brüssel waren schon Schätzungen zu hören, die sich bei 10 bis 15 Prozent des Haushaltes bewegen.[18] Wahrscheinlich geht jedes Jahr so viel Geld durch Betrügereien verloren, wie Deutschland netto in den Haushalt einzahlt.

Mehr wird das Geld auf den verschlungenen Wegen, die es nehmen muss, bestimmt nicht. Als die Fraunhofer-Gesellschaft in Karlsruhe im Auftrag Brüssels untersuchte, was mit den Geldern aus dem EU-Strukturfonds in Griechenland geschieht, fand sie heraus, dass ein Drittel auf dem Weg zum Projekt versickert. In bestimmten Fällen habe das Geld aus Brüssel am Ende der Kette nicht einmal mehr ausgereicht, um es zu verteilen.[19]

Der Weg in die Transferunion: Für die Wiedervereinigung 1990 musste extra gezahlt werden

Professor Willeke nennt die EU eine »reguläre Transferunion« - regulär, weil diese Art von Umverteilung auf Vereinbarungen der Mitgliedstaaten beruht, die aus rechtlicher Sicht nicht zu beanstanden sind. Die irreguläre Transferunion hingegen, die seit 2010 im Fokus der öffentlichen Meinung steht, kam durch Vertragsbruch zustande. Sie dient der Rettung überschuldeter Euro-Mitglieder vor dem Staatsbankrott und wurde in Gang gesetzt durch Haftungsübernahmen für Kredite und durch willkürliche Maßnahmen der Europäischen Zentralbank, obwohl der Vertrag von Maastricht ausdrücklich einen Haftungsausschluss vorsah.

Ich werde nun den Weg der EG und dann der EU in die reguläre Transferunion, vor der Ludwig Erhard frühzeitig gewarnt hat, phasenweise schildern, damit deutlich wird, wie Deutschland in die Rolle des »Zahlmeisters« hineinwuchs.[20] Darstellbar ist der Ablauf seit 1976, weil die EU erstmals 2006 die entsprechenden Zahlen ab 1976 veröffentlicht hat. Dabei stellen wir den Nettozahlern die Nettoempfänger gegenüber. Denn die Umverteilung kam logischerweise unter dem Strich nur den Nettoempfängern zugute. Und sie wurde ausschließlich von den Nettozahlern finanziert.

Deutschland war immer Finanzier der Transferunion, Griechenland immer Profiteur. Professor Willeke nennt die Umverteilungssummen die »zentrale Kennziffer« der regulären Transferunion. Die Berechnungen, die in diesem Kapitel aufgeführt werden, stammen von ihm, denn die EU-Kommission selbst hat kein Interesse daran, volle Transparenz herzustellen. Sonst würden nicht nur in Deutschland lästige Fragen gestellt. Und die Nutznießer des Systems würden sich dessen bewusst, mit welchen Summen sie von wem unterstützt werden.

In der Periode 1976 bis 1990, als noch nicht in dreistelligen Milliardenbeträgen gerechnet wurde, brachten alle Nettozahler zusammen 40 Milliarden Euro auf (siehe Spalte 2 der gegenüberliegenden Tabelle).[11] Von dieser Umverteilungssumme kamen 60 Prozent, nämlich 24 Milliarden, aus der Bundesrepublik Deutschland! Alle anderen Nettozahler zusammen brachten nur 16 Milliarden auf.

Die hauptsächlichen Nettoempfänger waren Griechenland (EG-Beitritt 1981), Irland (Beitritt 1973) sowie Spanien und Portugal (Beitritt 1986). Zusammen kassierten sie 35 Milliarden in Rechnungseinheiten, in ECU oder in Euro, was auf dasselbe hinausläuft. Denn das Buchgeld ECU wurde 1999 zu pari in Euro umgestellt.

Normalerweise hätte die 1990 vollzogene Wiedervereinigung eine Entlastung bringen müssen, weil die deutsche Einheit enorme Kosten verursachte, weil das Einkommen pro Kopf in Deutschland deutlich sank und weil Deutschland für den Abzug sowjetischer Truppen und für den Golfkrieg teuer bezahlen musste. Das Gegenteil trat ein. In der Periode 1991 bis 1994 kletterte der deutsche Anteil an der gesamten Umverteilung auf 73,7 Prozent. Deutschland zahlte 35,4 Milliarden Euro, alle anderen Nettozahler nur 12,6 Milliarden (Spalte 1 und 2). Hauptempfänger waren immer noch Griechenland (EL), Spanien (ES), Portugal (PT) und Irland (IE).

Der Verdacht liegt nahe, dass die europäischen Partner, die sich an der Wiedervereinigung störten, besänftigt werden sollten.

»Das Bemerkenswerte an den relativ hohen Nettobeiträgen Deutschlands in den neunziger Jahren«, schreibt Franz-Ulrich Willeke, »ist zweifellos die Tatsache, dass diese mit den sich bald nach der Wiedervereinigung abzeichnenden zusätzlichen internen finanziellen Belastungen Deutschlands zusammenfielen. Das hätte, so sollte man meinen, die deutschen Politiker wenigstens jetzt veranlassen müssen, eine Entlastung bei den Nettobeiträgen durchzusetzen.«

Die Europäische Union als reguläre Transferunion

1976-1990; 1991-2014

Milliarden RE/ECU/EUR

Nettozahler (NZ)	1.	2.	3.	4.	5.
	Nettobeiträge und Umverteilungs-summen		seitens der EU gewährte Nettoleistungen an die Nettoempfänger (NE)		
	%	absolut	EL, ES, IE, PT[4]	CZ, HU, PL, SK'	alle anderen NE[d]
	1976-1990				
Deutschland Alle anderen NZ*	60,0 40,0	-24,0 -16,0	21,0 14,0		3,0 2,0
Alle Nettozahler	100,0	±40,0	35,0	-	5,0
	1991-1994				
Deutschland Alle anderen NZ'	73,7 26,3	-35,4 -12,6	31,5 11,3		4,0 1,4
Alle Nettozahler	100,0	±48,0	42,8	-	5,4
	1995-2003				
Deutschland Alle anderen NZ"	53,6 46,4	-76,7 -66,4	76,4 66,1	—	0,3 0,2
Alle Nettozahler	100,0	± 143,1	142,5	-	0,5
	2004-2008				
Deutschland Alle anderen NZ'	33,4 66,6	-33,9 -67,5	22.3 44.4	8,3 16,6	3,2 6,5
Alle Nettozahler	100,0	±101,4	66,7	24,9	9,7
	1991-2008				
Deutschland Alle anderen NZ"	49,9 50,1	-146,0 -146,5	130,0 122,0	8,3 16,6	7,7 7,9
Alle Nettozahler	100,0	± 292,5	252,0	24,9	15,6
	2009-2014				
Deutschland Alle anderen NZ"	30,3 69,7	-65,9 -151,6	19,6 45,8	33,1 76,1	13,2 29,7
Alle Nettozahler	100,0	± 217,5	65,4	109,2	42,9
	1991-2014				
Deutschland Alle anderen NZ"	41,5 58,5	-211,9 -298,1	149,6 167,8	41,4 92,7	20,9 37,6
Alle Nettozahler	100,0	±510,0	317,4	134,1	58,5
	1991-2014*				
Deutschland Alle anderen NZ"	41,5 58,5	-268,6 -377,9	189.6 212.7	52,5 117,5	26,5 47,7
Alle Nettozahler	100,0	± 646,5	402,3	170,0	74,2

* 1991-2014: Auf das EU-Preisniveau von 2014 hochgerechnet mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex der EU 2014=120,2; 200s=100.

[a] Vgl. Tabelle 2-2015;[b] Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Portugal (PT);' Tschechien (CZ), Ungarn (HU), Polen (PI), Slowakei (SK);

[d] Ab 2004: Bulgarien (BG), Zypern (CY), Estland (EE), Litauen (LT), Lettland (LV), Malta (MT), Rumänien (RO), Slowenien (SI); seit 2013 Kroatien (HR)

Willeke weiter: »Natürlich wäre die deutsche Aufgabe hier >heikel< gewesen. Denn wie sollten diejenigen ausländischen Politiker der mit uns doch so befreundeten Staaten, die sich vehement, wenn auch letztlich vergeblich, gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands gewehrt hatten, davon überzeugt werden, dass Deutschland nun gerade wegen der Wiedervereinigung als Nettozahler entlastet werden müsste?«[22]

In die Periode 1995 bis 2003 fiel die Vorbereitung auf den Euro und dessen Einführung als Buchgeld 1999 und dann als Bargeld. 2003 war zudem das letzte Jahr vor der beginnenden Osterweiterung der EU. Der deutsche Anteil an der Umverteilungssumme ging zurück auf 53,6 Prozent, erfuhr aber in absoluten Zahlen eine gute Verdoppelung auf 76,7 Milliarden. Bis 2003, dem letzten Jahr der EU-15, gingen die Nettoleistungen immer noch fast ausschließlich an die vier Nettoempfänger Spanien, Portugal, Griechenland und Irland.

Ab 2004 erweiterte sich der Kreis der Nettoempfänger. Die drei baltischen Staaten, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Ungarn, Malta und Zypern traten der EU bei. 2007 folgten Rumänien und Bulgarien, 2013 schließlich Kroatien.

Damit mussten die Geldflüsse innerhalb der Transferunion umgeleitet werden. Die Osteuropäer rückten an die Spitze, für die früheren Nutznießer blieb weniger übrig. Und Deutschlands Anteil an den Transfers sank auf 33,4 Prozent, bezogen auf die Jahre 2004 bis 2008.

Das war der Zeitraum, der der großen Finanzkrise unmittelbar vorausging. In diesen 5 Jahren flössen netto immer noch 66,7 Milliarden an Spanien, Portugal, Griechenland und Irland. Sie befeuerten zusammen mit den zu niedrigen Euro-Zinsen einen ungesunden Wirtschaftsboom, der in der Finanzkrise jäh endete. Den hochgepäppelten Ländern beziehungsweise ihren Banken drohte die Pleite. Die regulären Transfers mussten nun ergänzt werden durch Kredite aus den Euro-Rettungspaketen. Ohne Euro-Mitgliedschaft und ohne die Geldschwemme aus den Transfers, die die Kreditblase überhaupt erst ermöglichten, hätten sich die Südeuropäer und Irland den Zusammenbruch vermutlich ersparen können.

An dieser Stelle machen wir ein Gedankenexperiment, indem wir die EU-Umverteilungssumme als solche akzeptieren und die Frage stellen, wie sie in den 18 Jahren nach der Wiedervereinigung hätte aussehen müssen, wären die Nettobeiträge gerecht verteilt gewesen. Demnach hat Deutschland von 1991 bis 2008 gut 61 Milliarden Euro zu viel gezahlt. Schweden

wurden 4,2 Milliarden zu viel zugemutet und den Niederlanden 10 Milliarden zu viel. Dafür hat der Nettozahler Frankreich 26 Milliarden zu wenig abgeführt, Großbritannien 22,2 Milliarden zu wenig und Italien 21,5 Milliarden zu wenig.[23]

Der jüngste Zeitraum, der nun betrachtet werden soll, beginnt am Tief der Finanzkrise 2009 und endet 2014, dem letzten Jahr, für das Zahlen vorliegen. In der Tabelle unten auf dieser Seite (»Zur Beteiligung der Nettozahler an der Umverteilung«) sehen Sie in Spalte 1 die jährlichen Umverteilungssummen (UVS) und danach den prozentualen Anteil daran, der von den großen Nettozahlern aufgebracht wurde, nämlich von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden. Die kleineren Nettozahler (NZ) sind in Spalte 7 zusammengefasst.[24]

Zur Beteiligung der Nettozahler an der Umverteilung

- 2009-2014 -

Zeitabschnitte	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
	UVS	Nettobeiträge in Prozent der jährlichen Umverteilungssummen (UVS)					
	Mrd. EUR	DE	FR	UK	IT	NL	Weitere NZ
2009	±23,0	27,6	25,5	8,3	22,0	-	16,4
2010	±31,0	29,7	17,8	18,1	14,6	5,9	13,4
2011	±34,2	26,3	18,7	16,3	17,4	6,5	14,8
2012	±41,4	28,9	20,0	17,8	12,2	5,7	15,4
2013	±44,3	31,2	19,0	19,5	8,6	6,0	15,7
2014	±43,4	35,7	16,5	11,3	10,3	10,8	15,4
2009-2014	±217,5	30,3	19,2	15,6	13,3	6,3	15,3

Es fällt auf, dass Deutschland 2009 vergleichsweise glimpflich davonkam. Der Grund war ein einmaliger Abschlag, der außer Deutschland auch den Niederlanden, Österreich und Schweden gewährt wurde - zulasten anderer Mitglieder, auch zulasten Frankreichs. Nur Großbritannien genießt einen permanenten Rabatt. Er geht zurück auf das Jahr 1985, als Margaret Thatcher ihre Handtasche auf den Tisch knallte und ausrief: »/ *want my money back.*« Seitdem muss der britische Rabatt von den anderen Nettozahlern finanziert werden.

In den Jahren nach 2009 ist der deutsche Finanzierungsanteil an der Umverteilung wieder deutlich gestiegen, und zwar von 27,6 auf zuletzt 35,7 Prozent. Umgekehrt ist der französische Anteil wieder kräftig gefallen,

und der italienische hat sich sogar halbiert. Immerhin: In der großen EU der 28 muss Deutschland anteilsmäßig nicht mehr so viel aufbringen wie in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung. Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2014 brachte Deutschland 30,3 Prozent der Umverteilungssumme auf.

Wirklich deutlich wird das enorme Ausmaß der Umverteilung erst, wenn wir die Nettobeiträge aus dem Zeitraum 1991 bis 2014 addieren. Es waren 510 Milliarden Euro, wovon Deutschland 211,9 Milliarden und damit 41,5 Prozent finanzierte (siehe Tabelle auf Seite 223).

Hochgerechnet auf die Preise von 2014 mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex der EU, ergibt sich eine Summe von 646,5 Milliarden, wovon Deutschland 268,6 Milliarden geschultert hat.[15]

An dieser Stelle muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Nettozahlungen um einseitige, unentgeltliche Übertragungen im Sinne der Zahlungsbilanz handelt, wo sie auch als solche verbucht werden. Insofern kann von einer Schenkungsbilanz gesprochen werden, in die zudem die beträchtlichen Überweisungen an andere Staaten und Organisationen im Rahmen der sogenannten internationalen Zusammenarbeit einfließen.

Das Argument, dass ein Teil der Schenkungen in Form von Bestellungen bei der deutschen Industrie zurückfließt, sticht nicht. Wenn es so ist, dann folgt eben der monetären Umverteilung eine güterwirtschaftliche Umverteilung in die gleiche Richtung, was ja durchaus im Sinne des Systems ist.[16]

Ohnehin wird eine stark positive Handelsbilanz oft überbewertet. Der seit Längerem hohe deutsche Exportüberschuss macht die Bundesrepublik besonders anfällig für Einbrüche der Weltwirtschaft. Ein solches Land profitiert zunächst nicht, wenn es mehr eigene Waren gegen weniger ausländische Waren tauscht. Zunächst findet ja lediglich ein Gütertransfer statt. Es kommt darauf an, wie der Überschuss im Ausland angelegt wird. Und in dieser Hinsicht hat Deutschland kein gutes Geschäft gemacht. Seit der Jahrtausendwende gingen mehrere hundert Milliarden Euro im Ausland verloren, mit denen zum Beispiel der amerikanische Immobilienboom finanziert wurde, bevor die Blase platzte.

Genau genommen handelt es sich bei der EU-Umverteilung um Entwicklungshilfe, die anonym bleibt, weil sie nicht bilateral geleistet wird. Weil die Gelder scheinbar von der Kommission kommen, braucht niemand dankbar zu sein. Dankbarkeit ist in den internationalen Beziehungen oh-

nehin extrem selten. Wer viel gibt, kann sich unbeliebt machen, weil das Selbstbewusstsein des Empfängers leidet. Die Kommission erwirtschaftet jedenfalls nichts selbst, das heißt aus eigener Leistung. Sie kann nur verteilen, was sie vorher den Steuerzahlern der Länder abgenommen hat, die den Transfer finanzieren.

Reparationen? Griechenland bekam doch schon 54 Milliarden Euro von Deutschland - auf dem Umweg über Brüssel

Da griechische Politiker ständig und ab und zu auch polnische Politiker von Deutschland neue Reparationen für den Zweiten Weltkrieg verlangen, wäre der Bundesregierung dringend zu empfehlen, einmal publik zu machen, welche reparationsäquivalenten Zahlungen sie Jahr für Jahr leistet.

Es sind stolze Summen. Aus der Tabelle unten geht hervor, dass von den 26,4 Milliarden Euro, die Athen seit 2009 kassiert hat, 8,1 Milliarden von Deutschland aufgebracht wurden - und von den 63,8 Milliarden, die Polen bekam, 19,3 Milliarden.[27]

Zum Anteil der Nettozahler an den Nettoempfängern
- Zwei Beispiele -

Zeitabschnitte	1.	2.	B.	4.	5.	6.	7.
	Umverteilungssummen (UVS)	Deutschlands Anteil an den Umverteilungssummen (UVS)		Nettoempfänger			
				Griechenland (EL)		Polen (PL)	
		Nettobeiträge		Empfangene Nettoleistungen	Davon Anteil Deutschland	Empfangene Nettoleistungen	Davon Anteil Deutschland
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	Milliarden EUR			
2009	±23,0	27,6	-6,4	3,1	0,9	6,3	1,7
2010	±31,1	29,7	-9,2	3,6	1,1	8,4	2,5
2011	±34,2	26,3	-9,0	4,6	1,2	11,0	2,9
2012	±41,4	28,9	-11,9	4,5	1,3	12,0	3,5
2013	±44,3	31,2	-13,8	5,3	1,7	12,2	3,8
2014	±43,5	35,7	-15,5	5,2	1,9	13,8	4,9
2009-2014	±217,5	30,3	-65,9	26,4	8,1	63,8	19,3

Zu den 8,1 Milliarden, die Berlin für Athen aufgebracht hat, müssen 46 Milliarden Euro addiert werden, die im Zeitraum von 1981, als Griechenland der EG beitrat, bis 2008 allein von Deutschland finanziert wurden.[28] Damit

stammen über 50 Prozent der Nettoleistungen, die die Gemeinschaft bis 2014 an Griechenland ausgeschüttet hat, aus Deutschland!

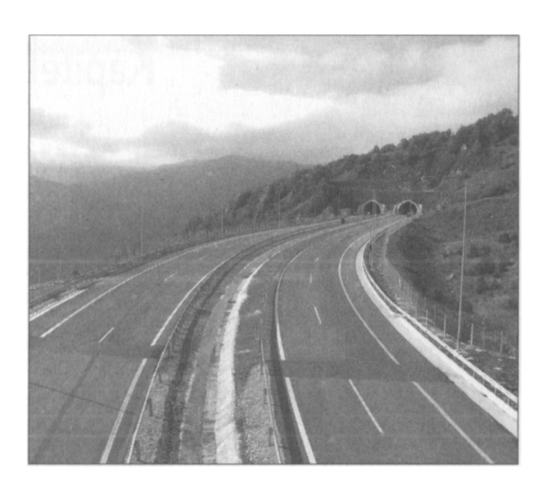
Niemand redet darüber, die Griechen verdrängen es, und die Athener Zeitungen beschimpfen die Deutschen, seitdem der künstliche, fremdfinanzierte und auf Pump gebaute Wohlstand zusammengebrochen ist. Weder hat die Bundesregierung die 54,1 Milliarden, die an Griechenland verschenkt wurden, jemals als Argument ins Feld geführt, noch wurde den Deutschen jemals dafür gedankt - aber das war auch nicht zu erwarten.

Mit den EU-Transfers verhält es sich wie mit der internationalen Entwicklungshilfe. Wo die rechtlichen, kulturellen und wirtschaftsethischen Bedingungen stimmen, kann sie als Anschubhilfe nützlich sein. Wo Korruption herrscht und Kleptokraten an der Macht sind, ist sie verschwendet oder sogar schädlich.

Eine Faustregel besagt, dass Entwicklungshilfe zu einem Drittel in sinnlose Projekte und zu einem weiteren Drittel in die Korruption fließt.[29] In manchen Regionen der EU hat nicht einmal das letzte Drittel einen messbaren positiven Effekt. Und die Misere beschränkt sich nicht auf Griechenland. »Europas Milliarden versickern in Spaniens Süden«, überschrieb die *Frankfurter Allgemeine* am 24. März 2015 einen Bericht aus Andalusien. Dort regiert seit 34 Jahren ununterbrochen die Sozialistische Arbeiterpartei. Dort ist es immer noch einfacher, bei der regierenden Junta eine Subvention abzugreifen, als eine Lizenz für eine Firmengründung zu bekommen. In Andalusien standen 2015 sage und schreibe tausend Beamte und ihre privaten Komplizen unter Bestechungs- und Verschwendungsverdacht. Es ging um ein Volumen von 6 Milliarden Euro.

Ein besonders krasser Fall ist Bulgarien, das ärmste EU-Mitglied. In Bulgarien haben die EU-Strukturhilfen nicht nur nichts bewirkt, sie haben die korrupten Netzwerke erst richtig alimentiert und gestärkt.[30] Ähnlich verhält es sich im italienischen Mezzogiorno, wo sich die Mafiosi längst darauf spezialisiert haben, Gelder aus Brüssel (und aus Rom) in die eigenen Kassen zu leiten.

Nicht ganz so schlimm sind die Verhältnisse in Portugal, aber auch Portugal leidet unter Vetternwirtschaft, Ineffizienz und einer heillosen Bürokratie. Dort wurden mit EU-Geld fast 10 000 Kilometer Autobahnen und Nationalstraßen gebaut. Wer von Lissabon an die Algarve fährt, wundert sich, wie leer und in welch mustergültigem Zustand die Autobahnen sind, und er stellt unwillkürlich Vergleiche an mit dem reparaturbedürftigen



Der typische Anblick vieler neuer Autobahnen in Portugal, die mit EU-Geldern gebaut wurden

Straßennetz im angeblich so reichen Deutschland. Tolle Autobahnen, aus Brüssel finanzierte Brücken und Häfen, aber die portugiesische Wirtschaft stagniert seit über einem Jahrzehnt. Nichts geht mehr. Die Abschaffung der eigenen Währung hat dem Land mehr geschadet, als die Transfers gutmachen konnten.

Einmalige Nothilfen und selbst Subventionen über einen begrenzten Zeitraum lassen sich rechtfertigen, wenn sparsam gewirtschaftet und sinnvoll investiert wird. Auch eine Starthilfe für das vom Sozialismus ökonomisch verwüstete Osteuropa hat Sinn. Geld in die Korruption zu pumpen und zu verschwenden ist hingegen eine Zumutung für die Steuerzahler in den Ländern, die die Rechnung für ein System zahlen, das auf die Machterweiterung der Eliten angelegt ist. Wenn Länder wie Griechenland jahrzehntelang und auf unabsehbare Dauer am Tropf hängen, wird jeglicher Reformdruck von den lokalen Machthabern genommen. Es zementiert ihre Position. Sie können weiter wirtschaften wie gewohnt. Würde die EU mit der vertraglich verankerten Subsidiarität endlich Ernst machen, dann könnte sie sich einen Großteil der nutzlosen Umverteilung ersparen.

Es ist eine Definition von Schwachsinn, immer wieder dasselbe zu tun, obwohl es nicht funktioniert. Aber wo »Europa« zur weltanschaulichen Chiffre geworden ist, verbietet sich kleinliches Rechnen. Der größere, immer noch nach oben offene Preis muss ohnehin für die andere, die irreguläre Transferunion bezahlt werden: für den Euro, der sich jetzt schon als gravierendste Fehlentscheidung der deutschen Politik seit dem Zweiten Weltkrieg herausgestellt hat.

Kapitel 7

Entmachtung



Machtverteilung in der EZB: Die Bundesbank darf haften, hat aber wenig zu sagen

ALS MARIO DRAGHI AM DONNERSTAG, dem 1o. März 2016, in Frankfurt vor die Presse trat, um die neuesten Beschlüsse der Europäischen Zentralbank zu verkünden, waren 6 Jahre seit dem Ausbruch der Euro-Krise vergangen, 17 Jahre seit dem Start der Währungsunion und 25 Jahre seit der Konferenz von Maastricht, auf der Helmut Kohl die Deutsche Mark, Lohn und Ikone des Wirtschaftswunders, auf dem europäischen Altar zum Opfer gebracht hatte.

Jetzt immer noch nur von einer Krise des Euro zu sprechen wäre eine Untertreibung. Die Kunstwährung hat sich längst vom Hoffnungsprojekt der Illusionisten zum Albtraum entwickelt. »Das alles dürfte im Chaos enden«, prognostizierte kein Geringerer als Professor Jürgen Stark, der frühere Chefvolkswirt der EZB. Er hatte sein Amt niedergelegt, weil er den unverantwortlichen Kurs der Notenbank nicht mehr mitverantworten wollte.[1]

An diesem 10. März wurde noch einmal deutlich, wie weit sich die Europäische Zentralbank unter ihrem italienischen Präsidenten von der Geldkultur der entmachteten Deutschen Bundesbank entfernt hatte, in deren Fußstapfen sie angeblich treten sollte. So jedenfalls hatten es Bundeskanzler Kohl, sein Finanzminister Theo Waigel und der gesamte Bundestag den Deutschen versprochen.

Was Draghi an jenem Märztag bekannt gab, war im Kern nichts anderes als das Programm einer monströsen Eigentumsumverteilung, einer Umverteilung von Gläubigern und Sparern hin zu den Schuldnern, von soliden Volkswirtschaften in der Mitte Europas hin zu den Ländern im Süden mit ihrer dem Euro geschuldeten hohen Arbeitslosigkeit und ihrer ganz eigenen Geldtradition.

Konkret setzte Draghi den Leitzins von 0,05 Prozent auf null, verschärfte den Strafzins für Bankeinlagen bei der EZB von minus 0,3 auf minus 0,4 Prozent und erhöhte die monatlichen Anleihekäufe von 60 Milliarden Euro auf 80 Milliarden. Bis einschließlich März 2017 würde die EZB nicht nur Staatsschulden, sondern auch Pfandbriefe und Unternehmensanleihen in einem Gesamtvolumen von 1740 Milliarden Euro aufkaufen, dementsprechend Geld drucken und ihre Bilanzsumme auf 3900 Milliarden aufblähen. Genau genommen werden die Schuldpapiere hauptsächlich von den

nationalen Notenbanken und zum geringeren Teil von der EZB gekauft. Alle zusammen bilden das Euro-System. Wenn die Medien von Maßnahmen der EZB berichten, ist meistens das Euro-System gemeint.

Einerseits werden die Banken seit dem 10. März mit Negativzinsen von 0,4 Prozent belastet, wenn sie Geld bei der EZB parken. Andererseits können sie einen Rabatt von 0,4 Prozent erhalten, wenn sie Geld an Verbraucher und Investoren verleihen. Sie bekommen das Geld dann von der EZB umsonst und obendrein eine Extrabelohnung. Dazu Professor Hans-Werner Sinn: »Dass die EZB nun beschlossen hat, den konkursgefährdeten Banken Südeuropas Langfristkredite zu einem negativen Zins von bis zu 0,4 Prozent zu geben, beweist einmal mehr, dass sie eine fiskalische Umverteilungspolitik zur Rettung von Zombiebanken und fast konkursreifen Staaten betreibt.«

Jens Erhardt kommentierte in der *Finanzwoche* vom 17. März 2016: »Diese Umverteilung ist keine Politik, wie sie früher die Bundesbank betrieben hat und die Deutschland zu einer der stärksten Währungen der Welt verhalf und (im Gegensatz zu heute) einem langfristigen starken Anstieg des deutschen Wohlstands führte.«

Der Zweck der Beschlüsse bestand darin, die mit faulen Schulden belasteten Zombiebanken vor allem in Italien am Leben zu halten und die überschuldeten Staaten vor einem Bankrott zu bewahren, der sich umso länger hinausschieben lässt, je länger die Zinsen in der Nähe der Nulllinie eingefroren bleiben.

Am wirklichen Problem der Euro-Zone, der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit des Südens, ändert sich damit nichts. Im Gegenteil: Die Schwemme billigen Geldes erspart es denjenigen Ländern, die nie in die Währungsunion hätten eintreten dürfen, ihre Wirtschaftsstrukturen zu reformieren, Bürokratie abzubauen und sich für den Wettbewerb fit zu machen. So aber wachsen die Schulden statt der Wirtschaft, »und in Griechenland, Portugal, Spanien, Frankreich herrscht eher Stillstand statt Reformeifer«.[2]

Kaum jemand in Deutschland nahm zur Kenntnis, dass Bundesbankpräsident Jens Weidmann bei der Sitzung am 10. März als Mitglied des EZB-Rates zwar anwesend war, aber nicht mit abstimmen durfte. Grund war das Rotationsprinzip, wonach von den 19 Zentralbankpräsidenten jeweils nur 15 stimmberechtigt sind, sodass auch Weidmann in jeder fünften Sitzung aussetzen muss. Die Deutschen durften zwar mit über 25 Prozent mehr Kapital in die EZB einzahlen als jedes andere Land, sie haften dementsprechend auch stärker als andere für das Euro-Experiment, aber im

> **Hinweis:** *2015 hielt Deutschland 25,6 Prozent am Kapital der EZB, Frankreich 20,1 Prozent und Italien 17,5 Prozent, wenn man die Kapitalanteile derjenigen Länder herausrechnet, die zwar eingezahlt, aber den Euro nicht übernommen haben. Diese »effektiven« Kapitalanteile ändern sich, wenn ein Mitglied hinzukommt oder ausscheidet. Die Anteile werden nach der Größe des BIP und der Bevölkerung berechnet. Nach dem Kapitalschlüssel ist Deutschland mit 25,6 Prozent an Gewinnen und Verlusten des Euro-Systems beteiligt.*

EZB-Rat, wo die Entscheidungen fallen, haben sie nur eine Stimme wie Malta oder Zypern - und das nicht einmal aufjeder Sitzung.

Die Regierung Kohl, die den Vertrag ausgehandelt hat, hat es offenbar für unwichtig gehalten, das Stimmgewicht an den Kapitalanteil anzupassen und für eine Sperrminorität zugunsten der stabilen Länder zu sorgen, wie es beispielsweise im Internationalen Währungsfonds der Fall ist. Nur so war es möglich, dass die Schuldnernationen - mit Unterstützung Frankreichs - die EZB kapern konnten. Nur so konnte die Währungsunion zu einer Schuldenunion und Haftungsgemeinschaft umfunktioniert werden. Nur so konnte es so weit kommen, dass Jens Weidmann auf verlorenem Posten steht und selbst von der eigenen Regierung im Stich gelassen wird. Die Deutschen dürfen zahlen und haften, haben wenig zu sagen - und wenn, dann bitte nicht auf Deutsch.

Immerhin sitzt im sechsköpfigen Direktorium, das die Tagesarbeit erledigt, eine Deutsche, nämlich Sabine Lautenschläger. Da dem EZB-Rat nicht nur die Präsidenten der neunzehn Notenbanken angehören, sondern auch die sechs Direktoren, konnte Frau Lautenschläger am 10. März ihr Stimmrecht wahrnehmen und - zusammen mit dem Niederländer Klaas Knot - gegen Draghis Maßnahmen votieren. Aber selbst wenn man den deutschen Direktoriumssitz berücksichtigt, hat beispielsweise Malta ein Stimmengewicht pro Einwohner, das 84-mal so groß ist wie das deutsche.

Vermögensumverteilung: Die fatalen Folgen der Nullzinspolitik

Verkehrte Welt - und eine perverse Geldpolitik der EZB, die Draghi unermüdlich mit dem Vorwand rechtfertigt, gegen eine Deflation ankämpfen zu müssen, die nicht existiert. Pervers auch, weil Draghi ein »Inflationsziel« von 2 Prozent proklamiert, anstatt sich über die seit einiger Zeit stabilen Preise in der Euro-Zone zu freuen. Stabil waren die Preise im Frühjahr

2016 vor allem deswegen, weil die Ölpreise gefallen waren. Damit blieb mehr Geld für den Konsum übrig. Ein Inflationsziel hatte die Bundesbank nie, und bei 2 Prozent Geldentwertung herrscht logischerweise keine Preisstabilität. Abgesehen davon müssten Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien Kosten und Preise senken, anstatt sie zu erhöhen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Draghis Politik hat vor allem zwei Konsequenzen, die entweder in Kauf genommen werden oder beabsichtigt sind: die kalte Enteignung der Sparer und das Ende des Euro als Wertaufbewahrungsmittel. Dann bleibt dem Euro am Ende nur noch die Funktion als Zahlungsmittel für Überweisungen, für Einkäufe, für die Entrichtung von Steuern und natürlich als Medium für Schulden, von denen es nach dieser Geldphilosophie nie genug geben kann, auch weil Schulden das Geschäft der Banken sind, deren Interessen Mario Draghi meist zuverlässig bedient.

Die Rechnung ist ganz einfach: Sobald das Inflationsziel von 2 Prozent erreicht ist und die Zinsen auf Festgeld, auf Sparbücher und auf Anleihen immer noch in der Nähe von null gehalten werden, beträgt der Realzins minus 2 Prozent. Dann schrumpft das Geldvermögen unerbittlich so, als werde es besteuert. Zusätzlich werden die Zinsen ja auch noch ganz offiziell besteuert, derzeit in Deutschland mit der Abgeltungssteuer von 25 Prozent plus Zuschlägen und nach der Bundestagswahl 2017 wahrscheinlich mit rund 50 Prozent, wenn man den Grenzsatz der Einkommensteuer zugrunde legt. So jedenfalls wird es von den Finanzpolitikern in Berlin geplant, wahrscheinlich inklusive einer Vermögenssteuer, die ebenfalls an die Substanz geht.

Dabei ist der Effekt der Negativzinsen noch gar nicht berücksichtigt. Der normale Sparer blieb bisher davon verschont, aber 2015 begannen die Banken bereits, Großkunden damit zu belasten. Zum Beispiel musste der deutsche Gesundheitsfonds, auf dessen Konten sich die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ansammeln, im Jahr 2015 erstmals Strafzinsen in Höhe von 1,8 Millionen Euro entrichten. Der Fonds erzielte ein sogenanntes negatives Zinsergebnis, das für Leistungen an die Krankenversicherten fehlte.

Auch die Inhaber von Lebensversicherungen sind längst indirekt betroffen, weil die Versicherungskonzerne wegen der Nullzinspolitik weniger auszahlen können. Geschädigt wird jeder, der privat für das Alter Vorsorgen will und muss, weil er weiß, wie mager die künftigen Staatsrenten wegen des Geburtendefizits ausfallen werden. Vorbei sind die Zeiten, in denen

man mit guten Staats- oder Unternehmensanleihen real, das heißt nach Abzug von Inflation und Steuern, 2 oder 3 Prozent per annum erwirtschaften konnte. Wenn es nach Draghi geht, soll es auf unabsehbare Zeit bei dem Missstand bleiben. Denn das Überleben der Kunstwährung Euro lässt ein Zinsumfeld mit natürlichen, nichtmanipulierten Zinsen nicht zu.

Theoretisch hätte sich der Gesundheitsfonds die Strafzinsen sparen können, wenn er das auf seinen Bankkonten geparkte Geld in bar bezogen und in den Tresor gelegt hätte. Dafür hätte er am besten 5oo-Euro-Scheine verwendet, weil deren Platzbedarf dem von Goldbarren nahekommt. Verständlich also, dass die EZB - auch hier gegen den Widerstand der Bundesbank - beschlossen hat, die soo-Euro-Banknoten nicht mehr zu drucken und aus dem Verkehr zu ziehen.

In letzter Konsequenz kommen vielleicht irgendwann auch die kleineren Scheine an die Reihe. Die finanzielle Repression ist erst perfekt, wenn das Bargeld abgeschafft ist und Unternehmen wie Bürgern die letzte Möglichkeit genommen wurde, den Negativzinsen zu entkommen. Mit dem Bargeld stirbt die Freiheit, der Bürger wird gläsern und die Überwachung durch den Staat total.

Schwundgeld: Mario auf den Spuren Silvios

Da es nichts Neues unter der Sonne gibt, liegt es nahe, dass auch Draghis Geldphilosophie samt seiner Nullzinspolitik in früheren Zeiten schon einmal erdacht wurde. Tatsächlich hielt Benoit Cceure, Mitglied des Direktoriums, am 9. März 2014 vor einem Arbeitskreis der EZB einen Vortrag mit dem Titel *»Life belowzero: Learning about negative interest rates«.* Mit dem »Leben unter null« meinte er nichts anderes als die von der EZB verordneten Negativzinsen. In seinem Vortrag bezog sich Coeure auf einen obskuren, lange Zeit in Vergessenheit geratenen Geldtheoretiker namens Silvio Gesell. Auf ihn geht die Idee negativer Zinsen und die Idee, Geld zu entwerten und faktisch zu besteuern, zurück. John Maynard Keynes hatte Gesell einen »seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten« genannt.

Johann Silvio Gesell, der 1862 im Rheinland geboren wurde und 1930 bei Oranienburg starb, lebte vor dem Ersten Weltkrieg einige Jahre lang in Argentinien und zeitweise auf einem Bauernhof, den er sich in der Schweiz gekauft hatte. 1919 amtierte er für 7 Tage als Finanzminister der Münchener Räterepublik, wurde nach einem Hochverratsprozess aus Bayern ausgewie-



Draghi-Vorläufer: Silvio Gesell

sen und von den Schweizer Behörden zum »unerwünschten Ausländer« erklärt.

In seinem 1916 erschienenen Hauptwerk entwickelte Gesell seine Theorie der Freiwirtschaft und des Freigeldes, das auch unter dem Begriff »Schwundgeld« diskutiert wurde. Er forderte, Grund und Boden gegen Entschädigung zu verstaatlichen und anschließend den alten Eigentümern gegen Zahlung einer Pacht zu überlassen.

Die von ihm propagierte Geldreform stellte er sich so vor, dass der Goldstandard durch Papiergeld ersetzt würde und dass die Geldscheine mit einem Aufdruck versehen würden, der ihre Wertminderung oder auch ihren Gültigkeitsverfall garantierte. Geld sollte kontinuierlich an Wert verlieren. Dann bleibe den Leuten nichts anderes übrig, als es zügig auszugeben und auf diese Weise die Konjunktur anzukurbeln.

Im Zins sah Gesell das Hauptübel. Er wollte ihn »in einem Meer von Kapital ersäufen«. Ob Mario Draghi nun Silvio Gesell gelesen hat oder nicht - seine Nullzinspolitik, sein Kampf gegen die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes und die von ihm betriebene Degradierung des Euro zum Schwundgeld erinnern verblüffend an Gesells Theorien.

Silvio Gesell erlebte die Machtergreifung Hitlers nicht mehr. Obwohl auch die Nationalsozialisten die »Zinsknechtschaft« brechen wollten, wurden seine Theorien und die seines Konkurrenten Gottfried Feder nie in die Praxis umgesetzt - nicht zuletzt, weil Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, ein Anhänger des Goldstandards, von solchen Fantastereien nichts hielt. Nur der in solchen Dingen einflusslose Joseph Goebbels war von Gesell begeistert, wie aus seinen Tagebuchaufzeichnungen hervorgeht.

Im *Brockhaus* von 1941 findet sich unter dem Stichwort »Freiwirtschaft« folgende Definition: »Durch eine Regelung der Notenausgabe gemäß den produktiven Kräften ohne Rücksicht auf die metallische Deckung soll der allgemeine Preisstand festgehalten, der Zins gesenkt und schließlich beseitigt werden. Um eine Hortung des Geldes zu verhindern, soll das umlaufende Papiergeld einem Schwundsatz unterworfen werden, der in bestimmten Zeitabständen durch Aufkleben von Stempelmarken auszugleichen ist; es wird daher auch als Schwundgeld bezeichnet.«

Abgesehen von der Stempelmarke, die auf dem Euro fehlt, ist das Konzept des Schwundgeldes 100 Jahre nach seiner Erfindung von seiner Verwirklichung nicht mehr weit entfernt.

Das Europäische Währungssystem: Vom Vorteil fester Wechselkurse

Sechs Jahre nach Ausbruch der Euro-Krise sind immer noch die meisten Ökonomen und Politiker in Deutschland der Meinung, dass es riskanter und teurer wäre, mit dem Euro Schluss zu machen, als die Währungsunion fortzusetzen. Begeisterung herrscht keine mehr. Es macht sich das Gefühl breit, dass der Start der Europäischen Währungsunion zum 1. Januar 1999 ein Fehler gewesen sein könnte. Jedenfalls aus ökonomischer Sicht. Aber war der Euro nicht doch der Preis, der für die Wiedervereinigung gezahlt wurde oder gezahlt werden musste? Das ist bis heute umstritten, lässt sich aber dennoch - wie wir sehen werden - anhand der verfügbaren Quellen seriös beantworten.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Idee einer Währungsunion dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wiedervereinigung vorausging. Solange das System von Bretton Woods funktionierte, bestand kein Bedarf für ein eigenes europäisches System. Der Dollar war an das Gold gebunden, und da zwischen den Währungen der führenden Industrieländer und dem Dollar feste Wechselkurse bestanden, die nur gelegentlich geändert wurden, war auch der Wert der Deutschen Mark und anderer Devisen in Gold definiert. Erst als Bretton Woods in den Währungsstürmen der siebziger Jahre unterging, als Chaos in die Devisenmärkte einzog und die Dollar-Abwertung außer Kontrolle geriet, gaben die extremen Wechselkursschwankungen einen Anstoß zum Handeln.

Schon 1970 wurde ein Plan für eine Wirtschafts- und Währungsunion der EG vorgelegt - er blieb auf dem Papier. 1972 wurde die sogenannte Währungsschlange eingerichtet, ein System zur allmählichen Verengung der Bandbreiten, innerhalb derer die europäischen Währungen gehandelt werden sollten. Aber erst nachdem Bundeskanzler Helmut Schmidt und sein französischer Kollege Giscard d'Estaing die Initiative ergriffen hatten, konnte 1979 das Europäische Währungssystem gegründet werden.

Rechnungseinheit war die European Currency Unit (ECU), eine Europa-Währung, die nur auf Konten existierte. Wenn die Währung eines schwächeren EWS-Mitglieds unter Druck kam, war finanzielle Unterstüt-

zung möglich. Die Kredite mussten aber spätestens nach 6 Monaten zurückgezahlt werden. Das EWS war eine Art von Vorläufer des Euro-Systems.

Beiden war die Grundidee gemeinsam, dass feste oder halbwegs kalkulierbare Wechselkurse den Außenhandel erleichtern, weil sie die Geschäfte für Exporteure und Importeure besser kalkulierbar machen. Auch der Euro beruht im Prinzip auf dem System fester Wechselkurse - nur anders als das EWS ohne Bandbreiten. Der hauptsächliche und, wie sich herausstellte, fatale Unterschied besteht darin, dass das EWS Abwertungen ermöglichte, das Euro-System jedoch nicht.

Damit ist das Dilemma angesprochen, unter dem der Euro bis heute leidet: Sobald Inflation, Schulden, Zahlungsbilanzen und Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Länder zu stark auseinanderlaufen, müssten die Krisenländer entweder ihre Währung abwerten oder Kosten und Preise senken, was im Endeffekt auf dasselbe hinausläuft. Nur ist die Methode der Abwertung einfacher und weniger schmerzhaft, aber seit 1999 nicht mehr möglich. Der deflationäre Weg, wie ihn Reichskanzler Brüning nach 1929 gehen musste, verlangt große Opfer von der Bevölkerung und ist in einer Demokratie schwer durchsetzbar.

Zwischen Volkswirtschaften, die nahezu identische Rahmenbedingungen aufweisen wie beispielsweise Deutschland und die Niederlande, besteht das Problem nicht. Ihre Währungen würden, aus jetziger Sicht, auch ohne Euro nicht nennenswert divergieren. Anders ausgedrückt: Wer fit ist für eine gemeinsame Währung, braucht sie nicht unbedingt. Wer aber die Voraussetzungen für einen gemeinsamen optimalen Währungsraum nicht mitbringt, sollte auch nicht eintreten. Genau dieser Fehler wurde mit dem Euro 1999 gemacht.

1992, im Jahr nach der Konferenz von Maastricht, geriet das Europäische Währungssystem in eine schwere Krise. Das Britische Pfund, die Lira, die Peseta, die Schwedische Krone und die Finnische Mark mussten zwischen 10 und 17 Prozent abwerten. Italien verließ vorübergehend das EWS. Großbritannien trat aus, aber nicht wieder ein. War das EWS damit gescheitert? Nicht notwendigerweise. Hätten sich die romanischen Länder ernsthaft um Disziplin und Konvergenz bemüht, hätten sie nicht über ihre Verhältnisse gelebt, dann hätte das EWS überdauern können. Eine solche Konvergenz wurde ja auch beim Euro vorausgesetzt und eingefordert, nur wurde sie nie verwirklicht. Weil mit dem Euro die Brücken abgebrochen, Austritte und Abwertungen ausgeschlossen wurden, war die Katastrophe programmiert.

Hinter den Plänen, das EWS durch eine Währungsunion mit unwiderruflichen Wechselkursen zu ersetzen, standen denn auch keine ökonomischen, sondern politische Motive. Vor allem der Wunsch Frankreichs, die Bundesbank zu entmachten, die europäische Ankerwährung D-Mark loszuwerden und dem sogenannten deutschen Zinsdiktat zu entkommen.

Auf dem Weg nach Latché: Kohl, Mitterrand und das Super-Versailles

Im Verlauf einer deutsch-französischen Besprechung Anfang 1988 in Bonn ließen die Herren aus Paris die Katze aus dem Sack. Als die Deutschen die Bildung eines gemeinsamen Verteidigungsrates anregten und über den Einsatz französischer Atomwaffen auf deutschem Boden mitentscheiden wollten, konterte Jacques Attali, der außenpolitische Berater von Präsident François Mitterrand: »Um eine Balance zu erhalten, möchten wir über die deutsche Atombombe reden.«

»Sie wissen doch, wir besitzen gar keine Atombombe«, antworteten die Deutschen. Darauf Attali: »Ich meine die D-Mark.« Auch Mitterrand bediente sich gerne solcher Vergleiche. Als er sich am 5. Februar 1988 in Paris mit dem österreichischen Bundeskanzler Franz Vranitzky traf, klagte er: »Deutschland hat seine wirtschaftliche Macht wiedererlangt, weigert sich aber, sie zu teilen.«[3]

Am 17. August 1988 sagte Mitterrand vor dem Ministerrat in Paris: »Die Deutsche Mark ist gewissermaßen ihre Atomstreitmacht.« Als die Deutschen ihre als *force de frappe* bezeichnete Mark geopfert hatten, warb Mitterrand vor Kriegsveteranen für den Vertrag von Maastricht mit dem Argument, dieser sei für Frankreich besser als der Vertrag von Versailles, nämlich ein »Super-Versailles«.[4]

Schon 1987 und 1988 begannen Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher weich zu werden. Im November 1987 beschlossen die Regierungen in Bonn und Paris einen deutsch-französischen »Finanz- und Wirtschaftsrat«. Er sollte völkerrechtlich verbindlich in den deutsch-französischen Vertrag von 1963 aufgenommen werden und hatte keinen anderen Zweck als den, die Bundesbank an die Kandare zu nehmen. Als sich die Frankfurter Währungshüter querlegten und die Bundesregierung keinen Rückhalt in der Öffentlichkeit fand, musste Kohl den Plan auf Eis legen.

Wenig später, im Februar 1988, hakte Genscher nach und veröffentlichte ein Memorandum, in dem er sich für eine Europäische Zentralbank und

für die Einführung des ECU zunächst als Parallel- und dann als Gemeinschaftswährung aussprach. Ob es wirklich allein Genscher war, der »das Ganze in Gang gebracht hat« (so der frühere Bundesbankpräsident Tietmeyer), sei dahingestellt. Er war jedenfalls der erste führende deutsche Politiker, der den Verzicht auf die Mark so offen propagierte, aber die letzte Entscheidung lag bei Helmut Kohl.

Der machte die entscheidende Konzession erst nach dem Fall der Mauer am 4. Januar 1990, als er mit Mitterrand auf dessen Landsitz Latché bei Biarritz konferierte. So jedenfalls stellte es Kohls Berater Joachim Bitterlich dar. In Latché habe Mitterrand von Kohl die »klare und glaubhafte Zusage« erhalten, die europäische Integration »entscheidend« voranzutreiben sowie eine gemeinsame Währung und Zentralbank zu gründen.[5]

Schon 2 Monate zuvor, am 2. November 1989, hatte Kohl gegenüber Mitterrand bei einem Treffen in Bonn geklagt, dass in Deutschland eine »gewisse Kampagne gegen die Währungsunion« laufe, und beteuert, dass er es sei, der die Währungsunion »als wesentlichen Baustein der Europäischen Union« verteidige. Er wolle deswegen keine Kontroverse mit Frankreich. Eventuelle Meinungsverschiedenheiten sollten »vertraulich« zwischen Elysée und Bundeskanzleramt ausgeräumt werden. Die deutsche Öffentlichkeit sollte nicht erfahren, was auf sie zukam.[6]

Auch vom Treffen in Latché wurde später eine Niederschrift veröffentlicht. Allerdings wurde eine Reihe von offenbar heiklen Sätzen nicht freigegeben. Aber auch so wird Kohls Bereitschaft zur deutschen Selbstentäußerung ebenso deutlich wie Mitterrands zielbewusste Verhandlungsführung. Der Franzose arbeitete mit Anspielungen, die ebenso viel offenlegten, wie sie verbargen.

Mitterrand, ein historisch gebildeter und geschichtsbewusster Staatsmann, ein Intellektueller im Vergleich zum biederen Kohl, war zeitlebens ein Mann von vielen Eigenschaften. Im Zweiten Weltkrieg arbeitete er für die Satellitenregierung in Vichy, aber auch für die Résistance. In den fünfziger Jahren, als sein politischer Stern sank, inszenierte er seine eigene Entführung, um wieder ins Gespräch zu kommen. Mit Vorliebe verspeiste er kleine Singvögel zur Gänze - gebraten, nicht ausgenommen. Dem Phänomen Deutschland begegnete er mit einer Mischung aus Bewunderung, Respekt und einer Portion Misstrauen, aber ohne Feindseligkeit.

Laut der Niederschrift eines deutschen Beamten, den Kohl nach Latché mitgebracht hatte, bemerkte Mitterrand zum Fall des Eisernen Vorhanges,

der bisherige Zustand sei im Grunde unerträglich gewesen, »es habe sich aber um eine ruhige Ordnung gehandelt« - eine Andeutung, dass das Ende der Spaltung Deutschlands und Europas auch seine Nachteile habe.

Wenn er Deutscher wäre, sagte Mitterrand später im Verlauf des Gesprä-ches, wäre er für die Wiedervereinigung so schnell wie möglich, aber er sei Franzose - eleganter hätte er diesen Hinweis auf französische Interessen nicht verpacken können.

Er konzedierte aber auch, dass es für ihn »kein Argument« sei wie zum Beispiel für Großbritannien und die Niederlande, dass es 80 Millionen Deutsche gebe - damit empfahl er sich als der bessere Verbündete.

Kohl begriff, was der Präsident von ihm wollte. Die deutschen Probleme, beruhigte er Mitterrand, könnten nur unter einem europäischen Dach »ge-löst« werden. Die Wiedervereinigung werde »Jahre dauern«. Die feste Ver-ankerung Deutschlands in der EG sei die Voraussetzung für die spätere Entwicklung. Der »geborene Partner« für Deutschland sei Frankreich. In der Neutralisierung Deutschlands sehe er »die größte Gefahr«. Mitterrand erklärte, man müsse »die deutsche und europäische Einheit gleichzeitig anstreben«. Der Bundeskanzler warf ein, dies sei das »Schlüsselwort«.[7]

Allerdings verstanden beide unter dem Schlüsselwort verschiedene Dinge. Kohl dachte an ein Junktim zwischen einer Währungsunion und einer Politischen Union - ein Junktim, das er bis zur Konferenz von Maastricht im Dezember 1991 verteidigte, aber nicht durchsetzen konnte. Denn die Politische Union setzte einen Souveränitätsverzicht Frankreichs voraus. Sie hätte in letzter Konsequenz die Europäisierung der französi-schen Atomstreitmacht und einen gemeinsamen ständigen Sitz im Sicher-heitsrat der Vereinten Nationen bedeutet.

Dazu waren weder Mitterrand noch die französischen Eliten bereit. Sie sahen in der Deutschen Mark das ultimative Objekt ihrer Begierde. Was sie anstrebten, war ein deutscher Souveränitätsverzicht, kein französischer. In Maastricht ließ Kohl das Junktim fallen und besiegelte so seine größte diplomatische Niederlage. Er opferte die Mark und bekam dafür - nichts.

Maastricht 1991: Wie die romanische Achse gezimmert wurde

Dass der Maastrichter Deal gegen den Widerstand der deutschen Öffent-lichkeit durchgesetzt werden konnte, war alles andere als selbstverständlich. Er hätte durchaus scheitern können. Schon der Plan vom November 1987,

die Bundesbank zu entmachten, stieß auf massiven Widerstand. Lothar Müller, der Präsident der Bayerischen Landeszentralbank, schrieb in einem Brief an die Staatskanzlei in München: »Warum sollten wir auch noch die Währungspolitik und das deutsche Sparbuch einer falsch verstandenen europäischen Kompromissbereitschaft opfern?« Ministerpräsident Franz Josef Strauß sekundierte Müller in einem Brief an Kohl: »Wem könnte der Marsch in eine Weichwährungsunion, eine Harmonisierung in Richtung höherer Inflationsraten, eine kurzatmige Wirtschafts- und Haushaltspolitik nützen?«[8]

Den Konflikt mit der Bundesbank zu riskieren würde für Kohl kein Spaziergang werden. »Nicht alle Deutschen glauben an Gott, aber alle glauben an die Bundesbank«, hatte EG-Kommissionspräsident Jacques Delors, einer der Vordenker des Euro, einmal gesagt.

Die Bundesbank selbst, die erfolgreichste deutsche Institution nach dem Krieg, legte sich quer. Am 19. September 1990 plauderte Bundesbankpräsident Karl Otto Pohl in einem Raum der Frankfurter Börse vor Finanzexperten aus dem Nähkästchen. Ich nahm an dem Treffen teil und machte mir Notizen. Pohl, Sozialdemokrat und dennoch Realist durch und durch, warnte vor den enormen Kosten, die eine Währungsunion in Form von Subventionen verursachen würde. Denn sobald das Ventil möglicher Wechselkursanpassungen entfalle, müsse die Anpassung über den Arbeitsmarkt und über Finanztransfers erfolgen.

Genau das geschieht seit 2010 in einem 1990 kaum vorstellbaren Ausmaß. Pohl sprach für die gesamte Bundesbank, als er in der Frankfurter Runde die Währungsunion als ein unverantwortliches Experiment zulasten Deutschlands betrachtete: »Wir hätten in einem solchen Prozess viel zu verlieren. Für die Bundesrepublik würde es bedeuten, dass wir die Deutsche Mark auf dem europäischen Altar zum Opfer bringen. Was wir haben, wissen wir. Was wir bekommen, wissen wir nicht.«[9]



Bundesbankpräsident Karl Otto Pohl warnte bereits 1990 vor den Folgen der europäischen Gemeinschafts ***Währung für*** *die deutsche Wirtschaft*

Um zu verstehen, wie die Bundesbank ausmanövriert und die deutsche Öffentlichkeit getäuscht wurde, müssen wir zurückblenden auf die Konferenz im niederländischen Grenzort Maastricht. Dort wurde die romanische Achse gezimmert, als deren Exponent Mario Draghi den deutschen Einfluss auf die Geldpolitik auf ein Minimum zurückschrauben konnte. Am Sonntagabend, dem 8. Dezember 1991, noch vor Eröffnung des EG-Gipfels, empfing François Mitterrand in seinem außerhalb der Stadt gelegenen Hotel den italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti. Das war derselbe Andreotti, der 1993 in Rom beschuldigt wurde, als langjähriger Ministerpräsident die Interessen der Mafia vertreten zu haben. Warum auch nicht - die Mafia dachte und operierte immer europäisch, das organisierte Verbrechen in Italien war immer ein Hauptnutznießer der aus Brüssel fließenden Subventionen.

Was sich die beiden Politiker ausdachten, war purer Macchiavellismus: Sie würden die strengen deutschen Vertragsbedingungen pro forma akzeptieren, obwohl Italien sie gar nicht erfüllen konnte, und dafür die Verpflichtung einfordern, spätestens 1999 automatisch und unwiderruflich mit der Währungsunion zu beginnen.

Die anderen Südeuropäer und die Iren sollten mit der Zusage neuer Umverteilungsgelder geködert werden - die dann auch noch, wie im vorherigen Kapitel geschildert, zum größten Teil vom deutschen Steuerzahler bezahlt werden mussten.

Keine Haftung, keine Umverteilung: So wurden die Deutschen in den Euro gelockt

Die deutschen Vertragsbedingungen entsprachen voll und ganz der Philosophie der Bundesbank und der deutschen Geldkultur, wie sie sich seit 1948 herausgebildet hatte: Die EZB sollte von der Politik unabhängig sein und auf Geldwertstabilität verpflichtet werden. Außerdem durfte das jährliche Haushaltsdefizit der künftigen Euro-Mitglieder die Marke von 3 Prozent nicht übersteigen und die Staatsschuldenquote nicht die Marke von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Besonders wichtig: Im Vertrag von Maastricht wurde eine gegenseitige Haftung der Euro-Mitglieder für ihre Staatsschulden expressis verbis ausgeschlossen. Damit schien das marktwirtschaftliche Prinzip der Selbstverantwortung bombensicher verankert zu sein.

Der Euro sollte nie zu einer Schuldengemeinschaft verkommen. So stand es schwarz auf weiß im Vertrag, der nach Abschluss der Feinarbeiten am 7. Februar 1992 in Maastricht offiziell unterzeichnet wurde, wo sich die Vertragspartner ein weiteres Mal zusammensetzten. Für die Bundesrepublik Deutschland unterschrieben die Minister Hans-Dietrich Genscher und Theo Waigel.

Die Bestimmungen des Maastrichter Vertrages sind nach wie vor geltendes Recht. In Artikel 125 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV) heißt es unmissverständlich: »Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein…«

So wurde es im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Oktober 1993 noch einmal bekräftigt: Der Artikel »schließt die Übernahme von und den Eintritt für Verbindlichkeiten öffentlicher Stellen oder öffentlicher Unternehmen eines Mitgliedstaates durch die Gemeinschaft oder einen anderen Mitgliedstaat aus, sodass ein Mitgliedstaat die Folgen unseriöser Finanzpolitik nicht einfach abwälzen kann«.

Falls Waigel, Genscher und Kohl die Klauseln mit der Unabhängigkeit der EZB, der Schuldenbremse und dem Haftungsausschluss laut Artikel 125 für unumstößlich hielten, falls sie die Zusagen der Gegenseite wirklich ernst nahmen, waren sie naiv. Dann haben sie die Motive der Südeuropäer sträflich verkannt. Falls nicht, haben sie ihre Wähler in Deutschland schamlos belogen. Wie eigentlich soll man Waigels Behauptung vom 12. Februar 1992 in Kiel verstehen: »Müssen wir die Deutsche Mark opfern, wie vielfach behauptet wird? Die klare Antwort ist: Nein!«

Alles, wirklich alles bis zum bitteren Ende hatte den Zweck, das deutsche Publikum ruhigzustellen. Waigel dachte sich auch noch einen Stabilitäts- und Wachstumspakt aus, der zusammen mit der Euro-Einführung am 1. Januar 1999 in Kraft trat. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich, mittelfristig einen nahezu ausgeglichenen Haushalt oder sogar Überschüsse anzustreben. Gegen einen Staat, dessen Neuverschuldung 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) überstieg und der die notwendigen Gegenmaßnahmen innerhalb bestimmter Fristen nicht ergriff, sollten Sanktionen verhängt werden.

Mit Wirkung vom 13. Dezember 2011 wurde der Stabilitätspakt sogar verschärft, und mit Wirkung vom 1. Januar 2013 wurde in einem sogenannten Fiskalpakt die Schuldenbremse noch einmal stärker angezogen. Gegen sämtliche Pakte wurde und wird ungeniert verstoßen. In den Jahren 2001 bis 2005 übrigens auch von Deutschland, als das Haushaltsdefizit die Grenze von 3 Prozent des BIP überstieg. Bis heute wurde keine einzige der vorgesehenen Strafen verhängt.

Als am 16. Februar 2016 vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe über den Euro verhandelt wurde, trat EZB-Direktoriumsmitglied Yves Mersch vor die Richter und erklärte in entwaffnender Offenheit: »Eine Währungsunion ist eine Haftungsgemeinschaft.« So deutlich hatte man das von der EZB noch nie gehört. Selbst die Pressevertreter im Sitzungssaal waren baff.

Unzählige Male war den Deutschen von ihren Politikern das Gegenteil versichert worden. So auch von Theo Waigel, der am 8. Oktober 1992 vor dem Deutschen Bundestag versprach: »Durch den Vertrag von Maastricht ist auch keine europaweite Umverteilungsmaschinerie angelegt.« In derselben Rede trug er noch dicker auf und lieferte eine ungewöhnlich kreative Neuauslegung des Maastrichter Vertrages: »Die starke Deutsche Mark wird auch durch die Währungsunion nicht abgeschafft.«

Unlogisch: Konvergenzkriterien und zugleich ein starrer Zeitplan

War nun der Euro der unabänderliche Preis für die Wiedervereinigung? Nein, er hätte nicht gezahlt werden müssen. Es stimmt, dass Frankreich die Euro-Bedingung stellte und nach der Zusage Kohls den Weg für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen freimachte, die zur Wiedervereinigung führten. Aber entschieden wurde über die deutsche Einheit in Washington und Moskau. Und nachweislich hatten die USA kein eigenes Interesse an der Währungsunion und am Ende der Mark. In ihrem Kalkül würde ein starkes wiedervereinigtes Deutschland der amerikanischen Position in Europa förderlich sein.

Zu erwähnen ist noch ein gravierender deutscher Verhandlungsfehler in Maastricht. Als Kohl die erwünschte Politische Union Europas nicht bekam, hätte er zumindest den starren Zeitplan ablehnen können. Stattdessen akzeptierte er einen Text, der einerseits mit den erwähnten Schuldengrenzen von 3 und 60 Prozent (und anderen Kriterien) Bedingungen

für die Teilnahme am Euro aufstellte, der aber andererseits den Beginn der Währungsunion spätestens zum 1. Januar 1999 terminierte. Ein solcher fester Zeitplan war nicht einmal im Delors-Bericht von 1989 vorgesehen, und er war in sämtlichen Erklärungen der Bundesbank strikt abgelehnt worden.

Bekanntlich hat die Mehrzahl der Euro-Kandidaten die Konvergenzkriterien nicht erfüllen können. Ohne die Verpflichtung auf den starren Termin hätte die Währungsunion nicht beginnen müssen - und wenn, dann nur mit wenigen stabilen Mitgliedern. Kohl lief in Maastricht in die Falle. Er akzeptierte die innere Unlogik des Vertrages. Ein unverrückbares Datum festzulegen und gleichzeitig Konvergenzbedingungen hineinzuschreiben, die dann nicht erfüllt wurden, war widersinnig.

1999 traten elf EU-Staaten der Währungsunion bei, darunter Italien, Portugal und Spanien. Griechenland folgte 2001, was den Vertrag ad absurdum führte. Später kamen kleinere Länder hinzu, zuletzt Litauen 2015 als neunzehntes Mitglied. Identisch mit der EU ist die Euro-Zone immer noch nicht. Wer nicht mitmachte, darf sich beglückwünschen. Dänemark, Großbritannien, Schweden und ein Teil der mittel- und osteuropäischen EU-Staaten haben zwar ihren Kapitalanteil in die EZB eingezahlt, haften jedoch nicht und gehören dem Währungsgebiet nicht an. Auch Polen blieb abseits und hat sich damit als einziges EU-Land eine wirtschaftliche Rezession erspart. Grundsätzlich sind alle EU-Mitglieder außer Dänemark und Großbritannien verpflichtet, den Euro zu übernehmen. Dazu zwingen kann sie niemand. Nur die Dänen und die Briten haben sich vertraglich zusichern lassen, dass sie draußen bleiben dürfen.

Madrid 1995: Die Allianz zwischen Politik und Spekulation

Als der Vertrag von Maastricht in den frühen neunziger Jahren unterzeichnet und ratifiziert wurde, war der Euro, der damals noch ECU heißen sollte, keineswegs in trockenen Tüchern. Der Zug in Richtung Einheitswährung hätte immer noch entgleisen können. Zum einen musste die Regierung Kohl mit dem wachsenden Widerstand in Deutschland fertigwerden. Mit dem Bund Freier Bürger gründete der frühere FDP-Vorsitzende in Bayern, Manfred Brunner, eine Partei, die sich den Kampf gegen den Euro auf ihre Fahnen schrieb. Wäre sie bei den Wahlen ähnlich erfolgreich gewesen wie 2015 und 2016 die AfD, dann wäre Deutschland (und Europa!) die Katastrophenwährung möglicherweise erspart geblieben.

Der Bund Freier Bürger blieb erfolglos, weil sich die Wähler von der Desinformationspolitik Kohls und Waigels täuschen ließen oder weil sie glaubten, der Euro werde ohnehin nicht kommen. In der Ära Kohl ließ sich das Bürgertum entpolitisieren und einschläfern. Erst in der Spätphase der Amtszeit Merkels wachte es auf und begann die Propaganda zu durchschauen.

Zum anderen mussten die aus London und New York gesteuerten Finanzmärkte mitspielen, damit der Euro überhaupt starten konnte. Zwei wichtige Konvergenzkriterien wurden bereits erwähnt: die Obergrenze für Haushaltsdefizite bei 3 Prozent und für die Staatsschuldenquote bei 60 Prozent. Diese konnten relativ leicht manipuliert oder missachtet werden. Als 1998 die Teilnehmer an der Währungsunion benannt wurden, legte man die Ist-Werte des Prüljahres 1997 zugrunde. Die Haushaltsdefizite ließen sich mithilfe dubioser Tricks unschwer für dieses eine Jahr drücken, die Staatsschuldenquoten schon weniger. 1997 lagen nur Finnland, Frankreich und Luxemburg unter der Grenze von 60 Prozent. Allein deswegen hätte die Währungsunion nach den Bestimmungen des Vertrages nicht beginnen dürfen. Nur konnte niemand die Regierungschefs daran hindern, die Konvergenzkriterien großzügig auszulegen.

Der Vertrag verlangte aber auch die Konvergenz der Zinsen. Sie durften im langfristigen Bereich nicht mehr als 2 Prozent über dem Zinsniveau der (höchstens) drei stabilsten Länder liegen. In dieser Hinsicht sah es nicht gut aus. Noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre rentierten italienische, spanische und portugiesische Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren bei heftigen Schwankungen in der Nähe von 15 Prozent. Ganz zu schweigen von den griechischen Zinsen, die weit über 20 Prozent lagen.

Damit winkte den Fondsmanagern ein großartiges Geschäft: Käme der Euro wirklich, dann würden die Zinsen Südeuropas in Richtung auf die tiefen deutschen Zinsen zusammenlaufen, und die Kurse der Anleihen würden spiegelbildlich explosiv steigen. Sichere 15 Prozent auf 10 Jahre sind so attraktiv, dass sie jedem Engagement am Aktienmarkt vorzuziehen sind. Dazu aber mussten die Spekulanten die Gewissheit haben, dass das Euro-Experiment nicht abgeblasen würde.

Die Gewissheit lieferten ihnen die Gipfeltreffen von Madrid im Dezember 1995 und von Dublin 1 Jahr später. Nach Madrid rutschten die Zinsen aller künftigen Euro-Mitglieder, mit Verzögerung auch die griechischen, auf deutsches Niveau. An den europäischen Bondmärkten entwickelte sich

eine grandiose, höchst lukrative Hausse. Dabei mussten zwei Seiten zusammenspielen: Die Politiker brauchten die Spekulanten als Käufer der Anleihen, damit die Zinsen fielen. Und die Spekulanten brauchten die Politiker, um sicher sein zu können, dass ihre Wette aufging.

Dublin 1996: »Die dritte Kapitulation Deutschlands«

Noch nicht endgültig entschieden war in Madrid, ob der künftige Euro eher der Deutschen Mark oder eher dem Franc oder gar der Lira ähneln würde. Erst i Jahr später, mit dem europäischen Gipfel in Dublin im Dezember 1996, war unübersehbar, dass sich die Deutschen mit ihren Stabilitätsvorstellungen nicht durchsetzen konnten. In einer siebzehnstündigen Marathonsitzung beschuldigte Finanzminister Waigel seinen französischen Kollegen immer wieder, sich vom Geist des Maastrichter Vertrages zu entfernen. Ein anderes Mitglied der deutschen Truppe verglich den französischen Präsidenten Jacques Chirac mit einem Aal.

Der Gipfel von Dublin endete mit dem Ergebnis, dass dem Stabilitätspakt, dem Lieblingsprojekt Waigels, die Zähne gezogen wurden. Es sollte nun keine automatischen Sanktionen bei Überschreiten der Schuldenobergrenzen mehr geben. Der französische und der spanische Wirtschaftsminister traten vor die Presse und verkündeten, dass der von Waigel durchgesetzte Stabilitätspakt keinen Automatismus vorsehe. Am 14. Dezember präsentierte sich auch Chirac höchstpersönlich als Sieger von Dublin: »Was wir nicht akzeptieren wollten, war ein Automatismus, den die Deutschen zu Beginn wünschten. Den gibt es nun nicht.« Chirac ging noch weiter und bestritt rundweg, dass die künftige EZB unabhängig sein werde. Wie schon im Dezember 1991 haben sich die Romanen auch in Dublin durchgesetzt. Sie würden einen Euro nach ihrem Gusto bekommen.

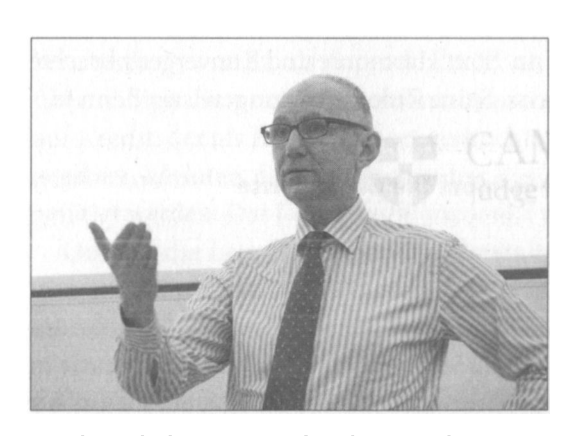
Die Londoner *Financial Times* kommentierte am 16. Dezember 1996: »Am Ende willigten die Deutschen ein, aber nur, weil Kohl schon mehrere Tage vorher entschieden hatte, dass die Risiken der Verschiebung einer Einigung zu hoch seien.«

Deutlicher wurden zwei der einflussreichsten Leitartikler in London. Großbritannien war nicht mit von der Partie - sie konnten es sich leisten, die verhängnisvolle Weichenstellung von Dublin von neutraler Warte aus zu bewerten. William Rees-Mogg kam in der *Times* vom 16. Dezember 1996 zu dem Schluss: »Es ist jetzt mehr als wahrscheinlich, dass Italien und

Spanien an der Einheitswährung von Anfang an teilnehmen können. Der Euro wird keine germanische und unabhängige Währung sein, sondern eine lateinische und eine politisierte - weniger ein Ersatz für die Deutsche Mark als ein Ersatz für den Franc. Er wird keine Hartwährung sein, sondern bestenfalls eine halbweiche. Die Deutsche Mark ist das Symbol der deutschen Errungenschaften nach dem Kriege. Sie für eine Euro-Mark einzutauschen wäre ein Opfer, aber ein erträgliches. Sie in einen Euro-Franc zu wechseln ist in der Tat bitter.«

Anatole Kaletsky, nicht gerade bekannt für besondere Deutschfreundlichkeit, hatte das Debakel von Dublin frühzeitig kommen sehen. Bereits am 19. November 1996 schrieb er in der *Times:* »Während Deutschland mehr und mehr Kompromisse bei der Währungsunion eingeht, wird es der deutschen Öffentlichkeit wohl nach und nach klar werden, dass Helmut Kohl sie in die Niederlage führt, nicht zum Triumph. Die Deutschen könnten anfangen zu denken, dass der Vertrag von Maastricht in der Geschichte als Deutschlands dritte Kapitulation vor Frankreich in weniger als einem Jahrhundert beurteilt werden wird: als natürlicher Nachfolger der Verträge von Versailles und Potsdam.«

Nüchterner beschrieb die neutrale *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Mai 1997 das betrügerische Verwirrspiel, das dem deutschen Publikum von der eigenen politischen Klasse zugemutet wurde: »Ein früher Spielzug der Bonner Regierung bestand darin, dem Volk zu versichern, dass die sogenannten Beitrittskriterien eine stabile Einheitswährung garantieren würden, zumal die deutschen Politiker dann ja besonders scharf auf deren Erfüllung achten wollten. Lange Zeit erweckten Politiker und Funktionäre den Eindruck, als seien die Kriterien mit klar beobachtbaren Zahlenwerten, wie etwa 3,0 Prozent Neuverschuldung, gleichzusetzen. Erst in jüngerer Zeit begann man das Publikum darauf vorzubereiten, dass die Auslegung der Kriterien flexibler erfolgen werde und dass der Entscheid über die Teilnehmer an der Währungsunion schließlich ein



Anatole Kaletsky: »Dritte deutsche Kapitulation«

politischer sein werde. Der Eindruck der Unredlichkeit verstärkte sich in jüngster Zeit, als die Bonner Koalition zu neuen Tricks griff, um die fixe Idee einer europäischen Währungsunion 1999 umzusetzen.« Die *Neue Zürcher* über Theo Waigel: »Wenn der Finanzminister >Guten Morgen< sagt, wird man sich fragen müssen, was er wohl damit meint.«

Es dauerte, bis sich die Warnungen aus London und Zürich bestätigten. Politische und ökonomische Fehlentwicklungen durchlaufen in der Regel eine lange Inkubationszeit. Das im Euro-Konstrukt von Beginn an angelegte Unheil schlummerte über Jahre, bis es dann doch ausbrach. Ökonomische Realitäten können eine Zeit lang negiert werden, sie verschwinden aber nicht. Auch in Sachen Euro erwies sich die Annahme, dass er schon bald scheitern werde, als irrig. Er schien sogar jahrelang gut zu funktionieren - bis zur großen Finanzkrise 2008, die seine inneren Schwächen brutal ans Licht brachte. Und selbst dann dauerte es noch 2 Jahre, bis der erste Kandidat - Griechenland - mit milliardenschweren Rettungspaketen vor dem Bankrott bewahrt werden musste.

Die lange Ruhe vor dem Sturm verschaffte den Südeuropäern dank der Zinskonvergenz eine massive Entlastung beim Schuldendienst und die einmalige Chance, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Besonders Italien, das noch vor dem Madrider Gipfel auf den Staatsbankrott zusteuerte, hat die Chance vertan. Während Deutschland nach der Jahrtausendwende unter Massenarbeitslosigkeit litt, befeuerte der Euro in Südeuropa und Irland einen fabelhaften Boom, der erst 2008 im Zusammenbruch endete. Es stellte sich heraus, dass jeder irgendwann einmal mit dem Euro glücklich sein konnte, aber nicht zur selben Zeit und nicht unter denselben Umständen. Paradoxerweise reüssierte Deutschland erst nach 2008, als es den anderen schlecht zu gehen begann. Statt Harmonie und Konvergenz brachte der Euro Spaltung und Divergenz. Seine Zukunft ist ungewisser denn je.

Hinter den Kulissen der Währungsunion: Die Geheimnisse der Zahlungsbilanzen

Dass die Politiker und die meisten Ökonomen von der nach 2008 hereinbrechenden Euro-Katastrophe komplett überrascht wurden, erklärt sich zum Teil auch aus ihrer Fixierung auf die Staatsschulden. Übersehen wurde in den scheinbar guten Jahren des Euro - gut für Südeuropa, aber nicht für Deutschland - die ominöse Entwicklung der nichtstaatlichen Schulden und

der Leistungsbilanzen. Dass gerade diese beiden Faktoren Währungskrisen auslösen können, ist aus der Finanzgeschichte bekannt. Aber man hielt die Euro-Zone für immun, weil ja das Risiko von Abwertungen vertraglich eliminiert war.

Um die Zusammenhänge zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die zwei Seiten einer Zahlungsbilanz werfen. Eine solche Bilanz ist nach den Regeln der doppelten Buchführung immer ausgeglichen. Wenn die Presse über ein Zahlungsbilanzdefizit berichtet, ist meist nur eine Teilbilanz gemeint, nämlich die Leistungsbilanz. In dieser werden Stromgrößen erfasst, und zwar der Außenhandel, Dienstleistungen wie Tourismus, Transport, Lizenzen und Patente und an dritter Stelle Übertragungen, wozu die Beiträge eines Landes an internationale Organisationen ebenso zählen wie die Überweisungen der Gastarbeiter in ihre Heimatländer. 2015 war die deutsche Leistungsbilanz mit 257 Milliarden Euro im Plus. Ohne die unentgeltlichen Übertragungen an das Ausland und ohne die vielen Urlaubsreisen der Deutschen ins Ausland wäre der Überschuss noch höher ausgefallen. Der größte Posten der Leistungsbilanz, der Warenhandel, zeigte einen positiven Saldo von 263 Milliarden.

Dem standen 2015 in der Kapitalbilanz Kapitalexporte von 232 Milliarden gegenüber, und dementsprechend erhöhte sich die deutsche Netto-Auslandsposition. Auch in dieser Statistik ist nicht alles erfassbar, weil nicht alle Transaktionen zwischen In- und Ausland gemeldet werden.[10] Das ändert nichts daran, dass der Kapitalexport eines Landes im Prinzip identisch ist mit seinem Leistungsbilanzüberschuss. Im umgekehrten Fall entspricht ein Leistungsbilanzdefizit immer einem Kapitalimport.

Warum muss das so sein? Wenn ein Land mehr importiert als exportiert, konsumiert es mehr, als es produziert. Es lebt über seine Verhältnisse. Die übermäßigen Importe müssen vom Ausland finanziert werden, und zwar auf Kredit, der als Kapitalimport verbucht wird. Würden die Kredite nicht gegeben, könnten die entsprechenden Einfuhren nicht bezahlt und nicht getätigt werden. Das Leistungsbilanzdefizit würde von selbst verschwinden.

Ob nun die Leistungsbilanz die Kapitalbilanz bewirkt oder umgekehrt die Kapitalbilanz die Leistungsbilanz steuert, sei dahingestellt. Wahrscheinlich ist Letzteres der Fall - und beide sind ohnehin identisch.

Spanien ist der wohl interessanteste Fall: Mit der Gründung des Euro hielten die internationalen Investoren Spanien für attraktiv, jedenfalls für attraktiver als Deutschland. Das Kapital floss nach Spanien und heizte

einen beispiellosen Immobilienboom an. Im Boom wuchsen mit der Wirtschaft die Steuereinnahmen, sodass Haushaltsüberschüsse entstanden und die Staatsschuldenquote sank - eine gemessen an den Schuldenkriterien des Maastrichter Vertrages sehr positive Entwicklung.

Mit dem Boom stiegen Löhne und Preise. Spanien verlor an Wettbewerbsfähigkeit, die Schere zwischen Ein- und Ausfuhren öffnete sich weit, das Leistungsbilanzdefizit uferte aus, blieb aber finanzierbar, solange Geld ins Land strömte. Kaum jemand beachtete die hochgefährliche Außenbilanz, die sich auftürmende Verschuldung des Privatsektors und die faulen Kredite, die in den Bilanzen der Banken versteckt waren.

Bis zum Wendejahr 2008, als mit der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers auch der Interbankenmarkt in Europa zusammenbrach, wuchsen die spanischen Kapitalimporte in der Spitze auf fast 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Griechenlands, Zyperns und Portugals legten noch mehr zu, die irischen weniger stark, und Italien rangierte unter den Krisenländern in puncto Auslandsverschuldung als komfortables Schlusslicht.

In den Jahren der Krise und des Zusammenbruchs nach 2007/2008 verbesserten sich die Leistungsbilanzen nach und nach. Spiegelbildlich wuchsen die Kapitalimporte weniger stark, bis sie Ende 2013 in einigen Krisenländern durch kleinere Leistungsbilanzüberschüsse abgelöst wurden. Der Prozess dauerte mehrere Jahre. Er wäre schneller verlaufen, wären die privaten Kapitalflüsse nach Südeuropa nicht durch die Milliarden der Euro-Rettung ersetzt worden.

Wirtschaftswachstum: Die Euro-Zone bildet das Schlusslicht - weltweit

Nach 2008 begann paradoxerweise Deutschland von der Krise zu profitieren. Jetzt wurde die in den Jahren nach der Euro-Einführung notleidende Bundesrepublik von in- und ausländischen Investoren entdeckt - und so erklärt sich der deutsche Immobilienboom, der 2016 deutliche Symptome der Überhitzung zeigte.

In den Krisenjahren nach 2008 liefen die Zinsen in der Euro-Zone - vergleichbar mit der Periode bis 1995 - wieder auseinander, bis es der EZB schließlich gelang, mit ihren Käufen am Bondmarkt für Beruhigung zu sorgen. Das Programm der quantitativen Lockerung (Quantitative Easing, QE) zeigte die zu erwartende Wirkung. Die Möglichkeiten einer unter dem

Papiergeldstandard operierenden Zentralbank sind tatsächlich enorm, aber nur, wenn sie die Regeln bricht und die unausweichlichen Risiken und Nebenwirkungen in Kauf nimmt.

Die Zwischenbilanz des Euro-Experimentes sieht schlimm aus. Eine Währungszone, die den verschiedenen Regionen phasenweise Stagnation, einen Boom oder einen Kollaps beschert, ist nicht stabil. Als Deutschland in den Jahren 2001 bis 2005 in seiner eigenen Euro-Krise steckte, stieg die Arbeitslosigkeit hierzulande auf heutige italienische Werte. Damals erlebten Spanien und Irland einen Immobilienboom, der in Deutschland erst 2010 einsetzte, als das deutsche Sparkapital krisenbedingt eben nicht mehr in griechischen Konsum, spanische Eigentumswohnungen und amerikanische Schrottimmobilien floss.

Zuletzt ist die Jugendarbeitslosigkeit, auch dank Auswanderung, in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Irland zurückgegangen. Aber sie ist immer noch erschreckend hoch. Die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der Euro-Zone wurde zerstört. Seit dem Jahr 2000 wuchs die Wirtschaft nirgendwo auf der Welt so schwach wie in der Euro-Zone. Selbst die EU, die im Wachstum knapp hinter den USA rangiert, schnitt insgesamt besser ab als die neunzehn Mitglieder der Währungsunion. 1999, im ersten Jahr der Kunstwährung, gingen noch knapp 44 Prozent der deutschen Warenexporte in die Euro-Zone. 2015 betrug der Anteil nur noch 35 Prozent.

Nichts von dem, was die Europa-Politiker versprochen haben, wurde erreicht. Ihren Realitätsverlust illustriert nichts besser als die sogenannte Lissabon-Agenda, die von den Regierungschefs auf einem Sondergipfel im März 2000 (!) verkündet wurde:

»Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.«

Zehn Jahre später begann die akute Phase der Euro-Krise, 16 Jahre danach hat die Wirtschaft in Südeuropa noch nicht einmal den Stand von 2007 erreicht. Im Januar 2016 lag die Arbeitslosenquote in Frankreich bei 10,2 Prozent, in Italien bei 11,5 Prozent, in Portugal bei 12,2 Prozent, auf Zypern bei 15,3 Prozent, in Spanien bei 20,5 Prozent und in Griechenland bei 24 Prozent. Relativ gut schnitt Irland ab mit 8,9 Prozent.

Können sich die Deutschen damit trösten, wenigstens sie hätten in jüngster Zeit vom Euro profitiert? »Die Behauptung, der Nachkrisenboom Deutschlands beweise, dass Deutschland ein Euro-Gewinner ist«, schreibt Hans-Werner Sinn, »hat ungefähr die gleiche logische Qualität wie die Behauptung, dass jemand, der sich nach einer Krankheit in der Rekonvaleszenzphase befindet, Profiteur seiner Krankheit sei.«[11]

Mai 2010: Wie Obama, Sarkozy und Merkel den Rettungswahn in Gang setzten

Jedem halbwegs informierten Zeitgenossen musste klar sein, dass Griechenland von Anfang an das schwächste Glied der Euro-Kette bildete. Aber es dauerte erstaunlich lange, bis die Kette genau an dieser Stelle riss, bis das Überleben des Euro akut gefährdet war, bis die Währungsunion in den Rettungsmodus umschaltete und eine Haftungsspirale in Gang gesetzt wurde, von der niemand weiß, wann und wie sie enden wird.

Finanzmärkte können sehr begriffsstutzig sein. Manchmal reagieren sie mit großer Zeitverzögerung auf objektiv erkennbare Gefahrenlagen. Schon 2007 wackelten Banken in Europa, schon 2007 geriet der für das Finanzsystem überlebenswichtige Interbankenmarkt in Schwierigkeiten - aber der Crash an den Aktienmärkten ließ auf sich warten.

Zu Beginn des Jahres 2009, als an den Börsen längst Panik herrschte, gerieten auch die Staatsanleihen Griechenlands, eines wirtschaftlichen



Koch und Kellnerin: Während des G-8-Gipfels in Muskoka, Kanada, im Juni 2010

Zwerges mit der Struktur eines Entwicklungslandes, unter Verkaufsdruck. Die internationalen Investoren begannen, die Zahlungsfähigkeit Athens zu hinterfragen. Aber auch der Absturz der Obligationen, ein böses Omen für die Euro-Zone, verlief in Schüben. Anfang Oktober 2009 schien das Schlimmste überstanden zu sein. Griechenland konnte sich statt für 7 nun wieder Geld für 4 Prozent leihen, fast zu denselben Konditionen wie Deutschland.

Bis dann am 20. Oktober der neu gewählte griechische Finanzminister das ganze Ausmaß der jahrzehntelangen Misswirtschaft durchblicken ließ, sich zu einer Korrektur der griechischen Defizitzahlen durchrang und bekannt gab, dass der Fehlbetrag im Haushalt in Wirklichkeit nicht 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betrug, wie bis dahin offiziell gemeldet, sondern 12,5 Prozent.

Damit war nun offensichtlich, dass der in Griechenland herrschende Parteienfilz sich den Beitritt zum Euro erschwindelt, auch nachher die Bücher frisiert und die Euro-Partner, die jahrelang wegsahen, betrogen hatte. Monatelang flüchtete sich Premierminister Georgios Papandreou in Realitätsverweigerung, bis er am Freitag, dem 23. April 2010, in aller Form die europäischen Regierungen und den Internationalen Währungsfonds um Hilfe bitten musste.

Dass dieses am südöstlichen Rand der EU gelegene Land mit seinen knapp 12 Millionen Einwohnern, seinen 3054 zumeist unbewohnten Inseln und einem jährlichen Miniexport von kaum 20 Milliarden Euro die gesamte Währungsunion und angeblich sogar das Weltfinanzsystem in Gefahr bringen konnte, demonstrierte schlagartig, auf welch schwachen Fundamenten das Jahrhundertprojekt Euro stand.

Im Frühjahr 2010 standen die tonangebenden Kreise der Euro-Zone vor der Wahl, entweder Griechenland aus einer Währung zu entlassen, die das Land ruinierte, oder aber Europa-Recht zu brechen, neue Schulden auf die alten zu packen und den gescheiterten Staat auf unbestimmte Zeit an den Tropf zu hängen. Sie entschieden sich, die Euro-Zone einzufrieren und das Konstrukt zu »retten« - koste es, was es wolle.

Am 2. Mai beschlossen die Regierungen, der Regierung in Athen bis zu 70 Milliarden Euro bereitzustellen. Davon entfielen 22,4 Milliarden auf die Bundesrepublik. Am 7. Mai »ermächtigte« der Bundestag den Finanzminister, »Gewährleistungen bis zur Höhe von insgesamt 22,4 Milliarden Euro an die Hellenische Republik zu übernehmen«.

Am selben Tag reichten die Professoren Hankel, Schachtschneider, Nölling, Starbatty und Spethmann beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Beschwerde ein und beantragten eine einstweilige Anordnung, mit der der Bundesregierung untersagt werden sollte, Griechenland vertragswidrig Finanzhilfe zu gewähren.

Karlsruhe lehnte den Antrag als unbegründet ab, gab der Bundesregierung grünes Licht und machte den Weg frei für eine Rettungskaskade, deren Ende nicht absehbar ist. Dieser ersten Verfassungsbeschwerde sollten weitere folgen - den Marsch in die europäische Schuldengemeinschaft konnten sie nicht aufhalten.

Obwohl in dieser ersten Maiwoche bereits feststand, dass Griechenland - vorerst jedenfalls - nicht pleitegehen würde, blieben die hellenischen Staatsanleihen massiv unter Druck und mit ihnen die Aktien der europäischen Banken, die Griechenland Geld geliehen und damit für eine jahrelange trügerische Ruhe im Euro-Raum gesorgt hatten. Am Donnerstag, dem 6. Mai, brach die Börse in New York ein. Auch die amerikanischen Banken und Geldmarktfonds waren in Europa exponiert, und zwar mit 3,6 Billionen Dollar.

Die Regierung Merkel hatte die erste, noch überschaubare Finanzhilfe an Athen den Deutschen als einmaligen, nicht wiederholbaren Akt verkauft. Vielleicht zögerte die Kanzlerin, den nächsten Schritt zu gehen. Wie auch immer, sie gab nach, als sie von zwei Seiten unter Druck gesetzt wurde: vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und von Barack Obama. Jetzt ging es nicht mehr um Griechenland allein, sondern um die gesamte Euro-Zone.

Sarkozys Interesse am Überleben des Euro war grundsätzlich und speziell. Grundsätzlich, weil Frankreich den Hauptgewinn, nämlich die Domestizierung der deutschen Wirtschaftskraft und die Entmachtung der Bundesbank, nicht aus der Hand geben wollte. Speziell, weil die französischen Banken mit ihren Krediten an Griechenland und andere südeuropäische Länder weitaus stärker exponiert waren als die deutschen Institute. Sie hatten im Ernstfall viel zu verlieren. Nach einem Bericht der Madrider Tageszeitung *El Pais* vom 14. Mai 2010 drohte Sarkozy Merkel mit Frankreichs Austritt aus der Währungsunion, falls Berlin die Rettungsprogramme nicht mitfinanzieren werde. Warum die Drohung in Berlin Eindruck machte, ist nicht ganz nachvollziehbar. Frankreich wäre so oder so nicht ausgetreten.

Dass Angela Merkel, die manchmal ein bisschen ferngesteuert wirkt, dann doch einknickte, muss mit der Intervention des amerikanischen Präsidenten zu tun gehabt haben. Am Sonntag, dem 9. Mai, telefonierte Obama von Virginia aus zunächst mit Merkel und 3 Stunden später mit Sarkozy. Er forderte ein umfassendes Euro-Rettungspaket. Nachdem beide Obamas Botschaft vernommen hatten, telefonierten sie miteinander. Dabei soll erstmals die Summe von 500 Milliarden gefallen sein.

Innerhalb weniger Stunden bekamen die Amerikaner, was sie wollten - und die Franzosen auch. Die *New York Times* wusste bereits am 10. Mai: »In diesem Prozess bewegte sich die EU unter Krisenbedingungen sprunghaft in Richtung von mehr Zentralisierung, in Richtung einer französischen Vision einer Wirtschaftsregierung für die Region.«

Finanzkauderwelsch: Mechanismen und Fazilitäten, die den Euro retten sollen

In den frühen Morgenstunden des 10. Mai setzten die Euro-Finanzminister das Rettungskarussell in Gang. Erstens wurden aus dem Gemeinschaftshaushalt der gesamten EU bis zu 60 Milliarden Euro bereitgestellt, aufzubringen durch die Begebung von Anleihen am Kapitalmarkt. Dieser noch relativ bescheidene Rettungsschirm nannte sich Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM). Rechtliche Grundlage war ein Artikel in den EU-Verträgen, der Hilfe im Fall von Naturkatastrophen ermöglicht. Die Euro-Krise als Naturkatastrophe? Auch mit einer derart kreativen Auslegung hatten die Europa-Politiker keine Schwierigkeiten.

Zweitens wurde eine Zweckgesellschaft gegründet, die sich mit bis zu 440 Milliarden verschulden konnte, um anschließend die Kredite an notleidende Euro-Mitglieder weiterzuleiten - hier belief sich die deutsche Haftung auf 122,8 Milliarden. Dieser Rettungsfonds firmierte als Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), sollte Anleihen herausgeben, deren Erträge den Krisenländern zur Verfügung standen, die sich dafür auf Reformen verpflichten mussten. Die Laufzeit des EFSF wurde auf 3 Jahre festgesetzt. Für den EFSF garantierten nur die Euro-Staaten, nicht die gesamte EU.

Und drittens wurde der IWF mit ins Boot geholt. Der hatte sich schon am 2. Mai mit 30 Milliarden Euro an einem zwischenstaatlichen Hilfsprogramm für Griechenland beteiligt, zu dem die Euro-Länder 80 Milliarden beisteuerten.

Der Mai 2010 markierte nicht den Anfang vom Ende der Euro-Krise, sondern den Beginn ihres Anfangs. Es folgte eine schier endlose, schwer zu überschauende Reihe von Rettungsmaßnahmen, die teils von den Regierungen, teils von der EZB ergriffen wurden - alles unter der Camouflage eines Finanzkauderwelschs, wie es an den Finanzmärkten üblich ist. Ein Akronym jagte das andere.

Da das Geld nicht ausreichte, schob der EU-Gipfel vom März 2011 einen Rettungsfonds nach, der auf den Namen Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) hört. Damit hatten sie das Ei des Kolumbus neu erfunden. Dem ESM fehlte ein Verfallsdatum, er war und ist permanent. Er soll ähnlich wie der EFSF funktionieren, hat aber den Vorteil, dass seine Verschuldung - jedenfalls auf dem Papier - die Etats der nationalen Finanzminister nicht belastet. Die Euro-Mitglieder wurden allerdings verpflichtet, etwaige Verluste bis zur Gesamtsumme des Stammkapitals in Höhe von 700 Milliarden Euro zu übernehmen. Notfalls kann der ESM seine Feuerkraft sogar hebeln - im Extremfall auf bis zu 2800 Milliarden Euro. Die würden dann mit Sicherheit ausreichen, alle Krisenländer über Wasser zu halten. Auch für diese die Grenzen der Fantasie sprengende Funktion wurde eine passende Bezeichnung gefunden: Secondary Market Support Facility (SMSF).

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, dass der Bundestag ausnahmslos jedem Rettungspaket mit großer Mehrheit umgehend zustimmte. Und es ist keine böswillige Unterstellung, dass die Abgeordneten bis auf ganz wenige Ausnahmen weder Zeit noch Lust hatten, die Texte zu lesen und zu prüfen. Jedes Mal trat das Parteienkarussell mit der Präzision eines Uhrwerkes zuverlässig in Aktion.

Auch Karlsruhe segnete trotz erheblicher Bedenken bisher alles ab, am 12. September 2012 auch den ESM, als die von den Klägern beantragte einstweilige Anordnung gegen die Ratifizierung des Vertrages abgelehnt wurde. Die acht Richter des Zweiten Senats wollten sich nicht vor einen europäischen Zug werfen, der bereits im Frühjahr 2010 abgefahren war. Sie ließen die Bürger im Regen stehen. Sie gaben praktisch grünes Licht für den Marsch in die Transfer- und Schuldenunion. Sie beugten sich der bedauerlichen Tatsache, dass in solchen Fällen Macht vor Recht geht.

Von den führenden deutschen Politikern folgte offenbar nur einer seinem Gewissen und entzog sich dem bösen Spiel: Bundespräsident Horst Köhler. Am 21. Mai 2010 ratifizierte der Bundestag die EFSF, am 22. Mai unterzeichnete Köhler das Gesetz, am 30. Mai trat er ohne offizielle Begrün-

dung zurück. Eine andere Erklärung als die, dass er den neuen Euro-Kurs der Regierung nicht mitgehen wollte, fehlt bis heute. Er hatte den Vertrag von Maastricht für Deutschland mitverhandelt, er wusste genau, welche Regeln gebrochen wurden und welcher Preis zu zahlen sein würde. Bundesbankpräsident Axel Weber und Jürgen Stark, Chefvolkswirt der EZB, gaben später auch auf, weil sie den Verrat an der deutschen Geldkultur nicht mittragen wollten und keine Möglichkeit mehr sahen, den Blindflug der EZB zu stoppen.



Jürgen Stark während seiner Rede »Die europäische Währungsunion - zwischen Krise und Reform« bei der Stresemann-Gesellschaft in Mainz, Mai 2013

19. August 2015: Wie Griechenland zum dritten Mal gerettet wurde

Gemessen an der Aufregung an den Finanzmärkten, erreichte die Euro-Krise ihren Höhepunkt im Sommer 2012. Gemessen an der Empörung in Deutschland erreichte sie ihren vorläufigen Abschluss am Mittwoch, dem 19. August 2015, als der Bundestag über ein neues Rettungspaket für Griechenland abstimmen musste. Es war das dritte seit 2010, hatte einen Umfang von 86 Milliarden Euro und aus griechischer Sicht den Vorzug, dass die Kredite über 32,5 Jahre laufen und dass Zins und Tilgung auf Jahre hinaus ausgesetzt werden.

Das war auch nötig, denn der griechische Staat war zu diesem Zeitpunkt bereits bankrott. Ob Berlin und die anderen Regierungen die Kredite an Athen einfach abschrieben und Griechenland aus dem Euro ausschlossen oder ob sie gutes Geld schlechtem hinterherwarfen, spielte keine besondere Rolle mehr. Das Geld war so oder so verloren, und tatsächlich wurde der größere Teil der Kredite dafür verwendet, ältere Schulden zu tilgen.

Am 17. August 2015 titelte *Bild:* »Wie versprochen, so gebrochen« und hielt Merkel ihre früheren Versprechungen vor, dass es keinerlei deutsche Milliardenhilfen für Griechenland geben werde (so am 28. Februar 2010 im ARD-Interview) oder dass es mit Deutschland keine Verlängerung der

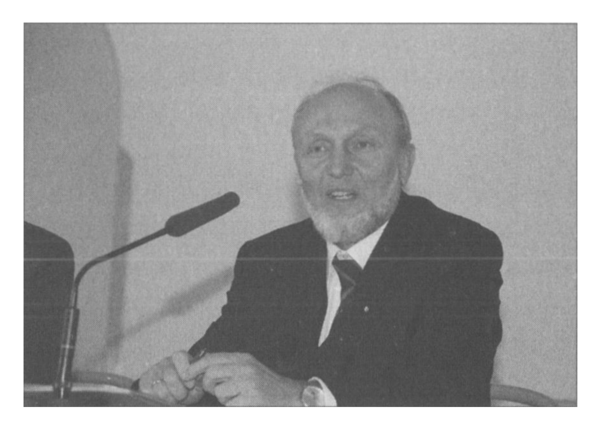
Rettungsschirme geben werde (so am 16. September 2010 in Brüssel). Normalerweise haben die Politiker Respekt vor einer *Bild*-Kampagne, aber in Sachen Euro perlte die Wut des Volkes an der Kanzlerin ab. Ihre Politik war ja alternativlos.

Während die Öffentlichkeit fassungslos oder auch resigniert 6 Jahre lang auf die hektischen Gipfelkonferenzen und die aufeinanderfolgenden Rettungspakete und Rettungsschirme starrte, lief der entscheidende Teil der Euro-Rettung heimlich, still und leise hinter den Kulissen ab. Gemessen an den Summen, die mobilisiert wurden, spielten EZB und Mario Draghi, Europas Finanzdiktator, eine größere Rolle als Regierungen und Parlamente.

Die EZB ist die einzige große Notenbank der Welt, die ihre internen Vorgänge weitgehend geheim hält. Die amerikanische Federal Reserve, die Bank of England und die japanische Zentralbank veröffentlichen seit Langem ihre Sitzungsprotokolle, sodass die Marktteilnehmer nachvollziehen können, warum von wem was entschieden wurde. Nachdem Bundesbankpräsident Weidmann mehr Transparenz gefordert hatte, rang sich die EZB Ende 2014 dazu durch, den Schleier ein wenig zu lüften. In den Protokollen werden aber nach wie vor die Wortmeldungen und das Abstimmungsverhalten einzelner Mitglieder des EZB-Rates verschwiegen. Auch über die Existenz und Bedeutung der ominösen Target-Salden erfuhr die Öffentlichkeit erst durch Professor Sinn und die Recherchen seines ifo-Instituts.

Die mysteriösen Target-Überziehungskredite: Ein Rettungsschirm anderer Art

Genau genommen braute sich der erste Akt der Euro-Krise schon 2007 zusammen, als die amerikanische Immobilienkatastrophe Europa erfasste und der Kreditfluss in die überschuldeten Euro-Länder zu versiegen begann. Die EZB reagierte, indem sie die Qualität der Pfänder, die die Banken beim Euro-System einreichen müssen, um Refinanzierungskredite zu erhalten, auf Schrottniveau absenkte und den nationalen Notenbanken erlaubte, die inländischen Banken mit Notkrediten zu unterstützen. Es wurde den Griechen, den Italienern und wem auch immer gestattet, nach eigenem Gutdünken Geld zu drucken - und nach den Regeln des Euro-Systems war es damit auch deutsches Geld.


Hans-Werner Sinn: Entdecker der Target-Salden

Bis 2007 war an den Target-Salden keinerlei Krisenstimmung abzulesen. Sie waren jahrelang so gut wie ausgeglichen. Ab dem Sommer 2007 explodierten die Salden auf über 1000 Milliarden Euro. Erst ab 2012 gingen sie wieder zurück, blieben aber noch weit über dem Niveau aus der Zeit vor der Krise. Hans-Werner Sinn nennt es eine Herkulesaufgabe, sich einen vollständigen Überblick über die Vielzahl von Politikmaßnahmen der EZB zu verschaffen." Über die Target-Salden hätten die politisch Verantwortlichen bis vor Kurzem nichts gewusst - und sie wollten, so Sinn, offenbar auch nichts darüber erfahren.

Erschwerend kommt hinzu, dass Frankreich, Irland, Portugal und einige kleinere Länder Anfang 2015 die Berichterstattung über ihre Target-Salden eingestellt haben. Der Target-Saldo der Bundesbank war im März 2016 mit über 600 Milliarden Euro immer noch beängstigend hoch - ein Beleg dafür, dass die Ruhe an der Oberfläche trog, dass die europäische Zahlungsbilanzkrise mitnichten ausgestanden war.

Target ist das Akronym für Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System. Das System transferiert und misst grenzüberschreitende Überweisungen zwischen den Euro-Ländern, die über die Geschäftsbanken laufen und mit denen Aufträge von Privaten, Unternehmen und öffentlichen Institutionen ausgeführt werden. Das System erfasst den elektronischen Geldverkehr und ermöglicht den Krisenländern Überweisungskredite, die dann bei den Notenbanken der stabilen Länder wie Deutschland oder den Niederlanden als Forderungen verbucht werden.

Wenn zum Beispiel die Bundesbank einen positiven Saldo in Höhe von 600 Milliarden ausweist, dann besteht diese Forderung nicht gegenüber einzelnen Ländern wie Griechenland oder Portugal. Es sind Forderungen gegenüber dem Euro-System. Viel wert sind sie nicht angesichts der schwachen Bonität der Schuldner. Im Ernstfall haftet die Bundesbank in Höhe ihres Kapitalanteils an der EZB, das heißt mit mehr als 25 Prozent.

Die negativen Target-Salden erlauben es den Krisenländern, über ihre Verhältnisse zu leben, ihre Leistungsbilanz auszugleichen, Waren im Ausland zu kaufen oder auch, das ist nicht zu unterschätzen, die Kapitalflucht wohlhabender Bürger zu finanzieren, die ihrem eigenen Staat nicht mehr trauen. Die Target-Überziehungskredite kann sich ein Land »quasi aus dem gemeinsamen Kassenautomaten« ziehen. Es kann damit »all das machen wie mit einem normalen Überziehungskredit auch«. Die über 1000 Milliarden, die 2012 ausstanden, waren nichts anderes als der Rettungsschirm vor den offiziellen Rettungsschirmen. Sie boten Ersatz für den wegbrechenden privaten Kapitalmarkt, als das Ausland freiwillig keine Kredite mehr geben wollte.[13]

Professor Sinn fasst zusammen: »Sie sind nichts grundsätzlich anderes als öffentliche Rettungskredite wie der EFSF oder ESM, über die die Parlamente Europas unter großen Mühen abgestimmt haben. Die Unterschiede liegen in den nationalen Empfängern - Banken oder Staaten - und in den Kreditkonditionen im Detail, nicht aber in der ökonomischen Substanz und dem Risiko.«

Selbst wenn ein Wunder geschieht und die Bundesbank nicht auf ihren Forderungen sitzenbleibt, ist Target ein schlechtes Geschäft. Die Verzinsung richtet sich nach dem Leitzins der EZB. Seitdem dieser bei null liegt, geht auch die Bundesbank leer aus. Wie unglaublich seriös mutet dagegen die Europäische Zahlungsunion der fünfziger und sechziger Jahre an. Damals hatte Deutschland noch etwas von seinen Exporterfolgen. Damals mussten Leistungsbilanzdefizite zum großen Teil mit Gold ausgeglichen werden, und aus dieser Zeit stammen denn auch die Goldreserven der Bundesbank, der unbestreitbar wertvollste Bestandteil ihrer Bilanz.

OMT: Der Meisterstreich des Alchimisten Draghi

Während das Target-System im Hintergrund automatisch und geräuschlos ablief und seinen Beitrag dazu leistete, die Euro-Zone zusammenzuhalten, ließ sich die EZB weitere Maßnahmen einfallen, um das Verbot der monetären Staatsfinanzierung zu umgehen.

Zunächst wurde im Mai 2010 das Securities Markets Programme (SMP) aufgelegt. Es diente dem Kauf von Staatsanleihen. Bis Februar 2012, als das Programm auslief, nahm das Euro-System Staatspapiere für insgesamt 223 Milliarden Euro aus dem Markt: italienische Staatsanleihen für 94 Mil-



Magier des Geldes: EZB-Präsident Mario Draghi beim Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos

liarden, spanische für 47 Milliarden, griechische für 41 Milliarden, portugiesische für 23 Milliarden und irische für 19 Milliarden.

Der erfolgreichste und letzten Endes entscheidende Eingriff, den sich Draghi einfallen ließ, war ironischerweise rein verbaler Natur.

Es waren zwei Ankündigungen, die an den Finanzmärkten gehörigen Eindruck machten und die von den Fondsmanagern als neuerlicher Freibrief für eine risikoarme Spekulation verstanden wurden.

Am 26. Juli 2012 erschien Draghi auf einer Investmentkonferenz in London und ließ die Herren und Damen wissen: »Die EZB steht bereit, alles zu tun, was nötig ist, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, es wird genug sein.« Im Original: *»whatever it takes«* und *»it will be enough«.*

Am 6. September 2012 verkündete Draghi ganz offiziell auf einer Pressekonferenz der EZB das OMT-Programm, wiederholte die Formel *»whatever it takes«* und setzte hinzu: »Und wir sagen, dass der Euro irreversibel ist.« Zusammen mit den Professoren Karl Albrecht Schachtschneider, Joachim Starbatty, Wilhelm Nölling und dem am 15. Januar 2014 verstorbenen Wilhelm Hankel habe ich damals beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde

gegen das OMT-Programm eingelegt. Am 16. Februar 2016 fand dazu in Karlsruhe die letzte mündliche Verhandlung statt. Das Urteil sollte am 21. Juni verkündet werden.

OMT steht im arkanen EZB-Sprech für Outright Monetary Transactions, auf Deutsch: direkte oder totale oder vorbehaltlose geldpolitische Transaktionen. Eine ganz neue Wortschöpfung, die nur mühsam verhüllte, was sich die EZB genehmigte: den Aufkauf von schlechten Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von maximal 3 Jahren in beliebigem Umfang. Der Zweck der Übung bestand darin, die Kurse und damit die Schuldner zu stützen und den Spielern am Kapitalmarkt das Kursrisiko abzunehmen, das so an die EZB und damit an den Steuerzahler weitergereicht wurde.

Der September 2012 markierte eine Wende in der Euro-Krise. Die Panik an den Märkten verflog, die Renditen sanken, die Krisenländer konnten wieder Schulden zu niedrigen Zinsen aufnehmen, das Überleben der Währungsunion war fürs Erste gesichert. Draghi hatte sein Meisterstück geliefert. Er musste das OMT-Programm nur herzeigen, damit es wirkte. Es wurde bis heute nicht aktiviert. Es bleibt in der Schublade. Unterdessen durften der Europäische Gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht darüber beraten, ob OMT rechtswidrig ist oder nicht.

QE: Das große Gelddrucken

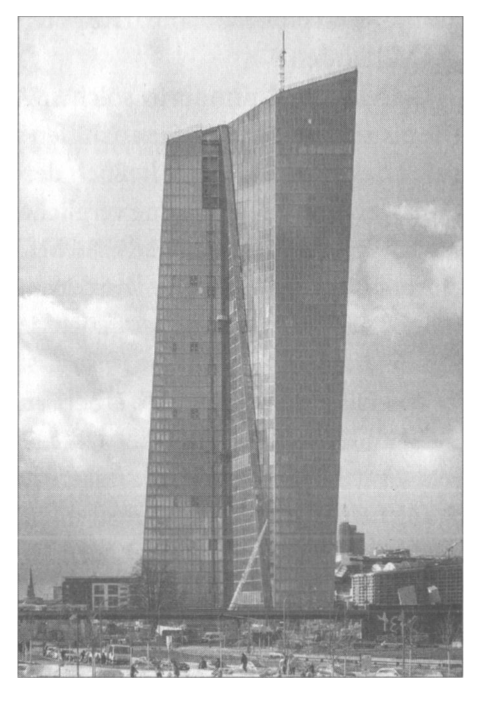
Das Tabu, dass die EZB keine Staatspapiere kaufen und keine Schuldenländer finanzieren darf, wurde auch ohne OMT auf massive Weise gebrochen - nämlich durch ein neues Programm mit der schönen Bezeichnung Quantitative Easing, auf Deutsch: Quantitative Lockerung. QE wurde im März 2015 aufgelegt und beinhaltete den Kauf von staatlichen Schuldpapieren für 1x40 Milliarden Euro bis September 2016. Im März 2016 wurde auf 1740 Milliarden aufgestockt. Eine Summe, die vorstellbar wird, wenn man 500-Euro-Scheine stapelt. Bis die 1740 Milliarden erreicht sind, müssten über 1700 solcher Stapel neben dem Gebäude der EZB in derselben Höhe aufgeschichtet werden. Deren Turm in Frankfurt ist 201 Meter hoch.

Der Alchimist Draghi hätte sein Programm genauso gut MP nennen können, MP für Money Printing. Das wäre ehrlicher gewesen, klingt aber zu vulgär. Aber genau das tut die EZB zusammen mit den nationalen

Notenbanken: Wenn sie Anleihen kauft oder frisches Geld an die Banken verleiht, druckt sie Geld - nicht mit der Druckerpresse, sondern elektronisch mit dem Computer.

Man kann nun einwenden, dass die Quantitative Lockerung nichts Neues ist und bestimmt keine Erfindung der EZB. Die amerikanische Notenbank hat es vorgemacht, und schon die Machthaber der Französischen Revolution haben ihre Untertanen mit ungedeckten Papierscheinen beglückt. Die nannten sich Assignaten und wurden am Ende wertlos. Insofern hat Draghi nur getan, was die Bundesbank immer verabscheute: Er hat die EZB amerikanisiert.

Der Vergleich mit den USA enthüllt aber auch gravierende Unterschiede. In den USA denkt die Regierung in Washington nicht daran, für Schulden der Bundesstaaten einzustehen. Jede einzelne Regierung, ob in Kalifornien oder Pennsylvanien, haftet für ihre Schulden selbst. Wenn ihre Steuereinnahmen nicht ausreichen, muss sie eben sparen. Es gilt das Prinzip der Selbstverantwortung. Und Selbstverantwortung zwingt zur Disziplin. Etwas anderes können die Europäer von den Amerikanern lernen: Auch in den USA entstehen bei den regionalen Banken des Federal Reserve System targetähnliche Salden. Nur müssen sie jedes Jahr getilgt werden, während die Positionen im Euro-System ad calendas graecas offengelassen und damit vergemeinschaftet werden.



Größenwahn: Der Neubau des EZB-Tower in Frankfurt am Main (Februar 2014)

Selbst der aufmerksamste Zeitungsleser wird nicht nachvollziehen können, wie hoch der Haftungspegel in der Euro-Zone zu einem bestimmten Zeitpunkt steht. Er müsste dazu die aktuellen Target-Salden aller Notenbanken des Systems kennen. Er müsste berücksichtigen, welche Tranchen welcher Rettungspakete bereits ausgezahlt wurden. Und er müsste wissen, wie viel der IWF, der bis

zu 250 Milliarden zugesagt hat, bereits überwiesen hat und wie viel davon möglicherweise zurückerstattet wurde.

Als zum Beispiel die Zeitungen am 3. März 2016 meldeten, das Hilfsprogramm für Zypern sei zu Ende gegangen, bedeutete das nicht, dass Zypern die vom EMS erhaltenen 6,3 Milliarden zurückgezahlt hatte. Die Kredite sind erst in den Jahren 2025 bis 2031 fällig.

Nachdem die Euro-Krise abgeflaut war, publizierte das ifo-Institut eine Aufstellung der Rettungsmaßnahmen mit Stand vom 23. Juni 2014. Danach waren an die GIPSIZ-Länder netto 835 Milliarden ausgezahlt worden, und zwar einschließlich der Target-Verbindlichkeiten. Zugesagt waren 920 Milliarden. Deutschland allein haftete auf Basis der ausgezahlten Hilfsgelder mit 322 Milliarden Euro. GIPSIZ steht für Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien, Zypern.[14] Nur Italien war unter keinen Rettungsschirm geschlüpft, sondern bediente sich ausschließlich des Euro-Systems und der Target-Salden, um über die Runden zu kommen.

Bis Februar 2016 war der deutsche Haftungsanteil an den ausgezahlten Rettungsgeldern auf 378 Milliarden angewachsen, davon 72 Milliarden zugunsten von Griechenland. Die potenzielle deutsche Haftung betrug sogar 574 Milliarden.[15]

Griechenland nimmt in solchen Aufstellungen einen Spitzenplatz ein. Die bis 2014 zugesagten Finanzhilfen aus dem ersten und zweiten Rettungspaket beliefen sich einschließlich der IWF-Kredite auf fast 246 Milliarden Euro - eine obszöne Summe verglichen mit dem griechischen BIP von rund 180 Milliarden. Dabei sind die 86 Milliarden vom Sommer 2015 noch nicht einmal eingerechnet. Die wurden lockergemacht, obwohl der Rettungsfonds EFSF am 3. Juli 2015 offiziell den Staatsbankrott Griechenlands verkündet hatte.

Wenn Sie inzwischen die Übersicht verloren haben, dann geht es Ihnen nicht anders als den Politikern, die seit 6 Jahren im Rettungswahn verharren. Und Sie können sich damit trösten, dass selbst die Geldingenieure im Frankfurter EZB-Tower längst nicht mehr wissen können, gegen welche Sicherheiten sie die Geschäftsbanken mit neuem Geld versorgt haben. Verständlich bei 33 000 unterschiedlichen Vermögenstiteln, die die EZB als Pfänder akzeptiert, darunter dubiose Papiere, gegen die kein vernünftiger Mensch einen Kredit gewähren würde.

Mit QE, so beschreibt Hans-Werner Sinn das System, »schließt sich der Kreis der Rettungsarchitektur. Erst erlaubt der EZB-Rat den Pleiteländern

Target-Überziehungskredite aus dem Kassenautomaten der nationalen Notenbanken, um damit ihre privaten Schulden zu tilgen und ihr Leben zu finanzieren; dann hilft die Politik mit fiskalischen Rettungsschirmen, diese Überziehungskredite zu tilgen, und schließlich zahlt die EZB den Rettungsschirmen Geld aus, das für die Tilgung der Überziehungskredite benötigt wird. Die privaten Gläubiger der Krisenländer machen sich aus dem Staube, die Schuldnerländer erhalten wieder frisches Geld zum Leben, und der Maastrichter Vertrag mit seinem ärgerlichen Verbot der Monetisierung der Staatsschulden ist vergessen.«[16]

Es sieht fast so aus, als habe Draghi, ausgestattet mit dem Spezialwissen von Goldman Sachs, eine Währung erfunden, die nicht totzukriegen ist. Es sei denn, ein Euro-Mitglied schert aus, verlangt seine Souveränität zurück und setzt die Dominosteine in Bewegung. Immerhin führte der italienische Regierungschef Silvio Berlusconi 2011 geheime internationale Verhandlungen über den Austritt Italiens aus dem Euro.'[7] Immerhin arbeitete der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis an einem Geheimplan zur Einführung einer eigenen Parallelwährung in Griechenland.'[8] Beide verstanden es, sich bei den Machthabern der Euro-Zone unbeliebt zu machen. Sie verloren ihr Amt.

Ausblick: Nur mit einer Transferunion kann der Euro überleben, aber wollen wir die?

Im Jahre 2016 war die Frage nicht, ob die Euro-Zone noch ein paar Jahre überleben würde, sondern ob sie überleben solle - und wenn ja, zu welchen Konditionen und Kosten. Mario Draghi war es gelungen, den Schuldnern eine Atempause zu verschaffen, indem er den Währungsraum mit Geld flutete, die Zinsen auf null drückte und so die Symptome der Malaise überdeckte, ohne ihre Ursachen bekämpfen zu können.

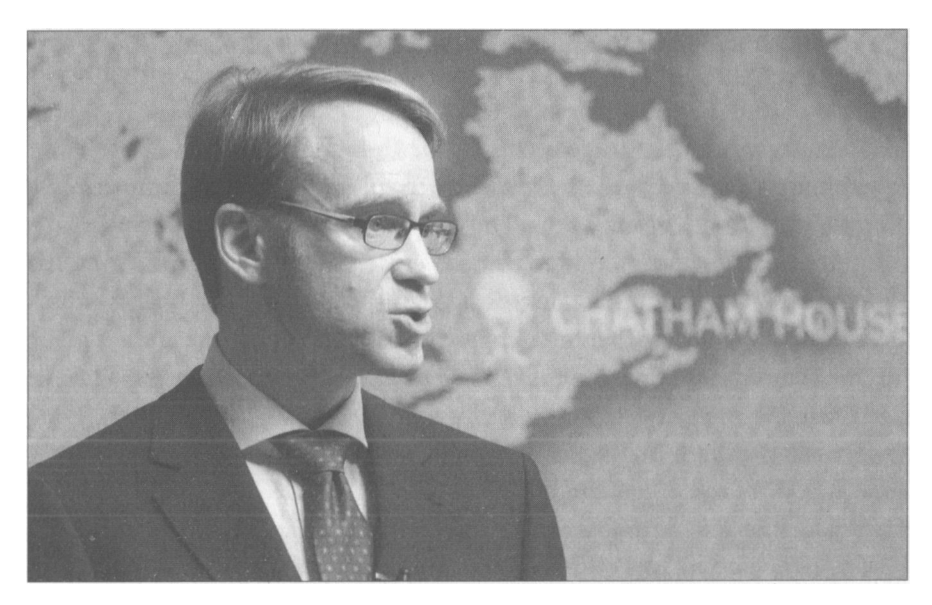
Das Hauptproblem war nicht Griechenland. Ob der gescheiterte Staat in der Einheitswährung blieb oder nicht, war im Grunde unerheblich. Träte Griechenland aus, hätte es die Chance, sich neu zu erfinden. Das wäre nicht innerhalb von wenigen Jahren zu schaffen, es würde den Zeitraum einer Generation beanspruchen.

Ungewiss ist, wie lange die EZB ihre Politik durchhalten kann. Unter den deutschen Eliten regte sich im Frühjahr 2016 erstmals Widerstand. Und, nicht zu vergessen, der große Trend der Zinsen und der Inflation verläuft in

Zyklen. Er kann nur zeitweise und bedingt von einer Notenbank angehalten werden. Sobald das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Schuldner wieder schwindet, kehrt die Staatsschuldenkrise zurück. Die Lage ist grundsätzlich prekärer als 2010. Die Staatsschuldenquoten Italiens und Portugals lagen zuletzt in der Nähe von 130 Prozent, die Frankreichs und Spaniens knapp unter 100 Prozent und selbst die belgische, die sich verbessert hatte, immer noch in der Nähe von 100 Prozent.

Verglichen damit, waren die meisten Schuldenquoten vor der Euro-Einführung geradezu komfortabel. Die Krise hat fast überall im Währungsraum Stagnation, Arbeitslosigkeit und einen heillosen Schuldenberg hinterlassen. Beispiel Italien: Von 1998 bis 2015 kletterte die Staatsschuld von 124,7 auf 145,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und die Schuldenquote aller Wirtschaftssektoren von 277,1 auf 396,3 Prozent BIP. Im selben Zeitraum verringerte sich das reale BIP pro Kopf um 2,2 Prozent. Wer glaubt, das könne gut ausgehen und der Euro sei über den Berg, lebt in einer Traumwelt.

Schwerer noch wiegt, dass weite Teile der Euro-Zone im weltweiten Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit extrem schlecht abschneiden. Nach dem Global Competitiveness Index 2015/16 des World Economic Forum rangier-



Im EZB-Rat auf verlorenem Posten: Bundesbankpräsident Jens Weidmann bei einer Veranstaltung von Chatham House (2012)

ten Spanien, Portugal und Italien deutlich unter China, selbst Frankreich stand nur wenig besser da. Die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands war schlechter als die der Ukraine. Auf Rang 1 stand die Schweiz, auf Platz 2 Singapur, auf Platz 3 die USA, gefolgt von Deutschland und den Niederlanden. Sehr gut schnitten auch Schweden, Norwegen, Dänemark und Großbritannien ab - offenbar hat ihnen der Verzicht auf den Euro nicht geschadet. Ganz im Gegenteil.[19]

Welche Optionen stehen zur Verfügung? Im Prinzip nur zwei. Die erste besteht darin, dass Südeuropa aus dem Währungsverbund austritt, abwertet und sich - bei Bedarf - eine eigene Währungsunion zulegt. Ein vergleichbarer Effekt könnte damit erreicht werden, dass Deutschland die Euro-Zone verlässt, aufwertet und die Kontrolle über die eigene Geldpolitik wiedererlangt. Die Niederlande, Luxemburg, Österreich, Finnland und vielleicht auch Belgien würden sich voraussichtlich anschließen. So oder so würden die stabileren und die schwächeren Volkswirtschaften monetär auseinandergehen, blieben aber in der EU miteinander verbunden.

Für die deutschen Eliten ist eine solche Bereinigung (noch) inakzeptabel. Sie halten an der Fehlkonstruktion fest. Nur der Linde-Chef Wolfgang Reitzle zog 2012 die Schlussfolgerung, dass Deutschland notfalls austreten müsse. 20x2 war er auf dem Höhepunkt der Krise überzeugt, dass der Euro nicht schon 2012 auseinanderbrechen werde, womit er recht behalten hat. Die Politiker seien entschlossen, sagte er damals, den Euro-Raum zusammenzuhalten.[20]

Das sind sie immer noch. Aber um welchen Preis? Den Preis einer Rückkehr zum Maastrichter Vertrag, zur Schuldendisziplin, den Preis radikaler Wirtschaftsreformen und einer internen Abwertung werden die Südeuropäer nicht zahlen - zumal nicht, nachdem die Austeritätspolitik in Spanien und Portugal abgewählt wurde und linke Parteien die jüngsten Wahlen gewonnen haben.

Die Südeuropäer haben längst auch Frankreich mit ins Boot geholt. Seit dem Sommer 2015 fordern der französische Präsident François Hollande und sein Wirtschaftsminister Emmanuel Macron eine Fiskalunion mit einem gemeinsamen Haushalt, die Sozialisierung der Altschulden und einen Euro-Finanzminister und damit eine automatisierte Transferunion, die sich auf die Bonität des deutschen Staates und auf seine Finanzkraft stützen müsste - und in letzter Konsequenz auf niemand anderen als den deutschen Steuerzahler.

Konkret könnte der Sozialisierungsalbtraum so aussehen, dass die nicht mehr rückzahlbaren Schulden der Euro-Zone in einen Fonds gepackt werden, der sich mit der Ausgabe von Euro-Bonds finanziert, die wiederum zum Teil von der EZB übernommen werden. Da die Staatsschulden in der Euro-Zone inzwischen die Marke von 10 000 Milliarden ansteuern, sind Schätzungen plausibel, wonach mindestens 3 Billionen in einem solchen Schuldentilgungsfonds vergemeinschaftet werden müssten. Damit drohen Deutschland neue riesige Vermögensverluste zusätzlich zu den 300 Milliarden, mit denen das Land als Gläubiger der Welt durch die Niedrigzinspolitik der EZB seit 2008 belastet wurde.[21] Der Vorteil der Krisenländer durch den Zinsrückgang hat bis Ende 2014 bei 350 Milliarden Euro gelegen.

Der Marsch in die Transferunion ist bereits absehbar. Zwei Säulen der Bankenunion sind schon operativ: die Aufsicht über die größten Euro-Banken durch die EZB und der Abwicklungsmechanismus, der aus Beiträgen der Banken finanziert wird. Gegen die dritte Säule, die gemeinsame Einlagensicherung, sträubt sich die Bundesregierung noch. Aber wie lange? Besonders die deutschen Sparkassen und Volksbanken, die der Kommission in Brüssel schon lange ein Dorn im Auge sind, stemmen sich vehement gegen die Zumutung, dass die deutschen Sparer für die Einlagen maroder ausländischer Banken mithaften sollen. »Es widerspricht dem marktwirtschaftlichen Prinzip der Eigenverantwortung«, warnte Uwe Fröhlich, der Präsident des Bundesverbands der Volks- und Raiffeisenbanken, »wenn die hiesigen Schutzsysteme für Spareinlagen in anderen Mitgliedstaaten haften, ganz ohne die Möglichkeit, Risiken kontrollieren zu können.«[22]

Wissen die Deutschen eigentlich, in was sie mit einer europäischen Fiskalunion hineinschlittern? Die Erfahrungen mit der deutschen Währungs- und Fiskalunion seit der Wiedervereinigung schrecken ab. Nach Berechnungen des ifo-Instituts dürften die Transfers in die ehemalige DDR bis heute etwa 1750 Milliarden Euro betragen haben, 27 900 Euro je Kopf eines Westdeutschen. Und immer noch fließen jährlich netto etwa 70 Milliarden von West nach Ost.[23] Eine Wohlstandsumverteilung, bei der genug Fehler gemacht wurden, die gleichwohl aus Gründen nationaler Solidarität zu rechtfertigen war und dann auch akzeptiert wurde. In der Euro-Zone hingegen taugt die Worthülse der Solidarität vornehmlich zur Selbstausbeutung oder dazu, dass die einen die anderen ausnutzen.

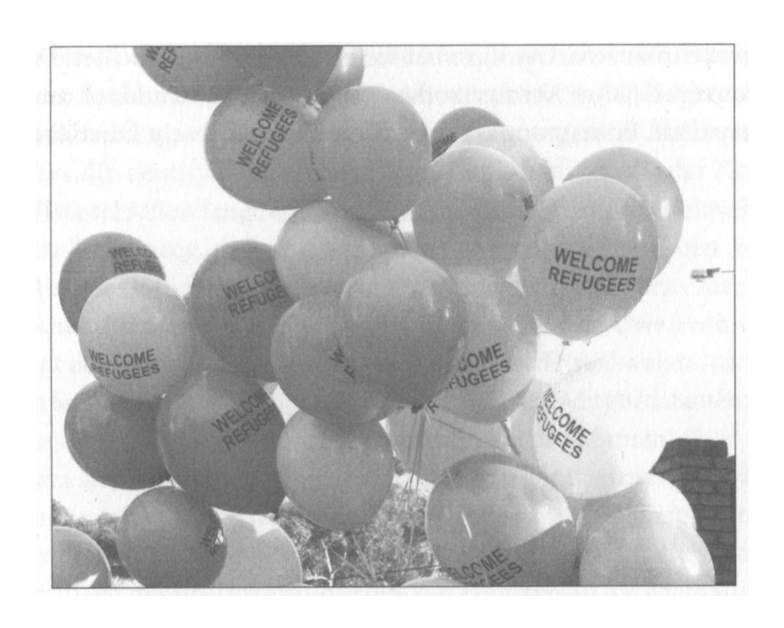
Auf die Euro-Zone übertragen, würde eine solche Fiskal- und Sozialunion (auch eine europäische Arbeitslosenversicherung ist schon im Gespräch)

den europäischen Gedanken vollends diskreditieren und die Spaltung zwischen Schuldnern und Gläubigern zementieren. Sie wäre immens teuer. Vor allem aber ist es eine Illusion, dass Südeuropa durch noch größere Transfers saniert werden könnte. Alle Erfahrungen mit Entwicklungshilfe in den verschiedensten Teilen der Welt sagen das Gegenteil. Mit dem Geld würde nur erreicht, dass nicht wettbewerbsfähige Strukturen aufrechterhalten werden. Die von Hollande verlangte Fiskalunion, prophezeit Hans-Werner Sinn, würde die Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa perpetuieren und zugleich die Belastungen der Steuerzahler in den noch halbwegs gesunden Staaten Europas maximieren.[24]

Zum Marsch in ein anderes Europa, zur Finanzdiktatur der EZB und zum fortwährenden Verfassungs- und Rechtsbruch gibt es eine rationale Alternative: Die Währungsunion darf nicht Selbstzweck, sie darf nicht länger unumkehrbar sein. Der Euro hat die Bundesbank entmachtet, Deutschlands Souveränität im Kern getroffen und Europa in Schuldner und Gläubiger gespalten. Enteignung ist ein zu hoher Preis für sein Überleben.

Kapitel 8

Der Schein der hohen Ideale



Die große Umschichtung: Schon über 20 Prozent mit Migrationshintergrund

IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTE finden sich Wendejahre, die einer ganzen Generation eine Erzählung liefern, ein positives oder negatives Narrativ: die Reichsgründung 1871, die Deutschland zur wirtschaftlichen und militärischen Großmacht aufsteigen ließ; oder 1933, als das Land einer historisch präzedenzlosen Diktatur zum Opfer fiel; oder die Jahre 1948 und 1949, als die Grundlage für die unglaubliche Erfolgsgeschichte des Wirtschaftswunders gelegt wurde; oder der Bau der Mauer 1961, die die Teilung für immer zu zementieren schien; oder 1989, als sich das Volk in einer friedlichen Revolution das Recht auf nationale Selbstbestimmung eroberte.

Was wird von 2015 bleiben? Die Willkommenskultur des Sommers, als die Ankunft von Flüchtlingen auf dem Münchner Hauptbahnhof bejubelt wurde? Oder die Silvesternacht in Köln und anderen Großstädten, als Horden von jungen Männern aus Nordafrika Jagd auf deutsche Frauen machten? Oder der Kollaps der inneren Sicherheit, als Hunderttausende von Ausländern unkontrolliert ins Land strömten? Oder hatte der frühere Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky recht, als er lapidar von einer »Landnahme« sprach? Oder Papst Franziskus, als er die massenhafte Migration aus dem Nahen Osten als »arabische Invasion« bezeichnete?[1]

Oft ist das, was Politiker nicht sagen, enthüllender als die Äußerungen, mit denen sie zitiert werden. Niemandem fiel auf, dass Angela Merkel 2015 konsequent vermied, vom »deutschen Volk« zu sprechen, das sich laut Präambel der Verfassung »dieses Grundgesetz« gegeben hat und das Gegenstand ihres Amtseides war, als sie schwor, ihre Kraft dem »Wohle des deutschen Volkes« zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Betrachtet man die trockenen Zahlenreihen des Statistischen Bundesamtes, dann lebten mit Stichtag des 30. Juni 2015 81,5 Millionen Menschen auf dem Territorium des deutschen Staates, davon 9,1 Millionen Ausländer. In der Definition »mit Migrationshintergrund« waren es 16,4 Millionen Menschen, wozu alle Ausländer, eingebürgerte Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler zählen - ein Bevölkerungsanteil von 20,3 Prozent.

Die meisten Personen mit Migrationshintergrund stammten aus der Türkei (17,4 Prozent), gefolgt von Polen (9,9 Prozent), der Russischen Föderation (7,3 Prozent), Kasachstan (5,6 Prozent) und Italien (4,7 Prozent).

Ähnlich wie an der Börse zählen auch bei der Demografie Erwartungen mehr als der Ist-Zustand. Und die sind am besten abzulesen an der Zusammensetzung der ganz jungen Altersgruppe, weil sie einen Blick in die Zukunft erlaubt: Bei den unter Fünfjährigen stellen Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund inzwischen 34,6 Prozent der Bevölkerung. In der Altersgruppe 5 bis 10 Jahre sind es 35,3 Prozent, in der zwischen 10 und 15 Jahren 31,4 Prozent.[2] In den Schulklassen vieler Großstädte - sie sind der Trendsetter - liegt der Anteil längst weit darüber.

Im Sommer 2015 hat Deutschland insofern einen europäischen Sonderweg beschritten, als es sich als Staat zu erkennen gab, dem seine Grenzen nichts wert sind, aber auch als Staat, der sich seine Einwanderer nicht aussucht, sondern die Migranten selbst die Wahl treffen lässt. Die Umschichtung der Bevölkerung ist Konsequenz eines äußerst großzügig gehandhabten Asylrechts, obwohl seit Jahren nur ca. 1 Prozent der »Flüchtlinge« als asylberechtigt nach Artikel 16a des Grundgesetzes anerkannt werden. Alle anderen bleiben aufgrund anderer Rechtstitel oder werden »geduldet«.

Die Völkerwanderung vollzieht sich seit Langem in an- und abschwellenden Zyklen, präzise abzulesen an der Entwicklung der Asylantragszahlen. Dazu muss man wissen, dass die Väter des Grundgesetzes von den dama-



Im Sommer 2015 strömen Migrantenwellen nach Europa, hier ein Bild aus Ungarn (September). Der Großteil ist auf dem Weg nach Deutschland.

ligen Erfahrungen mit politischer Verfolgung ausgingen, im Asylrecht ein auf europäische Verhältnisse bezogenes Individualrecht sahen und sich so kurz nach dem Krieg nicht vorstellen konnten, dass es jemals zum Einfallstor für Masseneinwanderung aus Asien und Afrika werden könnte.

Absatz i von Artikel 16a GG besteht bis heute nur aus einem Satz: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.« Eingeschränkt wird Absatz 1 durch Absatz 2: »Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.« Bei strikter Beachtung von Absatz 2 hätte sich die Bundesrepublik die Einwanderung von 1,14 Millionen Ausländern im Jahr 2015 weitgehend ersparen können. Dass sie zugelassen und von der Bundesregierung als »Chance« propagiert wurde, war eine rein politische Entscheidung.

Nicht aus der Sicht Merkels, aber aus juristischer Sicht handelt es sich beim Asylrecht nach Artikel 16a nach wie vor ausschließlich um ein Individualgrundrecht, nicht um ein Kollektivgrundrecht, das für die Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen in Anspruch genommen werden könnte. Das Recht auf Asyl hat nur jemand, der nachweisen kann, dass er politisch verfolgt wurde.

Jedenfalls kam es 2015 in der dürren Sprache des Statistischen Bundesamtes zum »höchsten jemals gemessenen Wanderungsüberschuss von Ausländerinnen und Ausländern in der Geschichte der Bundesrepublik«. Gemessen an den Asylantragszahlen, befindet sich Deutschland im zweiten großen Zyklus. Der erste kulminierte 1992 mit 438191 Anträgen. Danach sank die Zahl bis 2008 auf ein Tief von nur 28 018. Seither steigt sie Jahr um Jahr. Bereits 2014 lagen die Anträge mit über 200 000 um 60 Prozent höher als im Vorjahr. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden jeweils nur einige tausend Anträge im Jahr gestellt - meist weniger als 3000, manchmal über 4000. Für solche Größenordnungen war das deutsche Asylrecht gedacht.

Dem absehbaren Bevölkerungsdruck aus der Dritten Welt wird nicht einmal das europäische Flüchtlingsrecht standhalten. Allein in Afrika leben aktuell 1,4 Milliarden Menschen, 2050 könnten es nach seriösen Schätzungen 4,4 Milliarden sein. Die Vorstellung, davon auch nur einen geringen Teil aufnehmen zu können - bei 700 Millionen Europäern -, ist illusionär, verantwortungslos und naiv. Sie ist ein Rezept für den Selbstmord.

Warnungen ignoriert: Bereits 2014 zeichnete sich der Sturm auf Europa ab

Wie es kam, dass Deutschland 2015 in seine größte Krise schlitterte, lässt sich aus einem so kurzen zeitlichen Abstand ebenso wenig schlüssig beantworten wie die Frage nach den Motiven der Verantwortlichen. Wir können nur den Ablauf skizzieren und allenfalls darüber spekulieren, ob bloßes Staatsversagen vorlag oder ob hinter den handwerklichen Fehlern vielleicht doch ein strategischer Plan steckte.

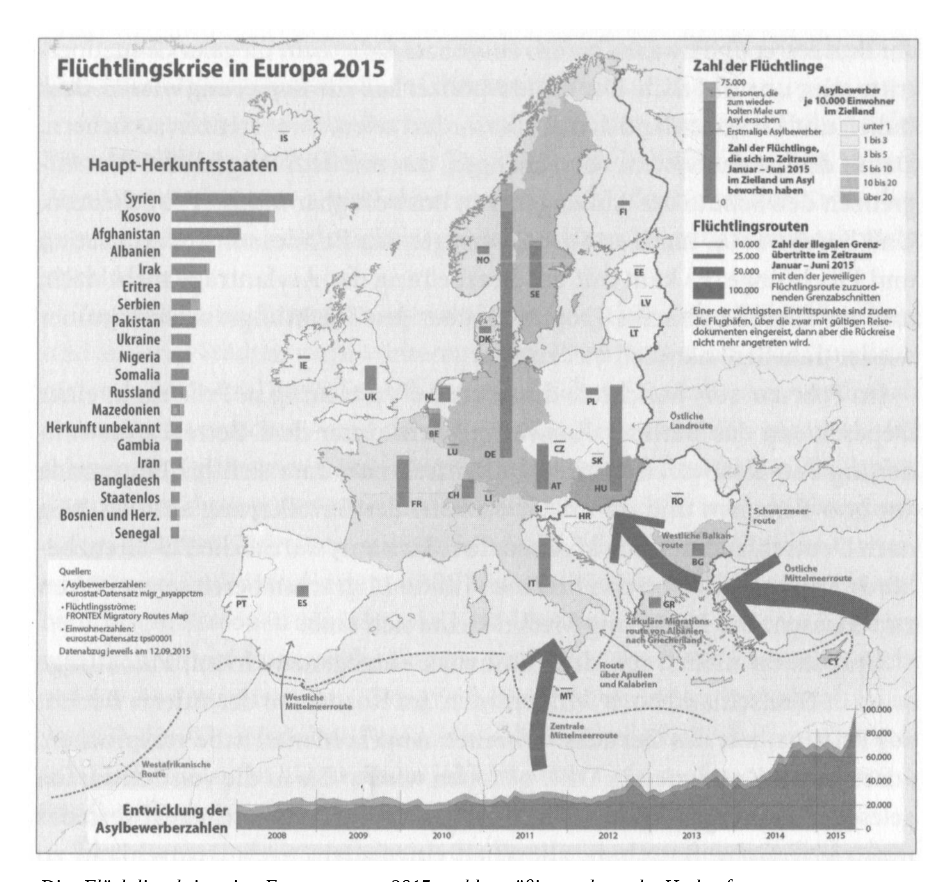
In einer umfangreichen, am 8. November 2015 erschienenen Untersuchung kam die *Welt am Sonntag* zu dem Schluss, »dass die Bundesregierung sehenden Auges in diesen Notstand gerasselt ist«. Die Sicherheitsbehörden, die deutschen Botschaften und hohe Beamte hätten die Kanzlerin und den Innenminister immer wieder vergebens gewarnt. Notwendige Maßnahmen seien »aus politischen Gründen« nicht umgesetzt, ignoriert oder schlicht verschlampt worden. »Schon 2014 gibt es Warnungen, dass die Zahl der Zuwanderer die Kräfte der Bundesrepublik übersteigen könnte.«

Und bereits seit 2011 war den geheimdienstlichen Analysen und den Lagebildern des Bundeskriminalamtes zu entnehmen, dass mit einem Ansturm von Flüchtlingen zu rechnen sei. Die Bundesregierung blieb untätig. Ihr fehlte der machtpolitische Einfluss, um an den Ursachen der Migration etwas ändern zu können.

Bekanntlich zählt der BND zu den Geheimdiensten, die über den Nahen Osten recht gut informiert sind. Die seit Jahren sich verstärkende Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten und Nordafrika war eine Folge der Destabilisierung der Region durch die Politik der Westmächte. Mit der Invasion des Irak, den Militärschlägen gegen Libyen und der Beseitigung der Diktatoren wurden beide Länder in Bürgerkriege gestürzt, die bis heute toben. Dann geriet das syrische Regime ins Visier einer Allianz aus den USA, der Türkei, Saudi-Arabien und Katar.

Die Golfstaaten übernahmen die Finanzierung, die USA verhängten umfassende Wirtschaftssanktionen gegen Damaskus und halfen mit Kommandotrupps und geheimdienstlichen Aktivitäten, und die Türkei fungierte als Transitland für Waffen und Terroristen.

Michael Flynn, der ehemalige Direktor des US-Geheimdienstes Defense Intelligence Agency (DIA), nennt die Salafisten, die Muslimbrüder und al-Qaida, aus der der Islamische Staat hervorging, die »treibenden Kräfte«



Die Flüchtlingskrise in Europa von 2015 zahlenmäßig und nach Herkunft

hinter dem Aufstand in Syrien. Sie seien dabei vom Westen, den Golfstaaten und der Türkei unterstützt worden. Die Warnungen der DIA zu missachten sei eine »vorsätzliche Entscheidung« der Regierung Obama gewesen.[3]

Der Krieg in Syrien, der Millionen in die Flucht trieb, wurde systematisch von außen geschürt. Als dann das UN-Flüchtlingshilfswerk die Gelder für die Flüchtlingslager in Jordanien und anderswo im nahöstlichen Raum zusammenstrich, war absehbar, dass sich die dort Gestrandeten auf den Weg machen würden. Auch darüber muss die Bundesregierung unterrichtet gewesen sein. Vor Ort mit Finanzhilfe einzuspringen hätte nur einen Bruchteil dessen gekostet, was später in Deutschland aufzubringen war.

Nachdem der Andrang auf die südlichen Außengrenzen der EU schon seit Beginn des Jahrzehnts kontinuierlich zugenommen hatte, zeichnete sich 2014 ein regelrechter Sturm auf Europa ab. Die Erstaufnahmestellen in

der Bundesrepublik waren bereits ausgebucht, die Zahl illegaler Grenzübertritte stieg unaufhörlich. Die Bundespolizei ließ die Regierung wissen, dass Italien und Griechenland damit überfordert seien, ihre Grenzen zu sichern. Damit drohte das System von Schengen, das mit dem Wegfall der Binnengrenzen den Schutz der Außengrenzen unabdingbar machte, zu scheitern. Und bereits 2014, nicht erst 2015, versagte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Es kam mit der Bearbeitung der Asylanträge nicht nach, und vor allem lagen seine Prognosen über den Flüchtlingsansturm immer wieder daneben, nämlich viel zu tief.

Im Februar 2015 berichtete die deutsche Vertretung in Pristina in einer Depesche an das Berliner Auswärtige Amt unter dem Betreff »Auswanderung von Kosovaren nimmt dramatisch zu«, dass sich bis Jahresende 300 000 Personen und damit ein Sechstel der Bevölkerung auf den Weg nach Deutschland machen könnten. Im März 2015 warnte die EU-Grenzbehörde Frontex, dass 500 000 bis eine Million Migranten bereit seien, Libyen zu verlassen. Die Regierung Merkel stellte sich taub.

Und sie tat nichts, um dem Eindruck entgegenzuwirken, Flüchtlinge seien in Deutschland hoch willkommen. Im Kosovo, so der zitierte Bericht aus Pristina, war das Gerücht verbreitet, Angela Merkel habe versprochen, »dass jedem Kosovaren in DEU geholfen wird«.[4] Bis in die von Schwarzen gelesenen Zeitungen in Südafrika gelangte die mit dem Foto eines Mercedes illustrierte frohe Botschaft, alle seien eingeladen, nach Deutschland zu kommen.

Das notorisch abwiegelnde Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hielt es für förderlich, einen siebzehnminütigen Film (*Das deutsche Asylverfahren*) in neun Sprachen und gefördert von der EU ins Netz zu stellen. Da wurde ein Iraker gezeigt, der vor einer deutschen Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge stand. »Endlich angekommen«, sagte er, »ich bin gespannt, was mich hier erwartet.« Eine freundliche Dame begrüßte ihn: »Guten Morgen, wie kann ich Ihnen helfen?« Der Film ist auf der Seite des Bundesamtes längst nicht mehr auffindbar.

Wer im September 2015, auf dem Höhepunkt der deutschen Willkommenskultur, im großen Krisenbogen von Marokko bis Pakistan immer noch zweifelte, brauchte nur sein Smartphone einzuschalten, und er sah Merkel, wie sie ein Heim besuchte, umlagert von Flüchtlingen, die ein Selfie mit ihr wollten. »Ich bin Syrer, ihr müsst mich freundlich behandeln! Frau Merkel hat mich eingeladen«, belehrte ein Migrant einen Polizeibeamten,

als der ihn in der Silvesternacht von Köln verhaften wollte. Nachzulesen im Einsatzerfahrungsbericht eines Oberkommissars.

Anderes Zitat aus dem Bericht: »Aufgrund der ständigen Präsenz der Einsatzkräfte und aufmerksamer Passanten im Bahnhof konnten vollendete Vergewaltigungen verhindert werden... Maßnahmen der Kräfte begegneten einer Respektlosigkeit, wie ich sie in 29 Dienstjahren noch nicht erlebt habe.«[5]

Zugegeben, im Sommer 2015 war der Silvesterhorror in Köln, Hamburg und anderen Städten nicht vorherzusehen. Es stimmt auch, dass Innenminister de Maiziere, der Inbegriff des preußischen Staatsdieners, wiederholt zu bremsen versuchte - und dann doch die offene Rebellion gegen Merkel scheute. Im Spätsommer 2015 zirkulierte in seinem Ministerium ein Papier, das die Beachtung der geltenden Rechtslage einforderte: dass einem aus einem sicheren Drittstaat ankommenden Asylanten die Einreise zu verweigern sei und dass die deutschen Grenzbehörden verpflichtet seien, unberechtigte Personen zurückzuweisen.[6] Einwanderer aus sicheren Ländern wie Tschechien, Österreich, Ungarn und der Schweiz können sich nicht auf das Asylrecht berufen. Hier greift Paragraf 95 des Aufenthaltsgesetzes, wonach die »Einreise ohne Pass« oder »ohne erforderliche Aufenthaltstitel« mit Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafen geahndet wird. Strafbar ist zudem die Nichtverfolgung solcher Straftaten.

Über Recht und Gesetz hat sich die Bundeskanzlerin eigenmächtig hinweggesetzt, ohne die Genehmigung von Bundestag und Bundesrat einzuholen. Ende August 2015 suspendierte sie das Dublin-Verfahren für syrische Staatsangehörige. Sie wurden nicht mehr nach Österreich oder in andere EU-Staaten zurückgeschickt, auch wenn sie dort bereits registriert waren. Als die Bundespolizei im August Grenzkontrollen vorbereitete, wurde sie von Merkel zurückgepfiffen.

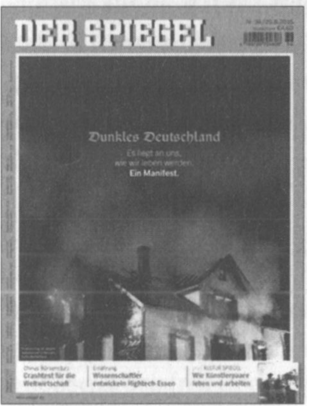
Grenzenlos: Wie Politiker und Medien die Euphorie schürten

Der 4. September 2015 war der Tag, an dem Merkel ganz offiziell und sichtbar für alle Welt die Tore aufmachte. Jetzt durften alle Flüchtlinge ohne Registrierung durch Ungarn nach Österreich und Deutschland einreisen. Merkel sagte Sätze, die ihr lange anhaften würden. So auch diesen: »Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze. Das gilt auch für Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkrieges zu uns

kommen.« Oder diesen: »Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.« Am 19. Oktober meldete die Stadt Passau, dass innerhalb von 3 Wochen über 200 000 Migranten die Grenze überschritten hätten. Anfang November erklärte Vizekanzler Gabriel, dass 40 bis 50 Prozent der nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge nicht registriert worden seien. Da hatte die Große Koalition, aufgeschreckt durch das Erstarken der AfD, bereits ein restriktives Asylpaket beschlossen, das aber kaum Wirkung zeigte, weil Merkel immer noch niemanden an der Grenze zurückweisen wollte.

Im April 2016 meldete *Bild*, dass immer noch 500 000 Einwanderer nicht registriert seien. Eine Zahl, die vom Bundesinnenministerium sogleich dementiert wurde. Aber selbst Frank-Jürgen Weise, der Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, bestätigte den Zusammenbruch der inneren Ordnung, als er sagte, er werde erst »im Verlauf des Jahres« einen genauen Überblick darüber haben, wer sich in Deutschland aufhalte. Das war der Stand im Frühjahr 2016, nicht etwa im Sommer 2015.





Helles und dunkles Deutschland - Spiegelausgabe 36/2015 mit zwei Deckblättern

Flankiert wurde der Merkel-Kurs durch pastorale Auslassungen des Bundespräsidenten und - noch 2015 - durch eine distanzlose Medienkampagne, die von *Bild* über den *Spiegel* bis in sämtliche öffentlich-rechtliche Anstalten reichte. Joachim Gauck gab den Ton vor, als er am 26. August verkündete: »Es gibt ein helles Deutschland, das sich leuchtend darstellt, gegenüber dem Dunkeldeutschland.« Näheres erläuterte er sodann im Gespräch mit dem *General-Anzeiger*. Es wäre von Vorteil, so deklamierte der Bundespräsident, »wenn sich noch mehr Menschen als bisher von dem Bild einer Nation lösen, die sehr homogen ist, in der fast alle Menschen Deutsch als Muttersprache haben, überwiegend christlich sind und hellhäutig«.

Der Hamburger *Spiegel* nahm die volkspädagogische Vorlage in Nummer 36/2015 unverzüglich auf und bastelte gleich zwei Deckblätter, das eine zum »hellen«, das andere zum »dunklen« und bösen Deutschland. Die bekanntlich sehr gut verdienenden Redakteure des Magazins empfahlen ihren Lesern, die Flüchtlinge teilhaben zu lassen an unserem »unglaublichen Glück«.

Die ansonsten eher betuliche *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* setzte einen drauf und titelte am 30. August: »Roter Teppich für Migranten!« und leistete sich dann auch noch einen waghalsigen Griff in die Geschichte: »Historisch gesehen«, wurden die Leser belehrt, »haben Einwanderer ihre Gesellschaften stets bereichert.« Ohne die Einwanderung nach Nordamerika hätte es kein Silicon Valley und ohne die 12 Millionen Flüchtlinge aus dem »Osten« (gemeint war aus Deutschland nach Deutschland) hätte es kein Wirtschaftswunder gegeben. Ersteres trifft zu, nur blieb von den Indianern, die durch Einwanderung bereichert wurden, nicht viel übrig. Der zweite Vergleich hinkt derart, dass sich ein Kommentar erübrigt.

Selbst das *Handelsblatt*, dem feuilletonistische Abirrungen normalerweise fremd sind, vergriff sich gewaltig mit seinen historischen Bezügen. Im beigelegten Magazin Nummer 5 vom November 2015 schrieb dessen Herausgeber Gabor Steingart höchstpersönlich: »Nach dem Zweiten Weltkrieg waren bis zu 14 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten davon Deutsche aus den zuvor von ihnen besetzten Gebieten.« Mit Datum vom 13. November 2015 bat ich den Herausgeber schriftlich um Aufklärung: »Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, welche besetzten Gebiete damit genau gemeint sind.« Im Juni 2016 stand eine Antwort immer noch aus. Vielleicht lässt Steingart noch recherchieren, zu welchem Staatsgebiet Ostpreußen, Hinterpommern und Schlesien gehörten, bevor sie fluchtartig verlassen wurden.

Zweischneidiger Pakt: Merkel setzt auf Erdogan

Im Frühjahr 2016 hatten Ungarn, Mazedonien und andere Balkanstaaten im südosteuropäischen Aufmarschgebiet indirekt auch die deutsche Grenzsicherung übernommen. An der bayerischen Grenze war relative Ruhe eingekehrt, und es war nicht absehbar, ob die Prognose des Bundeswirtschaftsministeriums vom Februar 2016 zutreffen würde, wonach bis 2020 rund 3,6 Millionen Flüchtlinge zu erwarten seien. Das hängt ab von

der Lage in Nordafrika und besonders im gescheiterten Staat Libyen, dem Ausgangspunkt für Migrantenströme nach Italien, aber auch vom Fortgang des Bürgerkrieges in Syrien und nicht zuletzt von der Vereinbarung, die am 18. März 2016 zwischen der EU und der Türkei getroffen wurde. Darin verspricht die Regierung Erdogan gegen eine Milliardenzahlung, alle »neuen irregulären Migranten«, die von der Türkei aus auf die griechischen Inseln gelangen, zurückzunehmen - eigentlich eine Selbstverständlichkeit im Grenzverkehr zwischen souveränen Staaten. In Punkt 2 verspricht die EU: »Für jeden von den griechischen Inseln in die Türkei zurückgeführten Syrer wird ein anderer Syrer aus der Türkei in der EU neu angesiedelt.«

Dabei fällt auf, dass die Syrer nicht etwa ein temporäres Aufenthaltsrecht erhalten, wie es zum Schutz von Flüchtlingen normal wäre, sondern dass sie in Europa angesiedelt und damit umgesiedelt werden sollen - so, als sei kein Ende des Krieges in Syrien in Sicht. Vor allem aber wird Erdogan mit dem Pakt die Migrationswaffe in die Hand gegeben. Er bekommt die Gelegenheit, neue Forderungen zu stellen und die Europäer auch künftig zu erpressen, indem er seine Grenzen einmal auf- und einmal zumacht. Er hat eine neue Geldquelle aufgetan und hat künftig bessere Karten bei den Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei, auch wenn der auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar sein wird. Dass die Bundesregierung sich von Erdogan abhängig gemacht hat, stärkt dessen innenpolitische Position, auch beim Vorgehen gegen die Opposition und gegen die Kurden.

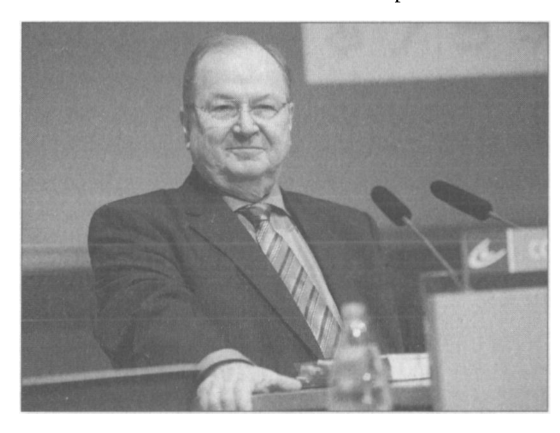
Ein Fazit ließ sich im Frühjahr 2016 bereits ziehen: Die Politik der offenen Grenzen geht auf Kosten der inneren Sicherheit. Am 10. April 2016 gab Verfassungspräsident Hans-Georg Maaßen in einem Interview mit der *Welt am Sonntag* zu, dass der Islamische Staat seine Leute unter die Flüchtlinge gemischt hat, »obwohl er es nicht nötig hätte«. Der Verfassungsschutz habe außerdem festgestellt, dass Salafisten und andere Islamisten damit begonnen hätten, vor allem minderjährige Flüchtlinge anzuwerben. Hier sehe er ein »immenses Radikalisierungspotenzial«. Die Zeitung zitierte zudem einen Berliner Ermittler, wonach kriminelle arabische Großfamilien - in Berlin sind es sieben bis neun - Flüchtlinge als willkommenen Nachwuchs rekrutieren. Die Clans kaufen, so das Blatt, vermehrt Mietshäuser, etwa in Wedding, und wandeln sie in Flüchtlingsheime um. Polizisten, die im Bereich der organisierten Kriminalität arbeiteten, wüssten längst, »dass die Großfamilien die Stadt dominieren«. Bilanz eines Insiders: »Die Hauptstadt ist verloren.«

Klartext von Heinz Buschkowsky, Paul Collier und Lord Weidenfeld

Zurück zur Willkommenskultur. Anstatt im Nebel der Zukunft zu stochern, möchte ich drei Persönlichkeiten zu Wort kommen lassen, die Klartext statt Neusprech reden: den früheren Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, der in seiner Amtszeit genug Erfahrungen mit den täglichen Problemen der Migration gesammelt hat; den international angesehenen, an der Universität Oxford lehrenden Entwicklungsökonomen Paul Collier; und den im Januar 2016 verstorbenen Lord Weidenfeld, einen international bestens vernetzten Briten.

In einem Interview antwortete Buschkowsky auf die Frage, wie viele Flüchtlinge noch nach Deutschland kommen werden: »Heute sind eine Million Flüchtlinge im Land. Pro Flüchtling ziehen etwa drei bis vier Personen nach - konservativ gerechnet. Manche gehen sogar von wesentlich höheren Zahlen aus. Aus dieser einen Million werden ziemlich zügig also *4* bis 5. Aufgrund der EU-Prognose gehe ich von 8 bis 10 Millionen Flüchtlingen bis 2020 in Deutschland aus. Das ist eine ganz unaufgeregte Rechnung anhand der vorliegenden Fakten.« In Afrika und im arabischen Raum säße bis zu einem Drittel der Bevölkerung auf gepackten Koffern, um nach Europa aufzubrechen. »Es gibt einen unglaublichen Überhang an beschäftigungs- und perspektivlosen jungen Männern.«

Droht Deutschland die Islamisierung, wo doch der Bevölkerungsanteil der Muslime nur zwischen 4 und 5 Prozent liegt? Innerhalb von 5 Jahren, prognostiziert Buschkowsky, werde sich die Zahl der Muslime verdreifachen oder vervierfachen. »Ihr politisches und gesellschaftliches Gewicht wird also zunehmen. Irgendwann werden sie politische Parteien gründen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen.« Bei einem Anteil von mindestens 15 Prozent im Jahr 2020 würden die Muslime ein völlig anderes Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein entwickeln. »Die Frage lautet also«, so Buschkowsky: »Ist



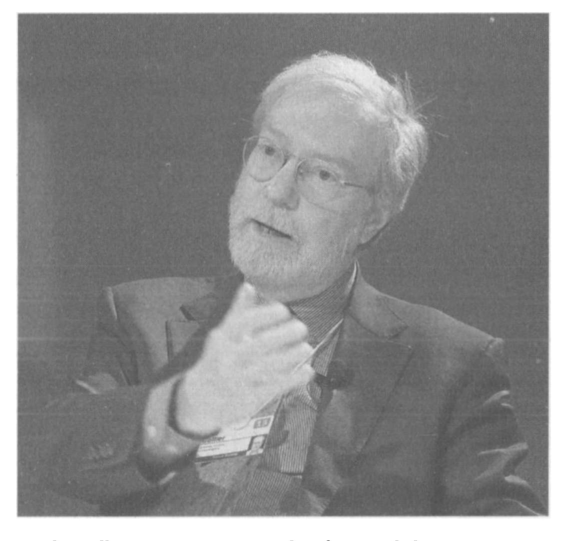
Heinz Buschkowsky, der Realist

die deutsche Gesellschaft bereit, sich in einen anderen kulturellen Kontext drängen zu lassen?«[7]

Die Frage beantwortet Buschkowsky nicht, aber er stellt sie wenigstens, wozu den tonangebenden Politikern der Mut oder die Ehrlichkeit fehlt. Falls die deutsche Gesellschaft ihren eigenen kulturellen Kontext einem fremden vorzieht, wird sie sehr bald Konsequenzen ziehen und sich zu einer grundsätzlich anderen Einwanderungspolitik entschließen müssen. Viel Zeit bleibt dafür nicht mehr.

Paul Collier, Ex-Direktor der Weltbank und einer der führenden Migrationsforscher, rechnet mit Hunderten von Millionen Menschen, die in der westlichen Welt ihr Glück suchen wollen, »und dann kommt die deutsche Kanzlerin und spricht davon, dass Europas Türen offen sind. Überlegen Sie doch einfach mal, wie das bei diesen Menschen ankommt.« Angela Merkel, niemand sonst, sei schuld an der Flüchtlingskrise in Europa. »Ich verstehe bis heute nicht, warum Frau Merkel so gehandelt hat ... Alle diese Menschen, die zu Ihnen kommen, haben sich aus sicheren Drittstaaten auf den Weg gemacht. Deutschland hat keinen einzigen Syrer vor dem Tod gerettet. Im Gegenteil: Deutschland hat trotz bester Absichten eher Tote auf dem Gewissen.« Sie hätten ihre Ersparnisse geopfert und ihr Leben dubiosen Schleppern anvertraut.

Colliers Konzept sieht so aus, dass die Flüchtlinge in Aufnahmelagern in ihren Nachbarländern untergebracht werden, von denen aus sie später in ihre Heimat zurückkehren, und dass Länder wie Jordanien von den reichen Ländern dafür finanziell entschädigt werden. Jordanien habe extra bestens erschlossene Wirtschaftszonen eingerichtet, und die deutsche Industrie sei geradezu prädestiniert dafür, dort zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.[8]



Paul Collier: Kein Verständnis für Merkel

Was Lord Weidenfeld im letzten Interview vor seinem Tod der *Welt am*

Sonntag anvertraute, hatte besonderes Gewicht wegen seines außergewöhnlichen Lebenslaufes und wegen seiner profunden Kenntnisse der internationalen Politik. Er wurde 1919 in Wien geboren, entstammte einer österreichisch-jüdischen Familie, trug ein Säbelduell mit einem österreichischen Nationalsozialisten aus, der ihn beleidigt hatte, floh 1938 nach England, wo er Karriere machte und einen Verlag gründete. Im Interview erinnerte er sich: »Bei meiner Flucht nach Großbritannien wurde ich 1938 genau kontrolliert und benötigte Papiere. Ich wollte die totale Assimilierung, und Bedingungen stellte ich schon gar keine.«

Weidenfeld konnte sich nur darüber wundern, wie chaotisch die Einwanderung nach Deutschland ablief. »Die Behörden schaffen es ja nicht einmal, die Identität und den Aufenthaltsort der Flüchtlinge aus Nahost festzustellen. Dafür freut sich die deutsche Öffentlichkeit, als könne man damit die Schuld der Großeltern tilgen. Hitler ausmerzen, indem die Deutschen endlich die Guten sind.« Mit der deutschen Flüchtlingspolitik werde sich der Antisemitismus, der in den arabischen Herkunftsländern eine Art Staatsreligion sei, weiter in Mitteleuropa festsetzen. Weidenfeld: »Wir brauchen Quoten für Christen aus dem Orient. Für vergewaltigte Frauen, für Waisenkinder. Stattdessen kommen zwei Drittel junger Männer, die im Nahen Osten beim Kampf gegen den Terror fehlen.«

»Bedeutet das nicht Diskriminierung?«, fragte der deutsche Journalist. Weidenfeld: »Ich begreife die Frage nicht. Warum sollten wir uns wegen vermeintlicher Diskriminierung schämen, wenn wir bestimmen, wer zu uns kommen soll? Die islamischen Länder diskriminieren uns doch systematisch. Wir müssen unsere Grenzen kontrollieren, unsere eigenen Regeln bestimmen und unsere Lebensweise durchsetzen. Aber offenbar hat man in Deutschland nicht mehr den Mut, sich zu den abendländischen Werten zu bekennen.«[9]

Lord Weidenfeld hat uns daran erinnert, dass Mitgefühl kein Ersatz für Politik ist, dass Staatsräson und Selbstbehauptung aber auch mit der Tugend des Mitleids vereinbar sein können.

Scheinargumente: Die EU braucht Schengen nicht

Wir schauen uns nun das Repertoire an, mit dem das Merkel-Lager der Union, die SPD, die Grünen und die Linke ihre Politik rechtfertigen. Dabei unterscheiden wir zwischen sachbezogenen und ideologischen oder

moralischen Begründungen. Zu den ersteren zählt Merkels Behauptung in einem Interview mit der FAZ vom 17. Oktober 2015, »dass man ein Land wie Deutschland nicht abriegeln kann«. Grenzkontrollen, so wurde von den Sympathisanten der Regierungspolitik immer wieder angeführt, verböten sich schon deswegen, weil sie die Wirtschaft mit enormen Kosten belasten würden.

Dass Zäune an der Grenze und Passkontrollen sehr wohl ihren Zweck erfüllen, haben die Maßnahmen Ungarns und Mazedoniens bewiesen. Vielleicht war Merkel insgeheim dankbar dafür, dass damit der Migrationsdruck abflaute und der innenpolitische Druck auf die Regierung nachließ - zumindest vorübergehend. Im Übrigen gibt es keinen Beleg dafür, dass die Kontrolle der Grenzen die Wirtschaft nennenswert schädigt. Staatsgrenzen haben weder den Aufstieg Chinas zur führenden Exportnation behindert noch die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedern der Nordamerikanischen Freihandelsgemeinschaft Kanada, USA und Mexiko. Auch die EU braucht Schengen nicht. Großbritanniens Wirtschaft hat nie darunter gelitten, dass das Land dem Schengen-Abkommen nicht beigetreten ist.

Nachdem die Prognos AG für den Fall der Wiedereinführung von Grenzkontrollen die Kosten für Deutschland auf 77 bis 235 Milliarden Euro bis 2025 geschätzt hatte, veröffentlichte das ifo-Institut eine detaillierte empirische Untersuchung. Danach würde das deutsche BIP selbst bei einem vollständigen Zusammenbruch des Schengen-Raums lediglich um 4 bis 11 Milliarden Euro pro Jahr sinken, »ein Bruchteil jener Belastungen, die durch fortgeführte ungeregelte Massenzuwanderung entstehen würden«.

An den Grenzen Kanadas mit den USA betragen die Wartezeiten für Lkw im Durchschnitt 18 Minuten, so das Institut. Auch an den Binnengrenzen der EU würden sie im Durchschnitt nicht über 20 Minuten liegen, »wenn die Kontrollen genauso effizient wie vor dem Wirksamwerden des Schengener Abkommens vonstattengehen«.[10]

Der Entschluss, die Schlagbäume an den Binnengrenzen zu beseitigen, entsprang keiner ökonomischen Notwendigkeit. Es war ein symbolischer Akt, eine Konzession an das vermeintliche Grundrecht des ungehinderten Massentourismus. Bevor die Autofahrer möglicherweise ein paar Minuten an der Grenze warten müssen, haben sie in der Regel viel länger auf der Autobahn im Stau gestanden. Jeder Polizist weiß, dass Schleierfahndung

in Grenznähe, eine Ersatzhandlung, weitaus weniger effektiv ist als die Präsenz unmittelbar an der Grenze. »Abgeriegelt«, wie die Bundeskanzlerin unterstellte, wird deswegen kein Land. Auch an den vier Freiheiten des EU-Binnenmarktes würde sich nichts ändern.

Ein zweites Scheinargument wirbt mit dem angeblichen Nutzen der Masseneinwanderung für die Volkswirtschaft und das Wachstum. Es wäre sogar stichhaltig, würde Deutschland nach dem Vorbild Kanadas oder Australiens gezielt gut ausgebildete Fachkräfte anwerben. Die kommen aber ungern nach Deutschland, nicht zuletzt wegen der abschreckend hohen Steuern und Sozialabgaben, die sich 2015 bei einem alleinstehenden Durchschnittsverdiener aufeine Abgabenquote von fast 50 Prozent (!) summierten.

Ein Einwanderungsregime wie in Kanada ist denn auch nicht gemeint, wenn Margot Käßmann in heiliger Einfalt fantasiert: »Die Flüchtlinge sind wie du und ich.« Oder wenn Oliver Junk, der Oberbürgermeister von Goslar, beteuert: »Flüchtlinge sind keine Last, sondern eine große Chance«, nach seiner Meinung vor allem für schrumpfende Städte.

Mit solchen Sprüchen kommen sie durch in einem Land, das unter Merkel bis in den Mittelstand hinein entpolitisiert wurde, das ungern nachrechnet, sich mit dem Erfassen ökonomischer Zusammenhänge schwertut und wo der Qualitätsabfall der Schulen mit einer Zunahme der Einser-Abiturienten um 40 Prozent in den vergangenen 6 Jahren kompensiert wurde. Ein Land auch, das vergessen hat, dass - nach Hayek - der Erfolg einer Gesellschaft davon abhängt, ob sie vorhandenes Wissen effizient nutzen und neues Wissen hervorbringen kann.

Nur wenige Wirtschaftsführer haben sich dazu aufgerafft zu widersprechen. Der Niederländer Marijn Dekkers, Chef des Bayer-Konzerns, trat Illusionen entgegen: »Bis die große Mehrheit der Asylsuchenden wirklich unabhängig von staatlicher Hilfe sein wird und ein eigenes Einkommen verdient, werden mindestens 15 Jahre vergehen.«"

Karl-Ludwig Kley, Vorsitzender von Merck, konstatierte: »Flüchtlinge lösen weder das Problem des Fachkräftemangels noch unser demografisches Problem.« Kley fügte hinzu, er verstehe die »stellenweise realitätsfremd anmutenden« Bekundungen aus Teilen der Wirtschaft nicht. »Larifari-Multikulti hilft nicht weiter.«[12] Gestützt wurde seine Kritik von einer Schätzung der Bundesagentur für Arbeit, wonach von den als arbeitslos gemeldeten Flüchtlingen 81 Prozent ohne formale Qualifikation sind.

Generationenbilanz: Eine Million Flüchtlinge kosten 450 Milliarden

Wenn die letzten geburtenstarken Jahrgänge, die Deutschland zu verzeichnen hatte, in der Zeit um 2030 aus dem Berufsleben ausscheiden, wird sich herausstellen, dass nicht die Rente sicher ist, sondern die Rentenkrise. Gemessen an der Geburtenrate ist die »Ersatzquote« der Bevölkerung, die noch Ende der sechziger Jahre bei 90 Prozent lag, auf 65 Prozent abgestürzt. Jeder Jahrgang ersetzt sich nur noch zu zwei Dritteln. In dieser Situation bleiben drei Optionen, worauf auch Professor Meinhard Miegel hingewiesen hat: eine durchdachte Strategie, wie die Schrumpfung nach dem Vorbild Japans ohne Einwanderung bewältigt werden kann, bis sich die Bevölkerung auf einem niedrigen Niveau eingependelt hat; eine Revitalisierung aus eigener Kraft, die eine ganz neue Willkommenskultur für Kinder voraussetzt; oder der Versuch, die demografische Lücke durch Einwanderung zu schließen.

Die Politik erweckt den Eindruck, dass Letzteres gelingen könnte, und spricht von Bereicherung und Chance, verdrängt aber, dass dazu eine Einwanderung nötig wäre, die gesteuert wird, die hochqualifizierte künftige Steuerzahler anzieht anstatt neue Arbeitslose und die den durchschnittlichen Intelligenzquotienten anhebt, anstatt ihn abzusenken.

Das Kalkül ist selbst bei der bisherigen Zuwanderung, obwohl sie zu einem erheblichen Teil aus europäischen Ländern kam, nicht aufgegangen. Zu den wenigen deutschen Experten für Generational Accounting (es misst die generationenübergreifende fiskalische Belastung) zählen Bernd Raffelhüschen und Holger Bonin. Raffelhüschen hat berechnet, dass eine Million Flüchtlinge des Jahres 2015 den deutschen Staat per saldo und auf Dauer 450 Milliarden Euro kosten werden und damit 450 000 pro Kopf. Dabei wird sogar unterstellt, dass die Flüchtlinge nach 6 Jahren im selben Maße integriert sind, wie das bisher bei den Altimmigranten der Fall war.'[3] Eine Annahme, die sich als zu optimistisch herausstellen wird.

Holger Bonin konnte nachweisen, dass schon die früheren Migranten, auch die aus den neunziger Jahren, den Staat und damit die Steuerzahler viel Geld gekostet haben - aus dem einfachen Grund, dass sie unterdurchschnittlich verdienen, unterdurchschnittlich Steuern zahlen und die Transferleistungen überdurchschnittlich in Anspruch nehmen. Je mehr Flüchtlinge mit ähnlicher oder schlechterer Qualifikation in den nächsten Jahren ins Land strömen, desto höher fällt die Rechnung aus.

Der Effekt ist vergleichbar mit der Umverteilung innerhalb der EU. Auch in die Bilanz des Generational Accounting müssen Nettozahler und Nettoempfänger aufgenommen werden. Weil Arbeitslose logischerweise zu den Nettoempfängern zählen, genügt ein kurzer Blick auf die Statistik: Im Jahre 2014 betrug die Erwerbslosenquote in Deutschland bei Personen ohne Migrationshintergrund 4,3 Prozent. Bei Personen mit Migrationshintergrund hingegen - wozu auch eingebürgerte Ausländer zählen - waren es 8,1 Prozent.[14]

Die fiskalische Bilanz der Einwanderung würde positiv ausfallen, wenn Deutschland nach einem Punktesystem wie in Kanada oder Australien selektieren und in Konkurrenz um die besten Köpfe treten würde. Selbstverständlich entlasten qualifizierte Einwanderer, die ein hohes Einkommen erzielen, die Gesellschaft, weil sie mehr Steuern zahlen, als sie an Transferleistungen in Anspruch nehmen. Ein solcher Braindrain, ein Verlust an Intelligenz, geht freilich zulasten der Herkunftsländer, zementiert die Unterentwicklung und konterkariert die Entwicklungshilfe. Er wäre eine moderne Variante kolonialistischer Ausbeutung - und das ist, bisher jedenfalls, ohnehin nicht die Politik der Bundesregierung. An der Zahl gemessen, fallen die 500 syrischen Ärzte, die 2015 in Deutschland approbiert wurden, nicht ins Gewicht. Aber in Syrien fehlen sie, gerade wegen des Bürgerkrieges.

Clemens Fuest, seit April 2016 als Nachfolger von Hans-Werner Sinn Präsident des ifo-Instituts, weist daraufhin, dass bei den Zuwanderern aus Kriegs- und Verfolgungsstaaten 71 Prozent ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind - unter den Deutschen liegt der Anteil bei 16 Prozent. Selbst wenn es gelänge, die Zuwanderer trotz Sprachbarriere und mangelnder Qualifikation in den Arbeitsmarkt zu integrieren, folge daraus noch nicht, dass die Zuwanderung positive Wohlfahrtswirkungen auf die heimische Bevölkerung entfalten werde. »Das liegt daran, dass Deutschland einen stark ausgebauten Wohlfahrtsstaat hat.«[15]

Wenn die Migranten, womit gerechnet werden muss, entweder keine oder im Schnitt unterdurchschnittliche Einkommen erzielen, erhalten sie mehr an staatlichen Leistungen, als sie an Steuern und Abgaben beitragen. Den Fehlbetrag müssen die Netto-Steuerzahler aufbringen. Mit anderen Worten: Der in Deutschland üppige Sozialstaat potenziert das Problem der minderen Qualifikation. Er macht diese Art von Zuwanderung erst richtig teuer.

Den Zusammenhang illustriert am besten ein Vergleich der OECD von fiskalischen Zuwanderungsbilanzen. Die Deutschlands schneidet mit minus 2 Prozent des BIP am schlechtesten ab, die der Schweiz mit nahezu i,5 positiven Prozentpunkten am besten. Die Schweiz profitiert eben von den ausländischen Fachkräften, darunter vielen Deutschen, die die Kombination von hohen Gehältern und niedrigen Steuern attraktiv finden. Übrigens ist in der OECD-Aufstellung die fiskalische Einwanderungsbilanz Portugals und Spaniens leicht positiv, weil dort die Kosten des Sozialstaats kaum ins Gewicht fallen.[16]

Unabhängig von den langfristigen Wohlfahrtsverlusten, mit denen sich das Generational Accounting befasst, müssen die Kosten in Rechnung gestellt werden, die ad hoc anfallen. Solange Asylbewerber in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, erhalten sie die Grundleistungen des täglichen Bedarfs und zusätzlich ein Taschengeld. Dann haben sie bis zur Aufnahme einer Arbeit Anspruch auf Leistungen, die mit denen des Arbeitslosengeldes II vergleichbar sind. Dazu kommen die Beiträge zur Krankenversicherung und die Mietkosten entsprechend den Obergrenzen bei Hartz IV. Laut *Handelsblatt* vom 31. Juli 2015 summiert sich das für eine vierköpfige ausländische Familie auf 1120 Euro zuzüglich Miete und Heizung.

Allein aus diesem Grunde sind die meisten Länder der Europäischen Union für Migranten aus der Dritten Welt weniger attraktiv als Deutschland. In Griechenland gibt es vom Staat praktisch nichts, in Italien lediglich ein Taschengeld von 2,50 Euro pro Tag. Einschließlich Integrations- und Sprachkursen schätzte das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft die Kosten für den Steuerzahler bis Ende 2017 auf rund 50 Milliarden Euro.[17]

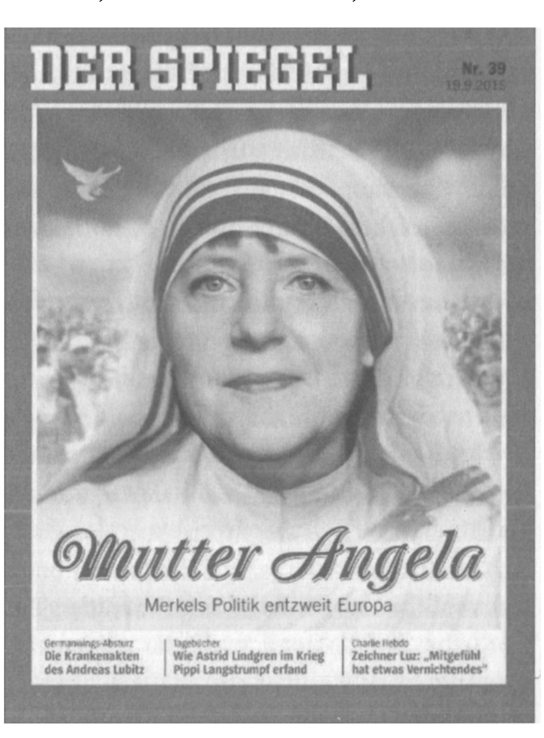
Jedenfalls wird die Einwanderung, die Deutschland eigentlich bräuchte, wegen der international nicht konkurrenzfähigen Besteuerung und wegen der irrationalen Asylpolitik der Regierung Merkel nicht stattfinden. Die Legende von den Chancen einer Immigration, wie sie seit Jahrzehnten planlos stattfindet, und von der Bereicherung einer alternden Gesellschaft wird in sich zusammenfallen.

Dann bleibt allenfalls die Genugtuung, moralische Großmacht spielen zu können, und damit sind wir bei der ideologischen Basis der deutschen Migrationspolitik angelangt und bei den schwer durchschaubaren Motiven der Bundeskanzlerin.

Zwischen Mitleid und Machtkalkül: Was will Angela Merkel?

In der politischen Auseinandersetzung und bei zwischenstaatlichen Konflikten ist es seit jeher von Vorteil, das moralisch höher gelegene Gelände zu besetzen. Politiker, die Menschenrechte einfordern, ein »freundliches Gesicht« zeigen und sich anheischig machen, den Bedrängten dieser Welt Schutz zu bieten, verschaffen sich Sympathiepunkte. Als Angela Merkel im Sommer 2015 die wahllose Aufnahme von hunderttausenden »Flüchtlingen« als humanitäre Großtat und als Akt des staatlichen Altruismus ausgab, schienen sich alle weiteren Fragen zu erübrigen. Die angeblich mächtigste Frau der Welt mutierte auf dem Titelblatt eines Hamburger Magazins zur Mutter Teresa. Und die Einheimischen, die die fremden Ankömmlinge umsorgten und mit Refugees-Welcome-Plakaten begrüßten (warum nicht auf Deutsch?), durften das Gefühl haben, bei einer guten Sache dabei zu sein.

Anderen zu helfen ist eine Tugend, nur sollte dabei das Wort von der Solidarität nicht strapaziert werden. Solidarität beruht immer auf Gegenseitigkeit. Sie wirkt am stärksten in sozialen Kleingruppen. Die Angehörigen einer Familie stehen füreinander ein, oft auch Verwandte, Bekannte und Freunde. Gewerkschaftsmitglieder verhalten sich in Arbeitskämpfen solidarisch. Und auf nationaler Ebene ist eine Gesellschaft solidarisch, wenn sie ihren in Not geratenen Mitgliedern Hilfe angedeihen lässt.



Marxisten und Internationalisten geben vor, das anders zu sehen. So erklärt sich die surreale Szene im Deutschen Bundestag am 25. November 2015, als ausgerechnet Dietmar Bartsch, der Fraktionsvorsitzende der atheistischen Linkspartei, Angela Mer-

kel mit Jesus verglich und sich den Spruch »Wir schaffen das« zu eigen machte. Letzteres muss ihm leichtgefallen sein, hatte doch die SED schon 34 Jahre zuvor Plakate mit dem Slogan »Das schaffen wir« aufhängen lassen, illustriert mit dem Foto einer Frau in Latzhose, die der Bundeskanzlerin täuschend ähnlich sah.[18] Was Bartsch nicht wissen konnte, war, dass Jesus, wenn er Nächstenliebe predigte, nie an den Staat appellierte, immer nur an den Einzelnen. Der Reformator Luther formulierte es so: »Die weltliche Gewalt hat nicht zum Glauben zu erziehen, sondern dem Bösen zu wehren und den äußeren Frieden zu sichern.«

Internationale Solidarität kann reklamiert werden, sie läuft aber allzu oft ins Leere. Araber empfinden keine Solidarität gegenüber Afrikanern, Afrikaner keine gegenüber Europäern - und Europäer können Solidarität gegenüber der Dritten Welt nur simulieren. Sie können und sollten aber ihre Außen- und Handelspolitik so ausrichten, dass sie den ärmeren Ländern eine faire Chance gibt, anstatt sie zu schädigen. Zum Beispiel, indem Entwicklungshilfe die Machtverhältnisse in Kleptokratien verfestigt. Oder indem Billigexporte der EU den wirtschaftlichen Aufbau in Afrika blockieren. Oder indem Konflikte von außen geschürt werden - die Kriege in Afghanistan und im Irak haben schon 4 Millionen Menschen das Leben gekostet, die Bomben der NATO, die auf Libyen abgeworfen wurden, haben schätzungsweise 160 000 Opfer gefordert, drei Viertel davon Zivilisten. So wurden die Flüchtlingsströme, die wiederum Anlass für humanitäre Hilfe gaben, überhaupt erst ausgelöst. Nicht zuletzt: Wie steht es mit der Solidarität der reichen Araber mit ihren notleidenden Nachbarn? Auch darüber reden die Politiker nicht gerne.

Gesinnungsethik, die ohnehin oft nur vorgeschoben wird, ist eine individuelle Kategorie, keine politische. Gute Politik handelt verantwortungsethisch. Sie mehrt den Nutzen der eigenen Nation und wendet Schaden von ihr ab. Manchmal lässt sich beides sogar miteinander verbinden. Am 9. Oktober 2015 schrieb Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin, attackierte aufs Schärfste ihre Asylpolitik, bezichtigte sie, ihren Amtseid zu verletzen, und forderte sie auf, zurückzutreten. Derselbe Schultze-Rhonhof hat Flüchtlinge bei sich zu Hause aufgenommen und mit ihnen den Tisch geteilt, ein schönes Beispiel von selbst praktizierter, nicht der Allgemeinheit abstrakt zugemuteter Gesinnungsethik. Zählt er nun in der Klassifizierung Gaucks zum hellen oder zum dunklen Deutschland?

Was also will Angela Merkel? Wenn sie - als Reinkarnation der Mutter Teresa - nur den Mühseligen, Beladenen und Verfolgten helfen wollte, dann hätte sie nicht die Forderung erheben dürfen, dass sich Deutschland ändern muss. Warum eigentlich? Dann hätte sie zwischen echten Flüchtlingen und Einwanderern in das Sozialparadies Deutschland unterscheiden müssen. Das hat sie nicht getan. Dann hätte sie die jungen, gewaltbereiten Männer, die ein Sicherheitsproblem nach Deutschland importieren, zurückweisen müssen - das hat sie nicht getan. Dann hätte sie sich für die Christen im Orient engagieren müssen - sie ist nicht einmal gegen deren Drangsalierung durch Muslime in den Asylunterkünften eingeschritten. Dann hätte sie das Recht der Syrer auf Rückkehr in die verlassene Heimat ausdrücklich vertreten müssen - stattdessen propagiert sie deren Umsiedlung in ein fremdes Land, eine Umsiedlung, die durch das Asylrecht im Grundgesetz nicht gedeckt ist. Dann hätte sie eine saubere Unterscheidung zwischen Asyl und Einwanderung treffen müssen - stattdessen bewegt sie sich in einem Dunst von Begriffsverwirrung, der ihre Motive und Endziele im Dunkeln lässt.

Als Regierungschefin eines großen Staates, die den humanitären Impuls wirklich bis zur letzten Konsequenz auslebt, wäre sie eine absolute Ausnahmeerscheinung. Nichts in ihrem phänomenalen politischen Aufstieg lässt den Schluss zu, dass im Sommer 2015 lediglich die Pastorentochter mit ihr durchging. Ihre Karriere bezeugt ihren Willen, Konkurrenten auszuschalten, Macht an sich zu reißen und an der Macht festzuhalten, auch um den Preis des Opportunismus.

Ihre Partei beherrscht sie mit harter Hand, einer in Formeln erstarrten Sprache, die nichts preisgibt, und mit einem Spitzelsystem, das sie von Kohl übernommen hat. Per Smartphone, dem ständig befingerten Handwerkszeug ihrer Macht, bleibt sie auf dem Laufenden. Noch haben die Funktionäre Angst vor ihr. Als sie schon Parteivorsitzende, aber noch nicht Bundeskanzlerin war, konnte man in der Presse lesen, dass Mitglieder des CDU-Präsidiums selbst positive Urteile über sie nur anonym abgeben wollten, weil die Chefin ja fragen könnte, was sie sonst noch ausgeplaudert hätten.

Merkel hat sich selbst mächtig gemacht, nicht Deutschland. Der Anschein nationaler Macht beruhte immer auf ihrer Bereitschaft, den Zahlmeister der EU zu spielen, den Euro unter Hintanstellung deutscher Interessen zusammenzuhalten und den Vorgaben aus Washington zu folgen.

Dass sie sich von Präsident Obama für ihre »sehr mutige Haltung« bei der Aufnahme von Flüchtlingen belobigen ließ, grenzte an Komik. Obama, der eine solche mutige Haltung bei sich nicht entdeckte, half mit, Syrien ins Chaos zu stürzen - sie darf beim Aufräumen helfen.

Das Geheimnis von Merkels Macht zu Hause bestand bisher darin, dass sie von links nicht angreifbar war. Sie hat der SPD und den Grünen die Themen entwendet und den Markenkern der CDU zerstört. Sie hat Kirchhof mit seinem liberalen und zugleich revolutionären Steuerkonzept erst in den Wahlkampf geschickt und anschließend entsorgt. Sie hat die Bundeswehr abgerüstet und die Wehrpflicht abgeschafft. Sie hat mit der sogenannten Energiewende die Planwirtschaft der untergegangenen DDR nach Deutschland zurückgeholt, die Energiekonzerne an den Rand des Ruins getrieben und Deutschland ein bisschen weiter auf den Weg in die Deindustrialisierung gestoßen.

Immer konnte sie sich des Applauses von links sicher sein und sich damit sämtliche Koalitionsmöglichkeiten offenhalten. Die Vermutung drängt sich auf, dass sie glaubte, ihre Asylpolitik werde dem Erhalt ihrer Macht nutzen. Die Opposition Seehofers konnte sie noch wegstecken, weil sie die CSU, nach Mandaten gerechnet, nicht braucht. Als der Widerstand im Volk wuchs, die AfD erstarkte und die eigenen Leute Angst vor dem Verlust ihrer Parlamentssitze bei der nächsten Wahl bekamen, begann sie unmerklich zurückzurudern, vermied aber eine Wende um 180 Grad.

Merkels Biograf Gerd Langguth, ein früheres Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, erklärt vieles vom Rätsel Merkel mit ihrer DDR-Sozialisierung, dem daher rührenden und angeborenen Misstrauen und der Unfähigkeit, Einblick in die eigene Person zu geben. Langguth diagnostiziert eine »politische Wurzellosigkeit«, in der für sie Gefahr und Chance zugleich liege.

Diese Wurzellosigkeit mag sie dazu verleitet haben, mit der inneren Sicherheit der Bundesrepublik va banque zu spielen. Ein Fehler, der CDU-Größen wie Kohl und Schäuble nie unterlaufen wäre. Sie hätten es für des Staates unwürdig gehalten, sich von einer Migrationswelle überrollen zu lassen. Wo eine noch so raffinierte Technik der Macht nicht fundiert ist, kann es leicht zu Realitätsverlust und Realitätsverweigerung kommen. Als Merkel am 22. September 2015 vor der CDU/CSU-Fraktion auf Ablehnung stieß, blaffte sie ihre Kritiker an: »Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da.« Möglich, dass Henryk M. Broder

richtig lag, als er kommentierte: »Sie hat sich in eine Sackgasse verrannt. Den Fehler zugeben würde bedeuten, den eigenen Nimbus zu zerstören. Also legt sie nach und erklärt die Sackgasse zu einer mehrspurigen Straße.«

Gertrud Höhler, eine Expertin in Sachen Merkel und Verfasserin des Buches *Die Patin,* sieht das anders. Sie unterstellt der Kanzlerin einen Masterplan: »Wer bisher nur Chaos-Management wahrnahm, erblickt nun ein Projekt mit strategischem Kalkül.« Die nicht registrierten Migranten seien erwünscht, weil sie das Schicksalhafte und Unberechenbare des Prozesses bewiesen. Merkel habe von der Realpolitik zur Radikalpolitik gewechselt. Ihre Vision laute: »Deutschland als Vielvölkerstaat, in dem Religion und Herkunft geschliffen und nivelliert werden.« Und, das wäre die politische Dividende dieses vermeintlichen Hyper-Moralismus, der die anderen Europäer ins Unrecht setzt: »Als humanitäre Superpower hat Deutschland in der aktuellen Völkerwanderung ein Profil errungen, mit dem keine andere Supermacht wetteifern kann.«[19]

Höhler übersieht dabei, dass der Status einer moralischen Großmacht keinen Gewinn abwirft. Er wird als Anmaßung empfunden, er wird nicht respektiert, er stößt auf Unverständnis, er führt auf einen Sonderweg, der Deutschland in Europa isoliert. Die von Berlin angestrebte europäische Lösung des Flüchtlingsproblems erweist sich als Illusion. Die Osteuropäer verweigern sich, weil sie nach der langen sowjetischen Fremdherrschaft auf ihrer Souveränität bestehen. Der Balkan erinnert sich, dass er unter osmanischer Herrschaft jahrhundertelang dem Islam ausgeliefert war - immerhin standen die Türken schon einmal vor Wien. Und in den Augen von Franzosen und Briten haben Nation, Souveränität und das eigene Territorium einen Stellenwert, den die postmodernen Deutschen erst wieder entdecken müssen.

Nie wieder Deutschland: Die Ideologie des Multikulturalismus

Den Beginn einer Völkerwanderung in die Rubrik Asyl einzuordnen, zeugt von einer atemberaubenden Verkennung der Realitäten, von einem analytischen Unvermögen. Dass eine Region ihre Außengrenzen nicht verteidigt, sondern öffnet, sei ein sehr seltenes historisches Ereignis, kommentierte Henry Kissinger. Das habe es seit einigen tausend Jahren nicht gegeben. Es gebe einen Punkt, sagte er mit Blick auf Deutschland, »an dem die Transformation der sozialen und politischen Strukturen beginnt«. Das werde

zwangsläufig passieren, »wenn man es mit Gruppen zu tun hat, die die grundlegenden Werte der restlichen Gesellschaft nicht akzeptieren«.[20]

Ross Douthat, ein Kolumnist der *New York Times*, hat sich Gedanken darüber gemacht, wohin Merkels Politik führen könnte: »Im Fall Deutschlands kommt es nicht auf die Zahl der Gesamtbevölkerung von 82 Millionen an. Sondern auf die Zahl der Einwohner zwischen 20 und 30, die bei weniger als 10 Millionen liegt, Stand 2013. In dieser Altersgruppe und jeder, die danach kommt, hat der gegenwärtige Zustrom eine transformierende Wirkung. Das könnte Deutschland in eine mögliche Zukunft stoßen, in der die Hälfte der Bevölkerung unter 40 aus Einwanderern aus dem Mittleren Osten und deren Kindern besteht.«

Douthat weiter: »Wenn Sie glauben, dass eine alternde, säkularisierte Gesellschaft eine Einwanderung dieser Größenordnung und bei diesem Maß an kulturellen Unterschieden friedlich aufnehmen wird, dann haben Sie eine leuchtende Zukunft als Sprecher der deutschen Regierung vor sich. Dann sind Sie allerdings auch ein Narr.«[21]

Im Milieu der Deutschland-Hasser, das bis in die Formationen der Grünen und der Linkspartei reicht, sind »wohlmeinende Torheiten«, die Ross Douthat Merkel unterstellt, jedenfalls nicht zu finden. Da wird zum Beispiel von der Anarchistischen Gruppe Freiburg der »Volkstod« zusammen mit der Forderung »*No nation, no border«* propagiert. Da marschierte, das war schon 1990, Claudia Roth in Frankfurt hinter dem Banner »Nie wieder Deutschland«, eine engagierte Politikerin, die auch schon einmal behauptet hat, die Türken hätten Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut. Oder da schleppte erst 2015 eine linke Gruppe ein 22 Meter langes Transparent mit dem Text »Deutschland, du mieses Stück Scheiße« durch Berlin, das immerhin - eine Seltenheit - von der Polizei wegen Verunglimpfung des Staates beschlagnahmt wurde.

Oder da beklagte sich Anetta Kahane, die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung, im Juli 2015: »Im Osten gibt es, gemessen an der Bevölkerung, noch immer zu wenige Menschen, die sichtbar Minderheiten angehören, die zum Beispiel schwarz sind.« Es sei »die größte Bankrotterklärung« der deutschen Politik seit der Wiedervereinigung, dass »ein Drittel des Staatsgebietes weiß« geblieben sei.[22] Ein Anfall von Rassismus, der kaum der Erwähnung wert wäre, würde die Amadeu-Antonio-Stiftung (Jahresbudget rund 1,5 Millionen Euro) nicht vom Bundesfamilienministerium finanziell unterstützt, ebenso wie eine beachtliche Reihe anderer

linksextremer Grüppchen, die quasi im Auftrag der Bundesregierung den »Kampf gegen rechts« führen. Dafür hat die Familienministerin Schwesig (SPD) die Mittel für das 2010 von der CDU veranlasste Programm gegen Linksextremismus wieder gestrichen.

Hinter der Agitation gegen die eigene Nation, auch ein deutscher Sonderweg in Europa, stehen freilich nicht nur Spinner und Krawallmacher. Während Merkel auf antinationale Tiraden verzichtet und sich schon einmal ins Esoterische flüchtet (»Der Herrgott hat uns diese Aufgabe jetzt auf den Tisch gelegt«), liefert kein Geringerer als Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, den Deutschland-Hassern die dazu passende offizielle Doktrin.

In einem Zeitungsbeitrag fielen Roth zu den gemeinsamen Werten der EU nur drei ein: Toleranz, Pluralismus und Nichtdiskriminierung. Diese »Grundregeln« würden aber von einigen infrage gestellt, auch von Regierungen, wenn Flüchtlinge nicht erwünscht seien, weil sie Muslime sind und aus fremden Kulturkreisen kommen. »Mit berechnender Kaltblütigkeit gehen diese Kritiker daran, den Integrationskern Europas umzudeuten.« Mit drohendem Unterton dekretiert Roth: »Gesellschaften, die sich auf einem homogenen Verständnis gründen, sind dagegen nicht nur vorgestrig, sie widersprechen auch dem Geist der Verträge.«

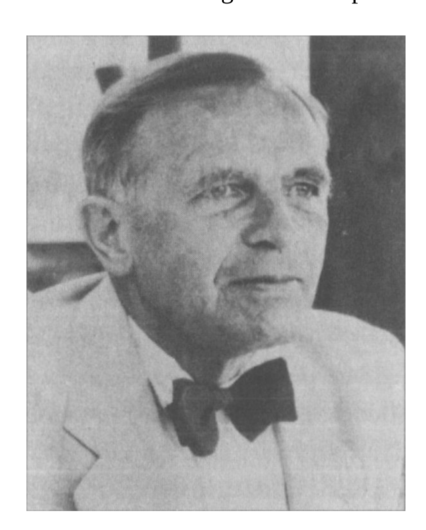
Wo und warum die Verträge die Enteuropäisierung Europas fordern, führt er im Einzelnen nicht aus. Nicht das Konzept des Multikulturalismus sei gescheitert, »sondern dessen bisherige Umsetzung«. Man erinnert sich sogleich an die Verteidiger der kommunistischen Utopie: Im Grunde war sie nicht falsch, sie wurde nur nicht richtig umgesetzt. Auch im Umgang der etablierten Parteien mit ihren Wählern finden wir dieselbe Stereotype: Unsere Politik ist richtig, die Wähler haben sie nur nicht verstanden, wir müssen sie besser erklären.

Ja, konzediert Roth mit der bei solchen Argumentationsmustern üblichen Einschränkung, »Gesellschaften, die sich offen zeigen für unterschiedliche Kulturen, Religionen und Ethnien, sind anstrengend«. Gefolgt von dem unvermeidlichen Zusatz: »Aber sie sind eben auch bunt und bereichernd.« Als ob Europas Kulturen nicht schon wunderbar vielfältig, bunt und bereichernd wären. Hier wird blitzartig klar, dass der Islam oder allenfalls Afrika südlich der Sahara gemeint ist, wenn Multikulturalismus mit der Brechstange durchgesetzt werden soll. Niemand, auch keine rechte Partei, hat sich jemals an der kulturellen Vielfalt der Völker Europas gestört.

Der beamtete Multikulturalist Roth unternimmt nichts anderes als die in 2 Jahrtausenden gewachsene Identität Europas zu negieren: »Wenn wir diese Debatte jetzt nicht offensiv führen, dann überlassen wir Europa zunehmend dem Wahnwitz der ethnischen, kulturellen und religiösen Gleichförmigkeit.«[23] Dem Wahnwitz! Nur gut, dass Roth in europäischen Kreisen keine Bekanntheit ist, sonst würde es nicht nur die Polen und Ungarn schaudern vor so viel neudeutscher Arroganz. Der Mann ruft auf zum schleichenden Staatsstreich und diffamiert das Festhalten am Kern der deutschen Verfassung als Wahnwitz - und kommt damit durch.

Die »offene Verschwörung« der europäischen Eliten

Die Äußerungen von Michael Roth sind ein Beleg dafür, dass sich die »Kräfte der geistig-moralischen Zersetzung«, wie sie der liberale Denker Wilhelm Röpke nannte, nicht mehr nur gegen den Nationalstaat, sondern ganz offen auch gegen die Identität Europas richten. Dass ihre Protagonisten sich auch noch als gute Europäer ausgeben und Andersdenkende als »antieuropäisch« diffamieren, belegt nur die systematische Umwertung aller Werte. Der große Europäer Röpke beklagte schon frühzeitig den »seltsamen Ehrgeiz«, Europa nach amerikanischem Muster zu einem Schmelztiegel der Nationen und Kulturen zu machen, »während gleichzeitig das, was die europäische Kultur auf der höchsten Ebene zu einer Einheit macht, nämlich das antik-christliche Geisteserbe, mit Geringschätzung behandelt wird«. Röpke sprach von der »falschen Flagge der internationalen Gemeinschaft«, vom »Schein der hohen Ideale« und von einer »offenen Verschwörung«, mit der die wenigen Menschen konfrontiert seien, die noch den Mut hätten, diese Dinge offen auszusprechen.[24]



Ein großer Europäer: Wilhelm Röpke

Um zu verstehen, was mit der »offenen Verschwörung« gemeint sein kann, müssen wir uns mit der Theorie der Machteliten befassen. Der Begriff »Elite« wird in diesem Buch durchgehend wertfrei verwendet. Nach

Vilfredo Pareto, dem 1923 verstorbenen Soziologen und Nationalökonomen, ist die herrschende Elite frei von Wertvorstellungen und darauf orientiert, Macht zu erlangen und zu erhalten. Von Gaetano Mosca, dem 1941 verstorbenen italienischen Rechtswissenschaftler, stammt der Begriff der politischen Klasse. Als sein Hauptwerk gilt *Die herrschende Klasse - Grundlage der Politischen Wissenschaft.* Laut Mosca besteht jede Gesellschaft aus einer herrschenden Minderheit und einer beherrschten Mehrheit. Das Wertesystem, das die herrschende Klasse zur Rechtfertigung der Machtverhältnisse vertritt, nannte er die »politische Formel«.

Die politische Formel, die von den europäischen Eliten heute angesichts der Masseneinwanderung verkündet wird, ist eine andere als diejenige, die in den fünfziger Jahren der europäischen Einigung zugrunde lag. Staatsmänner wie Adenauer, Schuman und De Gasperi dachten in nationalen und europäischen Kategorien zugleich. Die Vorstellung, abendländischen und damit christlichen Werten verpflichtet zu sein, wäre ihnen nie fremd oder überholt vorgekommen. Europa als multikulturelle, dem Werterelativismus ausgelieferte Gesellschaft stand nicht auf ihrer Agenda.

Wie die europäische und deutsche Kultur (was fast auf dasselbe hinausläuft) in einem schleichenden Prozess zur Disposition gestellt wurde, kann hier nicht im Detail erzählt werden. Die Vorgeschichte reicht lange zurück, zum Beispiel bis 1983, als die Parlamentarische Versammlung des Europa-Rates die »multikulturelle Gesellschaft« zu einem »nicht mehr umkehrbaren und sogar anstrebbaren Tatbestand« erklärte und damit sozusagen zur Doktrin erhob. Oder bis 2001, als die rot-grüne Bundesregierung eine frühere europäische Vereinbarung zur Vermeidung von Mehrstaatlichkeit aufkündigte, um großzügig deutsche Pässe verteilen zu können. Auch in Frankreich und Großbritannien wurde das vernünftige Prinzip aufgegeben, die Passvergabe als Ergebnis gelungener Integration zu behandeln, wie es die Schweiz bis heute tut.

Das Resultat waren Millionen von Pass-Deutschen, Pass-Franzosen und Pass-Briten, die Entstehung von rechtsfreien Räumen und Parallelgesellschaften mit ihrer spezifischen Kriminalität sowie ein einheimischer terroristischer Untergrund, dem die französische Regierung mit dem Mittel der Ausweisung nicht mehr beikommt, weil nur Ausländer, nicht aber französische Staatsbürger aus dem Land geschafft werden können.

Lange ist es her, dass der von den Deutschen so verehrte Helmut Schmidt von der »tausendjährigen Geschichte« Deutschlands sprach, die Vorstellung

einer multikulturellen Gesellschaft »abwegig« nannte und warnte: »Weder aus Frankreich noch aus England noch aus Deutschland dürfen Sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft.« Deutschland zu einem Einwanderungsland zu machen sei »absurd«. Und, prophetisch: »Es kann kommen, dass wir überschwemmt werden.«[25]

Internationale Netzwerke: Peter Sutheriand und die »politische Formel«

Dass die neuen europäischen Eliten Europa aufgegeben, die Tradition verraten und das »alte Wahre« (Goethe) entsorgt haben, lässt sich exemplarisch an einem Mann demonstrieren: an Peter Sutheriand. Er ist eine führende Figur jenes supranationalen Netzwerkes, das in einer »offenen Verschwörung« daran arbeitet, Europa zu unterwandern, die Gesellschaften zu atomisieren und damit den Widerstand gegen Elitenherrschaft und Demokratieabbau zu brechen. Ein Widerstand, der nach den Erfolgen von Anti-Establishment-Parteien in vielen europäischen Ländern die Eliten alarmiert hat.

Nachdem Peter Sutheriand in einer Vorlesung an der London School of Economics, deren Vorsitzender er ist, behauptet hatte, die Einwanderung habe sich insofern geändert, als nicht mehr die Staaten die Migranten auswählen, sondern umgekehrt die Migranten die Staaten, folgte im Juni 2012 ein Auftritt vor dem Home Affairs Sub-Committee des britischen Oberhauses. Vor den Lords erklärte er, die Einwanderungspolitik des Vereinigten Königreiches habe »keine Basis im Völkerrecht«, ohne das belegen zu können.

Die Europäische Union, forderte Sutheriand, solle alles tun *(»should be doing its best«),* die Homogenität ihrer Mitgliedstaaten zu unterminieren (»to *undermine«).* Die EU-Staaten sollten bei der Einwanderungspolitik enger zusammenarbeiten und eine »globale Herangehensweise« verfolgen. Auch Großbritannien riskiere seinen Status als »tolerante, offene Gesellschaft«. Auf das moralische Argument folgte, typisch für diese Denkschule, das utilitaristische: Die Migration sei der entscheidende dynamische Faktor für das wirtschaftliche Wachstum der europäischen Nationen, »so schwierig das auch den Bürgern dieser Staaten zu erklären sein mag«. Die alternde Bevölkerung sei »das Hauptargument für die Entwicklung multikultureller Staaten«.

Sutherland ließ keine Zweifel daran, dass der von ihm propagierte Multikulturalismus keineswegs auf die ohnehin längst bestehende Freizügigkeit innerhalb der EU abzielte, sondern auf die Durchmischung mit fremden Kulturen, auf das Ende des Unterschieds *(»difference«)* zu außereuropäischen Gesellschaften. Dann verlangte er noch, dass die EU aufhören solle, um hochqualifizierte Migranten zu werben, was sie bislang ohnehin nicht systematisch tut und was nur von den Advokaten einer selektiven Einwanderungspolitik befürwortet wird.

Peter Sutherland, ein 1946 geborener Ire, ist ernst zu nehmen, weil er die internationalistische EU-Elite repräsentiert wie kein anderer. Er ist global vernetzt und frequentiert alle einschlägigen Konferenzen und Organisationen. Er war EU-Kommissar für Wettbewerbspolitik, Generaldirektor der Welthandelsorganisation, im Vorstand von Goldman Sachs International, Direktor der Royal Bank of Scotland und im Vorstand des Ölgiganten BP. Mickey Kantor, der amerikanische Handelsminister, nannte ihn den Vater der Globalisierung.

Überall dort, wo die Mächtigen zusammensitzen und über die Geschicke der Welt beraten, zieht Sutherland mit an den Fäden. Er war von 2001 bis 2010 Vorsitzender der Trilateralen Kommission, in der sich die europäischen, amerikanischen und japanischen Eliten treffen, und wurde



Im Zentrum der Netzwerke: Fred Bergsten, Peter Sutherland und Lawrence Summers beim Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos, 1997

inzwischen zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Er gehörte bis Mai 2014 dem Steuerungskomitee der Bilderberg-Gruppe an und fungierte von 2006 bis 2009 als stellvertretender Vorsitzender des European Round Table of Industrialists (ERT).

Wer sich über die Machtverhältnisse in der EU informieren will, muss sich diesen »Runden Tisch« etwas genauer ansehen. Das unauffällige Büro liegt in einer Seitenstraße in Brüssel. Dort treffen sich zweimal im Jahr die Chefs multinationaler Konzerne zu einer streng vertraulichen Sitzung, beraten über die Politik der EU und übermitteln der Kommission ihre Vorstellungen und Pläne. Es ist keine Übertreibung, im ERT ein außerparlamentarisches Machtzentrum der EU zu sehen. Die englische Zeitung *Guardian* schrieb einmal, der ERT habe die Politiker in Brüssel »im eisernen Griff«. Der frühere ERT-Generalsekretär Keith Richardson drückte es so aus: »Wir arbeiten zusammen, wir besprechen Themen mit der Kommission, wir treffen sie dann und wann, und wir senden ihnen Papiere, um sicherzustellen, dass sie wissen, was wir denken. Und ich glaube, sie wissen sehr genau, welches unsere Anliegen sind.«

Laut Kommissionspräsident Jacques Delors war der ERT »einer der Haupttriebkräfte hinter dem Binnenmarkt«. Auch der Euro darf als zweifelhaftes Verdienst dieses exklusiven Zirkels gelten. Die Lobbyarbeit wurde von einer Tochterorganisation des ERT erledigt, der Assoziation für die Europäische Währungsunion (AMUE). Deren Mitglieder waren, so Kommissionspräsident Jacques Santer, »die stärkste treibende Kraft hinter der Währungsunion«.[26]

Wer ERT sagt, darf über Bilderberger und Trilaterale Kommission nicht schweigen. Nicht nur das Personal überschneidet sich, auch die Operationsweise unterscheidet sich nur marginal. Transnationale Konzerne geben den Ton an, rein nationale Unternehmen und selbstverständlich der Mittelstand bleiben ausgeschlossen. Alle diese Organisationen arbeiten informell, vertraulich, neben den nationalen Regierungen und Parlamenten - also ohne demokratischen Auftrag. Wenn es um Multikulturalismus, den Euro, die EU oder die Ausgestaltung von Freihandelsabkommen geht - immer darf angenommen werden, dass die Regierungen ihr Lied nach einer vorgegebenen Melodie singen.

Grundsätzlich unerwünscht ist Transparenz. »Die gigantischen Netzwerke globaler Beziehungen und Abhängigkeiten sind kaum mehr zu überschauen«, schrieb Michael Maier, der Herausgeber der *Deutschen Wirt-*

schafts Nachrichten. »Das ist das Ziel der Plünderer. Dinge, die öffentlich kontrolliert werden müssten, werden so komplex dargestellt, dass eine kritische Beurteilung von hoheitlichen Akten nur noch schwer möglich ist.«[17]

Vor diesem Hintergrund kann es nicht erstaunen, dass Peter Sutherland auch noch im Rahmen der UNO das Global Forum on Migration and Development gegründet hat. Schon die Bezeichnung ist trügerisch, weil nichts der Entwicklung der Dritten Welt größeren Schaden zufügt als die durch Kriege ausgelöste Migration. Selbst die schwer erklärliche Rolle, die der Vatikan als Befürworter der Migration von Asien und Afrika nach Europa zu spielen scheint, muss etwas damit zu tun haben, dass ausgerechnet Sutherland der Catholic Migration Commission als Präsident vorsteht. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass er seit 2006 als Berater für die Finanzgeschäfte des Vatikans fungiert.

Tiefer Staat: Die Oligarchie und das Risiko der Demokratie

Das Ausmaß der Interessenverflechtung von der Eurokratie über Goldman Sachs und den Welthandel bis hin zur Migration und dem Vatikan erinnert an das Phänomen des »tiefen Staates«. Der Begriff meint die Macht hinter den Kulissen, an deren Fäden die Marionetten tanzen. Er trifft aber auch den feinen Unterschied (laut Pareto) zwischen der herrschenden und der nicht herrschenden Elite. Zur letzteren dürfte der oben zitierte Staatsminister Michael Roth zählen. Er hat die »politische Formel« des Multikulturalismus und der neuen Werteordnung zwar nicht erfunden, aber verinnerlicht. Man denkt unwillkürlich auch an den alten Straßenkämpfer Joschka Fischer, der mit am Tisch der großen Lenker sitzen darf, seitdem er gelernt hat, sich korrekt zu räuspern.

Die Oligarchie, die Herrschaft der Wenigen, sitzt im Sattel. Die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, ist geschwächt, birgt aus Sicht der Eliten aber das Risiko, dass Wahlen und Volksabstimmungen unberechenbar sind und falsch ausgehen können. Wirklich manipulierbar und beherrschbar werden die europäischen Gesellschaften erst sein, wenn ihre Homogenität und ihr sozialer Zusammenhalt zerstört ist. Dann operiert Demokratie auch auf nationaler Ebene in einem Vakuum wie in den von Lobbyisten überlaufenen Gängen des Europäischen Parlaments, wo allein die Sprachbarriere einem echten Diskurs im Wege steht, wo die Maximierung der Privilegien der Minimierung der Verantwortung entspricht. Thilo Sarrazin hat

zu kurz gegriffen, als er die Abschaffung Deutschlands an die Wand malte. Was droht, ist die Abschaffung Europas. Oder, um einen vom European Round Table of Industrialists geprägten Begriff zu zitieren: die Schaffung eines »neuen Europäers«.

Schon 1991 hat der Club of Rome, ein weiterer ebenso dubioser wie einflussreicher One-World-Verein, dekretiert, »dass keine Maßnahmen die Einwanderungsbewegung wirkungsvoll stoppen werden«. In seinem Bericht *Die globale Revolution* (!) stellte der Club den Regierungen die Aufgabe, »die Bevölkerung der reichen Länder darauf vorzubereiten, diese Tatsache zu akzeptieren«.

Das tun die Regierungen, indem sie das angeblich Unvermeidbare als wünschenswert darstellen, indem sie steuerfinanzierte Nichtregierungsorganisationen vorschicken, indem eine riesige, sich selbst nährende Flüchtlingsindustrie aufgebaut wird, indem sie immer wieder neue Problemlösungen ankündigen. 1992, inmitten der damaligen Migrationswelle, hatte die Bundesregierung das Asylverfahrensrecht schon siebenmal verschärft, ohne dass sich am Anstieg der Asylbewerberzahlen etwas geändert hätte. Dann wurde eben eine achte Asylnovelle auf den Weg gebracht. Die wievielte Maßnahme 2015 oder 2016 zu einem gegebenen Zeitpunkt angekündigt, beschlossen oder umgesetzt wurde, was nicht dasselbe ist, entzieht sich der Kenntnis des Zeitungslesers. Der Überblick ist längst verloren gegangen.

Auch die Integration, nicht etwa die Assimilation der Ausländer wurde immer wieder in Aussicht gestellt, ohne dass Einigkeit darüber herrscht, was genau damit gemeint ist. Ein Teil der Ausländer hat die Sprache gelernt und sich aus eigenem Antrieb eingegliedert, ein anderer Teil nicht. Das Problem der rechtsfreien Räume und der hohen Kriminalitätsraten in bestimmten Stadtteilen adressieren die Behörden, indem sie die Statistiken frisieren, Straftaten nicht mehr ethnisch zuordnen oder einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Das hat im Fall der Kölner Silvesternacht unter Mithilfe des staatlichen Fernsehens fast 4 Tage lang funktioniert.

Der Beutewert Europas: Wem gehört das öffentliche Eigentum?

Als bewährtes Herrschaftsinstrument hat sich schon immer die Erzeugung von Schuldgefühlen geeignet. Selten fehlt der Hinweis auf den Reichtum der Europäer, so als sei dieser nicht legitim. »Wir werden bereit sein müssen, unseren Wohlstand zu teilen«, verkündete der stellvertretende

SPD-Vorsitzende Ralf Stegner, wobei er vermutlich nicht seinen eigenen meinte. Da wird sich der arbeitende Teil der Bevölkerung, der mit seinem Nach-Steuer-Einkommen oft schwer über die Runden kommt, aber freuen und bestimmt das nächste Mal SPD wählen.

Der Beutewert der europäischen Wohlstandsgesellschaften muss in den Augen der armen Völker in der Dritten Welt enorm sein. Nur geht die Rechnung der Stegners nicht auf. Würden die Europäer alles teilen, wäre eine große Zivilisation der Selbstzerstörung nähergerückt - und der Welt ginge es insgesamt auch nicht besser. Stegner und seinen Freunden fehlt der Respekt vor dem Eigentum. Nicht nur vor dem individuellen, sondern auch vor dem öffentlichen Eigentum, das sie auf globaler Ebene umverteilen wollen, ohne die Einwilligung der Eigentümer einzuholen.

So wie die eigene Wohnung ein Clubgut ist, das der Familie gehört, so wie sie das Recht hat, ihr Grundstück einzuzäunen, so gehört auch die über Generationen aufgebaute Infrastruktur einschließlich der Schulen, Universitäten, der Ämter und der Polizei denen, die dieses öffentliche Vermögen durch eigene Leistung oder durch den Fleiß ihrer Vorfahren geschaffen haben. »Die Vorstellung, der Zugang zu den öffentlichen Clubgütern müsse Ausländern jedweder Herkunft unbeschränkt zustehen, ist aus ökonomischer und staatsrechtlicher Sicht abwegig.«[28]

Damit sind wir zum verborgenen Kern unseres Themas vorgestoßen. Das Bürgertum muss erst noch begreifen, dass sich hinter dem Prozess der Entnationalisierung und hinter der Ideologie des Multikulturalismus der Griff nach dem Eigentum verbirgt. Die politische Linke, die diesen Prozess seit Jahrzehnten betreibt, weiß das sehr wohl. Am 27. März 2016 hat die *Süddeutsche Zeitung* mit zustimmendem Unterton, fast mit Freude, ein Buch mit dem schönen Titel *Generation Mix* herausgestellt und die Besprechung so betitelt: »Wenn in Frankfurt mehr Neuankömmlinge als Ur-Deutsche leben«.

Wie zu erwarten, wird kein Zweifel daran gelassen, dass eine solche Entwicklung ebenso unumstößlich wie wünschenswert sei. Dies schon deshalb, weil sie (aufgepasst!) große Chancen für das Entstehen von mehr »gesellschaftlicher Gerechtigkeit« biete - das übliche Codewort dafür, dass jemandem etwas weggenommen werden soll. Nämlich der »bisherigen« Mehrheitsgesellschaft, die ihre dominanten Positionen verlieren werde. In den Worten der *Süddeutschen:* »Bildung und soziale Herkunft, der alte deutsche Zusammenhang, könnten sich ebenso auflösen wie die Gewissheit

vieler Einheimischer, sie blieben auch in einer rasch alternden Gesellschaft noch in der Mehrheit und damit gewissermaßen Eigentümer des Landes.« So geht der große Austausch der großen Enteignung voraus, und vorher muss das Bollwerk der Nation geschleift werden.

Tröstlich ist, dass nichts für immer ausgeschlossen werden kann. Europa, der von anderen Großräumen in die Zange genommene Kontinent, muss nicht zwangsläufig den Weg des Römischen Reiches in den Zeiten der Völkerwanderung gehen, wo am Ende neun Zehntel der Klasse der Plebejer in der Hauptstadt fremder Herkunft waren, wo mit der Freiheit das Eigentum verspielt wurde. Europäische Selbstbehauptung verbietet die Rückkehr zu nationalen Egoismen und Feindschaften, setzt aber nationales Selbstbewusstsein voraus. Wo sonst sollte die Quelle von Kraft und Vitalität zu finden sein?

Weil das Ökonomische immer auch politisch ist, weil Macht, Geld und Moral immer ineinanderspielen, wurde in diesem Buch eine Epoche deutscher Geschichte unter ungewohnten Aspekten nachgezeichnet: von der totalen Niederlage 1945 und der längst verdrängten Ausplünderung durch die Siegermächte über den langen Kampf um Selbstbestimmung bis hin zum Rückbau deutscher Souveränität, bis hin zum Umbau der europäischen Einigung in eine Transferunion und bis zum gespenstischen Euro-Experiment, dessen Ende nach wie vor offen ist. Eine Geschichte, in der Hoffnung auf Tragödie folgte, Ernüchterung auf Triumph und deren vorläufig letztes Kapitel von einer Kanzlerin geschrieben wird, die nach der Maxime regiert: *Ago, quia absurdum est.* Ich handle, weil es absurd ist. Sie tut Absurdes und erklärt es für alternativlos. Wir werden sehen, was nach ihr kommt. Der Vorhang ist noch nicht gefallen.

Nachwort

JEDES BUCH HAT SEIN EIGENES SCHICKSAL, dieses hat eine Vorgeschichte. Es ist die Frucht einer langen Beschäftigung mit der deutschen Nachkriegsgeschichte, zahlloser Gespräche und wertvoller Kontakte und Freundschaften, die mich bereichert und, wie ich hoffe, klüger gemacht haben. So entstand eine übergreifende Abhandlung, die sich an der faszinierenden Nahtstelle zwischen Politik und Finanzen bewegt, nachdem ich zuletzt Bücher über spezielle Themen wie den Ersten Weltkrieg, die deutsche Geldgeschichte, den Euro und Gold verfasst hatte.

William S. Schlamm (1904-1978), für dessen *Zeitbühne* ich bis zum Schluss geschrieben habe, war nach dem Krieg aus der erzwungenen Emigration in die USA in den deutschen Sprachraum zurückgekehrt. Er pflegte einen brillanten Stil und war der Meinung, dass nur einer, der klar schreibt, auch klare Gedanken haben kann. So rief er die Deutschen auf, die Vergangenheit hinter sich zu lassen und in der westlichen Gemeinschaft den Platz einer souveränen Nation einzunehmen. Er war, wie man heutzutage sagt, umstritten, aber nie langweilig.

Freiherr Caspar von Schrenck-Notzing (1927-2009) war ein intellektueller Fels in der Brandung der Kulturrevolution, die nicht nur Deutschland 1968 und in den Jahren danach überrollte. Er hat mich beeinflusst mit seinem ideologiekritischen Ansatz, seinem scharfen Blick auf reale Machtverhältnisse und seiner nonchalanten Missachtung volkspädagogischer Vorgaben. Seine Reisen und seine profunde Kenntnis außereuropäischer Kulturen distanzierten ihn von denen, deren Weltanschauung darauf gründete, dass sie die Welt nie angeschaut hatten. Sein Hauptwerk *Charakterwäsche* bleibt unverzichtbar zum Verständnis der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Carl Zimmerer (1926 - 2001) hatte bei Wilhelm Röpke promoviert, gründete zusammen mit Walter Scheel die Düsseldorfer Interfinanz, galt als einer der Vordenker der FDP und konnte wie kein anderer die Geheimnisse einer Unternehmensbilanz durchleuchten. Er hätte sich mit seiner

Sachkenntnis sicherlich zu Wort gemeldet, als kürzlich der amerikanische Pharmakonzern Merck das gleichnamige deutsche Unternehmen beim Bezirksgericht in New Jersey wegen missbräuchlicher Nutzung des Namens verklagte und Schadenersatz forderte. Er hätte dargelegt, dass die deutsche Merck schon im Ersten Weltkrieg Opfer einer völkerrechtswidrigen Enteignung wurde und dass die amerikanische Merck rechtens ein deutsches Unternehmen ist. Die Gespräche mit Carl Zimmerer und die gegenseitigen Besuche haben mich bereichtert.

Gerard Radnitzky (1921-2006) setzte sich bei Kriegsende als Pilot der Luftwaffe mit seiner Maschine nach Schweden ab, nahm die Staatsbürgerschaft an und lehrte später in Deutschland Wissenschaftstheorie. Er war ein kompromissloser Gegner von Denkverboten, von politischer und historischer Korrektheit. Er stritt gegen den deutschen Schuldkult, gegen die politische Instrumentalisierung der Vergangenheit. Zusammen mit seinem Freund Roland Baader (1940 - 2012) zählte er zu den großen Freiheitsdenkern, zu den libertären Ausnahmeerscheinungen. Beide haben mir den Blick geschärft, sie haben meine Philosophie beeinflusst.

Über das Innenleben der EU habe ich viel erfahren, seitdem ich Manfred Brunner Anfang der neunziger Jahre kennenlernte. Als Kabinettschef von Kommissar Bangemann wusste er, wie der Brüsseler Apparat funktioniert. Er sagte einmal, dort würden keine Gehälter gezahlt, sondern Schweigegelder. Wir haben mit dem Bund Freier Bürger versucht, Deutschland und Europa vor dem Euro zu bewahren. Es war der Mühe wert.

Es war ebenfalls der Euro, der mich mit den Professoren Joachim Starbatty, Karl Albrecht Schachtschneider, Wilhelm Nölling und Wilhelm Hankel (1929-2014) zusammenbrachte. Über unsere Verfassungsbeschwerde gegen das OMT-Gelddruckprogramm der EZB wurde zuletzt am 16. Februar 2016 in Karlsruhe mündlich verhandelt. Die Gespräche, die wir führten, sind dem Euro-Kapitel zugutegekommen. Mein besonderer Dank gilt Professor Schachtschneider, der das Kapitel über Souveränität aus Sicht des Staatsrechtlers kritisch durchgesehen hat.

Ohne die Mithilfe von Franz-Ulrich Willeke wäre das Kapitel »Im Namen Europas« so nicht zustande gekommen. Kein anderer Wissenschaftler hat den Umverteilungsmechanismus der Europäischen Union so intensiv erforscht, keiner kennt ihn besser. Nachdem er 2011 dazu eine Buchveröffentlichung vorgelegt hatte, schlug ich ihm im vergangenen Jahr vor, das Zahlenwerk auf den neuesten Stand zu bringen. Er entsprach meiner Bitte.

Das Ergebnis finden Sie in Kapitel 6, auch in Form von Tabellen. Professor Willeke ist es zu verdanken, dass sich jeder Interessierte ein aktuelles, objektives Bild von der EU als regulärer Transferunion machen kann.

Nicht genug danken kann ich meiner Frau, die die Belastungen, die mit der Niederschrift eines Buches einhergehen, mit großer Geduld ertragen hat. Sie hat mir bei der Erstellung des Manuskriptes mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Ohne sie hätte ich das nicht geschafft.

— BRUNO BANDULET

BAD KISSINGEN, IM JUNI 2016

Endnoten

Einführung

[1] »Eine lange Nacht der Lügen« - Nach Kriegsende mussten Hunderttausende deutscher Gefangene in US-Lagern sterben, *Der Spiegel,* Nr. 40/1989.
[2] *Handelsblatt Magazin* vom November 2015.
[3] *Der Spiegel,* Nr. 11/1990.
[4] Interview mit *Der Spiegel* vom 7. November 2011.
[5] *Frankfurter Allgemeine* vom 21. Oktober 2015.
[6] *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 6. September 2015.
[7] *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Juni 2015.
[8] *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 13. September 2015.
[9] *Die Zeit* vom 26. November 2015.
[10] *DeutschlandBrief* vom Dezember 1996.

Kapitel 1: Niederlage

[1] Johannes Gross: *Phönix in Asche - Kapitel zum westdeutschen Stil,* Stuttgart 1989, S. 12-16.
[2] Konrad Adenauer: *Erinnerungen 1945-1953,* Stuttgart 1963, Kapitel 1, S. 15-29.
[3] Franz Josef Strauß: *Die Erinnerungen,* Berlin 1989, S. 47,57 f.
[4] Volker Hentschel: *Ludwig Erhard - Ein Politikerleben,* München 1996, S. 33-35, 38-40.
[5] Mary Ellen Reese: *Organisation Gehlen - Der Kalte Krieg und der Aufbau des deutschen Geheimdienstes,* Berlin 1992, S. 31 f.
[6] Reese, a.a.O., S. 90.
[7] Ebd., S. 116.
[8] Ebd., S. 54 f-
[9] Ebd., S. 181 f., zur Gehlen-Story siehe auch Reinhard Gehlen: *Der Dienst,* Wiesbaden 1971.
[10] Jörg Friedrich: *Der Brand - Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945,* München 2002, S. 75.
[11] Konrad Adenauer, a. a. O., S. 21.
[12] *Der große Ploetz,* Freiburg i. Br. 1998, S. 801.
[13] Helmut Diwald: *Geschichte der Deutschen,* Frankfurt a.M. 1978, S. 107.

[14] Albert Speer: *Erinnerungen,* Frankfurt a. M. 1996, Seite 455.
[15] H.-U. Thamer: *Verführung und Gewalt - Deutschland 1933-1945,* Berlin 1994, S. 769.
[16] Albert Speer, a. a. O., S. 357.
[17] Werner Abelshauser: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart,* München 2011, S. 66 ff.
[18] Albert Speer, a.a.O., S. 446.
[19] Ebd., S. 583.

Kapitel 2: Siegerrecht

[1] George F. Kennan: *Memoiren eines Diplomaten,* Stuttgart 1968, S. 269.
[2] Siehe Ingo von Münch: *»Frau, komm!« - Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45,* Graz 2009.
[3] Christopher Duffy: *Der Sturm auf das Reich - Der Vormarsch der Roten Armee 1945,* München 1994, S. 303 f.
[4] John Charmley: *Churchill-Das Ende einer Legende,* Berlin 1995, S. 567.
[5] AJP Taylor: *The Origins of the Second World War,* Harmondsworth 1964, S. 329.
[6] John Charmley, a. a. O., S. 496.
[7] Zitiert nach Ernst Topitsch: *Stalins Krieg - Moskaus Griff nach der Weltherrschaft,* Herford 1993, S. 74.
[8] Ernst Topitsch, a. a. O., S. 173.
[9] Dirk Bavendamm: *Roosevelts Krieg 1937-45 und das Rätsel von Pearl Harbor,* München 1993, S. 133 ff.
[10] Detlef Junker: *Kampf um die Weltmacht - Die USA und das Dritte Reich 1933-1945,* Düsseldorf 1988, S. 47 f.
[11] Zitiert nach Dirk Bavendamm, a. a. O., S. 221.
[12] Klemens von Klemperer: *Die verlassenen Verschwörer - Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945,* Berlin 1994, S. 140.
[13] Klemens von Klemperer, a. a. O., S. 190.
[14] Zitiert nach Klemens von Klemperer, a. a. O., S. 347 f.
[15] Nizer, zitiert nach dem Buch von Caspar von Schrenck-Notzing: *Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen,* Graz 2004, S. 49-57.
[16] W. Avereil Harriman and Elie Abel: *Special Envoy to Churchill and Stalin 1941-1946,* London 1976, S. 269-274.
[17] J. Charmley, a.a.O., S. 623.
[18] Zum Morgenthau-Plan siehe *Vertrags-Ploetz,* a. a. O., S. 230 ff.
[19] Detlef Junker, a. a. O., S. 48 f.
[20] Zitiert nach John Charmley, a. a. O., S. 646.
[21] Arthur Conte: *Die Teilung der Welt - Jalta 1945,* München 1967, S. 321.

[22] Der Text der Direktive JCS 1067 nach: *en.wikis0urce.0rg/wiki/JCS_1067.*
[23] Alfred M. de Zayas: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen,* Frankfurt/Berlin 1988, S. 23 f. Zayas nennt zusätzlich 1,1 Millionen »Kriegsverluste« der Ost- und Volksdeutschen.
[24] Auszüge aus dem Potsdamer Kommunique nach: *Potsdam 1945, Quellen zur Konferenz der Großen Drei,* herausgegeben von Ernst Deuerlein, München 1963.
[25] George F. Kennan, a. a. O., S. 262 ff.

Kapitel 3: Beuteland

[1] Jörg Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg,* München 1992, S. 48.
[2] Jörg Fisch: a. a. O., S. 95 f.
[3] Anton Zischka: *Waresein Wunder? Zwei Jahrzehnte deutschen Wiederaufstiegs,* Gütersloh 1966, S. 121 f.
[4] Jörg Fisch, a. a. O., S. 212.
[5] Werner Abelshauser, a. a. O., S. 73 ff.
[6] Vgl. Jörg Fisch, a. a. O., S. 218.
[7] Jörg Fisch, a. a. O., S. 183.
[8] Zitiert nach Jörg Fisch, a. a. O., S. 206.
[9] John Gimbel: *Science, Technology, and Reparations - Exploitation and Plunder in Postwar Germany,* Stanford 1990, S. 147-150.
[10] John Gimbel, a.a.O.,S. 3 ff.
[11] Ebd., S. 22.
[12] Ebd., S. 73.
[13] Ebd., S. 63.
[14] Ebd., S. 152.
[15] Ebd., S. 41.
[16] Ebd., S. 31.
[17] Ebd., S. 55-
[18] Zitiert nach John Gimbel, a. a. O., S. 187.
[19] John Gimbel, a. a. O., S. 170.

Kapitel 4: Aufstieg und Wiedergutmachung

[1] Franz Josef Strauß: *Die Erinnerungen,* Berlin 1989, Seite 86.
[2] Konrad Adenauer: *Erinnerungen 1945-1953,* Stuttgart 1965, S. 227.
[3] Ebd., S. 228.
[4] Franz Josef Strauß, a. a. O., S. 79.
[5] Werner Abelshauser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart,* München 2011, S. 150.

[6] Zitiert nach: Werner Abelshauser, a. a. O., S. 150.
[7] Jörg Fisch, a. a. O., S. 119.
[8] Hermann J. Abs: *Entscheidungen,* Mainz/München 1991, S. 80.
[9] Konrad Adenauer: *Erinnerungen 1953-1955,* a.a.O., S. 141.
[10] Henning Köhler, a.a.O., S. 716.
[11] Adenauer, a. a. O., S. 158.
[12] Doehring/Fehn/Hockerts: *Jahrhundertschuld, Jahrhundertsühne,* München 2001, S. 71.
[13] Siehe auch Doehring u. a., a. a. O., S. 120 f.
[14] Jörg Fisch, a. a. O., S. 225 f.
[15] Zu Schwarz siehe Doehring u. a., a. a. O., S. 122 ff.
[16] Berthold Unfried: *Vergangenes Unrecht - Entschädigung und Restitution in einer globalen Perspektive,* Göttingen 2014.
[17] FAZ vom 11. November 2014.
[18] Zitiert nach Henning Köhler, a. a. O., S. 646.
[19] Henning Köhler, a. a. O., S. 721,

Kapitel 5: Ein Kampf um Souveränität

[1] Zitiert nach Bruno Bandulet: *Adenauer zwischen West und Ost - Alternativen der deutschen Außenpolitik,* München 1970, S. 20.
[2] Karl Albrecht Schachtschneider: *Die Souveränität Deutschlands - Souverän ist, wer frei ist,* Rottenburg 2012, S. 96.
[3] Karl Albrecht Schachtschneider, a. a. O., S. 55, 88 f.
[4] Nach *Vertrauliche Mitteilungen* vom 20. August 2014.
[5] Zitiert nach Michael Rensmann: *Besatzungsrecht im wiedervereinten Deutschland - Abbauprobleme und Restbestände,* Baden-Baden 2002, S. 104.
[6] *Der Spiegel,* Nr. 28/2007.
[7] Michael Rensmann, a.a.O.: S. 103.
[8] Michael Rensmann, a.a.O.: S. 102.
[9] Josef Foschepoth: *Überwachtes Deutschland - Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik,* Göttingen 2014, S. 193.
[10] Ebd., S. 196,271.
[11] Christine Bötsch: *Die Nachbefolgung des westalliierten Besatzungsrechts im Lichte des Staats- und Völkerrechts,* Frankfurt 2000, S. 186 f.
[12] Zum Thema »Feindstaatenklauseln« siehe Dieter Blumenwitz: *Feindstaatenklauseln - Die Friedensordnung der Sieger,* München 1972.
[13] Dieter Blumenwitz, a. a. O., S. 130 f.
[14] Karl Albrecht Schachtschneider: *Erinnerung ans Recht - Essays zur Politik unserer Tage,* Rottenburg 2016, S. 296.

[15] *DeutschlandBrief,* Juli/August 1999.
[16] Komplette Aufstellung der deutschen Unterstützungsleistungen bei Michael J. Inacker, *Unter Ausschluss der Öffentlichkeit? - Die Deutschen in der Golfallianz,* Bonn 1991, S. 104 ff.
[17] *Süddeutsche Zeitung* vom 28. November 2013.
[18] *Süddeutsche Zeitung* vom 28. November 2013.
[19] *DeutschlandBrief,* Dezember 2006/Januar 2007. Sehr lesenswert dazu auch Wolfram Baentsch: *Der Doppelmord an Uwe Barschel,* München 2006.
[20] *DeutschlandBrief,* ebd.
[21] *Die Zeit* vom 1. Februar 2007.
[22] *Der Spiegel,* Nr. 46/2004.
[23] *www.deutsche-wirtschafts-nachrichten.de* vom 14. Juni 2015.

Kapitel 6: Im Namen Europas

[1] Werner Abelshauser: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart,* München 2011, S. 234.
[2] Ludwig Erhard: *Wohlstand für Alle,* Düsseldorf 1957, S. 309 ff.
[3] Volker Hentschel, *Ludwig Erhard - Ein Politikerleben,* München 1996, S. 129.
[4] *Frankfurter Allgemeine* vom 17. Februar 2016.
[5] Hans Herbert von Arnim: *Das Europa-Komplott,* München 2006, S. 216.
[6] *Frankfurter Allgemeine* vom 31. Dezember 2014.
[7] Gabriele Kuby: *Die globale sexuelle Revolution - Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit,* Kißlegg 2014, S. 144 f.
[8] Gabriele Kuby, a. a. O., S. 134.
[9] *Welt Online* vom 3. Februar 2013.
[10] *DeutschlandBrief,* Januar 2001.
[11] Zbigniew Brzeziriski: *Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft,* Frankfurt 2002, S. 92.
[12] Ebd., S. 93 ff.
[13] Ebd., S. 112 f.
[14] *Welt am Sonntag* vom 1. März 1992.
[15] *Der Spiegel,* Nr. 25/1995.
[16] Interview in *Der Spiegel* vom 7. November 2011.
[17] »Deutschland als finanzielle Stütze im Kreis der Mitgliedstaaten der EU«, S. 3, siehe unter: *www.fu-willeke.de.*
[18] *Der Spiegel,* Nr. 12/1994.
[19] *Der Spiegel,* Nr. 14/1995.
[20] Siehe das Standardwerk von Franz-Ulrich Willeke: *Deutschland, Zahlmeister der EU - Abrechnung mit einer ungerechten Lastenverteilung,* München 2011.

[21] »Deutschland als finanzielle Stütze im Kreis der Mitgliedstaaten der EU«, S. 18.
[22] Franz-Ulrich Willeke: *Deutschland, Zahlmeister der EU,* München 2011, S. 99 f.
[23] Berechnung nach Franz-Ulrich Willeke: *Zahlmeister der EU,* S. 111.
[24] »Deutschland als finanzielle Stütze im Kreis der Mitgliedstaaten der EU«, S. 13.
[25] Ebd., S. 18.
[26] Franz-Ulrich Willeke: *Deutschland, Zahlmeister der EU,* S. 59.
[27] »Deutschland als finanzielle Stütze im Kreis der Mitgliedstaaten der EU«, S. 16.
[28] Franz-Ulrich Willeke: *Deutschland, Zahlmeister der EU,* S. 75.
[29] Siehe Bruno Bandulet: *Schnee für Afrika - Entwicklungshilfe, vergeudete Milliarden,* München 1978.
[30] *Frankfurter Allgemeine* vom 7. August 2014.

Kapitel 7: Entmachtung

[1] *Die Welt* vom 16. Februar 2016.
[2] Holger Steltzner in der FAZ vom 11. März 2016.
[3] Zitate nach Bruno Bandulet: *Die letzten Jahre des Euro,* Seite 51 f.
[4] Zitiert nach Hans-Werner Sinn: *Der Euro - Von der Friedensidee zum Zankapfel,* München 2015, S. 39. Bezeugt wurde das Zitat von Hubertus Deßloch, dem ehemaligen Leiter der Vertretung Bayerns bei der EU, in einem Brief an Sinn vom 27. Mai 2010.
[5] *Der Spiegel,* Nr. 10/1988.
[6] *Deutsche Einheit - Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90,* München 1998, S. 472.
[7] *Deutsche Einheit,* a. a. O., S. 682 ff.
[8] Zitiert nach Bruno Bandulet: *Die letzten Jahre des Euro,* Rottenburg 2011, S. 55.
[9] Ebd., S. 57.
[10] Im Monatsbericht März 2016 der Deutschen Bundesbank werden die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen für 2015 mit 24,6 Milliarden angegeben.
[11] Hans-Werner Sinn, a. a. O., S. 130.
[12] Ausführliche Erklärung der Target-Salden in: Hans-Werner Sinn, a.a.O., S. 235 ff.
[13] Hans-Werner Sinn, a. a. O., S. 237.
[14] Siehe: »Der Haftungspegel - die Rettungsmaßnahmen für die Euroländer und die deutsche Haftungssumme«, zu finden unter *www.cesifo-group.de.*
[15] FOCUS MONEY vom 24. Februar 2016.
[16] Hans-Werner Sinn, a. a. O., S. 402.
[17] Ebd., S. 5.
[18] Ebd., S. 185.
[19] *www.weforum.org.*

[20] *Der Spiegel,* Nr. 3/2012.
[21] Schätzung von Hans-Werner Sinn in der FAZ vom 5. Dezember 2014. Der Berechnung liegt ein Vergleich zu den Zinsen zugrunde, die vor Ausbruch der Krise Ende 2007 zu erzielen waren. Ende 2014 schätzte Sinn, dass der Verlust weiterhin 60 bis 70 Milliarden Euro pro Jahr betragen werde.
[22] FAZ vom 14. Januar 2016.
[23] »Was lehrt uns die deutsche Vereinigung für die europäische Fiskalunion?«, *ifo-Schnelldienst* Nr. 22/2015.
[24] *ifo Schnelldienst,* a. a. O., S. 7.

Kapitel 8: Der Schein der hohen Ideale

[1] FAZ vom 5. März 2016. Franziskus fügte hinzu, Europa habe schon viele Invasionen erlebt, sei dabei aber »stets über sich hinausgewachsen«. Was er damit meinte, bleibt rätselhaft.
[2] Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit,* erschienen am 3. August 2015.
[3] *Smart Investor,* Nr. 2/2016.
[4] *Welt am Sonntag* vom 9. November 2015.
[5] *Die Welt* vom 8. Januar 2016.
[6] *Welt am Sonntag* vom 8. November 2015.
[7] *Die Welt* vom 10. Oktober 2015.
[8] *Die Welt* vom 29. Januar 2016.
[9] *Welt am Sonntag* vom 13. Dezember 2015.
[10] *ifo Schnelldienst,* Nr. 5/2016.
[11] FAZ vom 9. November 2015.
[12] FAZ vom 7. November 2015.
[13] *ifo Schnelldienst,* Nr. 4/2016.
[14] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2015.
[15] Clemens Fuest: »Die ökonomischen Folgen der Zuwanderung«, *ifo Schnelldienst,* Nr. 4/2016.
[16] *ifo Schnelldienst,* Nr. 4/2016.
[17] FAZ vom 2. Februar 2016.
[18] Abbildung in *Die Welt* vom 28. Oktober 2015.
[19] Gertrud Höhler: »Merkels Masterplan«, *Cicero,* Februar 2016.
[20] *Cicero,* Februar 2016.
[21] Zitiert nach *Focus,* Nr. 3/2016.
[22] *Compact,* Nr. 9/2015.
[23] FAZ vom 1. April 2016.

[24] Wilhelm Röpke: *Jenseits von Angebot und Nachfrage,* Zürich 1958, S. 363 ff-
[25] Interview mit der *Frankfurter Rundschau* vom 12. September 1992.
[26] *DeutschlandBrief* vom April 2001 und Februar 2002.
[27] Michael Maier: *Die Plünderung der Welt - Wie die Finanz-Eliten unsere Enteignungplanen,* München 2014, S. 34.
[28] Hans-Werner Sinn: i/o *Schnelldienst,* Nr. 4/2016.

Literaturverzeichnis

Abelshauser, Werner: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart,* München 2011.

Abs, Hermann J.: *Entscheidungen 1949-1953 - Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens,* Mainz/München 1991.

Adenauer, Konrad: *Erinnerungen 1945-1953,* Stuttgart 1965.

: Erinnerungen 1953-1955, Stuttgart 1966.

Arnim, Hans Herbert von: *Das Europa-Komplott - Wie EU-Funktionäre unsere Demokratie verscherbeln,* München 2006.

Baader, Roland: *Freiheitsfunken II - Neue Aphoristische Impfungen,* Düsseldorf 2012.

: Das Ende des Papiergeld-Zeitalters - Ein Brevier der Freiheit, Bern 2016.

Baentsch, Wolfram: *Der Doppelmord an Uwe Barschel - Die Fakten und Hintergründe,* München 2006.

Bandulet, Bruno: *Adenauer zwischen West und Ost - Alternativen der deutschen Außenpolitik,* München 1970.

: Die letzten Jahre des Euro - Ein Bericht über das Geld, das die Deutschen nicht wollten, Rottenburg am Neckar 2011.

: Vom Goldstandard zum Euro, Rottenburg a. N. 2012.

Baudet, Thierry: *Der Angriff auf den Nationalstaat,* Rottenburg a.N. 2015.

Bavendamm, Dirk: *Roosevelts Krieg 1937-1945 und das Rätsel von Pearl Harbor,* München 1993.

Blumenwitz, Dieter: *Feindstaatenklauseln - Die Friedensordnung der Sieger,* München 1972.

Bötsch, Christine: *Die Nachbefolgung des westalliierten Besatzungsrechts im Lichte des Staats- und Völkerrechts,* Frankfurt am Main 2000.

Brzeziriski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft,* Frankfurt am Main 2002.

Charmley, John: *Churchill - Das Ende einer Legende,* Berlin 1995.

Conte, Arthur: *Die Teilung der Welt - Jalta 1945,* München 1967.

Deuerlein, Ernst (Hrsg.): *Potsdam 1945 - Quellen zur Konferenz der »Großen Drei«,* München 1963.

Deutsche Einheit - Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998.

Diwald, Hellmut: *Geschichte der Deutschen,* Frankfurt am Main 1978.

Doehring, Karl/Bernd Josef Fehn/Hans Günter Hockerts: *Jahrhundertschuld, Jahrhundertsühne - Reparationen, Wiedergutmachung, Entschädigung für nationalsozialistisches Kriegs- und Verfolgungsunrecht,* München 2001.

Duffy, Christopher: *Der Sturm auf das Reich - Der Vormarsch der Roten Armee 1945,* München 1994.

Erhard, Ludwig: *Wohlstand für Alle,* Düsseldorf 1997.

Fisch, Jörg: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg,* München 1992.

Foschepoth, Josef: *Überwachtes Deutschland - Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik,* Göttingen 2014.

Friedrich, Jörg: *Der Brand - Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945,* München 2002.

Gimbel, John: *Science, Technology and Reparations - Exploitation and Plunder in Postwar Germany,* Stanford 1990.

Gross, Johannes: *Phönix in Asche - Kapitel zum westdeutschen Stil,* Stuttgart 1989.

Harriman, W. Averell: *Special Envoy to Churchill and Stalin 1941-1946,* London 1976.

Hentschel, Volker: *Ludwig Erhard,* München 1996.

Heydte, Friedrich August Freiherr von der: *Völkerrecht - Ein Lehrbuch,* 2 Bände, Köln 1958-1960.

Inacker, Michael J.: *Unter Ausschluss der Öffentlichkeit? Die Deutschen in der Golfallianz,* Bonn 1991.

Junker, Detlef: *Kampf um die Weltmacht - Die USA und das Dritte Reich I933~i945>* Düsseldorf 1988.

Kennan, George F.: *Memoiren eines Diplomaten,* Stuttgart 1968.

Klemperer, Klemens von: *Die verlassenen Verschwörer - Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945,* Berlin 1994.

Köhler, Henning: *Adenauer,* Frankfurt am Main 1994.

Kuby, Gabriele: *Die globale sexuelle Revolution - Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit,* Kißlegg 2014.

Maier, Michael: *Die Plünderung der Welt - Wie die Finanz-Eliten unsere Enteignung planen,* München 2014.

Mosca, Gaetano: *Die herrschende Klasse - Grundlagen der politischen Wissenschaft,* München 1950.

Münch, Ingo von: *»Frau, komm!« - Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45,* Graz 2009.

Der große Ploetz, 32. Auflage, Freiburg 1998.

: Vertrags-Ploetz - Konferenzen und Verträge, Teil II, Band 4 A und 4B, Würzburg 1959 und 1963.

Radnitzky, Gerard: *Das verdammte 20. Jahrhundert - Erinnerungen und Reflexionen eines politisch Unkorrekten,* Hildesheim 2006.

Reese, Mary Ellen: *Organisation Gehlen - Der Kalte Krieg und der Aufbau des deutschen Geheimdienstes,* Berlin 1992.

Rensmann, Michael: *Besatzungsrecht im wiedervereinten Deutschland - Abbauprobleme und Restbestände,* Baden-Baden 2002.

Röpke, Wilhelm: *Jenseits von Angebot und Nachfrage,* Erlenbach-Zürich 1966.

Schachtschneider, Karl Albrecht: *Die Souveränität Deutschlands - Souverän ist, wer frei ist,* Rottenburg a. N. 2012.

: Erinnerung ans Recht - Essays zur Politik unserer Tage, Rottenburg a. N. 2016.

Schrenck-Notzing, Caspar von: *Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen,* Graz 2004.

Sinn, Hans-Werner: *Der Euro - Von der Friedensidee zum Zankapfel,* München 2015.

Speer, Albert: *Erinnerungen,* Frankfurt am Main 1978.

Stephan, Cora: *Der Betroffenheitskult - Eine politische Sittengeschichte,* Berlin 1993.

Strauß, Franz Josef: *Die Erinnerungen,* Berlin 1989.

Taylor, A. J. R: *The Origins of the Second World War,* Harmondsworth 1961.

Thamer, Hans-Ulrich: *Verführung und Gewalt - Deutschland 1933-1945,* Berlin 1994.

Topitsch, Ernst: *Stalins Krieg - Moskaus Griff nach der Weltherrschaft, Strategie und Scheitern,* Herford 1993.

Willeke, Franz-Ulrich: *Deutschland, Zahlmeister der EU - Abrechnung mit einer ungerechten Lastenverteilung,* München 2011.

Zayas, Alfred M. de: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen,* Frankfurt am Main 1988.

Zischka, Anton: *War es ein Wunder? Zwei Jahrzehnte deutschen Wiederaufstiegs,* Gütersloh 196,6/68.



Bildnachweise

DIE IN DIESEM BUCH VERWENDETEN BILDER wurden fast ausschließlich der Webplattform *Wikimedia Commons* entnommen. Die Fotografen, Autoren und sonstige Quellen der Bilder werden, soweit bekannt, gemäß den Richtlinien der jeweiligen Lizenzen, im Folgenden aufgeführt.

Seite 20: Deutsche Kriegsgefangene nach der Übergabe der Telefonstation PAST in Warschau, 20. August 1944. *Wikimedia Commons;* Foto Nr. HU 105393 aus der Sammlung des Imperial War Museum; Fotograf: Joachim Joachimczyk.

Seite 24: Franz Josef Strauß bei einer Inspektion der Bundeswehr (i960). *Wikimedia Commons;* Quelle: Brigadier general Samuel Lyman Atwood Marshall, United States Army Reserve, gemeinfrei nach US-Gesetz.

Seite 26: Konrad Adenauer im Gespräch mit Ludwig Erhard. *Wikimedia Commons;* Quelle: Konrad Adenauer Stiftung; Urheber: CDU; Fotograf: Paul Bouserath.

Seite 29: General Reinhard Gehlen. *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; Quelle: Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (Zentralbild Nr. 183).

Seite 33: Hamburg nach einem Bombenangriff. *Wikimedia Commons;* Quelle: unbekannt. Genehmigung: Public domain, because it is a photograph created by the United Kingdom Government prior to 1955 (credited to the Imperial War Museum).

Seite 38: Luftkrieg Schweinfurt. *Wikimedia Commons;* Quelle: U.S. National Archives and Records Administration; Record Group 44: Records of the Office of Government Reports, 1932-1947 (National Archives Identifier: 373); Series: World War II Posters, compiled 1942-1945 (National Archives Identifier: 513498); NAIL Control Number: NWDNS-44-PA-318.

Seite 40: Albert Speer. Quelle: *tumblr.com* (Fotograf unbekannt).

Seite 42: Von links nach rechts: Josef Stalin, Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill in der Vorhalle der russischen Botschaft während der Konferenz von Teheran (November/Dezember 1943). *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; Genehmigung: *Website claims US Army and so PD-USGov-Military-Army.*

Seite 44: Gauck: Joachim Gauck im Hasso-Plattner-Institut, 9. Februar 2009. *Wikimedia Commons;* Fotograf: Sebastian Hillig.

Seite 50: William Rhodes Davis. Quelle: *inhabitat.com.*

Seite 52: Churchill und Roosevelt in Casablanca. *Wikimedia Commons;* Fotograf: H.A. Mason, Royal Navy.

Seite 54:15. Juli 1944, Wolfsschanze: Claus Schenk Graf von Stauffenberg mit Adolf Hitler und Wilhelm Keitel. *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; Bundesarchiv, Bild 146-1984-079-02/ CC-BY-SA 3.0.

Seite 58: Oben: Louis Nizer; Quelle: *https://katana17.wordpress.com*; unten: *What to do with Germany: http://www.radziwill.us/nilowtodowig.html.*

Seite 60: General Eisenhower am D-Day, 5. Juni 1944. *Wikimedia Commons;* unbekannter Fotograf der U.S. Army, U.S. Army photograph No. SC 194399; Quelle: *aa_eisenh0wer_dday_2_e.jpg* von *www.americaslibrary.gov.*

Seite 64: Henry Morgenthau jr. *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; Quelle: Dutch National Archives, The Hague, Fotocollectie Algemeen Nederlands Persbureau (ANEFO), 1945-1989 bekijk toegang 2.24.01.04 Bestanddeelnummer 902-2060.

Seite 65: Lord Cherwell und Churchill. *Wikimedia Commons;* Quelle: Foto H 10306 aus der Sammlung des Imperial War Museum.

Seite 69: Curzon-Linie. *Wikimedia Commons;* Quelle; Curzon linia.svg, Urheber: Curzon linia.svg: Willtron.

Seite 70: Stalin, Churchill, Harriman, Molotow auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945). *Wikimedia Commons;* Urheber: Copyprint, W. Averell Harriman Papers, Manuscript Division, Library of Congress (179).

Seite 73: Lucius D. Clay. *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt, gemeinfrei nach US-Recht (Title 17, Chapter 1, Section 105 of the US Code).

Seite 77: Potsdamer Konferenz (1945). *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst; Bundesarchiv, Bild 183-R86965.

Seite 78: Zeiss-Werke nach Demontage. Quelle: *hdg.de* (Lebendiges Museum Online, Fotograf unbekannt)

Seite 81: Besatzungszonen. *Wikimedia Commons;* Autor der ursprünglichen Karte: WikiNight2 (talk), basierend auf: Germany location map labeled 8 lun 1947 - 22 Apr i949.svg, Flag of France.svg, Flag of the Soviet Union (1923-1955).svg, US flag 48 stars.svg, Government Ensign of the United Kingdom.svg.

Seite 83: Deutsche Kriegsgefangene auf dem Marsch durch Moskau (17. Juli 1944). Fotograf unbekannt; Quelle, *www.rothenburg-unterm-hakenkreuz.de.*

Seite 90: Hungerwinter, 31. März 1947. *Wikimedia Commons;* Fotograf: Röhnert; Bundesarchiv, Bild 183 - B0527-0001-753.

Seite 91: Herbert Hoover. *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; Quelle: U.S. Department of Commerce, *http://www.commerce.gov/opa/photo/DOC_ioo/iooyrs/Gallery.htm* gemeinfrei.

Seite 95: Johannes Semler (1905). *Wikimedia Commons;* Fotograf: Rudolf Dührkoop.

Seite 101: Das ehemalige Kaiserliche Patentamt bzw. Reichspatentamt in der Gitschiner Straße 97-103, Ecke Alte Jakobstraße, in Berlin-Kreuzberg, heute Sitz der Berliner Außenstellen des Deutschen Patent- und Markenamts und des Europäischen Patentamts. *Wikimedia Commons;* Fotograf: Beekioo.

Seite 106: Gruppe Paperclip: *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; katalogisiert von der NASA unter Photo ID: NIX MSFC-8915531.

Seite 107: Wernher von Braun (i960). *Wikimedia Commons;* Autor: NASA/Marshall Space Flight Center.

Seite 110: Konrad Adenauer (1955). *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; Bundesarchiv, B 145 Bild-107546 / CC-BY-SA 3.0.

Seite 119: George Frost Kennan (1947). *Wikimedia Commons;* Fotograf: Harris & Ewing.

Seite 120: George C. Marshall. *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; U.S. Army Image courtesy of the US Army's Center of Military History.

Seite 128: Hermann Josef Abs in den i97oer-Jahren. *Wikimedia Commons;* Fotograf unbekannt; Quelle: Deutsche Bank AG, Kultur und Gesellschaft Historisches Institut, Frankfurt am Main.

Seite 131: Briefmarke zum fünfzigsten Jahrestag der Pariser Verträge. *Wikimedia Commons;* Autor: Prof. Christof Gassner, für das Bundesministerium der Finanzen und die Deutsche Post AG.

Seite 132: Nahum Goldmann. *Wikimedia Commons;* eigenes Werk (30. Januar 1972); Autor: WorldJewishCongress.

Seite 135: Deutscher Zug in Israel (17. Juli 1956). *Wikimedia Commons;* Fotograf: Moshe Pridan.

Seite 138: Brandt und Tito, Schloss Röttgen bei Bonn, 11. Oktober 1970. *Wikimedia Commons;* Fotograf: Ludwig Wegmann.

Seite 150: Siegelform des Deutschen Bundesadlers, Wappen der Bundesbehörden bis 1999, entspricht der Siegelform des Reichsadlers der Weimarer Republik ab 1921. *Wikimedia Commons;* Autor: Sigmund von Weech.

Seite 157: Flugzeuge bei Ramstein; *Wikimedia Commons;* U.S. Defenselmagery photo VIRIN: DF-ST-89-01722, Fotograf: SSgt. David Nolan, USAF.

Seite 162: Bad Aibling. *Wikimedia Commons;* Fotograf: Dr. Johannes W. Friedrich.

Seite 166: Zwei-plus-Vier-Vertrag, Unterschriften: *Wikimedia Commons,* gemeinfrei.

Seite 167: *Der Spiegel* Titelblatt, 1. Oktober 1990.

Seite 179: J. Fischer und Paul Wolfowitz (19. September 2001). *Wikimedia Commons;* U.S. Department of Defense; DoD photo by R. D. Ward, 010919-D-9880W-049.

Seite 183: Afrika-Kommando in Stuttgart. *Wikimedia Commons;* Fotograf: D. Myles Cullen; das Foto wurde vom amerikanischen Verteidigungsministerium für gemeinfrei erklärt. Quelle: *http://www.defenseimagery.mil/imageRetrieve.action?guid=2bds9s8fofo2C2767fo2sfid2ec36e76a48ddccb&t=2.*

Seite 190: Europa-Flagge. *Wikimedia Commons;* UsenVerdy p, User:-xfi-, User:Paddu, UsenNightstallion, User:Funakoshi, User:Jeltz, User:Dbenbenn, User:Zsc0ut370.

Seite 192: Jözef Retinger. Quelle: *infrakshun.wordpress.com.*

Seite 195: Adenauer und Monnet: *Wikimedia Commons;* Fotograf: Ralf Unterberg; Bundesarchiv, Inventarnummer B 145 Bild-Fooii92-ooo3.

Seite 199: Walter Hallstein. *Wikimedia Commons;* Fotograf: Rolf Unterberg; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung - Bildbestand (B145 Bild) Accession number B 145 Bild-Foo4665-ooo3.

Seite 209: Conchita Wurst. *Wikimedia Commons;* Autor: Albin Olsson; License: CC BY-SA 3.0.

Seite 212: Bilderberger 1954. Quelle: *voltairenet.org.*

Seite 214: Brzeziriski und Komorowski: *Wikimedia Commons;* nach GNU-Lizenz für freie Dokumentationen, Version 1.2. Urheber: *http://www.prezydent.p.*

Seite 213: Niall Ferguson im Chatham House. *Wikimedia Commons;* Autor: Chatham House.

Seite 229: Autobahn Portugal. Autor unbekannt; Google-Bildsuche.

Seite 230: Euro-Zeichen. *Wikimedia Commons;* Autor: Ssolbergj.

Seite 236: Silvio Gesell (1895): *Wikimedia Commons,* Autor unbekannt, gemeinfrei.

Seite 242: Karl Otto Pohl, 9. Februar 1990. *Wikimedia Commons;* Fotograf: Arne Schambeck; Bundesarchiv, B 145 Bild-Fo83628-oo27/Arne Schambeck / CC-BY-SA 3.0.

Seite 249: Anatole Kaletsky, 18. luni 2010. *Wikimedia Commons;* Urheber: Cambridge Judge Business School.

Seite 254: Berlusconi, Obama, Merkel, Sarkozy. *Wikimedia Commons;* Official White House Photo by Pete Souza (gemeinfrei nach US-Recht).

Seite 259: Jürgen Stark während einer Rede 2010 bei der Stresemann-Gesellschaft in Mainz, 24. Mai 2013. *Wikimedia Commons;* Urheber: Kandschwar.

Seite 261: Hans-Werner Sinn, 16. November 2013. *Wikimedia Commons;* Urheber: blu-news.org.

Seite 263: Mario Draghi beim Weltwirtschaftsforum in Davos, 27. Januar 2012. *Wikimedia Commons;* Copyright by World Economic Forum; swiss-image.ch/ Photo by Monika Flueckiger.

Seite 265: Neubau des EZB-Tower in Frankfurt am Main (9. Februar 2014). *Wikimedia Commons;* Urheber: Epizentrum.

Seite 268: Jens Weidmann, 28. März 2012. *Wikimedia Commons;* Urheber: Chatham House.

Seite 272: Refugees Welcome! *Wikimedia Commons;* Urheber: Takver (Australien).

Seite 274: Ein Strom von Migranten auf dem Weg durch Ungarn in Richtung Österreich und Deutschland. *Wikimedia Commons;* Urheber photog_at, September 2015.

Seite 277: Flüchtlingskrise in Europa. *Wikimedia Commons;* Autor: Maximilian Dörrbecker (Chumwa).

Seite 280: Helles und dunkles Deutschland: Frontcover der Zeitschrift *Spiegel*, Ausgabe 36/2015.

Seite 283: Berlin-Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky am 18. Januar 2013 auf dem Kongress christlicher Führungskräfte in Leipzig. *Wikimedia Commons;* Urheber: *Christliches Medienmagazin pro.*

Seite 284: Paul Collier, Weltwirtschaftsforum in Davos, 23. Januar 2013, *Wikimedia Commons,* Urheber: World Economic Forum.

Seite 291: *Spiegel* 39/2015. Quelle: Google-Suche.

Seite 298: Wilhelm Röpke (unbekanntes Datum). *Wikimedia Commons;* Quelle: Mises Institute; Urheber: unbekannt.

Seite 301: Fred Bergsten, Peter Sutherland, Lawrence Summers beim Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos (1997). *Wikimedia Commons,* Urheber: World Economic Forum.

Personenregister



Das deutsche Trauma: Wenn Geld wertlos wird

»Bruno Bandulet erzählt eine hoch spannende und sehr lehrreiche Geldgeschichte. Schon nach den ersten Zeilen zieht sie den Leser in ihren Bann, weil er spürt, dass der Autor sein umfangreiches Wissen, sein Denken und zudem auch seine Zukunftsahnungen offen und großzügig mit ihm teilt. Dr. Bandulet gilt nicht umsonst als einer der renommiertesten Experten für Gold- und Währungsfragen im deutschsprachigen Raum.

Wer Dr. Bandulets Schrift gelesen hat, der weiß nicht nur, dass staatliche Papierwährungen kommen und (immer wieder untergehen, sondern dass das Gold bleibt. Der Leser erfährt auch, warum das bisher so war und warum das auch künftig so sein wird.

Das vorliegende Buch ist eine Pflichtlektüre für alle, die danach streben, der deutschen Währungsgeschichte, die immer wieder so viel Unheil gebracht hat, auf den Grund zu gehen - und insbesondere auch das Euro-Debakel, seine Gründe und seine Folgen zu verstehen. Bruno Bandulets Buch wird ein Klassiker der deutschen Geldgeschichte werden, in dem Wahrheit, Klarheit und Klugheit zu Wort kommen und ideologische Verklärung sowie politischer Opportunismus mehr als entzaubert werden.«

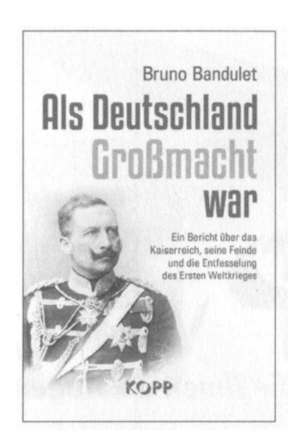
Professor Dr. ***Thorsten*** *Polleit,* ***Honorarprofessor an der***
Frankfurt School of Finance Et Management

»Das ultimative Armageddon wird kommen, und jeder Anleger muss für den Tag des jüngsten Gerichts Vorkehrungen treffen.« *Marc Faber*

gebunden
176 Seiten
zahlreiche Abbildungen
ISBN 978-3-86445-044-0
*9.95 €**

Kopp Verlag
Bertha-Benz-Straße 10
D-72108 Rottenburg
Telefon 10 74 72) 98 06 0
Telefax (0 74 72) 98 06 II
lnfo@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

* frühere Preisbindung aufgehoben



Die Wahrheit über den Ersten Weltkrieg

Dass der Erste Weltkrieg zur europäischen Urkatastrophe wurde, ist aligemein akzeptiert. Wenn es darum geht, wer verantwortlich war, scheiden sich die Geister. Historisch und politisch korrekt war es lange Zeit, dem Deutschen Reich und Kaiser Wilhelm II. einen Griff nach der Weltmacht zu unterstellen. Neuerdings beginnt sich eine andere Version durchzusetzen: dass alle europäischen Regierungen wie Schläfwandler in den Krieg geschlittert seien.

Aber stimmt das wirklich? Dieses Buch stellt die Frage: Cui bono?, die Frage nach den Motiven der Kriegsparteien. Das Ergebnis: ein ebenso spannender wie faktenreicher Bericht über das Kaiserreich, seine Feinde und die Entfesselung des Ersten Weltkriegs. Undogmatisch und unvoreingenommen führt der Autor seine Recherchen. Auf diese Weise sammelte er Fakten, die Sie in den Mainstream-Medien vergeblich suchen.

»Als Deutschland Großmacht war **zeigt endlich einmal verständlich auch dem Normalleser, losgelöst von den Beschränkungen der politischen Korrektheit, die bereits im Geschichtsunterricht anfängt, die Zeit vor 1914. Das Fehlen des moralischen Zeigefingers empfinde ich als besonders wohltuend.«** *M. Moritz*

»Die Schilderung des Ersten Weltkrieges samt seiner Vorgeschichte war für mich spannender als jeder Krimi - noch nie habe ich ein Buch so intensiv in so kurzer Zeit gelesen.« G. *Ludewig*

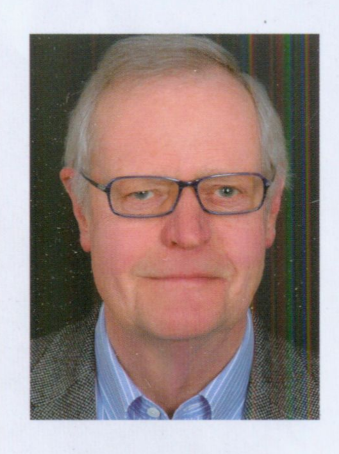
gebunden
304 Seiten
zahlreiche Abbildungen
ISBN 978-3-86445-104-1
19.95 €

Kopp Verlag
Bertha-Benz-StraBe 10
D-72108 Rottenburg
Telefon (074 72) 98 06 0
Telefax (0 74 72) 98 06 II
¡nfo@kopp-vedag.de
www.kopp-verlag.de

Nach dem Bestseller *Die letzten Jahre des Euro* und einer deutschen Geldgeschichte *(Vom Goldstandard zum Euro)* legt Bruno Bandulet wieder ein Buch vor, das die Nahtstelle zwischen Politik und Wirtschaft aufsucht und das in die Vergangenheit greift, um die Gegenwart verstehen zu können.

In einem Land, in dem politische Korrektheit auf Kosten der Meinungsfreiheit gepredigt wird und historische Korrektheit auf Kosten geschichtlicher Wahrheit, setzt sich *Beuteland* dem Risiko aus, die Meinungsmacher und tonangebenden Kreise zu irritieren. Klartext zu reden und Realitäten zu benennen war bisher weitgehend ausländischen Beobachtern vorbehalten. So verglich die französische Tageszeitung *Le Figaro* den Maastrichter Vertrag, der die Bundesbank entmachtete und den Euro auf den Weg brachte, mit dem Vertrag von Versailles. Anatole Kaletsky, der Kommentator der *Financial Times,* sprach von der »dritten Kapitulation Deutschlands«. Und der britische Historiker Niall Ferguson nannte die in diesem Buch erstmals genau belegte, von Deutschland finanzierte Umverteilung in der EU ein »einvernehmliches System von Kriegsreparationen«.

Übertreibt Ferguson? Das vorliegende Buch weist nach, dass sowohl die Reparationen der Nachkriegsjahre als auch die Kosten der Transferunion EU die Leistungen nach dem Versailler Vertrag von 1919 deutlich übertroffen haben. Kann es sein, dass es sich bei der Willkommenskultur des »hellen Deutschland« 2015 um einen weiteren Akt der Vergangenheitsbewältigung gehandelt hat? Ja, glaubt kein Geringerer als der französische Philosoph Alain Finkielkraut.



Dr. phil. Bruno Bandulet promovierte über Adenauers Außenpolitik, arbeitete in der CSU-Landesleitung als Referent für Deutschland- und Ostpolitik, war Autor von *Zeitbühne* und *Transatlantik,* Chef vom Dienst der Tageszeitung *Die Welt* und Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten *Quick.* Von 1979 bis 2013 gab Bandulet den Finanzdienst *GOLD&MONEY INTELLIGENCE* heraus. 1995 gründete er den politischen Hintergrunddienst *DeutschlandBrief,* der seit 2009 als monatliche Kolumne im libertären Magazin *eigentümlich frei* erscheint. Bandulet ist Mitglied der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft. Buchveröffentlichungen im Kopp Verlag:

Das geheime Wissen der Goldanleger

Die letzten Jahre des Euro – Ein Bericht über das Geld, das die Deutschen nicht wollten

Vom Goldstandard zum Euro – Eine deutsche Geldgeschichte am Vorabend der dritten Währungsreform

Als Deutschland Großmacht war – Ein Bericht über das Kaiserreich, seine Feinde und die Entfesselung des Ersten Weltkrieges

WIE LANGE SOLL DEUTSCHLAND NOCH ZAHLEN?

Zum ersten Mal wird in diesem Buch umfassend und in allen Einzelheiten erzählt und belegt, welch immense Werte im Verlauf von 7 Jahrzehnten an Sachvermögen, geistigem Eigentum und finanziellen Tributen aus Deutschland herausgezogen wurden:

Wie das Land nach der Niederlage 1945 von den Siegermächten regelrecht ausgeplündert wurde und warum das Ausmaß der Reparationen bis heute krass unterschätzt wird. Was hinter dem Projekt der europäischen Integration steckt und wie dem Steuerzahler die Rolle des EU-Zahlmeisters aufgezwungen wurde. Wie der Euro zum Enteignungsprogramm verkam und warum die Rechnung für die Katastrophenwährung immer noch nach oben offen ist.

Und, nicht zuletzt, warum die ruinöse Masseneinwanderung unter der Flagge des Multikulturalismus als Produkt einer »offenen Verschwörung« der Eliten eingestuft werden muss.

Widerlegt werden aber auch gängige Legenden und Märchen: dass Deutschland 1945 befreit worden sei, dass die USA die Demokratie nach Deutschland gebracht hätten, dass der Marshallplan Ursache des Wirtschaftswunders gewesen sei oder dass Deutschland mehr als andere vom Euro profitiert habe. Dies alles und noch viel mehr müssen wir uns von den Machthabern bis hinauf zum Bundespräsidenten tagaus, tagein eintrichtern lassen.

Obwohl Deutschland 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich souverän wurde, sind Überreste des Besatzungsrechtes nach wie vor in Kraft, wurden die berüchtigten Feindstaatenklauseln nicht gestrichen, bleibt der Spielraum der deutschen Außenpolitik eng begrenzt. Die Regierung Adenauer kämpfte noch um Souveränitätsgewinne, seit Kohl und Merkel läuft der Film rückwärts.

So entsteht das Bild eines wirtschaftlich überaus erfolgreichen Landes, dessen Bürger reich sein könnten, die aber gemessen an ihrem Vermögen gerade einmal im europäischen Mittelfeld rangieren, weil sie zu lange zur Ader gelassen wurden und den Preis für die Instrumentalisierung der Vergangenheit zahlen mussten.


ISBN 978-3-86445-307-6